Kommunismus und Klassenkampf

Jahrg. 1, Nr. 1
Oktober '73

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF Nr. 1/73
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Inhalt: Vorbemerkung der Redaktion zu den Aufgaben dieser Zeitschrift / Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten – Eine Polemik gegen falsche Auffassungen im KBW / "Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke" – Kampf dem Zirkelwesen / Kritik am Bericht des Ständigen Ausschusses über die Gründungskonferenz des KBW / Erläuterungen zum Programm des KBW – Die Arbeiterklasse und der Kampf um demokratische Forderungen / Vorbemerkung der Redaktion zu den Artikeln zur Westberlin-Frage / Können wir die Westberliner Genossen im KBW organisieren? / Westberlin – Eine Politik der freien Stadt? / Schwarz-rot-goldene Kommunisten? Programm und Politik des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD / Notizen zum Papier der "KPD/ML Ortsgruppe Bremen, Mai 1973 Stellungnahme zum Programmentwurf der Kommuniquegruppen" / Die Politische Massenzeitung

PREIS: DM 4,–

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung der Redaktion	S. 3
Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten – Eine Polemik gegen falsche Auffassungen im KBW	S. 5
"Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke" – Kampf dem Zirkelwesen	S.21
Kritik am Bericht des 'Ständigen Ausschußes' über die Gründungskonferenz des KBW	S.34
Die Arbeiterklasse und der Kampf um demokratische Forderungen – Erläuterungen zum Programm des KBW	S.36
Vorbemerkung der Redaktion zu den Artikeln über die Westberlin-Frage	S.44
Westberlin – Eine Politik der freien Stadt?	S.45
Können wir die Westberliner Kommunisten im KBW organisieren?	S.49
Schwarz-rot-goldene Kommunisten? Programm und Politik des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD	S.52
Notizen zum Papier der "KPD/ML Ortsgruppe Bremen, Mai 1973 Stellungnahme zum Programmentwurf der Kommuniquegruppen"	S.60
Die politische Massenzeitung	S.66

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Redaktion: Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer, 68 Mannheim 1, Sandhoferstr.29
Erscheint 6mal jährlich im Verlag Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim 1, Sandhoferstr.29,
Telefon: 0621/37 92 21
Postscheckkonto: Ernst Ehlert, Postscheckamt Karlsruhe, Konto-Nr. 112 985-758
Bankverbindung: Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, Konto-Nr. 57 34 18
Preis: DM 4,–
Das Jahresabonnement (6 Nummern incl. Porto) beträgt DM 24,–.
Ein Förderabonnement beträgt (bei 6 Nummern incl. Porto) mindestens DM 30,–
Druck und Satz: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstraße 44a

Vorbemerkung der Redaktion zu den Aufgaben dieser Zeitschrift

Die Gründungskonferenz des KBW hat dem Zentralen Komitee folgenden Auftrag erteilt: "Für die Auseinandersetzung über die Fortentwicklung unserer Politik und zur Ausbildung unserer Genossen wird eine theoretische Zeitschrift herausgegeben, in der alle für die kommunistische Bewegung wichtigen Fragen breit erörtert werden können." Die erste Nummer dieser Zeitschrift liegt hiermit vor. Wir halten es für notwendig, einige Worte darüber zu sagen, welche Zwecke wir mit ihr verfolgen und wie wir unsere Aufgabe als Redaktion von "Kommunismus und Klassenkampf" verstehen.

Wir stehen gegenwärtig vor der Tatsache, daß die Klassenkämpfe in Westdeutschland einen Aufschwung nehmen, die westdeutschen Kommunisten aber schlecht darauf vorbereitet sind. Politisch uneinheitlich, organisatorisch zersplittert, häufig zwischen linkem Sektierertum und Anleihen bei revisionistischen Theorien schwankend, aus Unsicherheit beim Dogmatismus Schutz suchend, gegen dogmatische Verzerrungen mit einer subjektivistischen Kritik vorgehend, befinden sich die Kommunisten in Westdeutschland noch keineswegs auf der Höhe ihrer Aufgaben. Trotz der mehr als 125-jährigen Geschichte des Kommunismus in Deutschland steht unsere Bewegung heute wieder am Anfang und stützt sich im wesentlichen auf Kräfte, die eine direkte Verbindung zur alten KPD nicht mehr gehabt haben. Die revisionistische Entartung von KPD/DKP hat den Faden zwischen den Revolutionären der alten und der jungen Generation zerreissen lassen, und es stellt sich die Aufgabe, viele grundsätzliche Fragen, welche schon lange als geklärt gelten konnten, wieder neu zu entwickeln. Angesichts der Versuche, die Wahrheit des Marxismus-Leninismus in einer ganzen Flut revisionistischer Literatur zu ertränken, ist das umso dringender. Die westdeutschen Marxisten-Leninisten haben es kaum verstanden, der revisionistischen Entstellung der revolutionären T heorie auf der Ebene entgegenzutreten, auf der sie zuallererst geschlagen werden muß: auf der Ebene der wissenschaftlichen Auseinandersetzung.

Aber nicht nur in den grundsätzlichen Fragen der programmatischen Anschauungen herrscht noch Unklarheit. Ebenso wichtig ist, daß die westdeutschen Marxisten-Leninisten es noch kaum verstanden haben, eine einheitliche Kampfweise auszubilden und zu erproben, die sich auf die genaue Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse stützen kann. Eine Debatte um die Einschätzung der Lage und die Aufgaben der Kommunisten in den aktuell stattfindenden Klassenkämpfen hat gerade erst begonnen. Was es bisher gegeben hat, das war im wesentlichen der Versuch, durch schematische Übernahme unterschiedlicher taktischer Konzeptionen aus der Geschichte der KPD die Fragen der Gegenwart zu lösen.

Nicht anders steht es mit den organisatorischen Fragen, den Erfahrungen der unmittelbaren Kampfführung im Betrieb, in den Gewerkschaften, in Behörden, der Armee und auf der Straße: Überall mehr Handwerkelei, ergänzt durch Prinzipienrittertum, als die gesicherte Zusammenfassung von Erfahrungen, die durch eine gründliche Diskussion geprüft und für alle Genossen verwertbar gemacht worden sind.

Die Überwindung der organisatorischen Zersplitterung der kommunistischen Bewegung haben wir uns zum Ziel gesetzt, den Aufbau der einheitlichen kommunistischen Partei. Erreichen werden wir dieses Ziel nur, wenn es gelingt, die richtige politische Linie immer klarer zu entwickeln und durchzusetzen. Als ein Hebel dabei zu dienen, das ist die Aufgabe dieser Zeitschrift.

Die Redaktion von "Kommunismus und Klassenkampf" vertritt innerhalb der kommunistischen Bewegung eine bestimmte Richtung: Wir gehen aus von Programm und taktischen Beschlüssen des KBW. Gleichzeitig lehnen wir eine Polemik zwischen verschiedenen Auffassungen in unserer Zeitschrift nicht ab. Im Gegenteil, wir befürworten eine solche Diskussion und werden in ihr auch solche Meinungen zu Wort kommen lassen, die den Anschauungen des KBW widersprechen. Anders als so kann der Kampf um die richtigen Auffassungen nicht geführt und die Kritik falscher Anschauungen nicht geleistet werden. Wir werden daher von vorneherein mit der weitverbreiteten Unsitte brechen, Artikel nicht zu zeichnen, d. h. keine persönliche Verantwortung für das Geschriebene zu übernehmen. Diese Unsitte verzerrt nicht nur die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Organisationen, läßt sie jeweils nur blockweise aufeinanderprallen und verhindert die Überwindung der Organisationsgrenzen, sie ist vor allem tödlich für den Kampf zweier Linien in den Organisationen. Sie führt dazu, daß die sachliche Argumentation verkommt, weil die Meinungskämpfe im Kommunique-Stil zwischen den Organisationen ausgefochten werden.

Von der Zeitung unterscheidet sich die theoretische Zeitschrift nicht durch die Gegenstände, die behandelt werden, sondern dadurch, daß die Zeitschrift ihre Themen naturgemäß umfassender wird abhandeln können als die Zeitung. Wenn auch eine starre Grenze zwischen beiden Organen nicht gezogen werden kann, so wird ein wichtiger Unterschied darin bestehen, daß der Kampf zweier Linien in der Zeitschrift anders ausgetragen werden kann als in der Zeitung. Während in der letzteren die Kritik falscher Auffassungen im wesentlichen geschehen muß, indem diese zitiert werden oder über sie berichtet wird, besteht in der Zeitschrift eine größere Möglichkeit, sie selbst zu Wort kommen zu lassen. Wenngleich beides Organe des Zentralen Komitees, also der jeweiligen Mehrheitsmeinung in der Organisation sind, wird die Minderheit doch im theoretischen Organ

mehr Rechte haben als in der politischen Zeitung.
Ebenso wie bei der "Kommunistischen Volkszeitung" fordern wir zur Mitarbeit an unserem theoretischen Organ nicht nur die Genossen der eigenen Organisation auf, sondern halten sie grundsätzlich für alle offen, die für die Verbindung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus in Westdeutschland arbeiten wollen. Wir erstreben, möglichst breit, die theoretischen und literarischen Kräfte, welche die kommunistische Bewegung in Westdeutschland hervorgebracht hat, über unsere Zeitschrift für die kommunistische und Arbeiterbewegung nutzbar zu machen.

Redaktion

14-tägig, jeweils Mittwoch erscheint die:

kommunistische volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)

Aus dem Inhalt der bisher erschienenen Nummern:

Nr. 1
Gegen die Preistreiberei den Lohnkampf organisieren
Streikberichte
Kommunistischer Bund Westdeutschland gegründet

Nr. 2
Der Kampf der Arbeiter und die Schwierigkeiten ihrer Feinde
Zur wirtschaftlichen Lage
Zu den Manteltarifen
Frankreich: Lip - Streik

Nr.3
Chile: Das Volk ist nicht besiegt
Der Bluff mit der Steuerreform
Kampf gegen Gewerkschaftsausschlüsse
Der X.Parteitag der KP Chinas
Abkommen über Laos
Bundeswehr: Armee gegen das Volk

zu beziehen über:
Verlag Kommunismus und Klassenkampf VKK
68 Mannheim
Sandhofer Str. 29
JAHRESABONNEMENT
24 Nummern incl. Porto 18.00DM

FÖRDERABONNEMENT
24 Nummern 20.00DM und mehr
Abonnement-Einzelbestellungen auf Konto:
Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim
Kto. Nr. 57 34 18

Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten

ANTITHESEN ZUR BEILAGE IN WAHRHEIT NR.5/6

Eine Polemik gegen falsche Auffassungen im KBW

Vorbemerkung

Der nachfolgende Artikel setzt sich mit den Thesen von Willfried Maier und Erik Kühl auseinander, die diese in der Wahrheit Nr.5/6,73 veröffentlicht haben. Er ist in drei Abschnitte gegliedert. In einem ersten Abschnitt werden einzelne Fehler der Thesen kritisiert. Im zweiten Abschnitt werden die Besonderheiten untersucht, unter denen sich der gegenwärtige Aufschwung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland entwickelt. Es wird die Klassenkampfsituation eingeschätzt und untersucht, ob diese als Situation der strategischen Defensive der Arbeiterbewegung bestimmt werden kann. In einem dritten Teil werden die verschiedenen Fronten des Klassenkampfes untersucht und wird die Situation an diesen Fronten eingeschätzt.

Da der Artikel abgeschlossen war, bevor die beiden Artikel des "Arbeiterkampf" zu diesen Fragen veröffentlicht waren, gehe ich in einem Nachtrag auf diese beiden Artikel ein.

Als Beilage zu Wahrheit 5/6,1973 haben Erik Kühl und Willfried Maier "Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten" vorgelegt. Auf Basis dieser Thesen hat der Genosse Maier "Leitsätze zur Klassenkampfsituation und zu den Aufgaben der westdeutschen Kommunisten" verfaßt und auf der Gründungskonferenz des KBW zur Beratung und Abstimmung vorgelegt. An diesen Leitsätzen hat sich auf der Gründungskonferenz eine politische Auseinandersetzung entzündet, in der sich die Mehrheit der Delegierten gegen die Leitsätze und einige in ihnen vertretenen Positionen aussprach (Bericht über die Gründungskonferenz des KBW, vgl. KVZ Nr.1).

I. Die Thesen von Erik Kühl und Willfried Maier stellen sich eine ziemlich hohe Aufgabe. Einleitend schreiben die Genossen:

"In den bisher von uns (ZK des Kommunistischen Bundes Bremen) gegebenen Einschätzungen der Klassenkampfsituation, wie wir sie zu bestimmten Anlässen veröffentlicht haben (Tarifrunden, Neuwahlen usw.), wurde noch nicht der Versuch gemacht, ausgehend von der Charakterisierung der objektiven Widersprüche innerhalb derer sich der westdeutsche Imperialismus bewegt, über die Einschätzung der Entwicklung, welche der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat nimmt, zu einer genauen Bestimmung unserer Aufgaben im Klassenkampf des Proletariats zu kommen, bei welcher der tatsächlich vorhandene Einfluß der Kommunisten in der Arbeiterbewegung berücksichtigt wird. Die folgenden Thesen versuchen, dieser Aufgabe nachzukommen. Sie behandeln die Entwicklung der internationalen Widersprüche, die Stellung Westdeutschlands in ihnen, die Klassenkampfentwicklung in Westdeutschland, wie sie auf Grundlage der objektiven Widersprüche verläuft, charakterisieren die politischen Formen, innerhalb derer die Arbeiterbewegung ihren Gang nimmt, um von da aus die Frage von Offensive und Defensive zu klären und Begriffe herauszuarbeiten, mit denen die gegenwärtige Klassenkampfsituation gefaßt werden kann."

Entspricht dieser Ausgangspunkt der entsprechenden Festlegung im Programm des KBW? Dort heißt es:

Die Kommunisten bestimmen ihre unterschiedlichen Aufgaben "stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt, wie sie in der Epoche des Imperialismus und der Ära der proletarischen Weltrevolution hervorgetrieben werden, um so den Kampf gegen den unmittelbaren Feind im eigenen Land aufs engste mit der Unterstützung des Proletariats der anderen Länder und der unterdrückten Völker zu verbinden." (Ergebnisse der Gründungskonferenz des KBW, S.21)

Zunächst scheint es, als würde das Herangehen der Genossen Kühl und Maier dieser programmatischen Festlegung entsprechen. Tatsächlich aber verstehen die beiden Genossen unter den "internationalen Widersprüchen" im wesentlichen nur die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern. Jedenfalls werden in dem entsprechenden Abschnitt nur diese Widersprüche untersucht. Unter der Überschrift "Die Verschärfung der imperialistischen Widersprüche" finden wir kein Wort über den Stand der Klassenkämpfe in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern, kein Wort über die Entwicklung der sozialistischen Länder, und die Kämpfe der unterdrückten Völker werden nicht als Bestandteil der proletarischen Weltrevolution behandelt, sondern nur als Widerstand, an dem sich der US-Imperialismus aufreibt. Das aber ist zu wenig.

Worum geht es, wenn wir die Hauptwidersprüche in der Welt untersuchen und ihre Bedeutung für den Klassenkampf im eigenen Land herausarbeiten? Es geht darum, festzustellen, auf welche Reserven die westdeutsche Bourgeoisie einerseits und das westdeutsche Proletariat andererseits außerhalb des Landes sich stützen können, und welchen Einfluß die Hauptwidersprüche in der Welt auf die Entwicklung des Hauptwiderspruches in Westdeutschland haben.

Aber die Genossen beschränken sich nicht nur auf die Untersuchung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern, sie stellen auch die Beziehung dieser Widersprüche und der Entwicklung des Klassengegensatzes in Westdeutschland falsch her, indem sie die Stellung Westdeutschlands innerhalb der Widersprüche der imperialistischen Staaten zunächst losgelöst von der Entwicklung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat untersuchen.

Der Gang der Darstellung ist folgender: Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern spitzen sich zu, das führt zu Schwierigkeiten des westdeutschen Imperialismus, deshalb verschärft sich der Klassenkampf in Westdeutschland. Erst auf der Ebene Westdeutschlands wird also die Frontstellung zwischen den Kräften der Revolution und der

Konterrevolution herausgearbeitet, während die internationale Situation gar nicht unter diesem Gesichtspunkt untersucht wird. Das aber bedeutet, daß der Klassenkampf in Westdeutschland nicht als Bestandteil des internationalen Klassenkampfes, des weltweiten Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen Sozialismus und Imperialismus untersucht werden kann, und der Hauptwiderspruch in Westdeutschland einseitig als **Funktion** eines Hauptwiderspruches im Weltmaßstab behandelt wird, obwohl er von Marxisten-Leninisten als Bestandteil des internationalen Klassenkampfes und in Zusammenhang mit allen Hauptwidersprüchen in der Welt untersucht werden muß, wie dies in der von der Gründungskonferenz verabschiedeten Hauptresolution auch geschieht.
Die Genossen machen nicht Ernst mit der Bestimmung unserer Epoche als Epoche des Imperialismus **und** Ära der sozialen Revolution des Proletariats. Außerhalb Westdeutschlands gibt es für sie weder Proletariat noch Kräfte der proletarischen Weltrevolution, dort gibt es im wesentlichen nur andere imperialistische Länder. Die Genossen nehmen die Herausbildung neuer Hauptwidersprüche seit dem Sieg der Oktoberrevolution nicht zur Kenntnis, sehen auf der internationalen Ebene nur die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und trennen den Klassenkampf des Proletariats in Westdeutschland von vornherein **systematisch** vom internationalen Klassenkampf. Da ist es kein Wunder, daß sie im ganzen Verlauf ihrer Darstellung diese Trennung nicht wieder aufheben können.

II. Dieser Fehler im Herangehen hat natürlich Konsequenzen für die Untersuchung des Klassenkampfes in Westdeutschland selber, der nur noch als Ausdruck der ökonomischen Schwierigkeiten des westdeutschen Imperialismus behandelt werden kann und zur bloßen Variablen der Reallohnentwicklung wird. So beginnen die "Leitsätze" mit folgender Formulierung:
"Die Klassenkampfsituation in Westdeutschland und Westberlin ist dadurch gekennzeichnet, daß der westdeutsche Kapitalismus angesichts der angespannten internationalen Konkurrenzsituation immer weniger dazu in der Lage ist, Zugeständnisse an das westdeutsche Proletariat zu machen, sondern dazu übergehen muß, das Reallohnniveau der westdeutschen Arbeiter zu senken."
Abgesehen davon, daß die Kapitalisten niemals freiwillig den Reallohn erhöht haben, kann man nicht behaupten, die Klassenkampfsituation sei durch die Senkung des Reallohnes **gekennzeichnet.**
In der von der Gründungskonferenz verabschiedeten Hauptresolution heißt es dagegen richtig:
"Die angespannte Konkurrenzsituation läßt nicht länger irgendwelche **Kompensationen** für die verschärfte Ausbeutung zu . Der Angriff auf den Reallohn hat mit aller Schärfe begonnen. Diese Tendenz zur absoluten Verelendung, d. h. zur Senkung des Reallohns, ist die **entscheidende Ursache** für die **Verschärfung** der Klassenwidersprüche im allgemeinen und in Westdeutschland im besonderen."
Die ganze Geschichte des Kapitalismus in Westdeutschland nach 1945 hat eine ständig zunehmende Verschärfung der Ausbeutung für die Arbeiterklasse bedeutet. Die Ausbeutungsrate ist ständig gestiegen. Da diese Erhöhung der Ausbeutungsrate jedoch seit Mitte der fünfziger Jahre mit Ausnahme kurzer Unterbrechungen Hand in Hand ging mit einer kontinuierlichen Steigerung des Reallohns, war die Verschärfung der Ausbeutung nicht mit einer Verschärfung des Klassenkampfes verbunden. Aber die Erhöhung des Reallohns kam nicht von ungefähr. Die Kapitalisten waren zu ihr nur unter Berücksichtigung der bestehenden Kräfteverhältnisse bereit, um offenen Lohnkämpfen zuvorzukommen. Der gegenwärtige Druck auf den Reallohn ist Ursache des Ausbruchs breiter wirtschaftlicher Streikkämpfe und damit einer bestimmten Form des Klassenkampfes, der nicht erst heute beginnt, auch wenn er erst heute größeren Teilen der Arbeiterklasse als Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Gesellschaft aufs neue bewußt wird. Die Klassenkampfsituation aber ist nicht durch den Druck auf den Reallohn **gekennzeichnet**, sondern durch die Tatsache, daß die Arbeiterklasse nicht gewillt ist, eine Senkung des Reallohns hinzunehmen, daß sie dem Beispiel ihrer Klassenbrüder in anderen Ländern zu folgen beginnt und gegen die ständige Verschärfung der Ausbeutung aufsteht, die sie jahrelang ohne größere Gegenwehr erduldet hat. Ökonomische Entwicklungen **kennzeichnen** nicht die Klassenkampfsituation, sondern sie sind Bedingungen, unter denen sich der Klassenkampf entfaltet. Sie sind freilich nicht die einzigen Bedingungen. Auch dieses Mißverständnis legt die Formulierung des Genossen Maier nahe. **Gekennzeichnet** ist die Klassenkampfsituation durch die bestehenden Kräfteverhältnisse und die Möglichkeit ihrer Veränderung.

III. Die Genossen stellen in ihren Thesen einen Aufschwung der Arbeiterbewegung auf bürgerlichem Boden fest. Diesen Aufschwung leiten sie unmittelbar und ausschließlich aus der Tendenz zur Senkung des Reallohns ab. Es gibt aber genügend Beispiele innerhalb der Geschichte der Arbeiterbewegung, wo die Senkung des Reallohns nicht einen **Aufschwung** der Arbeiter**bewegung** nach sich zog. Also kann diese Tendenz zur Senkung des Reallohns, die sich ja im übrigen mittels ganz konkreter Maßnahmen der Kapitalisten, ihres Staates und mittels der Politik der Gewerkschaften durchsetzt, diesen Aufschwung der Arbeiterbewegung nicht zureichend erklären. Er kann überhaupt nicht erklärt werden, wenn er unabhängig von der Entwicklung der Gesamtsituation im Weltmaßstab zu erklären versucht wird, unabhängig von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen Revolution und Konterrevolution und unabhängig von der Krise, in die der Imperialismus zunehmend gerät.
Es ist auch nicht richtig, einfach von einem Aufschwung der Arbeiterbewegung **auf bürgerlichem Boden** zu sprechen. Was gegenwärtig unter unseren Augen vor sich geht, ist ein Aufschwung der spontanen Arbeiterbewegung und **insoweit** diese Bewegung noch spontan ist und sich noch nicht zum politischen Klassenbewußtsein emporgearbeitet hat, bleibt sie politisch auf bürgerlichem Boden. Das ist richtig. Das bedeutet aber keineswegs, daß diese spontane Arbeiterbewegung nicht schon in sich selber Elemente enthält, an denen die Kommunisten ansetzen können, um diese Bewegung vom politischen Einfluß der Bourgeoisie zu befreien. Solche Elemente entstehen dort, wo der spontane Kampf mit den politischen Kräften und Einrichtungen der Bourgeoisie in Widerspruch gerät. Dies tritt ständig ein. Alle Streiks der Arbeiter finden gegenwärtig unter ausdrücklicher Mißbilligung aller bürgerlichen Parteien statt und unter versteckter bis offener Sabotage der bürgerlichen Gewerkschaftsführung. Und trotzdem finden sie statt. Der Aufschwung der Kämpfe bringt die Arbeiter schon heute in Widerspruch und Konflikt mit allen Kräften der Bourgeoisie, sowie den Einrichtungen der bürgerlichen Gesetzgebung und Herrschaftsausübung. Wenn dennoch erst ein geringer Teil der Arbeiterklasse bewußt mit diesen Einrichtungen gebrochen hat und noch viele Arbeiter in die SPD mehr Vertrauen setzen als in die eigene Kraft, so kann doch die **Links**entwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk gar

nicht übersehen werden. Selbst der Wahlerfolg der SPD zeigt diese Linksentwicklung, auch wenn sie noch von vielen Illusionen gehemmt ist und noch von keiner kommunistischen Avantgarde unter klarer politischer Perspektive vorangetrieben wird. Die Genossen neigen dazu, den politischen Einfluß der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zu überschätzen und die Tendenz in der Arbeiterklasse, sich von diesem Einfluß zu lösen, zu unterschätzen, weil sie nicht erkennen, daß in der spontanen Bewegung selber Elemente enthalten sind, die sich gegen diesen Einfluß richten. Sie interpretieren den Wahlerfolg der SPD einseitig als Folge der Bindung der Arbeiterklasse an die SPD. In Wirklichkeit hinkt dieses Wahlergebnis den politischen Entwicklungen in der Arbeiterklasse und in den breiten Volksmassen nach. Viele Arbeiter haben die SPD als "kleineres Übel" gewählt. Das zeigen selbst bürgerliche Meinungsumfragen. So hat z. B. die baden-württembergische Landesregierung durch das reaktionäre Wickert-Institut eine Umfrage zur Verfolgung im Öffentlichen Dienst durchführen lassen. (Mannheimer Morgen 10.7.68) Obwohl CDU und SPD nun wirklich alles getan haben, um die "Extremisten" zu verteufeln und obwohl die einzelnen Fragen genau darauf abgestellt waren, die durch diese Hetze hervorgerufenen Vorstellungen zu reaktivieren, sprach sich immerhin ein Drittel der Befragten gegen die von allen bürgerlichen Parteien getragenen Berufsverbote für "Extremisten" aus. Bei der Umfrage eines anderen bürgerlichen Meinungsforschungsinstituts äußerten über 60 % der Befragten ihre Unzufriedenheit mit der repräsentativen parlamentarischen Demokratie. (FR, 11.7.73) In diesen Umfragen drücken sich, wie verzerrt auch immer, wirkliche Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk aus, die sich in den zahlreichen Komitees und Initiativen schon eigene Organe geschaffen haben. All das bedeutet noch keinen Bruch mit dem Reformismus und keine Hinwendung zur proletarischen Revolution als einziger Lösung der brennenden Fragen, die die Arbeiterklasse und das Volk gegenwärtig bedrücken. Jedenfalls kann sich eine Untersuchung der Klassenkampfsituation nicht damit begnügen, festzustellen, daß der Aufschwung der Arbeiterbewegung "politisch noch auf bürgerlichem Boden" stattfindet; vielmehr muß sie herausarbeiten, wo dieser Aufschwung in Gegensatz zu den Kräften der Bourgeoisie gerät und wie die Kommunisten eingreifen müssen, um einen bewußten Bruch mit der bürgerlichen Ideologie und Politik herbeizuführen.

IV. Als wesentlichen und entscheidenden Hebel, um diesen Bruch herbeizuführen, nennen die Genossen die Gewerkschaftsarbeit, die sie als "unsere zentrale Aufgabe im Massenkampf" bezeichnen. Die Genossen verstehen unter Gewerkschaftsarbeit im wesentlichen den Eingriff in die Tarifrunden:

"In den Gewerkschaften und Betrieben wächst gegenwärtig auf der Basis von Erfahrungen in Tarifrunden, aber auch in einzelbetrieblichen Aktionen der Unmut, der Zorn und die Wut über die Politik sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer und Betriebsratfürsten. Wo diese Stimmungen heute auftauchen, sind sie jedoch von sich aus noch nicht so weit, zielklar in den bewußten Kampf gegen die Klassenverräter umzuschlagen.

Um so entschiedener müssen wir an diesem Punkt, wo breite Arbeitermassen heute ihre zentrale Erfahrung mit bürgerlicher Politik in der Arbeiterbewegung machen, eingreifen. Wir tun das, indem wir **innerhalb** der Gewerkschaften für die Durchsetzung einer Politik kämpfen, die sich an den bewußt gewordenen Interessen breiter Arbeitermassen orientiert, und indem wir die Gegnerschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu dieser Politik bloßlegen und erklären. – Die Gewerkschaftsarbeit ist so in der gegenwärtigen Phase des Kampfes um den Einfluß in der Arbeiterbewegung die wichtigste politische Aufgabe in der Massenarbeit der westdeutschen Kommunisten. Diese Arbeit konzentriert sich natürlicherweise auf die Tarifrunden, wenn breitere Schichten in Bewegung sind."

Diese Passage enthält mehrere unzulässige Einschränkungen für die gegenwärtigen Aufgaben der Kommunisten. Auf der einen Seite wird die Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern beschränkt auf die Entlarvung der Sabotage des Lohnkampfes gegen einzelne Kapitalisten und Kapitalistenverbände, während die SPD-Gewerkschaftsführer in Wirklichkeit gerade auch bei der Ausplünderung durch die staatliche Preis- und Steuerpolitik eine aktive Rolle bei der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse übernommen haben und in dieser Rolle besonders wirksam bekämpft werden müssen und können. Auch hier machen breite Arbeitermassen Erfahrungen mit der bürgerlichen Politik in der Arbeiterbewegung, z. B. wenn Gewerkschaftsbeamte als Stadträte für Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Nahverkehrsgesellschaften stimmen etc.

Auf der anderen Seite wird der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter mit dem Tarifkampf gleichgesetzt, obwohl gerade die Tarifpolitik der SPD-Gewerkschaftsführer die Arbeiter gegenwärtig zwingt, in inoffiziellen und selbständigen Streiks den Wert der Ware Arbeitskraft zu verteidigen, und ein Schwerpunkt unserer Arbeit gerade in der Vorbereitung und Organisierung solcher Streiks liegen muß. Wer seine Arbeit "natürlicherweise" auf die Tarifauseinandersetzungen konzentriert, wird sowohl zwischen den Tarifkämpfen als auch in den Tarifkämpfen zum Nachtrab verurteilt sein, und erst sehr spät erkennen, daß die Arbeitermassen unter den gegebenen Bedingungen "natürlicherweise" gerade außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens und der Tarifrunden in Bewegung geraten und sich nicht länger von einem miserablen Tarifabschluß zum anderen vertrösten lassen. Die Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften kann auch nicht darauf beschränkt werden, sich an **bewußt gewordenen** Interessen breiter Arbeitermassen zu orientieren, vielmehr ist es die Aufgabe der Kommunisten, indem sie sich an den Zielen der Arbeiterklasse und den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus orientieren, die objektiven Interessen der Arbeiterklasse herauszuarbeiten und sie als solche breiten Arbeitermassen bewußt zu machen. Zum Beispiel: Wenn die Kommunisten und andere Gewerkschafter nicht schon seit Jahren die Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich propagieren würden, wären diese heute sicher noch nicht so vielen Arbeitern als Ausdruck ihrer Interessen bewußt geworden, wie dies tatsächlich der Fall ist.

Nach dieser Kritik müssen wir uns fragen, ob sich hinter der Formulierung "Gewerkschaftsarbeit – unsere zentrale Aufgabe im Massenkampf" grundsätzlich falsche Auffassungen verbergen, denn eine kommunistische Massenarbeit in den Gewerkschaften ist nur möglich, wenn sie sich auf die selbständige Massenarbeit der Kommunisten stützen kann. Dies aber kommt in dem ganzen Abschnitt nur unzureichend zum Ausdruck.

V. In den Thesen folgt auf den Abschnitt zur Gewerkschaftsarbeit ein Abschnitt über die Betriebszeitungen, be-

vor dann ein weiterer Abschnitt über die Führung des politischen Kampfes folgt. Diese Gliederung läßt schon befürchten, daß die Betriebszeitung von den Genossen nur als Hebel der ökonomischen Agitation verstanden wird. Viele Betriebszeitungen sind tatsächlich nicht mehr. Die Genossen erwähnen in ihren Thesen allerdings vorsichtig die politische Agitation als Aufgabe der Betriebszeitungen und bringen eine richtige Kritik an einer falschen Form der politischen Agitation, dem Herunterspulen von Kampflosungen. Ihre Auffassung in dieser Frage scheint aber dahin zu gehen: Wenn sich die politische Agitation aus den Betriebszeitungen nicht heraushalten läßt, dann soll sie wenigstens auf ein Minimum beschränkt werden. Tatsächlich bezeichnet Willfried Maier in den "Leitsätzen", der Kurzfassung der "Thesen", es als Aufgabe der Betriebszeitungen, "zum unmittelbaren Ausdruck der Bewegung im Betrieb zu werden", einer Bewegung also, die er als Bewegung auf bürgerlichem Boden bezeichnet, der er gleichzeitig jeden revolutionären Charakter abspricht und dieser als rein wirtschaftliche begrenzt. **Unmittelbarer** Ausdruck der Bewegung im Betrieb zu sein, aber ist für eine kommunistische Betriebszeitung allemal zu wenig und sie wird selbst dann mehr sein, wenn sie "nur" Hebel der Vorbereitung und Durchführung von betrieblichen Kämpfen ist.

VI. In dem Abschnitt "Wie muß der politische Kampf geführt werden", finden sich richtige Bemerkungen gegen sektiererisches und routinemässiges Herangehen an die Entfaltung des politischen Kampfes der Arbeiterklasse. Dabei bleibt es aber auch. Wie an mehreren Stellen, wenden sich auch hier die Thesen gegen sektiererisches und routinemässiges Herangehen an die Aufgaben der Kommunisten, um gleichzeitig mit der sektiererischen "Lösung" der Aufgaben, die Aufgabe selbst vom Tisch zu wischen. Weil oft die umfassende politische Propaganda und Agitation in falscher und unzureichender Weise getrieben wird, wollen sie die Genossen Kühl und Maier insgesamt einschränken. Dies gilt zumindest für die Massenagitation. Dazu heißt es in den Leitsätzen: "Wir können die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung nur befördern, wenn wir an denjenigen politischen Fragen anknüpfen, die sich **ihr** stellen." Ist das richtig? Nein, das ist falsch. Wir müssen vor den Arbeitermassen alle politischen Fragen **aufwerfen**, die für die Arbeiterklasse von Bedeutung sind, auch wenn sie sich ihr spontan **nicht stellen.** Die Genossen bringen hier einiges durcheinander. Sie wollen sich dagegen wenden, daß zu jeder politischen Frage Flugblätter herauskommen oder Kampagnen eingeleitet und Demonstrationen durchgeführt werden. Dieser Hinweis ist nützlich, soweit er sich gegen planloses Herumagitieren und Herumdemonstrieren wendet. Aber der Kampf dagegen kann doch nicht bedeuten, daß wir z. B. in den Betriebszeitungen keine Fragen aufwerfen, die sich erst wenigen Arbeitern stellen. Es kommt darauf an, alle wichtigen politischen Fragen als Fragen der Arbeiterklasse aufzuwerfen, und sie der Arbeiterklasse **verständlich** darzulegen. Es ist eine Unterschätzung der Arbeiterklasse, wenn man aus der bisherigen, oft feststellbaren Unfähigkeit der Kommunisten, diese Aufgabe zu erfüllen, auf einen angeblich beschränkten Horizont der Masse der Arbeiter schließt, der sich erst später erweitern wird. Der Horizont der Arbeiterklasse ist heute allein schon durch die bürgerliche Massenbeeinflussung ziemlich erweitert, er ist bloß gleichzeitig durch bürgerliche Vorstellungen verstellt. Bisher ist die Agitation der Kommunisten eher zu eng als zu weit, und zwar in zweierlei Hinsicht: erstens behandelt sie nicht alle Fragen, die da sind, und zweitens behandelt sie diese Fragen nicht so, wie sie von den Massen besprochen werden, sondern schematisch.

Bei den Genossen Kühl und Maier sind Agitation und Propaganda und folglich Betriebszeitungen und "politische" Zeitung (1) durch eine chinesische Mauer voneinander getrennt. Während die Betriebszeitung, also die Massenagitation, "unmittelbarer Ausdruck" der Bewegung im Betrieb sein soll, soll in der politischen Zeitung "nicht einfach die westdeutsche Arbeiterbewegung zu Wort" kommen (Thesen, S.13). Die Betriebszeitung als unmittelbares Sprachrohr der Belegschaft und die "politische Zeitung" als davon abgesonderte Postille für die einzelnen Arbeiter, die sich uns heute zuwenden, um ihnen "Material zum Lernen" zu geben und "auf ihre Fragen" zu antworten. Die Fragen der fortgeschrittenen Arbeiter sind aber keineswegs ganz andere wie die Fragen der weniger fortgeschrittenen Arbeiter. So läßt sich das Verhältnis von Agitation und Propaganda nicht bestimmen und auch nicht das Verhältnis von Masse und Avantgarde. Sowohl in der Betriebszeitung als auch in der "politischen Zeitung" kommt die Arbeiterklasse zu Wort und zwar durch ihre Avantgarde. Hierin gibt es keinen Unterschied zwischen Betriebszeitung und "politischer Zeitung". Der Unterschied besteht offensichtlich darin, daß sich die Avantgarde in der Betriebszeitung vorwiegend agitatorisch an die Arbeiterklasse wendet und in der politischen Zeitung vorwiegend propagandistisch. Natürlich erreicht die Zeitung im einzelnen Betrieb weniger Arbeiter als die politische Zeitung. Es werden auch nicht alle Leser des Zentralorgans **alle** Artikel sofort verstehen, manchen Lesern werden manche Artikel oder Passagen zunächst unverständlich sein. In der Betriebszeitung vermittelt jeder Artikel nur eine oder wenige Ideen, in der Zeitung vermitteln die zentralen Artikel viele Ideen. Dementsprechend erreicht die Zeitung im einzelnen Betrieb weniger Arbeiter als die Betriebszeitung. Aber die Zeitung vermittelt die vielen Ideen, damit diese Ideen von den fortgeschrittenen Arbeitern an besonders krassen Beispielen allen Arbeitern aufgezeigt werden können. Die Zeitung kann auch nicht bloß aus propagandistischen Artikeln bestehen, wenn sie eine allgemeine Enthüllungsarbeit leisten soll. Genauso wie Agitation und Propaganda in einem engen Wechselverhältnis stehen, so auch die Betriebszeitungen und das Zentralorgan (vgl dazu den Artikel von H.K. in diesem Heft).

VII. Die Genossen fragen sich, welche Kader wir gegenwärtig brauchen und sie antworten:
"Wir brauchen gegenwärtig als Kader den gebildeten, den lesenden, den wissenshungrigen Arbeiter, nicht den Organisator von Massenverbänden" (Thesen, S.15). Ich verstehe die Alternative nicht so recht. Brauchen wir **später** Organisatoren von Massenverbänden, die ungebildet sind, nichts lesen wollen und keinen Hunger nach Wissen haben? Solche "Kader" braucht die Arbeiterklasse auch später nicht. In den "Leitsätzen" heißt es, daß "wir vor allem" Genossen brauchen, "die propagandistisch arbeiten können". Richtig ist, daß die Arbeiterklasse Propagandisten des Kommunismus aus der Arbeiterklasse braucht. Aber wer soll zu solchen Propagandisten ausgebildet werden? Doch gerade die Arbeiter, die sich schon heute zu Führern ihrer Klasse herausbilden, die am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften schon durch Wort und Tat Kämpfe vorbereiten und organi-

(1) Ich setze "politisch" in Anführungszeichen, weil sich bei manchen Genossen unter dem Begriff der politischen Zeitung offensichtlich das Mißverständnis entwickelt hat, die Existenz der politischen Zeitung schränke alle anderen Publikationen auf den ökonomischen Rahmen ein.

sieren und die, um ihre Arbeit besser leisten zu können und den Kommunismus als Endziel in die Kämpfe der Arbeiter hineintragen zu können, als Propagandisten ausgebildet werden müssen. Die Genossen sagen an anderer Stelle:
"Wir beschränken uns nicht auf die Rolle von Propagandisten der kommunistischen Ideen oder von Kritikern der Sozialdemokratie, sondern bemühen uns darum, in allen Fragen der Tagesinteressen und des Tageskampfes die konsequentesten Gewerkschafter zu sein."
Der Satz ist falsch, weil er die Sache am Schwanz aufnimmt. Zunächst sind die Genossen aus der Arbeiterklasse meist konsequente Gewerkschafter, aber darauf dürfen sie sich als Kommunisten nicht beschränken. Vielleicht meinen W.M. und E.K. das Richtige: daß eine kommunistische Arbeiterorganisation, die der KBW ist und immer mehr werden muß, kein praxisloser Propagandazirkel sein kann. Wenn das aber so ist, dann muß die Kaderbildung im KBW doch das Ziel haben, die theoretische Ausbildung der Genossen zu heben, um die kommunistische Praxis zu verbessern, oder eine handwerklerische und trade-unionistische Praxis überhaupt erst durch eine kommunistische zu ersetzen. Deshalb ist es auch falsch, den Praktiker ("Organisatoren") dem Propagandisten gegenüberzustellen, denn die Genossen werden eben erst in dem Maße Praktiker des Kommunismus, wie sie sich die Theorie des Marxismus-Leninismus aneignen. Die Genossen Kühl und Maiern hatten bei der Abfassung ihrer Thesen sowieso ein falsches Bild des Organisatoren vor Augen. Während die Kommunisten im Betrieb schon die Vorbereitung und Durchführung von Streiks in Angriff nahmen, d.h. die Massen zu organisieren begannen, verstanden die Genossen in ihren Thesen unter Organisatoren die Organisatoren des technischen Apparats. Wie sonst könnten sie eine "soziale Isolation" des Organisatoren befürchten? Ich meine, wir brauchen auch schon heute Organisatoren des Apparats, oder wir müßten auf das Zentralorgan verzichten, könnten uns in "Basisgruppen" oder Schulungszirkel auflösen und uns ab und zu in Meetings versammeln. Aber ist denn mit dieser Tätigkeit der Begriff des Organisators erschöpft? Natürlich nicht. Auch Streiks müssen organisiert werden. Die Genossen werden nicht im Ernst behaupten, diese Tätigkeit würde "sozial" isolierend wirken (Thesen, S.15). Es ist aber so, daß die Genossen an eine solche organisierende Tätigkeit überhaupt nicht gedacht haben. Demgemäß erscheinen Streiks bei ihnen auch einfach als überraschende Ausbrüche, wo man dann schon mal 24 Stunden am Tag "wirbeln" kann (Thesen, S.16). Auch bei diesem Bild denken die Genossen nur an die Organisierung des technischen Apparats, an die Flugblattherstellung, Verteilung etc. Das aber ist zuwenig nachgedacht. Welche Kader braucht die Arbeiterklasse also? Wir müssen die Genossen im Betrieb zu Propagandisten ausbilden, damit sie den Kollegen die Ziele des Kommunismus erklären können aus dem Charakter der bürgerlichen Gesellschaft und dem Gang ihrer Entwicklung. Wir müssen unsere vorhandenen Propagandisten von ausgeklügelten Vorstellungen befreien und wir müssen Kader ausbilden, die möglichst **umfassend** arbeiten können. Das aber kann weder bedeuten, daß wir **einen** Typus von Kadern herausbilden, noch, daß wir alle Kader mit den gleichen Aufgaben betrauen. Vielleicht meinen die Genossen Kühl und Maier, daß wir gegenwärtig ein größeres Gewicht auf Schulung und theoretische Arbeit legen müssen, als dies bisher oft der Fall war. Das ist richtig. Aber warum sagen sie es nicht so?

DIE BESONDERHEITEN DER KLASSENKAMPFSITUATION IN WESTDEUTSCHLAND

1. Westdeutschland ist ein hochentwickeltes imperialistisches Land, das aufs engste mit der allgemeinen Entwicklung des imperialistischen Systems verbunden ist.

Der westdeutschen Bourgeoisie ist es nach der Niederlage im 2. Weltkrieg verhältnismäßig rasch gelungen, eine starke Position auf dem Weltmarkt zurückzuerobern und die BRD zu einem imperialistischen Staat auszubauen, der zunehmend eine selbständige imperialistische Politik betreibt. Das Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus verlief und mußte verlaufen auf der Linie einer ständigen und teilweise sprunghaften Ausdehnung des Warenexportes. In den ersten Jahren des Wiederaufbaus des Kapitalismus ergab sich dies aus der Verengung des Innenmarktes durch das geringe Lohnniveau der Arbeitermassen, das gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt sicherte. Nach dem Wiederaufbau des Kapitalismus mit einer modernen Industrie, die nur in großem Maßstab rentabel produzieren kann, mußte sich die weitere Ausdehnung der Produktion erst recht auf die Steigerung des Exports stützen. Nur durch einen regelmässigen Exportüberschuß konnte die westdeutsche Bourgeoisie jenen Kapitalstock ansammeln, der es ihr ermöglichte und zunehmend mehr ermöglicht, zum eigentlichen Expansionsinstrument der imperialistischen Bourgeoisie zu greifen, dem Kapitalexport. Heute macht der Export der BRD an der gesamten produzierten Warenmasse einen Anteil von über 20 % aus. Nach einem jahrelangen Exportüberschuß konnte die westdeutsche Bourgeoisie verstärkt zum Kapitalexport übergehen.
Da die westdeutsche Bourgeoisie sich auf keinen Kolonialbesitz stützen konnte und über kein zureichendes, abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet verfügte, war dieser Weg: Ausdehnung des Warenexports, Erzielung eines regelmässigen Exportüberschusses, verstärkter Kapitalexport, der einzige Weg, den die westdeutsche Bourgeoisie bei der Rückeroberung einer führenden Position innerhalb des imperialistischen Systems und der Weltwirtschaft einschlagen konnte. Dieser Weg bedeutet aber gleichzeitig, daß die Interessen des westdeutschen Imperialismus besonders verletztbar sind durch negative wirtschaftliche und politische Entwicklungen in anderen Ländern und Wirtschaftsräumen. Als Mittel gegen diese Verletzbarkeit kann der westdeutsche Imperialismus die Verstärkung des Kapitalexports und die politische Einflußnahme in Anwendung bringen. Das aber ver-

RECHTSHILFEFONDS
Bank für Gemeinwirtschaft (Heidelberg)
Kto Nr 20 73 60 09

strickt ihn noch mehr in das allgemeine Schicksal des Imperialismus, verschärft die Widersprüche zwischen dem westdeutschen Imperialismus und den anderen imperialistischen Ländern, zwischen dem westdeutschen Imperialismus und den Befreiungsbewegungen, sowie den nach Unabhängigkeit strebenden Staaten und auch den Widerspruch zu den sozialistischen Ländern. Die Verschärfung dieser Widersprüche werden sich zunehmend auf die Entwicklung des Klassengegensatzes in Westdeutschland auswirken. Ihre Bedeutung als äußere Reserven für den Klassenkampfes des Proletariats in Westdeutschland wächst. Die Untersuchung dieser Widersprüche ist keine internationalistische Pflichtübung, sondern Voraussetzung jeder korrekten Einschätzung der Klassenkampfsituation in Westdeutschland, weil der westdeutsche Imperialismus **extrem** abhängig ist von der Entwicklung dieser Widersprüche.
Ein Versuch, diese Abhängigkeit zu mindern, ist die westeuropäische Integration mit dem Ziel der Schaffung eines relativ geschlossenen Wirtschaftsgebietes, das sich eine eigene neokoloniale Basis in Afrika schafft. Aber dieser Versuch findet selbst im Rahmen der weltweiten Widersprüche statt und wird in dem Maße unpraktikabel, wie sich diese Widersprüche entwickeln.
Um trotz der weltweiten Verschärfung der Widersprüche seine Position zu erhalten, bleibt dem westdeutschen Imperialismus nur die Verstärkung des Drucks auf die Arbeiterklasse und die lohnabhängigen Massen in Westdeutschland. Damit gefährdet er gerade eine **entscheidende** Grundlage seiner bisherigen Expansion, den **relativen Klassenfrieden** in Westdeutschland.

2. Die westdeutsche Bourgeoisie ist erfahren, gut organisiert und bis auf die Zähne gerüstet.

Die westdeutsche Bourgeoisie ist in einigen mächtigen Verbänden zusammengeschlossen und unter Führung der Finanzbourgeoisie weitgehend geeinigt. Zur Ausübung ihrer politischen Herrschaft innerhalb der parlamentarischen Demokratie, bedient sie sich dreier Parteien, mit deren Hilfe es ihr bisher gelingt, große Teile der Arbeiterklasse und der Volksmassen unter ihrem politischen Einfluß zu halten.
Im Zeitraum eines guten Jahrhunderts hat die Bourgeoisie zahlreiche politische Erfahrungen gesammelt und läßt diese Erfahrungen laufend durch ein ganzes Heer von Wissenschaftlern für ihre Bedürfnisse auswerten. Sie nutzt diese Erfahrungen sowohl in der täglichen politischen Massenbeeinflussung als auch in den beginnenden spontanen Kämpfen im großen und ganzen geschickt aus.
Die Bourgeoisie verfügt über einen relativ gut organisierten Staatsapparat und über verschiedenartige bewaffnete Formationen, die sie teilweise als straff ausgerichtete Söldnertruppe aushält (Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz).
Ein solcher Gegner wird mit jeder Arbeiterbewegung fertig, solange diese unorganisiert und spontan bleibt.

3. Die Kräfte der Revolution sind objektiv stark, subjektiv aber noch sehr schwach.

Die Klassenstruktur in der BRD hat sich in den letzten Jahren stark vereinfacht. Während sich auf dem einen Pol immer weniger mächtige Kapitalmagnaten angesammelt haben und auf der anderen Seite das Proletariat an Zahl und Bedeutung für die gesellschaftliche Produktion zugenommen hat, wurde zwischen diesen beiden Polen die traditionelle Klasse der Kleinproduzenten und Kleingewerbetreibenden weitgehend zerrieben. Diese Entwicklung ist nicht auf die Stadt beschränkt, sondern hat auch das Land erfaßt und in seiner Klassenstruktur völlig verändert.
Die "neue Mittelklasse", die sich zwischen den beiden Polen herausgebildet hat, ist selber lohnabhängig und den Gesetzen, die den Preis der Lohnarbeit regeln, unterworfen. In ihren materiellen Lebensumständen nähert sich ein großer Teil dieser ökonomisch einheitlichen, sozial und politisch aber heterogenen Mittelklasse, dem Proletariat an, mit dem er durch zahlreiche Fäden verbunden ist. Für die proletarische Revolution, die die gesellschaftlichen Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum verwandelt und die gesellschaftlichen Tätigkeiten gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen regelt, sind also rund 85 % der Bevölkerung in Westdeutschland zu gewinnen. Das kann natürlich nicht auf dem Weg von Wahlen unter der Herrschaft der Bourgeoisie gelingen und ist auch keine Voraussetzung für den erfolgreichen Ansturm auf diese Herrschaft.

Das Proletariat selbst ist in großen Fabriken und Betrieben konzentriert, und diese Fabriken sind nicht auf einige wenige Städte und Regionen beschränkt, sondern relativ breit über die ganze Bundesrepublik verstreut, so daß es zunehmend weniger rein ländliche Gebiete gibt, in denen der "Idiotismus des Dorflebens" (Marx) ungebrochen herrscht. Objektiv sind die Kräfte der Revolution heute sehr stark und die Möglichkeit, daß das Proletariat die breiten Volksmassen hinter seiner Fahne sammelt, ist groß.

Subjektiv sind die Kräfte des Proletariats noch schwach. Zwar ist ein großer Teil des Proletariats gewerkschaftlich organisiert, aber die gewerkschaftliche Organisation beschränkt sich auf die Vertretung der Alltagsinteressen und ordnet auch diese dem Klassenfrieden und der Klassenversöhnung unter. Sie steht unter bürgerlicher Führung.
Das Proletariat hat keine selbständige politische Partei. Lange Zeit hat die SPD mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation die Arbeiterintelligenz absorbiert, als Instrument ihrer bürgerlichen Politik mißbraucht und in eine Arbeiterbürokratie verwandelt. Die politische Organisation der Arbeiterklasse im Sinne einer aktiven Teilnahme am politischen Leben ist jedoch gegenwärtig insgesamt gering. Keine der bürgerlichen Parteien kann sich auf die Aktivität der Arbeitermassen stützen, sondern nur, und das gilt vor allem für die SPD, auf die Aktivität ihrer Agenten in der Arbeiterklasse. Den bürgerlichen Parteien und vor allem der SPD gelang es bisher noch, die Arbeitermassen für den Gang zur Urne zu mobilisieren, aber die letzten Bundestagswahlen können der Höhepunkt und Wendepunkt in dieser Heranziehung der Arbeitermassen für die politischen Interessen der Bourgeoisie gewesen sein.
Mit der Einsicht in die Tatsache, daß die Arbeiterklasse in den bürgerlichen Parteien nicht vertreten ist und ihre Interessen durch die bürgerlichen Parteien nicht vertreten werden, wächst das Mißtrauen der Arbeiter in das Vertretungswesen überhaupt und das Bewußtsein der Notwendigkeit der selbständigen Politik und der selbständigen politischen Organisation der Arbeiterklasse.
Gegenwärtig gibt es jedoch noch keine Organisation, die den Namen der Partei der Arbeiterklasse auch nur annähernd verdient, und es gibt auch noch keine **breite** politische Strömung in der Arbeiterklasse, die zu einer selbständigen politischen Organisation drängt. Der Aufbau dieser selbständigen politischen Organisation der Arbeiterklasse, der Wiederaufbau der KPD, ist die Voraussetzung des erfolgreichen Klassenkampfes des Proletariats.

4. Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Ausgangslage für die Politik der Kommunisten.

In der Nachkriegszeit und in den fünfziger und frühen sechziger Jahren ist es der westdeutschen Bourgeoisie gelungen, die politische Arbeiterbewegung nahezu völlig zu absorbieren oder zu zerschlagen und auf Basis der Niederlage der Arbeiterbewegung und der politischen Entwaffnung der Arbeiterklasse, den **offenen** Klassenkampf weitgehend zu unterdrücken und einen **relativen** Klassenfrieden herzustellen. Dieser Klassenfrieden war kein Waffenstillstand zwischen zwei kämpfenden Parteien, sondern die Folge der politischen Kapitulation der Arbeiterklasse, die durch Verrat und Sabotage in den eigenen Reihen und durch Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie jeder **politischen** Initiative beraubt worden war. Sofern es in den fünfziger und sechziger Jahren zu Streiks kam, handelte es sich um von der Gewerkschaft organisierte Streiks, deren (bescheidene) wirtschaftlichen Erfolge durch grundätzliche politische Zugeständnisse wie Schlichtungsabkommen erkauft wurden. Nachdem die Positionen der Arbeiterklasse von der Bourgeoisie zerschlagen worden waren und es der Bourgeoisie gelungen war, eine funktionsfähige kapitalistische Wirtschaftsordnung wiederaufzubauen, verlor auch die spontane Arbeiterbewegung vorübergehend ihren Nährboden. Resignation und Unterwerfung unter den stummen Zwang der Verhältnisse bestimmeten das Verhalten der Arbeiterklasse für längere Zeit. Der kapitalistische Staat konnte in die Rolle des neutralen Hüters des Allgemeinwohls schlüpfen und auf die Anwendung außerökonomischer Gewalt weitgehend verzichten, solange sich die Arbeiterklasse mit ihrer Niederlage abfand und sich in die Wirkungsweise der "ökonomischen Naturgesetze" schickte.

Erst mit der Krise von 1966/67 zeichnete sich ein erster Wendepunkt in dieser Entwicklung ab. Auf der einen Seite schlüpfte der kapitalistische Staat mit der Bildung der Großen Koalition endgültig in die Rolle des neutralen Hüters des Allgemeinwohls, die er ohne Regierungsbeteiligung der SPD nur mit halbem Erfolg hatte spielen können, auf der anderen Seite wurde diese Rolle durch das allmähliche Neuerwachen einer spontanen Arbeiterbewegung erschwert. Zeichen für die beiden Seiten dieser Entwicklung ist die Einrichtung der "konzertierten Aktion" unter Beteiligung der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften und die zunehmende Ablehnung, auf die diese in der Arbeiterklasse stieß.

Die Streikvon 1969 sind der erste größere Ausbruch der spontanen Arbeiterbewegung, die auf der einen Seite die SPD in die führende Stellung der bürgerlichen Regierung spülte und auf der anderen Seite die Aufrechterhaltung des Klassenfriedens ohne Anwendung staatlicher Zwangsgewalt zunehmend erschwert und unmöglich macht. Dies ist für die Herrschaft der Bourgeoisie eine gefährliche Situation. Während die Bourgeoisie 1969 noch auf den Einsatz von staatlicher Zwangsgewalt verzichtete, der kurz vor den Neuwahlen auch keiner Partei gelegen sein konnte, wird dieser Einsatz in den folgenden Jahren gerade von der SPD/FDP-Regierung durchgeführt: Der Polizeieinsatz bei den Chemiestreiks 1971 und bei den Druckerstreiks 1973, sowie bei einzelnen selbständigen Streiks dieses Jahres (Lippstadt) gefährdet nicht nur den Schein der Neutralität des Klassenstaates, sondern auch der SPD als "arbeitnehmerfreundlichen" Partei.

Der spontane Aufschwung der Arbeiterbewegung, auf den sich die Bourgeoisie seit Jahren durch gesetzliche Maßnahmen, Polizei- und Militärübungen vorbereitet hat, stößt so sehr bald nicht nur auf die geschlossene wirtschaftliche Macht der großen Konzerne und Kapitalistenverbände, sondern auf die politische und militärische Macht des kapitalistischen Staates.

Warum? Weil er, indem er mit dem stummen Zwang der Verhältnisse bricht und die Fesseln, die die Bourgeoisie der politisch besiegten Arbeiterklasse angelegt hat, abstreift, den Klassenfrieden aufkündigt und damit die Grundlagen der politischen Institutionen und Verhältnisse, auf die sich die Herrschaft der Bourgeoisie gegenwärtig stützt, in Frage stellt.

Die Arbeiter nehmen Rechte wahr, die ihnen niemand zuerkannt hat: sie durchbrechen den Tariffrieden und gehen in die Stadt. Aber selbst die Rechte, die die Bourgeoisie auf dem Papier zugesteht, wie das Streikrecht im Tarifkampf, sind nicht dazu gedacht, wahrgenommen zu werden, und werden der Bourgeoisie in dem Maße unerträglich, wie sie wahrgenommen werden.

Was geht gegenwärtig vor unseren Augen vor?

Der beginnende Aufschwung der Arbeiterklasse, der sich in diesem Jahr schon in einer weitverzweigten Streikbewegung Ausdruck verschafft hat, ist objektiv von Anfang an gegen die Grundlagen der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse der Bourgeoisie gerichtet. Die Arbeitermassen greifen an. Sie wissen es noch nicht, aber sie tun es. Sie lassen die vergangenen Niederlagen Niederlagen sein und beginnen mit dem stummen Zwang der Verhältnisse zu brechen, der durch ihre Niederlage aufs Neue etabliert worden ist.

Die Ausgangslage der spontanen Arbeiterbewegung ist durch die vorangegangene völlige Niederlage bestimmt. Sie hat keine politische Organisation, hat wenige Kader und ist von den jahrhundertlangen Erfahrungen ihrer Klasse getrennt. Deshalb sind die subjektiven Kräfte der Arbeiterklasse schwach und sind die subjektiven Kräfte der Bourgeoisie stark. Aber die Arbeiterklasse ist die fortschrittliche Klasse, und sie versteht schnell zu lernen; sie ist objektiv stärker als je, und sie wird lernen, ihre Stärke zu gebrauchen.

Die Bourgeoisie ist eine rückschrittliche Klasse, die kein Vertrauen in ihre Siege hat, und sich seit Jahren vorbereitet hat auf den unvermeidlichen Aufschwung der Arbeiterbewegung. Sie hat sich mit Wachtruppen umgeben und ein ganzes Festungssystem von reaktionären Gesetzen und Institutionen errichtet, in denen der Aufschwung der Arbeiterklasse sich festlaufen soll. Aber wird ihr das nützen? Vorübergehend zweifellos, und sie wird sicher Erfolge haben in der Abwehr der ersten spontanen und ungeordneten Angriffe der Arbeiterbewegung und hat diese Erfolge auch schon gehabt. Aber wird sie diesen Aufschwung brechen und den Angriff zerschlagen können? Das hängt von einer Vielzahl objektiver Umstände und subjektiven Entwicklungen ab und vor allem davon, ob es den Kommunisten gelingt, sich an die Spitze des Aufschwungs der Arbeiterbewegung zu stellen und die spontane Arbeiterbewegung auf Grundlage eigener Erfahrungen zunehmend in eine kommunistische umzuwandeln.

Zusammenfassung

Eine Besonderheit des gegenwärtigen Aufschwungs der Arbeiterbewegung besteht darin, daß er in einem hoch entwickelten imperialistischen Land stattfindet, dessen innere Verhältnisse aufs engste mit der Entwicklung der äußeren Verhältnisse verknüpft sind. Diese Besonderheit wirkt sich gegenwärtig günstig auf den Aufschwung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland aus, denn die Entwicklung der Wi-

dersprüche im Weltmaßstab verschärfen sich und die Haupttendenz in der Welt ist Revolution. Die Haupttendenz in der Welt wirkt als äußere Ursache zugunsten der Arbeiterklasse auf die inneren Widersprüche der BRD ein und beeinflußt den Aufschwung der Arbeiterbewegung. Sie können auch eine sprunghafte Veränderung der inneren Verhältnisse zugunsten der Arbeiterbewegung und der Kräfte der Revolution auslösen, wenn sie sich weiterhin zugunsten der Befreiungsbewegungen und der nach Unabhängigkeit strebenden Staaten, sowie der sozialistischen Länder entwickeln, wenn sich weiterhin die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern verschärfen und der allgemeine Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung anhält.

Eine weitere Besonderheit besteht darin, daß der gegenwärtige Aufschwung der Arbeiterbewegung auf eine erfahrene, starke und gut organisierte Bourgeoisie trifft, die sich gut vorbereitet hat. Diese Besonderheit ist äußerst ungünstig und bedeutet eine schwierige Ausgangsposition für die Arbeiterbewegung und die Kräfte der Revolution. Aber die westdeutsche Bourgeoisie ist eine reaktionäre Klasse und all ihre Erfahrung, Stärke und Organisation dient ihr nur dazu, den Fortschritt zu bremsen und zu hemmen. Deshalb nützen all diese Vorteile auf die Dauer nicht viel, wenn der Aufschwung der Arbeiterbewegung die dritte Besonderheit, daß die Kräfte der Arbeiterbewegung und der Revolution objektiv stark, subjektiv aber noch schwach sind, verändert und die Kluft zwischen der quantitativen Stärke der Arbeiterklasse und ihrer qualitativen Schwäche beseitigt. Das wird objektiv erleichtert durch die Entwicklung der Widersprüche im Weltmaßstab, die dazu beitragen, daß der innere Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat zunehmend als antagonistischer Widerspruch hervortritt. Entscheidend hierfür aber ist, daß der Aufschwung der Arbeiterklasse sehr schnell zum Zusammenstoß mit der im Staat organisierten herrschenden Klasse führt und die Arbeiterklasse zur politischen Selbständigkeit und Organisation zwingt, wenn sie sich nicht aufs neue dem stummen Zwang der Verhältnisse unterwerfen will, der sie in Elend und Abhängigkeit hält. Im Aufschwung der Arbeiterbewegung selbst ist also schon die Bedingung enthalten, um diese Besonderheit zu verändern und damit der erfahrenen, starken und gut organisierten Bourgeoisie eine selbstbewußte, starke und gut organisierte Arbeiterklasse gegenüberzustellen. Die Voraussetzung hierfür ist der Wiederaufbau der Partei auf der richtigen politischen Linie.

Die richtige politische Linie aber ergibt sich aus der konkreten Einschätzung der konkreten Situation.

Defensive oder Offensive?

Die Genossen Kühl und Maier schätzen die gegenwärtige Situation als eine Situation der strategischen Defensive ein, d. h. sie sagen, daß die **Gesamtsituation** des Klassenkampfes in Westdeutschland durch den **Angriff der Bourgeoisie** und die **Verteidigung der Arbeiterbewegung** gekennzeichnet ist. Der Angriff dient bekanntlich der Eroberung und die Verteidigung der Erhaltung. (2) Was aber hat die Bourgeoisie zu erobern und was hat die Arbeiterklasse zu erhalten? Um die politische Macht kann es sich nicht handeln, denn die hat die Bourgeoisie auch nach Meinung der Genossen unumschränkt inne und die Arbeiterklasse unumschränkt nicht inne. Kann es sich um **einzelne** Machtpositionen handeln, die die Bourgeoisie erobern und die Arbeiterklasse verteidigen könnte? Rote Stützpunktgebiete gibt es nicht und eine Situation der Doppelherrschaft existiert auch nicht. Will die Bourgeoisie Machtpositionen erobern, die die Arbeiterklasse im Parlament, in den öffentlichen Rundfunkanstalten und in der Presse erobert hat und die parlamentarische Demokratie beseitigen, weil sie ihr aus den Händen zu gleiten droht? Und will die Arbeiterklasse diese Positionen verteidigen, die sie in einer früheren Periode des Klassenkampfes erobert hat? Bisher waren sich die Kommunisten darin einig, daß die bestehende bürgerliche Demokratie samt

(2) Die Genossen Kühl und Maier freilich entwickeln eine andere Begrifflichkeit. In ihren Thesen schreiben sie unter der Überschrift "Defensive oder Offensive":

Solange nun der unverkennbare Aufschwung, den die westdeutsche Arbeiterbewegung in den letzten Jahren genommen hat, politisch noch auf bürgerlichem Boden stattfindet, solange ist es falsch, von einer 'Arbeiteroffensive' zu sprechen. Die westdeutsche Arbeiterbewegung befindet sich vielmehr trotz ihres Aufschwungs in einer Situation der strategischen Defensive gegenüber der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staat. 'Strategische Defensive' meint dabei in Anlehnung an Mao Tse-tungs militärtheoretische Schriften nichts anderes, als daß in der aktuellen Gesamtsituation des Klassenkampfes in Westdeutschland die Kräfte der Revolution noch weitaus schwächer sind, als die der Konterrevolution. Es wird damit weder bestritten, daß das Proletariat diejenige Klasse ist, die welthistorisch in der Offensive ist, während die Bourgeoisie immer nur eine alte, überlebte Ordnung verteidigen kann, noch wird damit eine Feststellung getroffen über die Tendenz in der die Klassenkämpfe sich gegenwärtig entwickeln. Es wird das **Kräfteverhältnis in einer gegebenen Situation** konstatiert, und das sieht so aus, daß die westdeutsche Bourgeoisie ungebrochen über die Gewaltmittel des Staates verfügt, daß sie Millionen von Menschen unmittelbar durch den Staatsapparat organisiert hat, daß 'der stumme Zwang der Verhältnisse' gegenwärtig noch dahin wirkt, daß die Masse der Arbeiter noch nicht aktiv ins politische Leben tritt und sie die Entscheidung über ihr Schicksal in den Händen der bürgerlichen Politiker beläßt. (. . .) Ausgangsbasis für die Bewegungsform, die ein Kampf annehmen kann, ist in jedem Fall das gegebene Kräfteverhältnis, und das entscheidet darüber, welche der beiden Seiten aus der Situation der strategischen Defensive bzw. Offensive heraus kämpft. Diese elementare Regel gilt für den Klassenkampf ebenso wie für das Militärwesen." (Thesen, S.6)

Die Situation der strategischen Offensive ist in dieser Begrifflichkeit identisch mit der revolutionären Situation:

"Ohne merkliche Verengung der objektiven Basis bürgerlicher Herrschaft wird es keine revolutionäre Situation geben, wird das Kräfteverhältnis nicht dahin umschlagen, daß die Revolution in die strategische Offensive kommt, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse und beträchtliche Teile des Volkes für sie gewonnen sind und der unmittelbare Ansturm auf den bürgerlichen Staatsapparat organisiert werden kann."(ebd.)

Bis in der revolutionären Situation die Kräfteverhältnisse zugunsten der Revolution umschlagen, befinden sich die Kräfte der Revolution in der Phase der Konzentration und der Sammlung:

"Während dieser ganzen Zeit der Sammlung und Ausbildung der revolutionären Kräfte befindet sich die Revolution in der strategischen Defensive, wird sie ständig den Versuchen des bürgerlichen Staates ausgesetzt sein, den Prozess der Herausbildung einer kommunistischen Arbeiterbewegung zu stören, deren organisierten Kern zu isolieren, auszuschalten usw. Wie wir uns dieser Angriffe erwehren können, das ist abhängig vom aktuellen Verlauf der Klassenkämpfe, von der Frage, ob ein Aufschwung der Kämpfe uns die Möglichkeit gibt zum offenen Hervortreten, zur Erweiterung unserer Reihen, also zur taktischen Initiative und Offensive, bis dahin, solche Angriffe direkt zu zerschlagen und Schritt für Schritt selbst in die strategische Offensive zu kommen. Oder ob ein Abflauen der Klassenkämpfe uns zwingt, Deckung zu suchen, uns 'warm anzuziehen', was bei einem länger andauernden Rückgang der Bewegung bis dahin gehen kann, in eine totale Defensive hineingedrängt zu werden, gänzlich die Initiative zu verlieren.

Der ganze Streit, der gegenwärtig die kommunistische Bewegung in Westdeutschland durchzieht, kann nicht darum gehen, ob sich die revolutionären Kräfte in der strategischen Offensive oder Defensive befinden – der schlichte Augenschein belehrt jeden, der seine fünf Sinne beisammen hat, daß nicht wir, sondern die Bourgeoisie gegenwärtig stärker ist und zwar wesentlich stärker als wir, auch was den Einfluß in der Arbeiterklasse angeht. Der Streit kann sinnvollerweise nur darum geführt werden, wie wir innerhalb der strategischen Defensive vorgehen müssen, und das ist abhängig davon, wie man die aktuelle Entwicklung der Klassenkämpfe einschätzt." →

Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht, sowie die herrschenden politischen Verhältnisse insgesamt Früchte der Niederlage der Arbeiterbewegung und des Sieges der Bourgeoisie sind. Außer den Revisionisten hat bisher noch niemand den positiven Zweck der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung in der Verteidigung der parlamentarischen Demokratie, der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und was mit ihr zusammenhängt zusammenhängt, gesehen. Dagegen betont die Bourgeoisie, daß sie all diese Dinge verteidigen will. Ist das Schwindel? Nein, die Bourgeoisie will diese Dinge ehrlich verteidigen, denn sie dienen ihr bisher hervorragend.

Immer noch gilt, daß das Proletariat nichts zu verlieren hat als seine Ketten, und solange es nichts als seine Ketten zu verlieren hat, hat es auch nichts zu erhalten.

Oder hat das Proletariat demokratische Rechte zu verteidigen? Die Rechte, die es braucht und die es sich nimmt, hat es nicht, und in dem Maße wie es sich die Rechte nimmt, die es braucht, verteidigt es nicht die bürgerliche Demokratie, sondern nähert es sich der politischen Machteroberung und der Beseitigung der bürgerlichen Demokratie.

Oder meinen die Genossen, das Proletariat sei in der strategischen Verteidigung, weil die Arbeiter in den bisherigen Streiks für die Verteidigung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage gekämpft haben? Einerseits kann die politische Gesamtsituation, die **Klassen**kampfsituation, nicht durch den Kampf um den Lohn gekennzeichnet sein und andererseits kämpfen die Arbeiter immer, sobald sie nur kämpfen, zunächst für ihre wirtschaftlichen Interessen.

Was also rechtfertigt von einem strategischen Angriff der Bourgeoisie und von einer strategischen Verteidigung der Arbeiterklasse zu sprechen? Nichts rechtfertigt das. Aber umgekehrt: Kann man von einem strategischen Angriff der Arbeiterklasse und einer strategischen Verteidigung der Bourgeoisie sprechen?

Nein, das kann man auch **noch** nicht. Warum nicht? Weil der **offene** Klassenkampf noch nicht entfaltet, der Feldzug noch nicht eingeleitet ist, weil wir uns noch nicht im "Krieg" befinden, sondern in einer Zeit der Spannung, die dem Krieg vorausgeht, weil die gegenwärtigen Kämpfe erst die Vorschule des Krieges sind, aber noch nicht der Krieg selbst. Wenn aber dieser Krieg ausbricht, dann kann er nur mit einer strategischen Offensive der Arbeiterklasse beginnen und einer strategischen Defensive der Bourgeoisie. Warum? Weil die Arbeiterklasse nichts verteidigen kann und nichts zu verlieren hat als ihre Ketten, und weil sie, solange sie glaubt, mehr verlieren zu können als ihre Ketten, den Krieg nicht führen wird, und weil die Bourgeoisie, bevor die Arbeiterklasse irgendwelche entscheidenden Machtpositionen erobert hat, keinen anderen Zweck haben kann als die Erhaltung und Verteidigung des Bestehenden. Also **muß** das Proletariat den Angriff einleiten und **kann** sich die Bourgeoisie auf die Verteidigung einrichten.

Wir sollten es uns abgewöhnen, mit Begriffen des Krieges zu spielen, in Zeiten, wo der Krieg noch nicht ausgebrochen ist, weil wir uns sonst über den Charakter des bervorstehenden Krieges in Täuschungen wiegen.

Was gibt es gegenwärtig auf Seiten der Arbeiterklasse? Einen ungeordneten und spontanen Streikkampf für die Verbesserung und gegen die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Außerdem gibt es Ansätze für den Aufbau eines revolutionären Stabes für die Kämpfe der Arbeiterklasse. Es gibt die Vorbereitung des Krieges und die Schule des Krieges und es gibt Elemente dafür, die Vorbereitung des Krieges bewußt in die Hand zu nehmen und die Schule des Krieges auszunutzen. Mehr aber gibt es noch nicht.

Auf Seiten der Bourgeoisie gibt es mehr. Dort gibt es eine Armee und auch einen Stab für diese Armee. Aber diese Armee lauert nicht auf den günstigen Moment des Angriffs, sondern des Gegenschlags, wenn der unvermeidliche Krieg durch den Angriff des Proletariats eingeleitet wird.

Immer, wenn es der Bourgeoisie gelungen ist, nach einer Niederlage der Arbeiterklasse den stummen Zwang der Verhältnisse aufs neue zu etablieren, wird der offene Klassenkampf dadurch eingeleitet, daß das Proletariat diesen Zwang durchbricht und ein neuer Aufschwung der Arbeiterbewegung beginnt. Dieser Aufschwung drückt sich zunächst in wirtschaftlichen Streiks aus und schreitet über den Zusammenstoß mit der kapitalistischen Staatsgewalt zu Massenstreiks fort, die wirtschaftliche und politische Forderungen miteinander verbinden. Erst wenn der Kampf der Arbeiter die Form von revolutionären Massenstreiks anzunehmen beginnt, können wir von offenem Klassenkampf reden. Dann wird es zur unmittelbaren Aufgabe der Kommunisten, alle Kräfte daran zu setzen, die Massenstreiks auf die Eroberung der politischen Macht auszurichten und den bewaffneten Aufstand zu organisieren. Der bewaffnete Aufstand ist der Höhepunkt jedes Aufschwungs der Arbeiterbewegung, wenn er die Form von Massenstreiks erreicht hat, was nur in einer revolutionären Situation der Fall sein kann. Die revolutionäre Situation treibt die Massenstreiks hervor, sie ist ihrerseits das Produkt vorausgehender objektiver und subjektiver Prozesse, die die ganzen bestehenden Verhältnisse untergraben haben und in denen die Arbeiterklasse sich auf ihre revolutionäre Aufgabe vorbereitet. Wenn der Aufschwung der Arbeiterklasse vorher zerschlagen wird oder zum Stillstand kommt, dann ist es den revolutionären Kräften eben nicht gelungen, den Aufschwung der Arbeiterbewegung in den "Krieg" und zum geschlossenen Angriff auf die Herrschaft der Bourgeoisie zu führen, entweder weil die objektiven Verhältnisse dies nicht gestatteten, oder weil die Kommunisten schwere Fehler gemacht haben. Das ändert nichts daran, daß der offene Klassenkampf immer durch den Angriff der Arbeiterklasse auf die Positionen der

---

→

Das klingt elegant und scheint dem gesunden Menschenverstand entgegen zu kommen. Tatsächlich handelt es sich jedoch schlicht um eine Tautologie: wenn die Genossen die strategische Defensive als Zustand der Schwäche interpretieren und dann einen Zustand der Schwäche als strategische Defensive kennzeichnen. Offensive und Defensive sind nicht nur bestimmte Kampf**formen** , sie entsprechen als bestimmte Kampfformen auch bestimmten Zwecken. Ob eine kämpfende Klassenpartei oder eine kriegführende Armee sich der Defensive oder der Offensive bedient, hängt in erster Linie von Zweck und Ziel d' ser Klasse, Partei oder Armee ab und erst in zweiter Linie von den Kräfteverhältnissen. Wer nichts hat, kann nichts verteidigen, und wer alles hat, kann nichts erobern. Es war Clausewitzens wissenschaftliches Verdienst, diese Beziehung zwischen Kampfform und Zweck des Kampfes klar herausgearbeitet zu haben:

"Was ist der Zweck der Verteidigung? **Erhalten.** Erhalten ist leichter als gewinnen, schon daraus folgt, daß die Verteidigung bei vorausgesetzten gleichen Mitteln leichter sei als der Angriff. Worin liegt aber die größere Leichtigkeit des Erhaltens oder Bewahrens? Darin, daß alle Zeit, welche ungenutzt verstreicht, in die Waagschale des Verteidigers fällt. Er erntet, wo er nicht gesäet hat. Jedes Unterlassen eines Angriffs aus falscher Ansicht, aus Furcht, aus Trägheit, kommt dem Verteidiger zu gut. (. . .) Dieser aus Begriff und Zweck sich ergebende Vorteil der Verteidigung liegt in der Natur aller Verteidigung und ist im übrigen Leben, besonders in dem dem Kriege so ähnlichen Rechtsverkehr in dem lateinischen Sprichwort: beati sunt possidentes (Glücklich sind die Besitzenden) fixiert." (Clausewitz, Vom Kriege, 2.Teil, 4.Aufl., Berlin 1880, S.124)

Gegenüber dem Dialektiker Clausewitz erscheinen die Genossen trotz ihrer ungerechtfertigten Berufung auf Mao Tse-tung als schlichte Mechanisten.

Bourgeoisie **eingeleitet** wird, denn nur die Arbeiterklasse hat einen **positiven Zweck**, zunächst Rechte und dann die politische Macht zu erobern. Erst wenn die Arbeiterklasse bedeutende Machtpositionen erobert hat, indem sie Rechte wahrnimmt, die mit der Herrschaft der Bourgeoisie praktisch und politisch unvereinbar sind, die Doppelherrschaft herbeigeführt oder die politische Macht erobert hat, hat die Arbeiterklasse etwas zu erhalten und die Bourgeoisie etwas **zurück**zuerobern, **kann** das Proletariat die Verteidigung organisieren und **muß** die Bourgeoisie die Rolle des Angreifers übernehmen.

Die Genossen Kühl und Maier glauben, sich mit ihren Begriffen Offensive und Defensive an Mao Tse-tung anzulehnen. Das ist eine Täuschung.

Mao Tse-tung wendet diese Begriffe auf den revolutionären Krieg in China an. Die chinesischen Kommunisten hatten zu diesem Zeitpunkt schon rote Stützpunktgebiete errichtet. Sie hatten eine Rote Armee. Sie hatten etwas zu verteidigen. Die Kräfte der Konterrevolution mußten etwas erobern, wenn sie ihre unumschränkte Herrschaft wieder herstellen wollten. Im Rahmen des revolutionären Krieges, der insgesamt ein **Offensiv**krieg war, nahm der Krieg zur Verteidigung und Erweiterung der Roten Stützpunktgebiete, jeweils folgende Verlaufsform an: strategische Offensive der Kräfte der Konterrevolution und strategische Defensive der Roten Armee, strategische Gegenoffensive und strategische Offensive der Roten Armee und strategische Defensive der konterrevolutionären Armee.

"Unser Krieg war bisher, als ganzer gesehen, eine Offensive gegen die Kuomingtang, militärisch nahm er jedoch die Form der Zerschlagung ihrer 'Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzüge' an." (Mao Tse-tung, Strategische Probleme . . ., Ausgew. militärische Schriften, S.121)

Warum nahm er diese Form an? Weil der revolutionäre Krieg, eine Phase der Revolution ist, in der die Kräfte der Revolution schon etwas erobert haben (in China die Roten Stützpunkte, in Rußland die politische Macht), das es zu erhalten gilt und das die Kräfte der **Konter**revolution (zurück)**erobern** wollen.

Es ist offensichtlich, daß diese Begriffe des revolutionären Bürgerkrieges nicht einfach auf eine Klassenkampfsituation übertragen und angewandt werden können, in der der relative Klassenfrieden, der auf einer völligen Niederlage der Arbeiterbewegung beruht, sich zwar in einen Zustand der Spannung verwandelt, aber noch nicht in **offenen Klassen**kampf umgeschlagen hat. Auf diesen Zustand, der durch spontane und unbewußte Angriffe der Arbeiterklasse auf den stummen Zwang der Verhältnisse und durch erste sporadische Gewaltmaßnahmen der Bourgeoisie zur Abwehr dieser Angriffe und zur Aufrechterhaltung dieses Zwanges gekennzeichnet ist, den Kurs auf die "strategische Defensive" einschlagen zu wollen, ist völlig verfehlt und muß in die politische Sackgasse führen.

Worauf kommt es gegenwärtig an? Einerseits müssen die spontanen Streikkämpfe wirklich zu Schulen des Klassenkampfes gemacht werden und von den Kommunisten als solche ausgenutzt werden, andererseits muß in diesen Streikkämpfen der revolutionäre Stab und die revolutionäre Vorhut für den unvermeidlichen Krieg aufgebaut werden. Gegenwärtig herrscht noch kein Krieg, aber er muß vorbereitet werden, gegenwärtig gibt es noch keine Offensive der Arbeiterbewegung, aber sie kann und muß vorbereitet werden (3).

In jedem Streik lauert die Hydra der Revolution, sagte der reaktionäre preußische Staatsminister Miquel, der es schließlich wissen mußte. Warum? Weil jeder Streik schon ein Aufstand gegen den stummen Zwang der Verhältnisse ist, auf dem die Herrschaft der Bourgeoisie beruht. Von einzelnen Streiks schreitet die Arbeiterbewegung fort zu Massenstreiks und zum bewaffneten Aufstand. Sie kann diesen Weg nur erfolgreich zu Ende gehen, wenn sie von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird. Wie immer die konkrete Verlaufsform des Klassenkampfes sein mag, und welche Rückschläge und Niederlagen auch immer eintreten mögen, daß der offene Klassenkampf zu Beginn durch eine Situation gekennzeichnet ist, in der die Kommunisten die Offensive vorbereiten und durchführen müssen, ergibt sich aus dem Wesen der sich bekämpfenden Klassen und der herrschenden Verhältnisse selber:

"Selbstverständlich hat die These, Revolutionen und revolutionäre Kriege seien offensiv, ihre richtige Seite. Revolutionen und revolutionäre Kriege sind, wenn sie vom Ausbruch zur Ausweitung, von klein zu groß, von der Machtlosigkeit zur Machteroberung, vom Fehlen einer Roten Armee zur Aufstellung einer solchen, vom Fehlen revolutionärer Stützpunktgebiete zu deren Schaffung fortschreiten, notwendigerweise offensiv, dürfen nicht konservativ bleiben; Tendenzen des Konservatismus müssen bekämpft werden. Vollkommen richtig ist aber nur die These, daß Revolutionen und revolutionäre Kriege wohl offensiv sind, aber auch Verteidigung und Rückzug mit einschließen. Sich verteidigen, um angreifen zu können, sich zurückziehen, um vorrücken zu können; an den Flanken operieren, um dann gegen die Front vorgehen zu können; einen Umweg machen, um dann den direkten Weg einschlagen zu könnnen – dies ist eine unvermeidliche Erscheinung im Entwicklungsprozeß vieler Dinge, insbesondere militärischer Operationen.

Von den beiden obererwähnten Thesen mag die erste auf politischem Gebiet richtig sein; auf militärisches übertragen, wird sie jedoch falsch. Und auch auf dem Gebiet der Politik ist sie nur in einer bestimmten Situation richtig (bei einem Vormarsch der Revolution), wird aber falsch, wenn man sie auf eine andere Situation überträgt (bei der die Revolution im Rückzug begriffen ist – in einem allgemeinen Rückzug wie in Rußland im Jahre 1906 und in China im Jahre 1927 oder in einem teilweisen Rückzug wie in Rußland zur Zeit des Abschlusses des Vertrages von Brest Litowsk im Jahre 1918). Nur die zweite These gibt die volle Wahrheit wieder." (Strategische Probleme des Revolutionären Krieges, in Ausgew.Militärische Schriften, Peking 1969, S.117)

Während der "linke" Fehler darin besteht, die Notwendigkeit der Verteidigung und die Notwendigkeit des Rückzugs allgemein zu leugnen, besteht der rechte Fehler in der Verkennung der Tatsache, daß der Klassenkampf des Proletariats, Revolutionen und revolutionäre Kriege **wohl offensiv sind**, aber auch Verteidigung und Rückzug **mit einschliessen!**

Wie kommen wir an die Revolution heran, welche Strategie und Taktik müssen wir gegenwärtig anwenden?

Davon steht in den ganzen Thesen nicht viel, hier erhalten

---

(3) Auch in dem Artikel "Thesen zur Faschismusfrage" habe ich nicht von einer Offensive der Arbeiterbewegung gesprochen, wie N. Kadritzke in "Probleme des Klassenkampfes" 8/9, S.140, behauptet, sondern von der Vorbereitung der Offensive. In diesem Artikel habe ich aber ebenfalls den Fehler gemacht, die Begriffe des offenen Klassenkampfes und des Krieges zu benützen, als könnten sie auf jeden beliebige Situation angewendet werden, als gäbe es nur Offensive und Defensive, nur offenen Klassenkampf und Krieg und nicht auch den Zustand relativer Ruhe, auf den diese Begriffe nicht unmittelbar angewendet werden können.
Eine wie immer geartete "Offensivtheorie" (vgl. N. Kadritzke, ebd.) habe ich auch damals nicht vertreten, obwohl mir die Sache selbst noch nicht ganz klar war.

wir keine Antwort. Nicht was wir tun müssen, wird gesagt, sondern, daß wir um Gottes willen nicht zu viel tun dürfen. Nun könnten die Genossen auf das Programm verweisen und sagen, daß dort schon alles drin steht. In unserem Programm wird die Etappe bestimmt, werden die Bündnismöglichkeiten (inneren Reserven) festgestellt und wird der demokratische Kampf als das breitest anwendbare politische Mittel zur Einbeziehung der Arbeiter- und Volksmassen in den Kampf zur Eroberung der politischen Macht festgelegt. Das sind schon Festlegungen strategischer und taktischer Grundsätze, die über die Festlegungen im allgemeinen Teil des Programms hinausgehen, sie ersetzen aber noch nicht die Festlegung unserer Politik für die gegenwärtige Klassenkampfsituation. Soweit die "Thesen" hier überhaupt Festlegungen treffen, sind diese formal oder direkt falsch. Das kann auch gar nicht anders sein, wenn sie statt von der Vorbereitung des Angriffs von der Durchführung der Verteidigung ausgehen. Dies ist die eigentliche Ursache aller weiter oben kritisierten Fehler. Deshalb begreifen die Genossen die selbständigen Streiks nur in ihrem Zusammenhang mit dem Tarifkampf, statt als Ansätze einer Massenstreikbewegung, so sehen sie ihre Bedeutung, wenn sie sie überhaupt sehen, nur als Vorbereitung des Tarifkampfes, statt als Schule des Krieges. Wenn ein Streik ausbricht, wollen sie 24 Stunden "wirbeln"; daß es die Aufgabe der Kommunisten ist, solche Streiks vorzubereiten, auszulösen und erfolgreich durchzuführen, das suchen wir in den "Thesen" vergebens. Deshalb stellen sie nicht die Frage nach dem richtigen Einsatz der vorhandenen Kräfte auf der richtigen Linie, sondern der Schonung der Kräfte. Daß die Kräfte**verschwendung** und die Handwerkelei ("Wirbeln") die Folge von Fehlern in der politischen Linie sind und daß eine richtige kommunistische Arbeit weder Kräfteverschwendung noch "soziale Isolation" bedeuten kann, sehen die Genossen nicht. Deshalb korrigieren sie diese negativen Erscheinungen auch nicht durch Korrektur der Fehler in der politischen Linie und durch Festlegung der richtigen Linie. Stattdessen entwickeln sie eine Einschätzung der Klassenkampfsituation, die diese negativen Erscheinungen gewissermaßen unnötig macht und von selbst erübrigt: 6 lange Sitzungen, bei denen wenig im Sieb bleibt, sind jedoch in jeder Klassenkampfsituation schädlich und "wirbeln", d. h. planloses Umherschwirren, nicht weniger.

Propagandisten müssen wir gegenwärtig nicht deshalb ausbilden, weil wir später dazu keine Zeit haben werden und uns eine angebliche Phase der strategischen Defensive dazu gegenwärtig Zeit läßt (als ob eine Phase der strategischen Defensive weniger "anstrengend" wäre). Propagandisten des Kommunismus aus der Arbeiterklasse müssen wir vielmehr deshalb ausbilden, weil die **ideologische Offensive** und der Kampf an der ideologischen Front von entscheidender Bedeutung ist, um die Schule des Krieges auszunutzen und den Krieg vorzubereiten, und weil wir ohne diese Propagandisten nicht in der Lage sein werden, eine kommunistische Kaderpartei aufzubauen, die bei Beginn des offenen Klassenkampfes die zu uns strömenden Arbeitermassen fest in ihre Reihen eingliedern kann. Unsere Kader aber müssen auch schon gegenwärtig zu Agitatoren und Organisatoren von Massenkämpfen ausgebildet werden, weil diese Massenkämpfe in der Form selbständiger wirtschaftlicher Streiks schon beginnen. Der Schwerpunkt liegt gerade deshalb auf der Ausbildung von kommunistischen Propagandisten aus der Arbeiterklasse, weil die Fähigkeiten zur Agitation und zur Organisation schon besser ausgebildet sind und sich auch leichter im Kampf selbst erlernen und weil die kommunistische Propaganda der entscheidende Hebel ist, um aus fortgeschrittenen Arbeitern kommunistische Arbeiterführer und Lehrer ihr Klassengenossen zu machen in den gegenwärtigen Kämpfen. Nicht weil wir jetzt Zeit haben, müssen wir Propagandisten ausbilden, sondern weil wir sie brauchen, um die Offensive der Arbeiterklasse vorzubereiten und auf die Ziele des Kommunismus ideologisch auszurichten. Wenn wir keine Zeit für diese Ausbildung haben, **müssen** wir sie uns **nehmen** und nicht: weil wir Zeit haben, **können** wir sie ruhig ausnützen.

Zeit haben wir sowieso nur deshalb, weil der relative Klassenfrieden, der bis in die letzten Jahre hinein geherrscht hat, sich noch nicht in den unversöhnlichen Antagonismus verwandelt hat. In einer "strategischen Defensive", d. h. wenn die Arbeiterklasse innerhalb des Antagonismus in die Situation der relativen Schwäche und des Rückzugs gerät, haben wir genauso wenig Zeit und Muße wie in der Offensive (4).

"In der Menschheitsgeschichte existiert der Antagonismus zwischen den Klassen als ein spezifischer Ausdruck des Kampfes der Gegensätze. Betrachten wir den Widerspruch zwischen der Klasse der Ausbeuter und der Klasse der Ausgebeuteten, so bestehen sowohl in der Sklavenhaltergesellschaft als auch in der feudalen und der kapitalistischen Gesellschaft diese beiden im Widerspruch stehenden Klassen lange Zeit hindurch in ein und derselben Gesellschaft nebeneinanderher. Sie kämpfen gegeneinander, doch erst nachdem sich der Widerspruch der beiden Klassen bis zu einem bestimmten Stadium entwickelt hat, nimmt der Kampf der beiden Seiten die Form eines offenen Antagonismus an, der sich zur Revolution entwickelt. Auf ähnliche Weise verwandelt sich in der Klassengesellschaft der Frieden in den Krieg." (Mao, Über den Widerspruch, AW, Bd.1,S.403)

Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der bürgerlichen Gesellschaft nimmt, wenn es dem Proletariat nicht gelingt, die Revolution im ersten Anlauf siegreich durchzuführen und es der Bourgeoisie gelingt, den revolutionären Ansturm zu zerschlagen oder auf halbem Weg zurückzuwerfen, vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat **mehrmals** die Form des offenen Antagonismus an. Dazwischen gibt es längere oder kürzere Phasen der relativen Ruhe:

"Die Bewegung eines jeden Dinges äußert sich in zwei Zuständen: im Zustand relativer Ruhe und im Zustand offensichtlicher Veränderung. Diese sich in beiden Zuständen äußernde Bewegung wird durch den Kampf verursacht, den die beiden im Ding enthaltenen gegensätzlichen Faktoren miteinander führen. Wenn die Bewegung des Dinges den ersten Zustand zeigt, dann macht das Ding nur quantitative Veränderungen durch und keine qualitativen; deshalb äußert sie sich in scheinbarer Ruhe. Nimmt aber die Bewegung den zweiten Zustand an, so haben die im ersten Zustand vor sich gegangenen quantitativen Veränderungen bereits einen bestimmten Kulminationspunkt erreicht, das Einheitliche hat sich daher aufgelöst, und es erfolgt eine qualitative Veränderung; deshalb äußert sich die Veränderung des Dinges in einer offensichtlichen Veränderung. Solche im Alltagsleben zu beobachtenden Erscheinungen wie Einheit, Geschlossenheit, Verbundenheit, Harmonie, Gleichgewicht, Stabilität, Stagnation, Stillstand, Beständigkeit, Gleichmäßigkeit, Kondensation, Anziehung usw. sind Erscheinungen von Dingen, die sich im Zustand quantitati-

(4) In seinem Kampf gegen die Liquidatoren, während der Zeit einer strategischen Defensive der Russischen Revolution, hat Lenin nicht umsonst immer wieder betont, daß es völlig lächerlich sei, in einer solchen Zeit "Schulen" einzurichten.

ver Veränderungen befinden. Auflösung des Einheitlichen, das heißt, die Störung des Zustandes des Gleichgewichts, der Stabilität, der Stagnation, des Stillstands, der Beständigkeit, der Gleichmäßigkeit, der Kondensation, der Anziehung usw. und seine Verwandlung in den entgegengesetzten Zustand stellen dagegen Erscheinungen von Dingen dar, die sich im Zustand qualitativer Veränderungen befinden, Veränderungen, die beim Übergang eines Prozesses in einen anderen vor sich gehen. Die Dinge gehen unausgesetzt vom ersten in den zweiten Zustand über, wobei der Kampf der Gegensätze, der in beiden Zuständen vor sich geht, durch den zweiten Zustand zur Lösung des Widerspruchs führt. Deshalb sagt man, daß die Einheit der Gegensätze bedingt, zeitweilig relativ ist, der Kampf der einander ausschließenden Gegensätze hingegen absolut." (a.a.O.,S.402)

Die Situation an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes

Der offene Klassenkampf entwickelt sich daraus, daß die Arbeiter sich nicht länger dem stummen Zwang der Verhältnisse unterwerfen, daß sie an diesen Verhältnissen zu rütteln beginnen. Die Arbeiterbewegung kann nur in dem Maße zur Offensive gegen die Herrschaft der Bourgeoisie übergehen, wie sie ihren spontanen Charakter ablegt und sich um ihre marxistisch-leninistische Avantgarde schart, die in der revolutionären Situation den Generalangriff auf die Herrschaft der Bourgeoisie organisiert. Wenn in der BRD gegenwärtig keine revolutionäre Situation besteht und die Arbeiterbewegung noch spontan und ohne marxistisch-leninistische Führung ist, dann heißt das weder, daß die Arbeiterbewegung in der Defensive ist und die Bourgeoisie in der Offensive, noch daß die Marxisten-Leninisten die Defensive der Arbeiterbewegung organisieren müssen, sondern, daß die Marxisten-Leninisten den gegenwärtigen Aufschwung der spontanen Arbeiterbewegung ausnützen müssen, um die Partei aufzubauen, sie in den Massen zu verankern und die Offensive **vorzubereiten.** Die Zeiten zwischen den einzelnen Feldzügen, dienen der Vorbereitung des nächsten Feldzuges. Die gegenwärtige Zeit des relativen Klassenfriedens entwickelt sich notwendig in Richtung auf eine Offensive der Arbeiterklasse. Deshalb kann für die Marxisten-Leninisten die Vorbereitung des Feldzuges nur in der Vorbereitung des Angriffs bestehen wie andererseits die Vorbereitung der bewußten Kräfte der Bourgeoisie nur in der Vorbereitung der Verteidigung bestehen kann. Zumindest auf der Seite der bewußten Kräfte der Bourgeoisie ist dies klar und alle Dokumente der Bourgeoisie sprechen gerade von der Notwendigkeit der Vorbereitung von Verteidigungslinien. Auf Seiten der Marxisten-Leninisten ist dies weniger klar: Die einen tun so, als seien wir nicht in einer Situation der Vorbereitung der Offensive, sondern schon in der Offensive selber. Diese Genossen machen linksopportunistische Fehler. Die andern tun so, als seien wir in einer Situation der Defensive. Diese Genossen machen rechtsopportunistische Fehler. Woraus erklärt sich, daß die Genossen, die in der einen oder anderen Richtung Fehler machen, so relativ zahlreich sind? Das erklärt sich daraus, daß in einer Situation, in der der relative Klassenfrieden in eine Situation der raschen Veränderung überzugehen beginnt, aber noch nicht in diese Situation übergegangen ist, sehr widersprüchliche Phänomene auftreten und die Verhältnisse noch sehr unklar sind. Die Gesamtsituation des Klassenkampfes ist durch verschiedene Kampffelder und durch verschiedene Fronten bestimmt. Die einen Genossen verabsolutieren nun die Lage an der einen Front, die anderen Genossen verabsolutieren die Lage an der anderen Front und kommen so zu völlig entgegengesetzten Einschätzungen der Gesamtsituation. Die Hauptfronten des Klassenkampfes in einem bestimmten Land sind die ideologische, die wirtschaftliche, die politische und die militärische Front. An diesen Fronten entwickelt sich der Klassenkampf keineswegs einheitlich und nur in den kurzen Zeitpunkten der Entscheidungsschlachten, in denen die Arbeiterklasse zum Generalangriff übergeht, wird der Kampf an all diesen Fronten zu **einem** Ansturm auf die Positionen der herrschenden Klasse zusammengefaßt. Gegenwärtig ist die Situation an den verschiedenen Fronten unterschiedlich. An der ideologischen Front, im Kampf um die öffentliche Meinung hat der Klassenkampf schon die Form der offenen Auseinandersetzung angenommen. Die Kräfte der Arbeiterklasse, die diesen Kampf schon aktiv führen, sind zahlenmäßig noch gering. Im Gegensatz zu den Kräften der Bourgeoisie werden die Kräfte der Revolution an dieser Front jedoch stärker, sie entwickeln sich von klein zu groß. Hat vor einigen Jahren fast noch niemand auf die Marxisten-Leninisten gehört und stellten die wenigen Marxisten-Leninisten, die es überhaupt gab, keinen wirklichen Faktor in der öffentlichen Meinung dar, so gibt es heute marxistisch-leninistische Zeitungen und diese Zeitungen werden gelesen, so gibt es heute Veranstaltungen von Marxisten-Leninisten und diese Veranstaltungen werden besucht. Waren vor einigen Jahren die Ideologen der Bourgeoisie mit ihrem Gerede von Klassenintegration, Klassenfrieden und sozialer Sicherheit noch durchaus in der Offensive, so ist es heute umgekehrt und die Ideologen der Bourgeoisie machen kein Hehl daraus, daß sie mit ihrem bisherigen Gerede keinen Hund mehr hinterm Ofen hervorholen können und daß sie sich was Neues einfallen lassen müssen. Die Kapitalisten jammern, das Bild des Unternehmertums sei zerstört und müsse wiederhergestellt werden. Die Auflage der Bild-Zeitung geht zurück und der Bundesverband der Deutschen Industrie sieht sich veranlaßt, seine "Öffentlichkeitsarbeit" zu verstärken. Es besteht kein Zweifel: An der ideologischen Front sind die Marxisten-Leninisten schon in der Offensive und werden diese Offensive erfolgreich fortsetzen können.

Wie ist die Lage an der wirtschaftlichen Front, an der um den Wert der Ware Arbeitskraft, soweit dieser historisch bestimmt ist, und um den 'Preis der Arbeit' gekämpft wird? Der Rahmen des wirtschaftlichen Kampfes ist objektiv begrenzt durch die Gesetze des Kapitalismus. Insofern diese Gesetze durch den wirtschaftlichen Kampf nicht durchbrochen werden können und der wirtschaftliche Kampf seinem Wesen nach nur verhindern kann, daß der Preis der Ware Arbeitskraft **dauerhaft** unter ihren historischen Wert gedrückt werden kann, ist dieser Kampf seinem Wesen nach defensiv. Das bedeutet jedoch nicht, daß es in diesem Kampf nicht Sieg und Niederlage gibt, daß für den wirtschaftlichen Kampf die Begriffe Defensive und Offensive keine Bedeutung hätten. Kämpfe für die Erhöhung des Reallohns sind offensiv, Kämpfe für die Erhaltung des Reallohns sind defensiv, Kämpfe, in denen die erhobenen Forderungen durchgesetzt werden können, enden siegreich, Kämpfe, in denen die erhobenen Forderungen nicht einmal teilweise durchgesetzt werden können, enden mit einer Niederlage. Dazwischen liegen mehr oder weniger gute oder schlechte Kompromisse. Diese Binsenweisheiten müssen leider niedergeschrieben werden, weil sie auf der Gründungskonferenz des KBW von Seiten der Genossen Kühl und Maier sowie einiger Genossen der Bremer Delegation angezweifelt worden sind (vgl. KVZ Nr.1).
Der wirtschaftliche Kampf ist der eigentliche Boden der spontanen Bewegung, und an seiner Entwicklung läßt sich

ablesen, ob die Arbeiterbewegung sich in einem Aufschwung oder in einem Abschwung befindet. Dazu reichen Streikstatistiken, die nur die Streiktage aufführen, nicht aus. Dazu sind Streikstatistiken nötig, die nach Anlaß, Erfolg oder Mißerfolg, nach Länge der einzelnen Streiks und der Zahl der an ihnen beteiligten Arbeiter unterscheiden, die sowohl alle inoffiziellen und selbständigen Streiks als auch alle Streiks im Rahmen der Tarifauseinandersetzung gesondert aufführen. Die Frage, ob sich die Arbeiterbewegung in einem Aufschwung befindet, bedarf einer qualitativen Untersuchung und nicht nur einer quantitativen Auswertung der Streiktage. Der wirtschaftliche Kampf insgesamt ist nicht offensiv, aber seine Entwicklung ist entscheidend für die Bedingungen von Offensive und Defensive. Solange es keinerlei wirtschaftliche Streikbewegung gibt, solange herrscht offensichtlich relativer Klassenfrieden. Solange sich die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse fast ausschließlich im Rahmen der Tarifauseinandersetzung und unter unangefochtener Führung der bürgerlichen Gewerkschaftsführung stattfinden, wird der relative Klassenfriede nicht ernsthaft gestört und kann von einer wirklichen Streikbewegung und einem Aufschwung der Arbeiterbewegung noch nicht die Rede sein. Unter solchen Umständen stellt sich die Frage von Offensive und Defensive nicht aktuell, denn offensichtlich kann von offenem Klassenkampf nicht die Rede sein, solange selbst an der Front des wirtschaftlichen Kampfes weitgehend Ruhe herrscht und nur gelegentlich gewerkschaftlich organisierte Streiks als Begleitmusik zu den Soli der Gewerkschaftsführer eingesetzt werden. Wenn wir nur unter diesen Gesichtspunkten die Streiks der letzten Jahre untersuchen, dann stellen wir fest, daß einerseits die Streiks während der Tarifauseinandersetzungen ihren Charakter als Begleitmusik zu den Verhandlungen abzustreifen beginnen. Dort, wo es während der Tarifauseinandersetzungen zu Streiks gekommen ist, mußten die Gewerkschaftsführer nahezu immer den Kreis der für den Streik vorgesehenen Betriebe widerwillig erweitern (Metallerstreik 1971), die Streikformen verschärfen (Druckerstreik 1973), oder es gelang ihnen nur mit Mühe, die Streikbewegung einzugrenzen und rechtzeitig zurückzuschrauben (Chemiestreiks 1971) und Streiks auf die bloße Funktion von Warnstreiks zu beschränken (Chemieauseinandersetzung 1973 bei BASF). Dort, wo es zu keinem Streik gekommen ist, gelang es den Gewerkschaftsführern nicht mehr, ihre miserablen Abschlüsse als Erfolge an den Mann zu bringen (Urabstimmung in der Stahlindustrie 1973). 1969 und in diesem Jahr sprengten die Arbeiter in Massenmaßstab durch selbständige Streiks den Rahmen des Tariffriedens und ließen sich nicht mit dem Hinweis auf spätere Tarifauseinandersetzungen vertrösten. Während sich die Streiks 1969 auf einen kurzen Zeitraum und auf relativ wenige Betriebe weniger Regionen beschränkten, erstreckt sich die Streikbewegung dieses Jahr über mehrere Monate, kommt niemals ganz zum Stillstand, springt von Region zu Region und erreicht verschiedene Branchen. Angesichts dieser Entwicklung läßt sich der Aufschwung der spontanen Arbeiterbewegung nicht länger leugnen und geht der Streit nur noch um Ausmaß und Qualität dieses Aufschwungs. Aber dies ist gar nicht die wesentliche Frage. Die wesentliche Frage ist: Was sind die Ursachen dieser Streikbewegung, wirken diese Ursachen fort, kann es zwar zu einer vorübergehenden Beruhigung der Streikbewegung kommen, aber nicht zu einer Beruhigung über einen längeren Zeitraum, weil die Ursachen der Streikbewegung länger fortwirken?

Die Ursachen dieser Streikbewegung sind nur durch eine wirtschaftliche Krise zu beseitigen, d.h. durch eine Entwicklung, die ihrerseits nicht zur Abschwächung des Klassenkampfes führen wird, sondern zu einer Verschärfung des Klassenkampfes. Die Ursache dieser Entwicklung ist die nachweisbare Verengung des Weltmarkts, die daraus resultierende Verschärfung der Konkurrenz sowie der wachsende Druck auf den Reallohn und die Lebensbedingungen der Arbeiter. Die Streikbewegung ist das deutlichste Anzeichen dafür, daß die Verhältnisse dabei sind, sich aus einem Zustand der relativen Ruhe in einen Zustand rascher Veränderung zu verwandeln. Der Neuaufschwung der Arbeiterbewegung, der sich in der wirtschaftlichen Streikbewegung zeigt, ist noch nicht die Offensive der Arbeiterklasse, aber die breite Grundlage, auf der diese Offensive vorbereitet werden kann.

Der Kampf an der politischen Front, der Kampf um Rechte, Machtpositionen und zur Zerschlagung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie ist noch wenig entwickelt. Es ist aber nicht so, daß die Arbeiterbewegung an dieser Front in die Defensive gedrängt wäre. Vielmehr ist es so, daß sie den Kampf an dieser Front noch nicht aufgenommen hat. Noch ist die Arbeiterbewegung nicht im Massenumfang an die Grenzen gestoßen, die ihr die bürgerliche Ordnung und der bürgerliche Staat gezogen hat. Aber in dem Maße, wie sich die spontane Arbeiterbewegung entwickelt, stößt sie auf diese Grenzen und wird sich ihrer bewußt. Dieser Zusammenstoß ist in der spontanen Arbeiterbewegung selber angelegt; der Arbeiterbewegung die Gesetznäßigkeit dieses Zusammenhanges aufzuzeigen und die revolutionären Konsequenzen, die daraus folgen, sie aus einer Bewegung, die sporadisch mit der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staatsapparat zusammenstößt, in eine bewußte revolutionäre Bewegung umzuwandeln und davon zu überzeugen, daß sie diese Herrschaft stürzen und diesen Staat zerschlagen muß, wenn sie sich sozial befreien will, das ist die Aufgabe der Marxisten-Leninisten. Dazu ist es notwendig, daß die Marxisten-Leninisten die Aufmerksamkeit der Arbeiter von vornherein auf die Frage der politischen Macht und sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, auf denen diese Macht beruht, lenken, daß sie durch ihre politische Agitation und Propaganda die fortgeschrittensten Arbeiter auf die Unvermeidlichkeit dieses Zusammenstoßes vorbereiten, damit die Arbeiterbewegung ausgehend von diesen Zusammenstößen fortschreiten kann zur Offensive auf die Herrschaftspositionen der bürgerlichen Klasse und alle Kräfte sammelt, die für diese Offensive zu gewinnen sind und alle Kräfte neutralisiert, die nicht notwendig auf der anderen Seite der Barrikade stehen müssen. Die Vorbereitung der Offensive an der politischen Front ist vorwiegend eine propagandistische und agitatorische Aufgabe und selbst dort, wo von der Propaganda und Agitation fortgeschritten wird zur politischen Aktion und Demonstration, haben diese Aktionen noch mehr den Charakter der Vorbereitung des Kampfes als schon des Kampfes selber.

Daraus zu schließen, die Arbeiterbewegung befinde sich in der politisehen Defensive, liefe darauf hinaus, das Fehlen von offenen politischen Zusammenstößen der Arbeiterbewegung mit der Bourgeoisie als Situation der Defensive zu verstehen. Aber bekanntlich ist die Situation der Defensive genauso durch offene Zusammenstöße gekennzeichnet wie die Situation der Offensive.

Die Frage an der politischen Front steht also nicht so: Befindet sich die Arbeiterbewegung gegenwärtig in der Defensive oder in der Offensive, sondern so: Bereiten wir die

Arbeiterklasse auf die unvermeidlichen Zusammenstöße so vor, daß wir sagen: Ihr müßt das erhalten, was ihr habt, oder daß wir sagen: Ihr habt nichts, was sich zu erhalten lohnt, die Zusammenstöße mit der politischen Macht der Bourgeoisie zeigen euch, daß die Bourgeoisie alles auf ihrer Seite hat, das Recht, die Macht und die Gewehre. Ihr habt nur die Rechte, die ihr euch nehmt und erkämpft, ihr müßt der Macht der Bourgeoisie eure eigene Macht gegenüberstellen ihr müßt die Macht der Bourgeoisie gewaltsam brechen und dazu braucht ihr Waffen und Gewehre. Heftige Zusammenstöße der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie sind die Vorzeichen der revolutionären Situation. Ohne solche Zusammenstöße in der aktuellen Situation überhaupt für diese Situation die Begriffe Offensive und Defensive auf den politischen Kampf anzuwenden, ist Kinderei. Nicht darum handelt es sich jetzt. Es handelt sich darum: Mit welchen Parolen und Losungen wenden wir uns an die Arbeiterklasse, **wenn** es zu diesen Zusammenstößen kommt, mit defensiven oder mit offensiven Parolen, und **in welcher Richtung** bereiten wir **jetzt** die Arbeiterklasse auf diese Zusammenstöße im Massenumfang vor, die ja schon beim gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzung voraussehbar sind. Bereiten wir uns schon auf das Scheitern der Offensive vor, bevor wir mit der Vorbereitung der Offensive richtig begonnen haben, oder sind wir uns darüber im Klaren, daß Faschismus und Konterrevolution die Strafe für steckengebliebene Offensiven sind, für Situationen, in denen die Arbeiterklasse zwar rebellierte, aber nicht die Kraft und die Einsicht fand, um von der Rebellion fortzuschreiten zur politischen Revolution.

Der militärische Kampf ist die höchste Form des Klassenkampfes. Der bewaffnete Kampf ist auf einer bestimmten Stufe der Entfaltung des Kampfes an den anderen Fronten ganz unvermeidlich, solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen verfügt. Auf einer bestimmten Stufe der Entfaltung des Klassenkampfes, wenn der ökonomische und politische Kampf unter der ideologischen Führung der Marxisten-Leninisten zum einheitlichen Klassenkampf zusammengefaßt werden kann und die Form von revolutionären Massenstreiks annimmt, ist die Bewaffnung des Proletariats und der bewaffnete Aufstand die notwendige Fortsetzung des Klassenkampfes mit anderen Mitteln. Ohne revolutionäre Massenstreikbewegung wäre der bewaffnete Aufstand ein Abenteuer. Eine revolutionäre Massenstreikbewegung nicht auf den bewaffneten Aufstand auszurichten, wäre eine direkte Einladung an die Konterrevolution und den Faschismus. Auf einer bestimmten Stufe des Klassenkampfes kann das Proletariat verheerende Rückschläge nur vermeiden, wenn es bewaffnet ist und die politische Macht gewaltsam erobert. Der bewaffnete Kampf des Proletariats kann vor der Eroberung der politischen Macht in einem hochentwickelten imperialistischen Land nur als Offensivkampf mit rascher Entscheidung erfolgreich geführt werden, während er in anderen Ländern nach Errichtung von roten Stützpunktgebieten, aber vor der Eroberung der politischen Macht in den Zentren, immer wieder die Form der Abwehr von Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzügen annehmen kann. Ein bewaffneter Aufstand kann auch nur dann Erfolg haben, wenn wenigstens wesentliche Teile der Armee auf die Seite des Proletariats übergehen. Dies ist nur möglich, wenn das Proletariat im Verlauf seines vorhergehenden Kampfes eine tiefe Erschütterung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates herbeigeführt hat. Der bewaffnete Aufstand ist also die Konsequenz einer längeren Offensive des Proletariats, die die Bourgeoisie in eine politische Krise gestürzt und zum Zustandekommen einer revolutionären Krise geführt hat. Der bewaffnete Aufstand ist also nicht etwa der Umschlagpunkt der strategischen Defensive des Proletariats in die strategische Offensive, wie die Verwendung der Begriffe nach W.M. und E.K. nahelegt. Der bewaffnete Aufstand ist die Zusammenfassung der Angriffe des Proletariats an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes zum Generalangriff auf die Bourgeoisie. Scheitert der bewaffnete Aufstand definitiv, dann beendet sein Scheitern auch die Offensive an allen anderen Fronten und das Proletariat und seine Avantgarde geraten insgesamt und an allen Fronten in die Defensive. Dies war zum Beispiel nach 1906 in Rußland der Fall.

Das bedeutet natürlich nicht, daß der Aufschwung der Arbeiterbewegung und die auf ihrer Klassengrundlage sich entfaltende Offensive an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes nicht auch vorher zum Stehen kommen und von der Bourgeoisie zerschlagen werden könnten. Der Bourgeoisie kann es gelingen, einen Zustand der relativen Ruhe wiederherzustellen, bevor dieser überhaupt in einen Zustand **rascher** Veränderung umgeschlagen ist, auf dem sich eine bedeutende Offensive des Proletariats entfalten könnte. All das ist zweifellos richtig, ändert aber nichts daran, daß der Übergang von einem Zustand in den anderen immer in einem Aufschwung der Arbeiterbewegung und damit der Möglichkeit der Offensive besteht, daß es ohne diesen Übergang überhaupt lächerlich ist, die Begriffe des Krieges auf die Klassenkampfsituation unmittelbar anzuwenden. In die strategische Defensive kann das Proletariat überhaupt nur kommen, wenn es zuvor eine Offensive geführt hat, die entweder zu wesentlichen Teilerfolgen (Doppelherrschaft, rote Stützpunktgebiete) oder zu einem entscheidenden Erfolg geführt hat, den die Bourgeoisie nachträglich wieder rückgängig machen will. Gelingt es der Bourgeoisie, den relativen Klassenfrieden wiederherzustellen, dann gibt es keine offene Klassenkampfauseinandersetzung und folglich auch weder Defensive noch Offensive des Proletariats.

Wenn wir jetzt die heutige Gesamtsituation des Klassenkampfes noch einmal überprüfen, dann sehen wir, daß es den Marxisten-Leninisten auf Grundlage des Aufschwungs der Arbeiterbewegung schon gelungen ist, eine Offensive an der ideologischen Front einzuleiten, in deren Verlauf sie ihren Einfluß in der Arbeiterklasse und in der öffentlichen Meinung vergrößern konnten, wenn er auch nach wie vor klein ist; daß der Aufschwung der Arbeiterbewegung fortschreitet und aus sich selbst heraus zu Zusammenstößen mit der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staat führen wird; daß die Marxisten-Leninisten an der politischen Front die Offensive der Arbeiterklasse vorbereiten müssen, und zwar im vollen Bewußtsein, daß jede Offensive des Proletariats ab einer gewissen Stufe zum bewaffneten Kampf übergehen muß, um eine Schlacht mit rascher Entscheidung zu suchen. Wenn wir uns die gegenwärtige Situation als eine Situation des Übergangs vom Zustand relativer Ruhe zum Zustand rascher Veränderung vor Augen halten und uns über unsere gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben klar Rechenschaft legen, dann können wir sowohl 'linke' als auch rechte Fehler vermeiden. Zumindest können diese Fehler dann kein großes Ausmaß annehmen und rasch korrigiert werden. Die Thesen der Genossen Kühl und Maier müssen dagegen notwendig zu rechten Fehlern führen, die auch nicht korrigiert werden können, solange die falschen Auffassungen dieser Thesen nicht überwunden sind. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, daß diese Thesen auf der Gründungskonferenz nach hartem Kampf durch die Mehrheit verworfen worden sind.

Nachtrag
Die Polemik des KB Nord

Der vorliegende Artikel war bereits fertiggestellt, als der zweiteilige Artikel "Taktisches Wirrwarr. Zur Politik des Zirkelblocks (KBW)" in den Nummern 31 und 32 des "Arbeiterkampf" erschien. Daraus erklärt sich, warum in diesem Artikel nicht ausdrücklich auf die Polemik des "Arbeiterkampf" eingegangen wird. Tatsächlich ist freilich zu allen Punkten Stellung genommen, die der "Arbeiterkampf" aufgreift.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der "Arbeiterkampf" zum Kampf zweier Linien innerhalb des KBW Stellung nimmt. Viel heraus kommt dabei freilich nicht. Zunächst tut der "Arbeiterkampf" so, als hätte es seiner bedurft, um überhaupt erst offenzulegen, daß es innerhalb des KBW zu verschiedenen Fragen verschiedene Auffassungen gibt. Tatsächlich ist es so, daß wir weder vor Gründung des KBW noch nach seiner Gründung jemals verheimlicht hätten, daß es zu wichtigen Fragen zwischen den Kommuniqueorganisationen Differenzen gegeben hat und daß diese Differenzen durch die Gründung des KBW selbstverständlich nicht mit einem Schlag beseitigt sind. Eine einheitliche demokratisch-zentralistische Organisation ist vielmehr gerade die Voraussetzung dafür, daß diese Differenzen offen ausgetragen werden können, ohne daß darüber die Einheit des Handelns zu Bruch geht. Die Festlegung von einheitlichen programmatischen Grundanschauungen und die Verabschiedung und Einhaltung von organisatorischen Richtlinien ermöglichen sowohl die offene Auseinandersetzung innerhalb der Organisation als auch ihr geschlossenes Auftreten in der Aktion. Im Gegensatz zum KB Nord, der bekanntlich ohne jede programmatische Festlegung in die Welt gesetzt worden ist und bis heute gerade über eine Art Redaktionsstatut verfügt, das die einzelnen Ortsgruppen auf den "Arbeiterkampf" bezieht, hat sich der KBW ein klares Programm und ein Statut gegeben. Damit hat der Meinungskampf innerhalb des KBW sowohl einen festen Boden unter den Füßen als auch organisatorische Formen, innerhalb derer er sich entfalten kann. Das bedeutet, der Meinungskampf innerhalb des KBW ist verbindlich und besteht nicht in leerem Gefasel. Er ist bezogen auf Beschlüsse der ganzen Organisation und er führt zu Beschlüssen der ganzen Organisation. Noch nie hat eine marxistisch-leninistische Organisation sich dadurch ausgezeichnet, daß es in ihr keinen Meinungskampf, keinen Kampf zweier Linien gegeben hätte, sondern dadurch, daß sie diesen Kampf offen führt und daß die richtige Linie sich durchsetzt. Das gerade unterscheidet eine marxistisch-leninistische Organisation von einem Zirkelblock wie ihn der KB Nord in klassischer Weise verkörpert. Es unterscheidet sie aber auch von den Pseudoparteien, in denen es keinen offenen Kampf zweier Linien gibt, weil entweder die bürgerliche Linie unumschränkt herrscht und sich auch organisatorisch abgesichert hat oder weil die proletarische Linie von vornherein gar nicht vertreten ist. Diese Organisationen zeichnen sich im allgemeinen dadurch aus, daß sie irgendwann in ihren Organen den erstaunten Lesern eine Linienänderung mitteilen, wobei die geänderte Linie dann meist nur eine neue Variation der Grundfehler ist, die die Pseudoparteien zum System erhoben haben. Im Gegensatz dazu bedarf es keiner besonderen Spürnase, um die Differenzen innerhalb des KBW ausfindig zu machen. In dem Bericht über den Gründungskongress wurde vielmehr auf diese Differenzen ausdrücklich hingewiesen und ausdrücklich erklärt, daß die Auseinandersetzung um diese Differenzen keineswegs beendet ist.

Nicht genug, daß der "Arbeiterkampf" so tut, als hätte es der Spürnase seiner Autoren bedurft, um diese Differenzen ausfindig zu machen. Im nächsten Schritt wirft er die verschiedenen Positionen wieder durcheinander, um sein "Taktisches Wirrwarr" hervorzubringen. In Wirklichkeit ist es so, daß in einigen wichtigen Fragen innerhalb des KBW zwei Positionen aufgetreten sind, die wohl noch nach wie vor existieren, aber noch keinerlei taktisches Wirrwarr angerichtet haben, weil sich eben die eine Position durchgesetzt hat und die andere nicht. Das ist eine ganz normale Erscheinung innerhalb einer marxistisch-leninistischen Organisation. Die Differenzen, die existieren, sind in dem vorliegenden Artikel aufgeführt. Darauf brauche ich nicht zurückzukommen. Welche Position aber nimmt nun der "Arbeiterkampf" zu diesen Differenzen ein? Da er sich nicht dazu entscheiden kann, ob er die im KBW vertretenen Positionen nun auseinanderhalten und jeweils auf richtig und falsch untersuchen soll oder ob er sie zusammenwerfen und sich über den angeblichen Wirrwarr das Maul zerreißen soll, bleibt der ganze Artikel ein langer Bandwurm, der sich eben hin und her windet. Am Ende läuft die Sache darauf hinaus, daß die "Bremer Arbeiter" vielleicht wohl noch der Besserung fähig sind, die "Heidelberger Ideologen" oder auch "Studenten" wohl kaum. (Nebenbei bemerkt: die achtköpfige Delegation der KG/NRF Mannheim/Heidelberg für die Gründungskonferenz bestand mit zwei Ausnahmen aus Arbeitergenossen, die sämtlich in Betriebszellen organisiert sind.) Im übrigen tut sich der "Arbeiterkampf" schwer. Wie die Genossen Kühl und Maier geht er davon aus, daß die Kategorien des Kriegs, Defensive und Offensive, schon unmittelbar auf die gegenwärtige Situation des Klassenkampfes anwendbar wären. An den Thesen der Genossen gefällt dem "Arbeiterkampf", daß sie die gegenwärtige Klassenkampfsituation als Situation der Defensive einschätzen.

Hier zeigt sich zweierlei: Erstens, daß der "Arbeiterkampf" die gegenwärtige Klassenkampfsituation schon für so entfaltet hält, daß er auf sie die Begriffe des offenen Klassenkampfes und des Krieges direkt anwendet, und daß er gleichzeitig den Aufschwung der Arbeiterbewegung für so gering hält, daß man eigentlich gar nicht von einem Aufschwung reden kann. Ganz leugnen mag der "Arbeiterkampf" den Aufschwung der Arbeiterbewegung gegenwärtig allerdings schon nicht mehr. Hier hat er sich etwas von der Wirklichkeit belehren lassen. Dennoch läuft die Position des "Arbeiterkampf" im Grunde darauf hinaus, die vor sich gehenden Kämpfe mehr oder weniger zu leugnen, sie zumindest in ihrer Bedeutung um Gottes Willen zu relativieren und dennoch so zu tun, als herrsche heftigster Klassenkampf. Die Vermittlung zwischen diesen beiden grundverschiedenen Einschätzungen und Ausgangspositionen leistet für den "Arbeiterkampf" seine Theorie der Bourgeoisie als "bewußt handelnde und verantwortliche Klasse". Diese These läuft angewendet auf die gegenwärtige Klassenkampfsituation beim "Arbeiterkampf" darauf hinaus, daß die Bourgeoisie zwar wie wild Angriffe durchführt, Schlachten schlägt und Klassenkämpfe anzettelt, obwohl sie dazu eigentlich auf Grund der bescheidenen Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk nun wirklich keinen Anlaß hätte. Denn von dieser Seite passiert ja eigentlich gar nichts. Dem ganzen Wirrwarr, das auf die Leugnung der Arbeiterklasse als fortschrittliche und revolutionäre Klasse und die Setzung der Bourgeoisie als frei handelnde Klasse hinaus-

läuft (was das absolute Gegenteil einer reaktionären Klasse wäre), liegt die Auffassung zu Grunde, daß die Bourgeoisie aus irgendwelchen Gründen von sich aus und aus Lust und Laune sich nicht mehr damit zufrieden gibt, daß die Arbeiter bloß dem stummen Zwang der Verhältnisse unterworfen sind, die in ruhigen Zeiten durchaus reichen, um die Arbeiter an die Kette zu legen, sondern zum Angriff auf die Arbeiterklasse übergeht, ohne daß diese überhaupt gegen die Verhältnisse rebellieren würden.

Geht man erst einmal von diesem Widersinn aus, dann kann auch die reale Entwicklung, die genau umgekehrt verläuft, keinerlei Belehrung liefern. Führt die Bourgeoisie Verteidigungsmaßnahmen durch und ist sich über den defensiven Charakter nicht nur im Klaren, sondern spricht ihn auch offen aus, dann ist das natürlich einfach ein großangelegtes Schwindelmanöver der "bewußt handelnden und verantwortlichen Klasse", um über einen Angriff hinwegzutäuschen. Versucht die Bourgeoisie, das bestehende Regierungssystem und die bestehenden Verhältnisse zu erhalten, weil sie damit bisher ganz gut gefahren ist, dann ist das wieder nur ein ganz fauler Trick, um in Wirklichkeit ein anderes Regierungssystem und andere Verhältnisse einzuführen, nämlich den Faschismus. All diese großangelegten Manöver aber führt die Bourgeoisie durch, um einen Angriff auf eine Arbeiterklasse und ein Volk einzuleiten, die ihrerseits gar nicht daran denken, sich zu rühren. Beim "Arbeiterkampf" geht die Verwirrung so weit, daß er vor den Bundestagswahlen die Trommel rührt, um die Arbeiterklasse für die SPD an die Wahlurnen zu treiben und durch Stimmabgabe den Faschismus zu verhindern, und dann nach den Wahlen höhnisch über diejenigen herzieht, die im Wahlerfolg der SPD und in der Wahlniederlage der CDU/CSU einen wenn auch verzerrten Ausdruck der Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk sehen. Gerade noch trommelt der Arbeiterkampf zur Wahlschlacht gegen den Faschismus, und ist die Wahlschlacht dann in seinem Sinne entschieden, dann sieht er darin auch wieder nur eine Folge der Zurückgebliebenheit der Massen. Dabei hat er die Massen doch selbst dazu aufgerufen, der SPD die Stimme zu geben.

Der KB Nord wirft der alten KG/NRF Mannheim/Heidelberg vor, "die aktuelle Situation mit der historischen Tendenz zu vermengen" ("Arbeiterkampf" 31, S.28). Vielleicht erscheint ihm das so, weil er seinerseits sich mit großer Hartnäckigkeit weigert, die aktuelle Situation aus der Sicht der historischen Tendenz zu beleuchten? Verzichtet der "Arbeiterkampf" aber darauf, die Dinge und die Verhältnisse in ihrer Bewegung zu untersuchen, dann verzichtet er damit auf die Methode des Marxismus-Leninismus. Ist es nicht vielleicht so, daß der "Arbeiterkampf" durch die Bewegung der Dinge ein bißchen überrascht worden ist, weil er auf den Marxismus-Leninismus als Methode und Wegweiser verzichtet und sich stattdessen mit Kleiderfragen befaßt hat (sich warm anziehen)?

Joscha Schmierer

Dokumente der KPD 1945 1956

Das Buch umfaßt 163 Dokumente auf 600 Seiten. Diese geben Aufschluß über den Kampf der KPD von 1945 bis 1956. Dieser Kampf fällt in mehrere Phasen. Mit dem Aufruf ihres ZK vom 11. Juni 1945 leitete die KPD ihren Kampf um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland ein. Eine ganze Reihe von Entschließungen der Bezirksleitungen der KPD, von Aufrufen an die sozialdemokratischen und unorganisierten Arbeiter und von Gesetzentwürfen zur Verstaatlichung des Bergbaus u. a. dokumentieren den Kampf um die Einheitsfront, wie die KPD sie verstand. Sie zeigen, welche Rolle die KPD ihrer Arbeit in den Betrieben und den Massenaktionen und ihrer parlamentarischen Aktivität zumaß.

Einen breiten Raum nehmen Dokumente ein, in denen der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands durch den Imperialismus zum Ausdruck kommt. Die KPD nimmt hier Stellung zur Währungsreform und erläutert in einigen Dokumenten ihre Haltung zum Parlamentarischen Rat, zum Besatzungsstatut und zu ihrer Arbeit in den parlamentarischen Gremien. Es sind eine Reihe von Anträgen der Bundestagsfraktion der KPD an den Bundestag abgedruckt. Breit dokumentiert sind ihre Initiativen zur Wiedervereinigung Deutschlands: Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, Stellungnahmen zu den Deutschlandplänen der UdSSR. Gerade diese Initiativen haben unter den fortschrittlichen Kräften, weit in die SPD hinein, ein großes Echo gefunden. Ebenso der Kampf gegen Militarismus, Remilitarisierung, Einbeziehung der BRD in die Pariser Verträge und in die NATO, schließlich gegen die Atombewaffnung. Gerade in diesen Kampagnen hat die KPD, obwohl sie insgesamt stark an politischer Macht verlor, in die breite antimilitaristische demokratische Opposition hineinwirken können.

Während der ganzen Zeit ihres legalen Kampfes strebte die KPD die Aktionseinheit der gesamten Arbeiterklasse in Aufrufen und offenen Briefen an die sozialdemokratischen Arbeiter und an die Gewerkschaften an. Insbesondere zu ihrer Haltung zur Gewerkschaftseinheit und ihrer Politik den sozialdemokratischen Führern und den sozialdemokratischen Kollegen gegenüber sind wichtige Dokumente abgedruckt.

Ihre Politik gegenüber dem Kleinbürgertum wird aus dem Bauernhilfsprogramm und dem Mittelstandshilfsprogramm deutlich. Wichtig sind schließlich die Auszüge aus den Wahlprogrammen 1949 und 1953, sowie die Resolution des Parteivorstandes über die Wahlniederlage der KPD bei der ersten Bundestagswahl 1949.

Zu beziehen über die linken Buchläden und über Spartakus-Vertrieb,2 Hamburg 13, Postfach 117

"Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke"–Kampf dem Zirkelwesen!

Der Gruppe C gewidmet.

"In den Massen steckt ein gewaltiger Drang zum Sozialismus. Jene Leute, die sich in revolutionären Zeiten nur im gewohnten Trott bewegen können, nehmen diesen Drang nicht wahr. Sie sind blind, vor ihren Augen ist nichts als Finsternis. Manchmal versteigen sie sich sogar dazu, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen und aus weiß schwarz zu machen. Sind wir denn nicht genug Leuten von dieser Sorte begegnet? Jene, die nur ausgetretenen Pfaden folgen können, unterschätzen stets den Enthusiasmus des Volkes. Tritt etwas Neues ein, wollen sie dem nie zustimmen, sind zuerst einmal, ohne nachzudenken, dagegen. Dann geben sie sich geschlagen und üben ein wenig Selbstkritik. Kommt es dann wieder zu etwas Neuem, wiederhilt sich das ganze Spiel."

(Mao)

"Eins teilt sich in zwei" auch auf den Meinungskampf unter den Kommunisten anwenden. (Vorwort)

Auf der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland kam es zu einer für uns unerwartet scharfen Auseinandersetzung um die Linie kommunistischer Politik in Westdeutschland.

Bestimmt wurde die Auseinandersetzung von einer Kontroverse, die schon zwischen dem "Politischen Bericht des ZA der KG (NRF)" (NRF 3/73) einerseits und den "Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten" (Beilage zur Wahrheit 5/6,73) andererseits vorhanden war. In diesen Papieren war sie allerdings von sehr vielen Genossen – vor allem auch von uns – kaum richtig bemerkt worden.

Auch ein großer Teil der Delegierten des KB Westdeutschland erkannte durchaus nicht von vornherein, sondern erst im Verlauf der Gründungskonferenz, daß die von H. Doppstadt vorgelegte Resolution eine richtige Grundlage für unsere Politik bietet, und daß die von W. Maier vorgelegten "Leitsätze" eine ungeeignete und falsche Grundlage darstellen.

Wir meinen nicht, daß dies auf eine schlechte Vorbereitung zurückzuführen ist. Im Gegenteil haben wir den Eindruck, daß hinter dem "Phänomen" der in den "Thesen ..." umfangreich dargelegten Position wie auch dahinter, daß viele Genossen die Kontroverse und die schweren politischen Fehler in den "Thesen ..." übersehen haben, das gleiche politische Problem steckt (1).

Wir sind der Ansicht, daß jetzt – nach der Gründung des KBW – der Kampf gegen das Zirkelwesen gerade auch in unseren eigenen Reihen in seine entscheidende Phase eintritt.

Vom Standpunkt des Zirkelwesens aus betrachtet muß die erfolgreiche Formulierung unseres Programms und die Gründung des KBW zu dem Schluß führen, das Prinzip "Zwei vereinigen sich zu einem" feiere wahre Orgien.

Jetzt sei die Zeit des ewigen Gezänks vorbei, man werde alt und vernünftig, ruhiger und gesetzter. Demgegenüber hat jedoch schon die "Programmstellungnahme" richtig betont, daß auf der Grundlage von Programm und Statut einer einheitlichen Organisation erst "Eins teilt sich in zwei" konsequent und erfolgreich auf die Bestimmung unserer politischen Aufgaben angewandt werden kann.

Jetzt, wo es um die Ausarbeitung der Taktik und um die Ausrichtung unserer praktischen Arbeit auf eine klar und eindeutig festgelegte politische Linie geht, muß sich erweisen, ob wir bereit und in der Lage sind, mit dem Zirkelwesen in unserer Politik zu brechen.

Zirkelwesen oder Parteiaufbau – das kann jetzt gar nicht mehr die Frage bleiben: regional zersplittert oder national organisiert, Programm oder Eklektizismus und Ziellosigkeit.

Wenn wir von der Notwendigkeit der Überwindung des Zirkelwesens sprechen, dann bedeutet das gerade jetzt für uns, daß wir mit **alten** Vorstellungen aufräumen, sie an der Wurzel ausreißen müssen, um unsere Politik auf die **neuen** Grundlagen zu stellen. Wir gehen davon aus, daß der Kampf zweier Linien noch bestimmt ist vom Kampf des Neuen gegen das Alte, daß sich gegenwärtig in der Kommunistischen Bewegung in Westdeutschland noch nicht zwei alternative politische Konzeptionen klar herausgebildet haben, auf die alle Auseinandersetzungen gebunden werden können. Dies scheint uns auch durch die "Thesen ..." noch nicht geschehen zu sein.

Das Zirkelwesen kann sich gar nicht evolutionär in den Parteiaufbau entwickeln, es muß zum Bruch kommen. Und in diesem Prozeß, wenn die Sache anfängt, tatsächlich für die Praxis und in sämtlichen Beziehungen unserer Arbeit Konsequenzen zu haben, müssen sich mit zwingender Notwendigkeit (durch die "Thesen ...") alle Fragen neu aufwerfen, alle Probleme neu stellen; darunter auch die, die schon lange geklärt schienen.

Das scheint uns deshalb auch kein Makel für die Gründungskonferenz des KBW zu sein, sondern eine sehr vorwärtstreibende Sache. Nicht zuletzt werden wir hierdurch gezwungen, unsere Positionen klarer herauszuarbeiten und verständlicher zu begründen. Das kann auch dem Zirkelwesen in der kommunistischen Bewegung kaum gut bekommen.

Wir selbst haben bisher nicht gerade zu denen gehört, die in der Lage waren, die Kommunistische Bewegung an entscheidenden Punkten voranzutreiben, und wir werden – ebensowenig wie in unserer Praxis – in dieser Beziehung über Nacht unseren eigenen Schatten völlig überspringen können.

Die ausführliche und gründliche Begründung der Hauptresolution des KBW, die bisher öffentlich nicht erfolgt ist, werden wir daher schon den Genossen überlassen müssen, die sie formuliert haben und die in dieser Richtung länger und intensiver gearbeitet haben als wir.

Was wir tun können, ist zweierlei:

1) Unsere Position zu den strittigen Fragen darlegen, um den Kampf zweier Linien im KBW voranzutreiben.

(1) Dies stieß uns auch daran auf, daß neue Genossen aus dem Betrieb, die noch fast "unbeleckt" von der Kommunistischen Bewegung waren und denen wir die "Thesen ..." kommentarlos zu lesen gaben, auf die "Thesen..." mit sehr scharfer Ablehnung reagierten.

2) Unsere Auffassung von der Hauptresolution und der politischen Linie des KBW öffentlich darzustellen, um die Auseinandersetzung damit zu ermöglichen und für unsere eigene Politik möglicherweise wichtige Korrekturen zu provozieren.

Die folgenden Thesen zu den neuen Grundlagen unserer Politik sind deshalb als Diskussionsbeitrag zweier Genossen zu verstehen, der die bisher bei uns entwickelten Positionen zusammenzufassen versucht. Er ist in vieler Beziehung sicherlich noch nicht in der Lage, die Positionen ausreichend zu klären. Das entspricht jedoch dem Charakter der bisher bei uns geführten Diskussion, und deshalb werden hier auch Thesen gemacht und wird keine systematische und umfassende Darstellung versucht.

Bruno und Thomas
im Auftrag der Leitung
der KG Hamburg

Ohne Programm ist keine kommunistische Massenpolitik möglich.

Die sogenannte "ML-Bewegung" und die Frühphase der jungen Kommunistischen Bewegung in Westdeutschland war bestimmt von Diskussionen über die Notwendigkeit der Organisierung, der Schulung und der "Verbindung von Theorie und Praxis". In dieser Phase ihrer Entwicklung, in der die Kommunisten in regionalen und lokalen Zirkeln zersplittert mehr oder weniger breite Handwerklerei betrieben, blieb die Verbindung von "Theorie und Praxis" weitgehend eine Phrase. In großkotzigen Konzepten von "Untersuchungsarbeit", in "Klassenanalyseprojekten" usw. und in phantastischen Haupt- und Nebenseitenbestimmungen wurden "Theorie" und "Praxis" weniger "verbunden" als vielmehr zu einem fast undurchdringlichen Nebel verquirlt. Diese dicke Erbsensuppe von "Theorie und Praxis" wurde dann zum Leibgericht einer Bewegung, die von gefährlichen Tendenzen der Abnabelung von der Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft durchsetzt war. Hierin kam die geschichtliche Herkunft der im Entstehen begriffenen Kommunistischen Bewegung zum Ausdruck, die ihre Wurzeln in der Studenten- und Jugendbewegung der Jahre ab 1967 hat. Es war gar kein so weiter Weg von den "Emanzipationsbestrebungen" dieser Zeit zu den späteren Selbstschulungskonzepten, von den "Kommune"projekten zu dem, was dann als "Organisationsfrage" galt. So gab es Auffassungen, die die Organisation zum (gemütlichen) "Hort" für Kommunisten neben der Gesellschaft und die Theorie des Marxismus-Leninismus für ein erleuchtendes Selbstverständnis hielten. Diese gerieten allerdings mit dem genaueren Kennenlernen des Marxismus-Leninismus und mit der entwickelteren Praxis in den sich verschärfenden Klassenkämpfen zunehmend in Konflikt. Ganz heraus aus der Kommunistischen Bewegung sind sie jedoch bis heute nicht, auch nicht unter den fortgeschrittenen Teilen.
Heraus gekommen sind diese Dinge aus der Kommunistischen Bewegung gerade dann auch nicht, wenn einigen Kommunisten ihre Wirklichkeitsfremdheit bloß aufgestoßen ist. Sie ließen nun ernüchtert den Marxismus-Leninismus Marxismus-Leninismus sein und wandten sich wieder der "Realität" der bürgerlichen Gesellschaft zu. Hier kam es dann zu einem bürgerlichen "Realismus", wie er mit Penetranz etwa vom KB-Nord gepredigt wird. Diese Gruppe ist inzwischen so weit, daß sie sich bemüht, die "allgemeine" Ungültigkeit des Marxismus-Leninismus für die ganz "besondere" Klassenkampfsituation in Westdeutschland nachzuweisen (siehe "Arbeiterkampf" Nr.31, S.27 ff). Die "Nichtachtung von 'Selbstverständlichkeiten'" (Programmstellungnahme, S.10) wird hier zum Prinzip erhoben. Die Aussage, daß die Kräfte der Revolution heute in der BRD denen der Konterrevolution objektiv weit überlegen sind, wird schon dadurch für die Wirklichkeit widerlegt, daß sie "selbstverständlich" ist ("Arbeiterkampf" Nr.31, S.30). Alles was "allgemein" richtig ist, wird so "besonders" falsch oder bedeutungslos. Aus der guten Stube des "gesunden Menschenverstandes", in der der Marxismus-Leninismus nur noch als Wandschmuck dient, erscheinen die Dinge in der Welt schließlich auf den Kopf gestellt (1).
Dann entdeckt man wieder sein Herz für "Selbstverständlichkeiten" solcher Art, wie sie vor einer Reihe von Jahren schon einem Schuhklopfer namens Chruschtschow ans Herz gewachsen sind. Richtung und Konsequenz dieses Weges der "Realitätsbetrachtung" werden ganz deutlich, wenn man hört, daß jetzt auch der "Arbeiterkampf" meint, die Geschichte werde von den Waffen und nicht von den Massen entschieden (2).
So heißt es dann: "In Wahrheit lassen sich 'objektives' und 'subjektives' Kräfteverhältnis gar nicht voneinander trennen. Wenn ein Heer nur mit Taschenmessern und Bambusspeeren bewaffnet ist, dann wird es, **mag es noch so zahlreich sein** (Hervorhebung von mir, d.Verf.), heute 'objektiv' einer kleinen gut bewaffneten Truppe unterlegen sein." ("Arbeiterkampf" Nr.31, S.30, (3))
Die Geschichte des Vietnamkrieges beweist das Gegenteil: ein kleines, schlecht bewaffnetes Volk kann auch heute gegen eine übermächtige und bestens ausgerüstete imperialistische Armee siegen, wenn es nur entschlossen und klug um seine Befreiung kämpft.

Es ist eben immer noch so: Die Geschichte wird von den Massen gemacht und nicht von Atombomben und auch

---

(1) Zum "gesunden Menschenverstand" siehe auch Engels: "Für den Metaphysiker sind die Dinge und ihre Gedanken Abbilder, die Begriffe, vereinzelte, eins nach dem anderen und ohne das andere zu betrachten, feste, starre, ein für allemal gegebne Gegenstände der Untersuchung. Er denkt in lauter unvermittelten Gegensätzen: seine Rede ist ja, ja, nein, nein, was darüber ist, ist vom Übel. Für ihn existiert ein Ding entweder, oder es existiert nicht: ein Ding kann ebensowenig zugleich es selbst und ein anderes sein. Positiv und negativ schließen einander absolut aus: Ursache und Wirkung stehn ebenso in starrem Gegensatz zueinander. Diese Denkweise erscheint uns auf den ersten Blick deswegen so plausibel, weil sie diejenige des sogenannten gesunden Menschenverstandes ist. Allein der gesunde Menschenverstand, ein so respektabler Geselle er auch in dem hausbackenen Gebiet seiner vier Wände ist, erlebt ganz wunderbare Abenteuer, sobald er sich in die weite Welt der Forschung wagt; und die metaphysische Anschauungsweise, auf so weiten, je nach der Natur des Gegenstandes ausgedehnten Gebieten sie auch berechtigt und sogar notwendig ist, stößt doch jedesmal früher oder später auf eine Schranke, jenseits welcher sie einseitig, borniert, abstrakt wird und sich in unlösliche Widersprüche verirrt, weil sie über den einzelnen Dingen deren Zusammenhang, über ihrem Sein ihr Werden und Vergehen, über ihrer Ruhe ihre Bewegung vergißt, weil sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht."
(2) Siehe dazu den Abschnitt "Historischer Materialismus oder die Theorie 'Waffen entscheiden alles'" in "Mehr über die Differenzen zwischen Togliatti und uns".
(3) Auch der "Arbeiterkampf" wird jedoch nicht annehmen, daß die Anzahl der Menschen ganz unbedeutend ist. Denn was sollten wohl 100 Mann mit MG gegen Hunderttausende – mit oder ohne Taschenmesser – ausrichten? Das spielt sich nur im "Oase"-Kino so ab, daß ein Django mit Bleiorgel 50 Bösewichte aus der Welt schafft. Daran wird selbst der "gesunde Menschenverstand" im KB-Nord mit Ernst nicht glauben. So offensichtlich falsch, wie das im "Arbeiterkampf" steht, wird diese Formulierung deshalb sicher demnächst "korrigiert" oder zurückgenommen werden. Kleine Panne – wie gehabt –, aber wer nimmt das schon ernst?

nicht von "Helden". Auch die neuesten "langen, gründlichen und sehr informativen" Artikel des "Arbeiterkampfes" zum "taktischen Wirrwar" beweisen nur, "daß die Nichtachtung von Selbstverständlichkeiten mit Notwendigkeit einen ideologischen Rückbildungsprozeß einleitet" (Programmstellungnahme S.11).
Die zur Programmatik erhobene "Nichtachtung der Selbstverständlichkeiten" des Kommunistischen Programms, die nur ein gewitzter Ausdruck der Abkehr von diesem Programm ist, spielt erst dem modernen Revisionismus mehr oder weniger "konsequent" in die Hände und landet schließlich mehr oder weniger offen in den Armen der Bourgeoisie und ihrer Ideologie.
Die Studentenbewegung wandte sich mit einer noch weitgehend bürgerlichen Kritik gegen die bürgerliche Gesellschaft, die sie als ein geschlossenes "System" der Unterdrückung und Anpassung begriff, aus dem ihr nur verzweifelte Auswege möglich schienen.
Ist von da der Weg eigentlich sehr weit dahin, daß der "Arbeiterkampf" die bürgerliche Gesellschaft als ein System begreift, in der eine zu "höherem" Bewußtsein gelangte Bourgeoisie allerseits ungehindert schaltet und waltet? Das hält sich ganz an das gute alte Motto: "Der Geist weht, wo er will." Der Faschismus ist nicht mehr eine Antwort der Bourgeoisie auf den drohenden Sieg der Arbeiterklasse, sondern springt nur noch aus dem dicken Kopf der Bourgeoisie, so wie im Mythos schon Athene aus dem Kopf des Zeus sprang.
Die "theoretischen" Ergüsse solcher Gruppen wie des KB-Nord sind nichts als die geschwätzig gewordene Resignation über die eigene Unfähigkeit, den Marxismus-Leninismus mit der Wirklichkeit in Westdeutschland zusammenzubringen. Sie landen damit vor allem unter einigen Ladenhütern der Studenten- und Jugendbewegung, in der Arbeiterbewegung abe;nicht.

Von der Studentenbewegung und von allen Auffassungen dieser Art wird die bürgerliche Gesellschaft nicht als ein historisches Durchgangsstadium der Menschheitsentwicklung, sondern als "gegeben", fest und stabil angesehen. Die bürgerliche Gesellschaft wird in ihrem Wesen als Gesellschaft der Bourgeoisie, deren Herrschaft als allumfassend vorgestellt. Wenn wir demgegenüber gesagt haben, daß die bürgerliche Gesellschaft eigentlich "Gesellschaft der Arbeiterklasse" genannt werden könnte, dann meinen wir damit nichts anderes, als daß diese Gesellschaft in ihrem Herzen darauf gegründet ist, daß sie ihre eigenen Totengräber hervorbringt. Wir meinen, daß dies für die Wirklichkeit in Westdeutschland **gültig** und **aktuell** ist. Der Sozialismus ist nichts, was von außen an die bürgerliche Gesellschaft herangetragen werden muß, sondern er ergibt sich aus ihr, aus ihren innersten Widersprüchen. Die Kommunisten stehen demgemäß auch niemals außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, sondern immer schon in ihr und da – wenn sie eine richtige Politik machen – eben auf der richtigen Seite, auf der Seite derjenigen Klasse, der von nun an "die Zukunft gehört" (4).

"Objektiv" ist dann nicht mehr der Bestand der bürgerlichen Gesellschaft, sondern ihre Entwicklung und die Richtung der Entwicklung, schlicht ihr Untergang.
Objektiv gilt dann (auch für die gegenwärtige Wirklichkeit): "Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich" (Kommunistisches Manifest).
Dieser objektive Entwicklungsgang ist die Grundlage unserer Politik und nicht einzelne, isolierte Daten über gegenwärtiges dies und das.

Die Gefahr, Theorie und Praxis nur nach Anschauung und Geschmack miteinander zu verbinden, programmatische und taktische Fragen und auch sonst einiges durcheinanderzubringen, besteht ständig. Da kommen wir nur heraus, wenn wir diesen **objetiven** Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft klar und eindeutig festhalten und daraus die Schlußfolgerung für die Arbeiterklasse und die unterdrückten Volksmassen ziehen. Das tut das Programm und ist so die Richtschnur für unsere gesamte Politik bis zur sozialistischen Revolution in Westdeutschland.
Die bürgerliche Gesellschaft nur der Erscheinung nach und an aktuellen Entwicklungen zu messen, das führt unweigerlich dazu, daß auch nur in diesem Rahmen "Alternativen" gesucht werden. Wer das für **"objektiv"** hält, daß die bürgerliche Gesellschaft **besteht** und wohl Widersprüche in sich trägt und sich entwickelt, aber nur so la la, mal so, mal anders – der stellt sich **"objektiv"** auf den Standpunkt der Bourgeoisie. Denn alles erlaubt dieser Standpunkt, man darf Widersprüche, Entwicklungen usw. sehen, was man will, wenn nur die bürgerliche Gesellschaft der Maßstab der "Objektivität" bleibt.
Wir gehen anders heran. Wir sehen die Entwicklungs**richtung**, die **objektiv** auf den Sozialismus hinführt, denn die Arbeiterklasse – und niemand anderes – trägt die ganze bürgerliche Gesellschaft auf ihrem Buckel.
An dieser **Objektivität** des Proletariats und seiner Revolution können wir in unserer Arbeit nur festhalten, wenn wir sie auf die feste Grundlage unseres Programms stellen. "Unser Programm muß aussprechen, was ist" (Programmstellungnahme, S.17). Nur so und nicht mit allem guten Willen, werden wir nicht in der Alltagsarbeit versacken.
Den Marxismus-Leninismus "auf die Wirklichkeit anwenden", das kann man nicht so einfach, indem man morgens Schulung und nachmittags "Praxis" macht. Das kann man schon gar nicht als einzelner Mensch oder einzelne Gruppe. Man muß so unausweichlich die eigenen Erfahrungen – und das sind beschränkte und nur solche mit einzelnen Vorgängen in der bürgerlichen Gesellschaft – zugrundelegen.

Heraus kommen wir da nur, indem alle Kommunisten in Westdeutschland gemeinsam "den Marxismus auf die Wirklichkeit" der kapitalistischen Klassengesellschaft in Westdeutschland "anwenden" und unsere Grundanschauungen über den Gang der kapitalistischen Gesellschaft und der proletarischen Revolution in Westdeutschland im Programm festlegen. Denn: "Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben."
Ohne Programm kann es keine kommunistische Politik zur Führung der Massen in die sozialistische Revolution geben. "Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." (Kommunistisches Manifest, MEW Bd.4, S.474).
Das bedeutet nichts anderes, als: Wir haben das Programm der Arbeiterklasse "voraus".

Br.

---

(4) Sie nehmen ihre Aufgaben also kaum wahr, wenn sie den Kommunismus als Verkauf von Ideen (und Artikeln) betreiben. In die wirkliche Entwicklung eingreifen, das ist ihr Geschäft, und nicht die Massen über höhere Ziele aufklären, mit besserem Wissen füttern.

Könnten die Kommunisten sich nicht auf eine wirkliche Entwicklung zum Sozialismus stützen, müßten sie ihre Arbeit einstellen, denn sie wäre hoffnungslos und überflüssig.

PROGRAMM UND TAKTIK

Ein Merkmal des Zirkelwesens in Westdeutschland ist, daß sich kein klarer Begriff davon, was programmatische und was taktische Fragen sind, in der Kommunistischen Bewegung durchgesetzt hat.
Ursprünglich drückte sich dieser Fehler so aus, wie es in der "Programmstellungnahme" kritisiert wird: Vermischung von programmatischen und taktischen Fragen zu "grundsätzlichen" oder "prinzipiellen" Fragen, Verwechslung vor allem von taktischen mit programmatischen Fragen.
Nach Erscheinen der "Programmstellungnahme" und in den Auseinandersetzungen mit den Gruppen "Roter Morgen", "Rote Fahne" und "Arbeiterkampf" u. a. entstanden bei uns zwei gefährliche Tendenzen. Eine Position, die aufkam, lautete etwa: "Programm und Taktik haben überhaupt nichts miteinander zu tun!" Die andere ging in die Richtung: "Das Programm ist entscheidend, die Taktik ist nicht so wichtig!"

In welchem Verhältnis stehen Programm und Taktik? Welche Bedeutung hat die Taktik für unsere Politik?

Das Programm legt aus dem Charakter der kapitalistischen Gesellschaft und dem Gang ihrer Entwicklung das Endziel des Klassenkampfes des Proletariats – die klassenlose Gesellschaft – dar. Es zeigt auf, daß dieses Ziel nur über die Machtergreifung des Proletariats und dem Aufbau des Sozialismus zu erreichen ist. Unser Programm ist die Richtschnur für die gesamte Arbeit der Kommunisten in Westdeutschland. Es zeigt auf: **Was wir wollen.**
Das Programm ist richtigerweise für die gesamte Etappe bis zur sozialistischen Revolution in Westdeutschland geschrieben. Die grundlegenden taktischen Bestimmungen des Programms, Verbindung des Alltagskampfes mit dem Endziel, Zusammenfassung des ökonomischen Kampfes mit dem politischen zum einheitlichen Klassenkampf – sind noch nicht in der Lage **konkret** für die sich verändernden Phasen des Kampfes festzulegen, **wie** die Kommunisten die Arbeiterklasse zum Sieg führen.
"Die Taktik ist Festlegung der Linie des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode der Flut oder Ebbe der Bewegung, des Aufstiegs oder Abstiegs der Revolution: Sie ist der Kampf für die Durchführung dieser Linie mittels Ersetzung der alten Kampf- und Organisationsformen durch neue, der alten Losungen durch neue, mittels Kombinierung dieser Formen usw." (Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus, S.74).
Die taktischen Bestimmungen müssen also immer ausgehen von der Einschätzung der Entwicklungsrichtung der Revolution, und um die Flut voranzutreiben oder die Ebbe wieder in Flut zu verwandeln die Mittel des politischen Kampfes festlegen. Diese Mittel des politischen Kampfes verändern sich ständig entsprechend der veränderten Situation. Die richtige Bestimmung der Mittel des politischen Kampfes sind von entscheidender Bedeutung für den erfolgreichen Verlauf der Revolution. Die Taktik muß aus den programmatischen Bestimmungen abgeleitet werden. Jedes mechanische Auseinanderreißen von Programm und Taktik führt unweigerlich zum Opportunismus. "Kommunistische" Aufklärung und auf empiristischem Realismus basierende Nachtrabpolitik sind die Folgen.

In welcher Weise bestimmt das Programm die konkrete Taktik?

In der Programmstellungnahme wurde zustimmend Lenin zitiert: "Es gibt den alten Kapitalismus, der auf einer ganzen Reihe von Gebieten zum Imperialismus geworden ist. Seine Tendenzen sind nur imperialistisch. **Die Grundfragen können nur vom Standpunkt des Imperialismus betrachtet werden. Es gibt keine bedeutende Frage der Innen- oder Außenpolitik, die anders als vom Standpunkt dieser Tendenz entschieden werden könnte.** (Hervorhebungen vom Verf.) Nicht davon spricht das Programm. In Wirklichkeit existiert der gewaltige Untergrund des alten Kapitalismus." (Lenin, Band 29, S.154, Stellungnahme S.17).

Dieses Zitat hat in unseren Reihen erst ziemliche Verwirrung gestiftet und dazu geführt, daß einerseits zwar mit alten revisionistichen Vorstellungen des Kampfes um die sozialistische Revolution als Kampf gegen den imperialistischen Überbau (wie sie heute noch z. B. vom KABD und der AO vorliegen) gebrochen worden ist, aber die Bedeutung der Entwicklung des Kapitalismus hin zum Imperialismus völlig aus den Augen verloren wurde. Andererseits waren in der Diskussion um die taktische Hauptresolution immer wieder Tendenzen abzuwehren, – den Imperialismus und die Lösung seiner Widersprüche isoliert von dem ihm zu Grunde liegenden Kapitalismus zu begreifen. Der Kapitalismus mit seinem Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital gibt das **Ziel** des Kampfes an. Nur von seinem höchsten Stadium, dem Imperialismus, können die **Aufgaben** bestimmt werden.
Warum?
"Der Grundwiderspruch im Entwicklungsprozeß eines Dinges und das durch diesen Widerspruch bedingte Wesen des Prozesses verschwinden nicht, solange der Prozeß nicht abgeschlossen ist; **doch weisen die Umstände in den einzelnen Etappen dieses langen Entwicklungsprozesses oft Unterschiede auf.** Das ergibt sich daraus, daß der Grundwiderspruch im Entwicklungsprozeß des betreffenden Dinges, obgleich sich sein Charakter und das Wesen dieses Prozesses nicht ändern, in den einzelnen Entwicklungsetappen des langen Prozesses immer schärfere Formen annimmt. Mehr noch, unter den größeren und kleineren Widersprüchen, die durch den Grundwiderspruch bedingt sind oder sich unter seinem Einfluß befinden, verschärfen sich die einen, während andere zeitweilig oder teilweise gelöst oder gemildert werden und wieder andere, neue Widersprüche entstehen. Daher tritt ja der Prozeß etappenweise in Erscheinung. **Wer auf die Etappen des Entwicklungsprozesses eines Dinges nicht achtet, ist nicht imstande, die dem Ding innewohnenden Widersprüche in angemessener Weise zu behandeln.** (Hervorhebungen vom Verfasser).
Als beispielsweise der Kapitalismus der Epoche der freien Konkurrenz in den Imperialismus überging, erfuhren weder der Charakter der beiden Klassen, die im antagonistischen Widerspruch zueinander stehen – Proletariat und Bourgeoisie – noch das kapitalistische Wesen der bestehenden Gesellschaft irgendeine Änderung; es verschärften sich aber die Widersprüche zwischen diesen beiden Klassen, es entstanden Widersprüche zwischem dem monopolistischen und dem nichtmonopolistischen Kapital, die Widersprüche zwischen den Metropolen und den Kolonien verschärften sich, uns besonders scharf kamen die Widersprüche unter den kapitalistischen Ländern zum Ausdruck, Widersprüche, die durch die ungleichmäßige Entwicklung der verschiedenen Länder hervorgerufen wurden. So entstand ein besonderes Stadium

des Kapitalismus: das Stadium des Imperialismus. Der Leninismus wurde gerade deshalb der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, weil Lenin und Stalin diese Widersprüche richtig erklärt und die richtige Theorie und Taktik der zur Lösung dieser Widersprüche berufenen proletarischen Revolution ausgearbeitet haben." (Mao, Bd.1, S.381/382)

Die im Programm dargelegte Entwicklung des Grundwiderspruchs bildet in zweierlei Hinsicht die Grundlage für die konkreten taktischen Bestimmungen. Einmal wird klargestellt, daß die Politik der Kommunisten immer auf die Lösung des Grundwiderspruches ausgerichtet sein muß, zum zweiten wird die Entwicklung des Grundwiderspruchs dargelegt und der Imperialismus als Ära der proletarischen Revolution bezeichnet, weil im Imperialismus sich die Stellung zur proletarischen Revolution anders stellt als im Kapitalismus der freien Konkurrenz. Denn im Imperialismus "haben sich die einzelnen nationalen Fronten des Kapitals in Glieder einer einheitlichen Kette verwandelt, genannt die Weltfront des Imperialismus, der die allgemeine Front der revolutionären Bewegung aller Länder entgegengestellt werden muß" (Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, S.30).

Eine richtige taktische Linie können die Kommunisten nur erarbeiten, wenn sie von der im Programm dargelegten Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus und der Bestimmung Westdeutschlands als imperialistisches Land ausgehen. Denn: "Weltpolitik und Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit und die konkreten Verhältnisse in der Welt, das heißt die grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt, vom Klassenstandpunkt aus konkret zu analysieren, bildet den Ausgangspunkt für die Bestimmung der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Wer eine konkrete Klassenanalyse umgeht oder nach eigenem Belieben gewisse oberflächliche Erscheinungen herausgreift, um subjektive Urteile zu fällen, der kann selbstverständlich niemals richtige Schlußfolgerungen in Bezug auf die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung ziehen und wird unvermeidlich auf eine andere, dem Marxismus-Leninismus völlig entfremdete Bahn geraten." (Die Polemik über die Generallinie, S.7)

Die verabschiedete taktische Hauptresolution des KBW geht in richtiger Weise von den vier Hauptwidersprüchen aus. Was sind die 4 Hauptwidersprüche: **Sie sind die gegenwärtig bestimmenden Erscheinungsformen des Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital.** Die vier Hauptwidersprüche bestimmen **konkret** die Klassenfronten in der heutigen Welt. Die Entwicklung der vier Hauptwidersprüche beeinflussen den Klassenkampf an den verschiedenen Fronten wechselseitig. Ohne ihre Analyse ist die Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD nicht zu bestimmen.

Die Bestimmung der vier Hauptwidersprüche ist nicht identisch mit der Aussage, daß der Imperialismus die Ära der proletarischen Revolution ist. Sie verändern sich mit der Entwicklung der Kämpfe im Weltmaßstab. Zum Beispiel setzte die Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion neue Fronten im internationalen Klassenkampf. Ebenso ist die Reihenfolge der vier Hauptwidersprüche unseres Erachtens nicht gleichgültig und kann sich verändern.

Der Widerspruch zwischen den unterdrückten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits steht deshalb am Anfang, weil die Länder der Dritten Welt **gegenwärtig** die Sturmzentren der Revolution bilden. Sie stellen die schwächsten Kettenglieder der Weltfront des Imperialismus dar. Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung haben dort ein solches Ausmaß erreicht, daß immer mehr Völker die Einsicht gewinnen: "Kämpfen heißt leben, nicht kämpfen heißt sterben" und den bewaffneten Volkskrieg aufnehmen. Eingeleitet durch den 2.Weltkrieg haben in vielen Teilen der Welt proletarische und bürgerliche Revolutionen stattgefunden, große Teile vieler Länder der 3.Welt sind heute schon vom Imperialismus befreit und in Volkes Hand. **Täglich** wird die Herrschaftsbasis des Imperialismus schmaler. Darin liegt die Bedeutung von Mao Tse-tungs Aussage: "Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution." Die **Weltrevolution** ist nicht nur auf der Tagesordnung, sie ist **aktuell in Gang.**

Der Klassengegensatz in Westdeutschland geht gegenwärtig aus dem ersten Zustand in den zweiten über, aus dem Zustand der relativen Ruhe in den Zustand offensichtlicher Veränderung. Die spontane Arbeiterbewegung und die Streiks sind Ausdruck dieses Übergangs, der seit einiger Zeit vor sich geht. Noch ist der Zustand der relativen Ruhe nicht völlig beendet und deshalb erscheinen manche Hinweise der Genossen Kühl und Maier richtig, obwohl sie von einer völlig falschen Einschätzung der Klassenkampfsituation als "strategischer Defensive" ausgehen. Hier ist es wie mit dem blinden Huhn, das ein Korn findet. Das Schlimme ist nun, daß manche Genossen voll Begeisterung ausrufen: Seht, das Huhn hat ein Korn gefunden, und nicht bemerken, daß dieser Fund ein Ergebnis des Zufalls und nicht der konkreten Analyse einer konkreten Situation ist, daß das Huhn, um die ein, zwei Körner zu finden, durch sein blindes Herumtappen alles durcheinander gebracht hat. Es gibt jetzt Genossen, die schon lange unter einem bis zur Perversität getriebenen Sitzungswesen leiden, voll Begeisterung die "Thesen" schwenken und von sozialer Isolation usw. reden. Aber wenn es zuviel und zulange Sitzungen gibt, liegt das daran, daß es keine Arbeitsteilung und keine Vorbereitung der Sitzungen gibt, und das ist immer schädlich und wird umso schädlicher, je mehr der Zustand der relativen Ruhe in einen Zustand rascher Veränderung übergeht. Ein solches Unwesen macht die Kader völlig unfähig, sich in Zeiten der raschen Veränderung schnell und zielstrebig bewegen, weil es sie an das ergebnislose Rumhocken gewöhnt haben. Dieses Unwesen ist aber gerade in dem Maße unerträglich, wie es auch dem heutigen Zustand unangemessen ist.

Das, was richtig in den "Thesen" ist, wird falsch begründet, deshalb wird es auch falsch verstanden und kann keine gute Wirkung haben.

Die taktische Hauptresolution der Gründungskonferenz gibt im Gegensatz zu den "Thesen" eine richtige Einschätzung der Klassenkampfsituation als Übergang vom Zustand der relativen Ruhe zum Zustand der raschen Veränderung. Der Aufschwung der Arbeiterbewegung, d. h. der Bruch größerer Arbeitermassen mit dem stummen Zwang der Verhältnisse, ist selbst Ausdruck dieser Situation. Die Hauptresolution beantwortet dann die Frage, entlang welcher Linie dieser Aufschwung entfaltet und zum Angriff auf die Herrschaft der Bourgeoisie geführt werden muß, sowie welche Aufgaben sich daraus für die Kommunisten ergeben. Die Gefährlichkeit der "Thesen" hat sich in der kurzen Zeit vor der Gründungskonferenz und auf der Gründungskonferenz gezeigt. Sie kamen der spontanen Tendenz vieler Genossen entgegen, die verschiedenen Fehler, die in den einzelnen Ortsgruppen gemacht wurden, einfach mit einer langsameren und ruhigeren Gangart zu beantworten. Das ermöglicht, die Fehler beizubehalten und dennoch weniger Fehler zu machen. Das ist keine Berichtigung des Arbeitsstils, sondern die Einschränkung des Umfangs der Arbeit, keine Ausrichtung der Organisation auf ihre Aufgaben, sondern die Be-

schneidung der Aufgaben. Die Genossen Kühl und Maier haben dies geradezu klassisch formuliert:
"Die kommunistische Organisation muß es sich zum Gesetz machen, nur solche Aufgaben anzupacken, die sie bei einer normalen politischen Arbeitsbelastung ihrer Mitglieder auch erfüllen kann. Eine Steigerung der Arbeitsbelastung darf nur erfolgen, wenn eine Steigerung der Massenaktivität es notwendig macht. Bei einem Streik werden die Genossen 24 Stunden am Tag wirbeln, ohne müde zu sein. Eine Steigerung der Arbeitsbelastung darf nicht begründet werden von den **objektiv** anstehenden Aufgaben. Denn davon gibt es **immer** mehr, als die Kräfte reichen." (Thesen, S.16)
Das klingt vernünftig und ist doch ganz unvernünftig. Eine Überbelastung der Organisation kann überhaupt nur durch eine Untersuchung der objektiven Aufgaben, ihre Unterscheidung nach wesentlich und unwesentlich, wichtig oder unwichtig und eine auf dieser Untersuchung und Unterscheidung fußende Kräfteeinteilung und Arbeitsteilung erfolgen. Die aufgetretenen Fehler sind gerade Folgen der subjektivistischen Aufgabenstellung. Erschrocken über die Folgen des Subjektivismus geben die Genossen das einzige Mittel der Korrektur, die planmäßige Ausrichtung auf die objektiven Aufgaben, aus der Hand. Das ist sehr unvernünftig und wird dadurch nicht vernünftiger, daß zur Untermauerung Sprüche geklopft werden, wie: die objektiven Aufgaben wären **immer** größer als die vorhandenen Kräfte. Wenn das so wäre, könnten wir Buddhisten werden.
Nach ähnlichem Muster verfahren die Genossen öfter. Sie stellen subjektivistische Fehler fest und empfehlen eine subjektivistische Korrektur. Mal "wirbeln" wir mehr, mal weniger, statt planmäßiger Arbeit für klar bestimmte Aufgaben. Insgesamt haben es sich die Genossen zu einfach gemacht: Sie haben darauf verzichtet, die Hauptwidersprüche im Weltmaßstab zu untersuchen und wie sich unter dem Einfluß ihrer Entwicklung der Hauptwiderspruch in Westdeutschland entfaltet. Sie haben die Besonderheiten, unter denen der Aufschwung der Arbeiterbewegung in Westdeutschland stattfindet, nicht untersucht, die Ausgangslage des Klassenkampfes in der gegenwärtign Situation vernachlässigt und haben dem Ganzen ohne Sinn die Konzeption der "strategischen Defensive" übergestülpt. Ausgehend von dieser unangemessenen Konzeption konnten sie die gegenwärtigen Aufgaben im wesentlichen nur falsch bestimmen, und wo sie sie richtig bestimmten, haben sie sie falsch begründet. Ihre falsche Konzeption macht die Genossen unfähig, den politischen Kampf gegen die herrschende Klasse und ihren Staat richtig zu bestimmen. Sie erkennen, daß es wenig Sinn hat, gegen verschiedene Maßnahmen des bürgerlichen Staates immer wieder dieselben Demonstrationen durchzuführen. Aber wie begründen sie das? Sie sagen, die Demonstrationen können nicht einfach von der objektiven Notwendigkeit her geplant werden, daß gegen diese oder jene reaktionäre Maßnahme des Staates unbedingt gekämpft werden müsse, sondern von der subjektiven Bereitschaft, das zu tun. In Wirklichkeit ist es doch so, daß viele Kommunisten ihre Agitation und Propaganda, ihre Kampagnen und Demonstrationen nicht von den objektiven Notwendigkeiten des Klassenkampfes, sondern von ihren subjektivistischen Auffassungen dieser Notwendigkeiten leiten lassen. So werden die Maßnahmen des Staates meist schon falsch eingeschätzt, nämlich als **Angriffsmaßnahmen im offenen** Klassenkampf, während sie in Wirklichkeit entweder aktuelle oder vorbereitende Verteidigungsmaßnahmen der Bourgeoisie gegen schon vorhandene oder befürchtete Bewegungen im Volk sind. Wenn die Bourgeoisie z. B. kommunistische und demokratische Lehrer nicht in den Schuldienst läßt oder wieder hinauswirft, handelt es sich dann um einen **Angriff** der Bourgeoisie? Ich glaube nicht. Der Angriff liegt doch auf unserer Seite, wenn wir in der bürgerlichen Schule die Bourgeoisie ideologisch bekämpfen wollen. Wenn die Bourgeoisie Studenten relegiert, die das bürgerliche Wissenschaftssystem angreifen, handelt sie dann nicht etwa als Verteidiger des Bestehenden? Freilich handelt sie so. Wer wird von einem Angriff der Bourgeoisie reden, wenn die Arbeiter den Tariffrieden brechen, Fabriken besetzen und Streikbrecher aussperren, die Bourgeoisie aber die Polizei holt. Wenn die Arbeiterklasse nach vorn geht und mit ihr andere Teile des Volkes, die Bourgeoisie aber das verhindern will, dann ist es falsch, wenn wir die Bourgeoisie als Angreifer bezeichnen. Das sollten wir den Revisionisten überlassen und sollten nicht zugunsten vermeintlicher agitatorischer Vorteile die Bewegungsgesetze des Klassenkampfes auf den Kopf stellen. Die Bourgeoisie baut Festungsanlagen für den Krieg und rüstet Armeen zur Verteidigung dieser Festungsanlagen; aber auch die Bourgeoisie führt noch nicht den Krieg, sondern Vorpostengefechte, wenn die schon vorhandenen Bewegungen in ihren umittelbaren Herrschaftsbereich einbrechen und die geltenden Regeln und Gesetze in Frage stellen. Das Entscheidende an den gegenwärtigen Zusammenstößen ist nicht der vermeintliche Angriff der Bourgeoisie, sondern die Erkenntnis, welch geringen Raum diese Regeln und Gesetze für die Bewegungen der Arbeiterklasse und des Volkes lassen. Aus dieser Erkenntnis folgt die Notwendigkeit des bewußten und organisierten Angriffs, nicht aber die Notwendigkeit der entschlossenen Verteidigung. Die Irrealität der Agitation und Propaganda und der durch sie eingeleiteten Aktionen kommt teilweise gerade daher, daß die Maßnahmen der Bourgeoisie als Angriff statt als Verteidigung verstanden werden, beziehungsweise, daß sie überhaupt schon im Rahmen des offenen Klassenkampfes interpretiert werden. Warum aber sind die Arbeitermassen gegen diese Maßnahmen noch nicht breit mobilisierbar? Einfach deshalb, weil sie noch nicht in Massenstreiks mit ihnen zusammengestoßen sind. Die Arbeitermassen erkennen diese "Angriffe" deshalb nicht, weil sie zu keinem offenen Zusammenstoß mit ihnen führen, – weil es sich in Wirklichkeit gar nicht um Angriffe handelt, sondern um Festungsbau, Aufrüstung einer Verteidigungsarmee und das Ziehen von Drahtverhauen, in denen die spontanen Angriffe der Arbeiter hängen bleiben sollen, bevor sie zum Generalangriff zusammengefaßt werden können.

Jedes Glied, welches aus der Kette des Imperialismus gebrochen wird, verstärkt den Druck auf die verbleibenden Glieder. In ihren Expansionsbestrebungen eingeschränkt, spitzt sich die Krise des Imperialismus zu, verschärft sich die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten, verschärfen sich die Klassenwidersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den Metropolen. Die Kämpfe der Völker in der 3. Welt tragen dazu bei, daß die Krise des Imperialismus wieder in die Metropolen getragen wird, daß das Sturmzentrum der Weltrevolution nicht unveränderlich ist, sondern mit Sicherheit auch in den Metropolen der Bourgeoisie die entscheidende Stunde schlagen wird.
Die gegenwärtig unverkennbare Zuspitzung der Klassenauseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den Metropolen muß begriffen werden als Ausdruck der Verschiebung der Sturmzentren der Revolution.
Diese Entwicklung ist keine Zukunftsmusik, sondern findet vor unseren Augen statt. Wie schnell die Krise sich in den Metropolen verschärft, zeigt gerade der französische Mai. Nur wenn man die Entwicklung in den Metropolen im internationalen Rahmen sieht, kann die notwendig sprunghafte

Zuspitzung wissenschaftlich begriffen werden.
"Nur die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Wechselbeziehungen ausnahmslos aller Klassen einer gegebenen Gesellschaft, und folglich die Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft, wie auch der Wechselbeziehungen zwischen ihr und anderen Gesellschaften, kann als Grundlage für eine richtige Taktik der fortgeschrittenen Klasse dienen (Hervorhebung, d.Verf.). Dabei werden alle Klassen und alle Länder nicht in ihrer Statik, sondern in ihrer Dynamik betrachtet, d. h. nicht im starren Zustand, sondern in der Bewegung (deren Gesetze den ökonomischen Existenzbedingungen jeder Klasse entspringen). Die Bewegung wiederum wird nicht nur vom Standpunkt der Vergangenheit betrachtet, sondern auch vom Standpunkt der Zukunft, **und zwar nicht nach der platten Auffassung der "Evolutionisten", die nur langsame Veränderungen sehen, sondern dialektisch.** Man soll nicht glauben, schrieb Marx an Engels, **"daß in dergleichen großen Entwicklungen 20 Jahre mehr als ein Tag sind, obgleich nachher wieder Tage kommen können, worin sich 20 Jahre zusammenfassen"** (Lenin, "Karl Marx", S.40) .
Mit der Verschärfung des Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialimperialismus einerseits und den unterdrückten Nationen andererseits sowie des Widerspruchs zwischen Bourgeoisie und Proletariat (sowie breiter Teile des Volkes) in den Metropolen verschärft sich auch gleichzeitig der Widerspruch zwischen den imperialistischen Mächten erheblich. Einerseits sind die Imperialisten an die Grenzen des Weltmarktes gestoßen und eine "ungehinderte" Expansion ist unmöglich, die Konkurrenz muß durch verstärkten Druck auf die eigene Arbeiterklasse aus dem Felde geschlagen werden, was für alle imperialistischen Staaten wegen der wiedererwachenden Arbeiterbewegung von Tag zu Tag schwieriger wird und andererseits wird die territoriale Herrschaftsbasis immer weiter eingeschränkt. "Wie immer sich die gegenwärtig äußerst komplizierten Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten selber "lösen" werden, es wird keine friedliche Lösung sein" (Hauptresolution, S.36). Diese Aussage hebt gegenüber allen Versuchen, die gegenwärtige Entwicklung des BRD-Imperialismus als weitgehend friedlich (siehe Thesen von Maier und Kühl) darzustellen, darauf ab, daß es für die Imperialisten keine andere Möglichkeit gibt, als ihre Krise durch den Klassenkampf in Form des imperialistischen Krieges dadurch zeitweilig zu mildern, daß auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des Volkes die Konkurrenz aus dem Felde geschlagen wird. Diese Zuspitzung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und dem Sozialimperialismus bahnt sich **heute schon sichtbar** an, und ergibt für die Kommunisten die **aktuelle** Aufgabe, die Volksmassen gegen einen erneuten imperialistischen Weltkrieg ins Felde zu führen. Entweder die Weltrevolution verhindert den 3.Weltkrieg, oder dieser hat die Revolution zur Folge. Eine auf dieser Linie erfolgende Agitation und Propaganda wird verhindern, daß die Volksmassen durch pazifistische Atomfetischisierung dieser Entwicklung wehrlos ausgesetzt sind und zum Anhängsel "ihrer" Bourgeoisie werden.
Je größer die Schwierigkeiten und Bedrängnis der Imperialisten, desto größer wird ihre Unberechenbarkeit. Zweifellos werden sie versuchen, das an das siegreiche Proletariat verlorene Territorium, in dem heute der Sozialismus aufgebaut wird, zu überfallen und zurückzuerobern. Alle bisherigen Versuche der Bourgeoisie, in China oder Albanien, wie vorher in der Sowjetunion die Festung von innen her zu nehmen, sind kläglich gescheitert. Das beweist erneut der X. Parteitag der KP China.
Im Gegenteil: Der Aufbau des Sozialismus in den sozialistischen Ländern schreitet stürmisch voran. Er ist gerade auch für die Klassenkämpfe in den Metropolen von großer Bedeutung, als er in einer Situation, wo die Massen nach einer Alternative zum imperialistischen Gesellschaftssystem fragen, dem Verrat der Führer der Sowjetunion entgegentritt und zur Reinhaltung des Bildes vom Sozialismus erheblich beiträgt.
Alle Hauptwidersprüche wirken sich auf den Klassenkampf in der BRD **objektiv und subjektiv** aus. Die Verschärfung eines jeden dieser Widersprüche kann zum auslösenden Element der sozialistischen Revolution in Westdeutschland werden. **Sie bestimmen in ihrer Gesamtheit das politische Leben in der BRD.** Es wäre völlig falsch zu meinen, daß lediglich die verschärfte Ausbeutung im Betrieb sowohl die Revolution auslösen kann als auch das heutige Bewußtsein der Arbeiterklasse allein bestimmt. Auch wenn dies heute noch nicht umfassend in politischen Massenaktionen des Proletariats zum Ausdruck kommt: die Kommunisten haben die Aufgabe, die durch alle Hauptwidersprüche gesetzten Fronten in ihrer Entwicklung den Massen darzulegen und sie heute, wo immer möglich schon in den Kampf zu führen. Das heißt Erziehung des Proletariats im Geiste des proletarischen Internationalismus. Diese Aufgabe heute zu vernachlässigen, heißt hinter das spontane Bewußtsein der Massen zurückzufallen. Das Klassenbewußtsein des Proletariats entwickelt sich nicht allmählich und kontinuierlich, sondern den Perioden latenter Entwicklung folgen stürmische Ausbrüche.
Was heißt es, daß "die Grundlage, auf der sich die internationalen Widersprüche auswirken, das Ausbeutungssystem in Westdeutschland selber mit seinem Hauptwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat (ist)" (Hauptresolution, S.39). Gibt es nun vier Hauptwidersprüche oder einen?

Die Hauptresolution wendet sich mit Recht gegen eine Sicht, die in der Kommunistischen Bewegung weit verbreitet war und teilweise noch ist. Der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den Metropolen wird als die "eigentliche" Front, die entscheidend ist, gesehen, die anderen Widersprüche als schmückendes Beiwerk. Das eigene Land wird zum Nabel der Dinge erklärt (5). Politische Schlußfolgerungen laufen dann in die Richtung: solange in den Metropolen noch nicht die Hölle los ist, ist es mit der Weltrevolution noch Essig, auch wenn die Völker der Welt tapfer kämpfen. Diesen Anschauungen wird durch eine konkrete Klassenanalyse der heutigen Welt entgegengetreten. Gleichzeitig muß aber betont werden, daß der Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital in Westdeutschland sei-

(5) In dieser Position scheinen sich uns die Fehler der Thesen von W. Maier und E. Kühl zu konzentrieren. In den Thesen wird in keiner Weise von den vier Hauptwidersprüchen als den gegenwärtigen bestimmenden Klassenfronten ausgegangen. "National" bestimmt kann die Verschärfung der Klassenkämpfe in der BRD nicht begriffen werden, muß Konstatierung eines als allmählich bezeichneten Aufschwungs der Arbeiterbewegung ("Tendenzwende") bleiben. Daran ändert auch nichts, daß die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten zur Bestimmung der Klassenkampfsituation herangezogen wird, da sie in ihrer konkreten Zuspitzung nicht als Ergebnis des internationalen Klassenkampfes gesehen wird. Soweit auf die vier Hauptwidersprüche beiläufig eingegangen wird, sind die Ausführungen falsch: Sowohl was die Stellung zu imperialistischen Kriegen angeht, als auch zu den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt. Es verkennt völlig die Lage an dieser Front, wenn lediglich dem US-Imperialismus Schwierigkeiten zugeschrieben werden und als einzige Niederlage des US-Imperialismus Vietnam genannt wird.

ne wesentliche Erscheinung im Widerspruch von Bourgeoisie und Proletariat hat, daß das Proletariat nur dann zum Sieg geführt werden kann, wenn es seine dem Kapital direkt gegenüberstehende Stellung als Lohnarbeiter erkennt. Ebenso wie die gegenwärtige rapide Verschlechterung der Lebenslage des Proletariats selbst Ausdruck der Verschärfung aller vier Hauptwidersprüche ist, so muß doch klar bleiben, daß das Proletariat den Kampf nicht aufgrund moralischer Empörung über die Verbrechen des Imperialismus aufnimmt, sondern in dem Maße, wie die zugespitzte Entwicklung die Lage der Arbeiterklasse im westdeutschen Kapitalismus verändert. Der Hauptwiderspruch in Westdeutschland ist der zwischen Bourgeoisie und Proletariat, bedeutet deshalb: Den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zum **bewußten** Kampf an einem **Teilabschnitt** der **weltweiten Front der Revolution zur Lösung des Grundwiderspruchs** zu entwickeln.

Th.

DEFENSIVE – OFFENSIVE

Die ganze gegenwärtige Auseinandersetzung um die Frage "Defensive-Offensive" ist stark dadurch belastet, daß einige Kommunisten meinen, andere Kommunisten würden vor der Wirklichkeit in Westdeutschland ihre Augen verschließen, nur weil sie meinen: "In den Massen steckt ein gewaltiger Drang zum Sozialismus."

Es gibt sicherlich einige kommunistisch denkende Menschen, die so vorgehen, daß sie vor der Wirklichkeit in Westdeutschland die Augen verschließen. Auf der anderen Seite sind es jedoch häufig gerade diejenigen, die solche pauschalen Vorwürfe ständig erheben, die alles durcheinanderbringen und deren "Realitätssinn" man sehr genau überprüfen muß (6). So schreiben etwa die Genossen Maier und Kühl: "Der ganze Streit, der gegenwärtig die kommunistische Bewegung in Westdeutschland durchzieht, kann nicht darum gehen, ob sich die revolutionären Kräfte in der strategischen Offensive oder Defensive befinden – der schlichte Augenschein belehrt jeden, der seine fünf Sinne beisammen hat, daß nicht wir, sondern die Bourgeoisie gegenwärtig stärker ist und zwar **wesentlich** stärker ist als wir (!), auch was den Einfluß in der Arbeiterklasse angeht." (Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten, S.7)

Sie schreiben weiter: "Geht man mit uns davon aus, daß diese Entwicklung in Westdeutschland durch einen Aufschwung der Arbeiterbewegung gekennzeichnet ist, so bedeutet das für die Politik der Kommunisten, daß sie einen Boden vorfindet, auf dem sie sich entfalten kann." (ebenda). Und ihre Schlußfolgerung lautet: "Es entwickeln sich die Voraussetzungen, um **allmählich** (Hervorhebung von mir,Br.) eine öffentliche Meinung für den Kommunismus zu schaffen." (ebenda)

Wie gehen die Genossen hier vor?

1.) Sie rennen ein paar "offene Türen ein", d. h., belegen ihre Position mit Argumenten, denen keiner, "der seine fünf Sinne beisammen hat", widersprechen kann.

2.) Sie bringen dabei ihre Position tunlichst so "unter" – in einem Wort oder Begriff, in einem vagen Halbsatz etc. – daß man gut und gerne gar nicht darüber stolpern braucht, was hier eigentlich die Position ist. Sie buddeln sich für ihre falsche Position ein Loch in allerlei richtigen Feststellungen. Das ist eine alte, allerdings kaum bewährte Methode.

In den "Thesen ..." wird als Argument dafür, daß "wir" uns in der "strategischen Defensive" befinden, "der schlichte Augenschein" angeführt, daß die Bourgeoisie gegenwärtig stärker und zwar **wesentlich** stärker ist als "wir".

Daß die Bourgeoisie gegenwärtig in Westdeutschland "wesentlich stärker" als die Kommunisten ist – wenn damit gemeint ist: **viel** stärker, was Machtpositionen in der Gesellschaft angeht – das wird kaum jemand leugnen. Den Sozialismus haben wir schließlich in Westdeutschland noch nicht. Dafür, daß wir den kriegen, würden wir aber rasch sorgen, wenn wir "stärker" wären. Dann bräuchten wir uns auch nicht um dieses ganze "Taktische Wirrwarr" rumzustreiten. Da das aber nicht so ist, müssen wir die Lage einschätzen und unsere Aufgaben bestimmen. Aus diesem Umstand erklärt sich nach den "Thesen...", daß wir uns in der "Defensive" befinden. Wenn die Sache so ist, ist das also ganz einfach: Im Kapitalismus befinden sich die Kommunisten in der "strategischen Defensive", im Sozialismus befinden sie sich in der "strategischen Offensive".

Dieser ganze Unsinn kommt dann heraus, wenn man wegen einiger Zitate aus "Mao Tse-tung's militärtheoretischen Schriften" die einfachsten Dinge vergißt: Die Frage "Defensive oder Offensive" wird nicht beantwortet durch die Analyse, wer stärker **ist**, denn dann wären Kampf und "Defensiven oder Offensiven" überflüssig. Die Frage "Defensive oder Offensive" wird beantwortet durch die Analyse, wer stärker und wer schwächer **wird**. (7) Die ganze Auseinandersetzung, die gegenwärtig unter den Begriffen "Defensive" oder "Offensive" in der westdeutschen kommunistischen Bewegung geführt wird, dreht sich um die Frage, ob wir uns in der Geschichte der Klassenkampfentwicklung in Westdeutschland nach dem "2.Weltkrieg" an einem **entscheidenden** Wendepunkt befinden oder nicht. Um diese Frage, die Frage der "Tendenz, in der die Klassenkämpfe sich gegenwärtig entwickeln", wird sich herumgedrückt. Das wird auch offen gesagt ("Thesen ...", S.5), und diese Frage für die Entscheidung über "Defensive oder Offensive" für unwichtig gehalten.

---

(6) So werden Gruppen wie der KB-Nord durch die Klassenkampfentwicklung immer mehr in die Verzweiflung und Abkapselung von der Wirklichkeit getrieben. Den Aufschwung der Arbeiterbewegung und die Linksentwicklung im Volk in Westdeutschland heute noch wegzuleugnen, dazu gehört schon einiges an energischem Kopf-in-den-Sand-stecken, wenn man sich die Dinge, wie sie wirklich sind, ansieht: Studentenunruhen seit 1967 Jahr für Jahr; Streiks, spontane Streiks, Arbeiterdemonstrationen mehr und mehr; immer schärfere Widersprüche in den Gewerkschaften; jedes Jahr Demonstrationen von Zehntausenden, zuletzt in diesem Jahr 10 000 bei einer GEW-Demonstration in Hamburg; "Linksruck" bei den Bundestagswahlen, zum ersten Mal in der Geschichte Westdeutschlands erhält die SPD bei dieser Wahl mehr Stimmen als die CDU; "Nordhorn"; das Neuentstehen und stetige Wachsen einer kommunistischen Bewegung in Westdeutschland usw. Selbst in seinen "Streikstatistiken" (Unser Weg, Nr.13, ohne Jahrgang,1971) müßte der KB-Nord heute die Überschrift ein paar Zentimeter höher rücken, um noch mitzukommen.

"Aufschwung" und "Linksentwicklung" lassen sich nicht mehr leugnen. Es fragt sich nur, wie man das bewertet. Ob man von der Bourgeoisie ausgeht, um zur Bourgeoisie zurückzukehren. Ob man auf die "Rechtsentwicklung" starrt, um gegen sie machtlos zu sein. Ob man von bestehender Scheiße ausgeht, um zur Scheiße zurückzukehren. Oder ob man von der Revolution ausgeht. Ob man weiß, daß das gar nicht geht und wissenschaftlich nachgewiesen ist seit 100 Jahren und praktisch mehrfach bestätigt, daß diese Gesellschaft gar nicht bestehen bleiben kann: Zwei imperialistische Zusammenbrüche und -zig Revolutionen haben das bewiesen und beweisen das Tag für Tag.

(7) Die Entlehnung dieser Begriffe, die nur dazu dient, sich um die tatsächlichen Fragen herumzudrücken, zeigt schon die ganze Verwirrung, wenn man bei Mao Tse-tung nachliest:

1) In der Schrift "Strategische Probleme des revolutionären Krieges" (AW 1, S.209 ff), auf die die "Thesen..." zurückgreifen, geht es um Probleme des militärischen und nicht des politischen Kampfes. Das

Ob wir unsere Politik aber auf der Grundlage machen, daß die Arbeiterbewegung und die Bewegung unter den Volksmassen **stärker oder schwächer wird**, das bestimmt unsere Politik entscheidend. Wird sie stärker, müssen wir uns auf den **Generalangriff ausrichten** (nicht ihn morgen ausrufen). Wird sie schwächer, müssen wir uns auf die Verteidigung schon gewonnener Positionen ausrichten (8).
Die Bewegung in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen wird gegenwärtig stärker und zwar wird sie das z. T. in sehr "rasanter" Weise (siehe z. B. "Nordhorn") und diese "Rasanz" kann durchaus in den nächsten Jahren Ausmaße annehmen, die viele von uns heute noch kaum ahnen. Dies trägt im Kapitalismus und besonders im Imperialismus gesetzmäßigen Charakter; daß diese Bewegungen heute stärker werden, ist kein Zufall, sondern im Kapitalismus notwendig der Fall.
Schwächer wird diese Bewegung nur, wenn sie politisch gebrochen werden kann. Ob das der Bourgeoisie gelingt, hängt von den Kommunisten und ihrer Politik ab, wieweit sie die Massen **vorwärts** führen können (und gegenwärtig nicht, ob sie sie **halten** können).
Natürlich bedarf es zur Revolution "objektiver Voraussetzungen" und einer "revolutionären Situation", aber die kommen im Kapitalismus **mit Notwendigkeit** und nicht zufällig auf uns zu.

Die Genossen Maier und Kühl leugnen den Aufschwung in der Arbeiterbewegung und die Linksentwicklung im Volk nicht. Aber sie sehen diese sehr zurückhaltend an, sehen nicht deren Notwendigkeit und Entwicklungsrichtung. Ihr Objektivismus erfaßt nicht die ganze Objektivität: Sie gehen von dem aus, was ist, und nicht von dem, was wird. Deshalb sehen sie die Klassenkampfentwicklung auch nicht revolutionär, sondern evolutionär an. Dies führt sie zu einer tatsächlich sehr "defensiven" Bestimmung unserer Aufgaben: Sie sehen nur die Tageskämpfe und nicht den Kampf um das Endziel. Sie sehen nur ein paar Schritte, die wir jetzt machen können, und bestimmen deshalb ihre Richtung falsch.

Br.

In die selbständigen Streiks führend eingreifen — Kommunistische Massenpolitik

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Westdeutschland wird mit dem Angriff auf den Reallohn allgemein. Die Arbeiterklasse wird an diesem Punkt, da die Gewerkschaften von Sozialdemokraten "regiert" werden, wieder auf die ursprünglichste Organisationsform ihres Kampfes, den Betrieb, zurückgeworfen. Die damit verbundene notwendige Zersplittertheit dieser Kämpfe der Arbeiterklasse ist natürlich im Kampf gegen die Kapitalistenklasse auch schon im Lohnkampf ein großer Nachteil und kann hier nur verbunden mit dem gewerkschaftlich organisierten Tarifkampf überwunden werden. Dennoch ist der Beginn des Angriffs auf den Reallohn nicht Signal für die wachsende Stärke der Bourgeoisie, sondern vielmehr für ihre Schwäche. Daß sie die verschärfte Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse nicht länger durch eine mehr oder weniger steile Verbesserung des Reallohns breiter Arbeiterschichten kompensieren kann, daß sie durch die angespannte Konkurrenzsituation zwischen den imperialistischen Staaten gezwungen ist, die eigene Arbeiterklasse in den Kampf um ihre unmittelbaren Interessen zu treiben, bedeutet für die westdeutsche Bourgeoisie den Anfang vom Ende. In diesem Sinne läßt sich der Beginn des Angriffs auf den Reallohn der westdeutschen Arbeiterklasse als "Signale der Weltrevolution in Westdeutschland" bezeichnen. Die westdeutschen Arbeiter haben den Kampf um ihren Lohn aufgenommen und werden das in der nächsten Zeit zweifellos noch in weit stärkerem Maße tun als bisher (9).
Warum? — Weil sie den Kapitalismus schon durchschaut haben? Nein. — Weil sie gerne mal auf den Putz hauen? Nein. — Weil sie von den Kommunisten dazu aufgerufen werden? Wieder nein.
Sie haben den Kampf für ihre Interessen aufgenommen, weil sie dazu gezwungen sind, weil sie ohne das die Angeschissenen sind. Das haben die westdeutschen Arbeiter am eigenen Leib zu spüren bekommen.

Der Verlauf der Klassenkämpfe im letzten Jahr hat die Richtigkeit der These des "Bremer Kommuniques", daß die Partei **jetzt** aufgebaut werden muß, vollauf bestätigt.
Die Kämpfe der Arbeiterklasse und der übrigen Volksmassen haben sich weiter entfaltet und sind z. T. schon an einem Punkt angelangt, wo sie **zusammenstreben.**
Die Arbeiterklasse wird mehr und mehr zum **selbständigen** Kampf gezwungen.
Zur Zusammenfassung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen, und damit die Arbeiterklasse ihren selbständigen Kampf auf längere Sicht mit Erfolg führen kann, ist die Kommunistische Partei notwendig. Ohne das politische Eingreifen der Kommunisten können die Massenkämpfe über das Niveau spontaner Interessenvertretung und spontanen Protestes nicht hinauskommen und stehen sie ständig in der Gefahr, auf Reformisten und Revisionisten hereinzufallen und der Bourgeoisie ins Messer zu laufen.
Die Kommunisten müssen die Massenkämpfe **wirklich führen**, damit die Massenbewegungen vorankommen können. Die Einsicht, daß die Kommunisten die Massenbewegungen nicht in die Welt setzen können, darf nicht dazu führen, daß die Kommunisten darauf warten, bis die Massen sich in Bewegung setzen (und dann an die Spitze zu kommen versuchen).

Wir können und müssen heute als Kommunisten gerade zur Einleitung der Massenkämpfe sehr viel beitragen. Wir müssen es eben verstehen, die Massen zu **mobilisieren.** Das ist

---

→ wird in einer Fußnote gleich auf der ersten Seite festgestellt. Zudem wird wiederholt die "Besonderheit Chinas" betont, die für das Verhältnis zwischen politischem und militärischem Kampf nicht ganz unwichtig ist. Niemand, "der seine fünf Sinne beieinander hat", wird jedoch verlangen, wir sollten zu den Waffen greifen (und in die "strategische Defensive" gehen), oder behaupten, wir befänden uns in China.
2) Im militärischen Kampf geht es jederzeit um die Frage, wie muß vorgegangen werden, "um den Sieg zu erringen" (AW 1, S.223), nicht darum, wie man möglichst gemütlich Niederlagen durchsteht oder sich "warm anzieht". Das betont Mao auch dort, wo er von Verteidigung spricht und eine "offensive Verteidigung" (AW 1, S.242) fordert. Zudem bleibt unklar, wo die Genossen die "Rückzugsgebiete" für ihre "strategische Defensive" sehen.
Auf weitere Fehler, die die Genossen bei der Entlehnung der Begriffe gemacht haben, und darauf, wie schon in diesem Vorgehen sämtliche Fehler ihrer Position enthalten sind, soll hier nicht eingegangen werden. Es ist nicht so wichtig.

(8) Wer sagt, wir sollen in die Verteidigung (Defensive) gehen, sollte uns auch einmal sagen, w a s wir verteidigen sollen.

(9) Und dieser Kampf ist immer "Abwehrkampf" (s. K.Marx an vielen Stellen) — das dem "Arbeiterkampf" ins Stammbuch geschrieben, der daraus seine "Einschätzung" der Klassenkampfsituation beweisen will.

etwas ganz anderes, als wenn wir uns Tag für Tag, bei jedem Wetter und unter allen Umständen vor die Betriebe stellen und zum "Streik" aufrufen oder für soundsoviel Mark Mindestlohn werben, wie das einige Gruppen tun. Das ist auch etwas anderes, als wenn wir uns überlegen, was gibt es denn so für Mißstände, was macht die Bourgeoisie denn für Sauereien, dazu können wir ja mal eine Kampagne "in Gang setzen", wie wir das selbst häufig noch getan haben. Das ist aber auch etwas anderes, als wenn wir uns hinstellen und sagen: "Es ist nichts los!" oder "Alles verläuft nur schleppend!".

Die Kommunisten **müssen** heute selbst Massenkämpfe in Gang setzen, weil die Massen heute immer mehr dazu gezwungen sind, selbständig zu kämpfen. Da hilft ihnen kein bürgerlicher Politiker, im Gegenteil, die tun in dieser Situation alles, um die Massen darüber hinwegzutäuschen, was notwendig ist, und ihren Kampf zu verhindern. Die Kommunisten **können** heute Massenkämpfe in Gang setzen, weil die Massen heute offensichtlich viel kampfbereiter sind, als viele Kommunisten meinen.
Wenn ihre theoretische Arbeit allerdings darauf beschränkt bleibt, zu analysieren, was "objektiv" alles so läuft in der Gesellschaft und was die Bourgeoisie für eine Scheiße und für Sauereien macht, können die Kommunisten ihre Aufgaben im Massenkampf nicht wahrnehmen. Dann kommen sie nur zu Schlüssen wie: "Da sind Widersprüche!", "Das ist eine Sauerei!", "Das und das wäre nötig!", "Dagegen muß man kämpfen!". Und damit treten sie dann vor die Arbeiterklasse und wundern sich, daß keiner zuhört. (Und anschließend, in ihrer "Selbstkritik", schieben sie es dann womöglich noch den Massen in die Schuhe und sagen: "Die sind noch nicht so weit!").
Solche "Pauschalanalysen" (von denen die "Zirkelbewegung" bis heute voll ist), in denen die Kämpfe der Massen und die im Entstehen begriffenen Fronten nicht vorkommen, haben mit dialektischem Materialismus nichts zu tun. – Sie sind nicht **materialistisch**, denn sie gehen nicht von den **Massen** und ihrer Bewegung aus, sie betrachten nicht die Massen als Motor der Geschichte, sondern irgendwelche "Subjekte".
Das bedeutet natürlich, daß eine solche Analyse nicht geeignet ist, praktische Schlußfolgerungen für die eigene Politik zuzulassen, oder nur falsche. Weil sie unpraktisch ist, verurteilt sie die eigene Politik zu einem Mißerfolg nach dem anderen. Erfolge kommen so nur nach dem Lotterieverfahren vor.
Wenn wir jedoch die Widerspruchsentwicklung in der Gesellschaft konkret analysieren und die Bewegung in den Massen genau studieren, dann sind wir in der Lage, die Fronten aufzureißen. Dann erkennen wir die Massenbewegung in ihrem Keim und nicht erst, wenn sie unübersehbar geworden ist. Dann können wir mit Ernst begründet und nicht als Propheten sagen: "Da und da wird es losgehen, darauf müssen wir uns ausrichten."
Auf diese Weise können wir uns und die Massen auf die Kämpfe vorbereiten und stehen nicht, wenn es losgeht, wie vom Donner gerührt da.

Die Massen erkennen uns so tatsächlich als ihre **Führer**, wenn wir unter ihnen und mit ihnen die Sache in Gang gesetzt haben und sagen können, wo es langgeht. Hinterher heißt es dann nicht mehr: "Scheiße", sondern "Voller Erfolg!" oder "Das war 'ne Niederlage!" – aber: "Die Kommunisten haben doch recht gehabt."
Ein Beispiel für eine solche Politik – kommunistische Politik im tatsächlichen Sinn des Wortes, als **praktische** (nicht bloß aufklärende) zielgerichtete und vorwärtstreibende Massenpolitik, die auf einer klaren Einschätzung beruht hat, war die Arbeit der KG Mannheim/Heidelberg bei Harvester und John Deere nach den Tarifabschlüssen vom letzten Winter. Ihre Leitlinie ist in der Hauptresolution des KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND in dem Satz zusammengefaßt: "Die Kommunisten müssen sich nicht nur auf die Möglichkeit solcher Streiks einstellen, sondern alles daransetzen, daß diese Streiks mit einem möglichst hohen Grad an Bewußtsein und Organisation eingeleitet werden." (S.40)

Die Partei kann nur im Kampf um die Linie unserer Massenpolitik aufgebaut werden.

Die Fragen, die in diesen Abschnitt gehören (von "Wie leiten wir die Organisierung von selbständigen Streiks ein? " bis "Wie führen wir die ideologische Offensive? "), sind aus engste mit unserer gegenwärtigen Arbeit und Politik verknüpft. Wir nehmen in unserer organisierten Politik praktisch dazu jeden Tag Stellung. Eine ernsthafte Stellungnahme zu diesen Fragen muß daher die Stellungnahme einer Organisation oder Einheit sein oderzumindest auf deren Praxis eingehen. Auf die Praxis der KG Hamburg kann hier jedoch nicht eingegangen werden – die Sache würde sonst zu umfangreich. Wir werden darauf in anderem Zusammenhang noch eingehen (10).Hier wird versucht, auf die entsprechenden Abschnitte der Hauptresolution und die entstandenen Differenzen allgemein und so notwendig mangelhaft einzugehen. Da nicht alles wiederholt werden muß, was schon gesagt ist, wird das kurz geschehen und nur soweit, daß die Richtung klar ist. Darin liegt **keine Bewertung des Gewichts**, das diese Fragen für unsere Politik haben.'

Die Kommunisten "haben keine von den Interessen des Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen" (Kommunistisches Manifest). Kommunistische Politik will die Arbeiter- und Volksmassen nicht für irgendwelche "höheren" Interessen oder Ziele gewinnen. Sie zielt nicht auf die Spaltung, sondern auf die Einheit der breiten Massen der Arbeiterklasse und des Volkes ab. Ohne die Einheit können die Massen in ihren Kämpfen nicht erfolgreich sein, kann es in Westdeutschland keine sozialistische Revolution geben.
Die Linie der Politik der Kommunisten muß so ausgerichtet sein, daß sie geeignet ist, diese Einheit im Klassenkampf herzustellen. Der Prozeß der Herstellung dieser Einheit für den Umsturz der bestehenden Ordnung findet nicht in mehreren Etappen statt. Es ist **ein** Prozeß der Vereinheitlichung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes zum Generalangriff auf die Bourgeoisie und ihre Machtpositionen. Dieser Prozeß, in dem die Kommunisten unersetzbar sind, richtet sich nicht nach den Bedingungen der Kommunistischen Bewegung, sondern die Kommunisten müssen die Bedingungen dieses Prozesses bei der Bestimmung ihrer Aufgaben richtig berücksichtigen.
Die Aufgabe, Herstellung der Einheit der Volkskämpfe, stellt sich nicht vor der Parteigründung anders als danach, die Kommunisten haben mit der Partei nur ein besseres Mittel für die Erfüllung dieser Aufgabe als ohne sie. Es gibt keine "Etappe des Parteiaufbaus" oder so etwas. Für die

(10) Wir werden dort versuchen, die Bedeutung der festgelegten politischen Linie des KBW für unsere eigene Praxis und die Korrektur bisheriger Fehler konkret darzulegen.

Politik der Kommunisten in Westdeutschland gibt es nur eine Etappe, nämlich die zum nächsten Kampfziel und das ist die sozialistische Revolution.
Um die Partei zu einem wirksamen Instrument der Entfaltung und Zusammenfassung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes werden zu lassen, müssen wir die Partei auf der richtigen politischen Linie, die konkrete und ausreichende Handlungsanleitungen für diesen Zweck gibt, jetzt aufbauen.
Für diesen Zweck, die Einheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen in ihren Kämpfen herzustellen, stellen sich gegenwärtig für die westdeutschen Kommunisten zentral folgende Fragen:
– die Frage der Herstellung der Einheitsfront des Proletariats. Wie kann heute über das Mittel der Politik der Aktionseinheit der Einfluß von Revisionismus und Reformismus auf Teile der Massenbewegung der Arbeiterklasse und des Volkes in Westdeutschland im Klassenkampf gebrochen und die Arbeiterklasse ideologisch "möglichst geschlossen nach links" geführt werden?
– die Frage der Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Kommunisten müssen in der Gewerkschaft als elementarer Massenorganisation der Arbeiterklasse arbeiten, um die breiten Massen der Klasse für die Revolution und für den Kommunismus gewinnen zu können. Nur durch die Entfaltung kommunistischer Politik in ihren Alltagskämpfen, indem die Kommunisten diese führen, können die Massen lernen, daß der Kommunismus in ihrem Interesse liegt und kein "höheres" Ziel ist. Kampf um die Mitgliedermassen bedeutet für die Kommunisten Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften, alles andere bedeutet, den Kampf um die Massen der Klasse von vornherein für aussichtslos zu erklären.
Daraus, daß der gewerkschaftliche Apparat vor der proletarischen Revolution nicht vollständig erobert werden kann, "folgt nicht der Verzicht auf den Kampf um die Gewerkschaften, sondern die Notwendigkeit der proletarischen Revolution".
Dieser Kampf kann erfolgreich nur geführt werden durch die selbständige kommunistische Massenpolitik der Betriebszellen.
– die Frage des demokratischen Kampfes als entscheidendem Kettenglied bei der Herausbildung des Klassenbewußtseins des Proletariats und der Vorbereitung des Proletariats auf den Sturz der Bourgeoisie, als Mittel, um die breiten Volksmassen um das Proletariat zu sammeln und für den Sturz der Bourgeoisie zu gewinnen.
Dieser Kampf kann erfolgreich nur geführt werden und auf den Kampf um das Endziel ausgerichtet werden, wenn der Kampf um Rechte mit dem Kampf für die Interessen der Massen durch die Politik der Kommunisten verbunden ist.

Diese Fragen werden durch die Hauptresolution des KBW richtig und durch die "Thesen . . ." praktisch nicht oder falsch beantwortet, da die "Thesen . . ." die Aufgabenbestimmung nur an schon stattfindenden Kämpfen und nicht an deren Entwicklung und Entwicklungsrichtung, nicht am Kampf um das Endziel orientieren.

Die Partei aufbauen, um die Organisation zum Instrument im Klassenkampf zu machen.

Die Organisation ist kein Selbstzweck, wie das auf der Basis des Zirkelwesens erscheinen mag. Sie ist keine Zufluchtsstätte für die vom Kapitalismus zermürbten Individuen, sie ist auch nicht dazu da, um Langeweile zu verhindern und ein Betätigungsfeld für ziellose und hektische Geschäftigkeit zu bieten.
Unsere Organisation hat den Zweck, in die verschiedenen Klassenkämpfe einzugreifen, diese zu entwickeln, zu organisieren und anzuleiten. Dazu muß sie Menschen organisieren, die gegen den Kapitalismus wirklich kämpfen wollen, und die die Richtigkeit des Ziels des Sozialismus einsehen. Diesen Menschen dient sie zur Koordination ihrer Arbeit unter den Massen und zur Zusammenfassung ihres Willens auf einer politischen Linie.
Unsere Organisation ist notwendig, um **die Massen**, die **allein** den Sozialismus erkämpfen können, diesem Ziel zuzuführen.
In diesem Sinne ist die Organisation notwendig, um die Massenkämpfe zu organisieren, nicht aber um die Massen selbst in ihr zu organisieren.
Wenn wir uns die sozialistische Revolution so vorstellen, daß wir die Massen bei uns organisieren, können wir gleich – das wäre dann noch weniger illusionär – auf einen "parlamentarischen Übergang" abzielen.
Die Organisation dient also den Massenkämpfen und nicht umgekehrt. In der Entfaltung und Organisierung der Massenkämpfe werden wir auch diejenigen Kräfte bei uns organisieren, die zur weiteren Anleitung der sich immer breiter entwickelnden Massenkämpfe notwendig sind.
Ganz falsch ist es, wenn in Unklarheit über diese Dinge der Klassenkampf so vorgestellt wird, daß die Fronten zwischen den Kommunisten (und den von ihnen organisierten Menschen) einerseits und der Bourgeoisie (und den von ihr organisierten Menschen?) andererseits verlaufen. Daß diese Vorstellungen durchaus nicht nur bei "unverbesserlichen linken" (GRF: Kommunisten rennen exemplarisch gegen die Bourgeoisie an) und rechten Opportunisten (KB-Nord: Bourgeoisie will die Kommunisten weghaben) vorkommen, beweisen die "Thesen zur Taktik . . .". Dort heißt es: "Solange aus objektiven Gründen die Kräfte der Revolution nocht weitaus schwächer sind, als die der Konterrevolution, ist es nicht unsere Aufgabe, mit einem kleinen Häuflein gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat die Entscheidung zu suchen, sondern in den stattfindenen Kämpfen der Klassen die revolutionären Kräfte zu sammeln, zu entwickeln, zu verstärken und zu schulen." (S.6)
Auch hier wird die Sache so vorgestellt, daß die Kommunisten die Revolution "machen".

Das wird mit Lenin begründet (S.7), aber merkwürdigerweise aus einem Text, der gerade einer Position entgegentritt, von der die der "Thesen . . ." sich gar nicht so arg unterscheidet (s. u.). Die Genossen Maier und Kühl führen in ihren Thesen den Begriff "revolutionäre Kräfte" ("Kräfte der Revolution") ein. Dieser Begriff ist in den Thesen nicht ganz eindeutig, sondern zweideutig. Mit ihm werden einmal die revolutionären Arbeiter- und Volksmassen bezeichnet, das andere Mal die Kommunisten.
Einmal wird unter diesem Begriff das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution untersucht, das andere Mal wird von der Diffamierung, aber auch von der "Sammlung und Ausbildung der revolutionären Kräfte" (S.7) gesprochen.
Dieser Begriff dient in den "Thesen . . ." dazu, den Unterschied zwischen Kommunisten und Arbeitermassen zu verwischen. Zumindest in der Tendenz wird in den "Thesen . . ." in dieser Frage ganz die gleiche Position bezogen, wie die, gegen die sich Lenin in dem von den Genossen zitierten Absatz wendet. Es ist dies die Position, "daß wir **in Worten** (Hervorhebung von Lenin) Partei und Klasse gleichsetzen

müssen" (Lenin Werke, Bd.7, S.259, (11)). In den "Thesen . . ." heißen diese "Worte": ". . . Kräfte der Revolution . . . etc." und " . . revolutionäre Kräfte . . . etc.".

Die Verwischung des Unterschieds von Kommunisten und Arbeiterklasse führt gerade dazu, daß die politischen Aufgaben der Kommunisten, die gerade darin bestehen, den Kommunismus mit der Arbeiterbewegung **im Klassenkampf** zu verbinden, falsch gesehen werden. Die "Thesen . . ." kommen zu dem Schluß: Die Kräfte der Revolution sind schwach, weil (!) es nicht genug Kommunisten gibt. Es ist nicht so, daß ihre "Organisation von der breiten Masse des Proletariats getragen und unterstützt wird"(S.6).(12)

Dies entspricht einer Nabelschau der Kommunisten, und solange die Kommunisten in dieser Weise in den Mittelpunkt der Welt gestellt werden und die Massen in der gesellschaftlichen Bewegung kaum (oder nur als Statisten der Kommunisten) vorkommen, müssen die Aussichten auf Revolution natürlich düster erscheinen.
Entscheidend ist für die Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht, daß die Kommunisten den Sozialismus wollen, sondern daß die Massen den Sozialismus wollen. Um die sozialistische Revolution siegreich durchführen zu können, brauchen die Massen die Führung der Kommunisten. Die Kommunisten müssen also "dem Volke dienen", und da gibt es keine anderen Etappen oder Klassenkampfsituationen, wo sie erstmal anders oder vor allem Leute gewinnen müssen.

Die Früchte der Nabelschausicht der "Thesen . . ." werden sehr deutlich, wenn man sieht, welche Schlüsse gezogen werden:

a) Als Kader sollen wir den **"lesenden Arbeiter"** brauchen.
b) Die Organisation soll ihren Mitgliedern nicht zuviel Arbeit aufdrücken, um die Kräfte nicht vorzeitig zu verschleißen, und damit wir aus der **"sozialen Isolation"** herauskommen können.
c) Wir gewinner. unsere Genossen vor allem durch **"persönliche Verbindungen"** und nicht durch unsere organisierte Massenpolitik: "Es gibt keinen Massenzustrom in unsere Reihen" (S.13). Auch deshalb müssen wir unsere "soziale Isolation" überwinden.
d) Unsere **Zeitung** kann sich heute noch nicht an die Massen wenden (denn die Massen lesen sie ja nicht). Sie "muß gerade den einzelnen Arbeitern, die sich uns heute zuwenden, Material zum Lernen geben, auf ihre Fragen antworten." (S.13) usw.

Alles dies ist durchzogen von der falschen Ansicht, daß die "revolutionären Kräfte" heute anders erweitert werden können oder sollen als im Klassenkampf. "Revolutionäre Kräfte" ohne Klassenkampf – das ist aber ein schlechter Witz.
Auch der Beleg, den die Genossen dafür anführen, wir würden unsere Genossen vor allem durch "persönliche Verbindungen" gewinnen, spricht bei genauerem Hinsehen nicht für, sondern gegen ihre These. Denn wenn die Klassenkampfsituation in Westdeutschland heute schon so ist, daß wir über "persönliche Verbindungen", die ja nicht irgendwie außerhalb oder neben der Gesellschaft stattfinden, viele Genossen gewinnen können, wie wird das dann erst aussehen, wenn wir in die sich entwickelnden Klassenkämpfe führend eingreifen? ! "Persönliche Verbindungen", familiäre Bande usw. sind in sich entwickelnden Klassenkämpfen nicht notwendig stärker als **politische Verbindungen**, das beweisen doch wohl auch die Erfahrungen der letzten Jahre. Überhaupt ist die ganze Trennung in persönlichen und politischen, privaten und organisatorischen Bereich Quatsch. Schließlich wollen wir die bürgerliche Gesellschaft überwinden, und das heißt auch, daß wir uns zum Klassenkampf nicht einerseits privat, andererseits politisch verhalten. Kommunisten bleibt im übrigen auch gar nichts anderes übrig.

"Initiative und selbständige Aktion betreffen nicht nur die Organisation als Gremium, sondern nach ihrem Vorbild, in diesem Geiste, müssen alle Mitglieder, bzw. Kandidaten jeden Tag und bei jeder Gelegenheit wirken. Ohne revolutionäre Kommunisten kann es keine revolutionäre Parteiorganisation geben. In diesem Sinne beschränkt sich die Äußerung der Initiative für jeden einzelnen Kommunisten nicht auf die aktive Mitwirkung bei der Überprüfung der Probleme innerhalb der Organisation. Die Grundorganisation ist nicht nur ihre Versammlung, sondern die Gesamtheit des Wirkens der Kommunisten im einzelnen und gemeinsam, vor, **während und nach der Versammlung**, (Hervorhebung, d.Verf.) um die Linie und die Beschlüsse der Partei überall, **wo sie leben und tätig sind**, (Hervorhebung durch Bruno), auszuarbeiten und zu verwirklichen." (Enver Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des ZA der PAA, VI. Parteitag der PAA, 1.11.1971, Tirana 1972, S.205/206).
Die Vorschläge, die die "Thesen . . ." in organisatorischer Hinsicht machen, beruhen auf dem Trugschluß, man könne die Auswüchse des Zirkelwesens mit der Logik des Zirkelwesens austreiben. Sicherlich gibt es bei uns bis heute solche Erscheinungen, daß unsere Genossen in organisatorischen Arbeiten und sehr introvertierten Arbeiten ihre Kräfte aufreiben und für ihre wesentlichen Aufgaben, die Massenarbeit in ihrem Bereich kaum mehr Zeit und Kraft finden. Dem kann man aber nicht dadurch begegnen, daß man die Genossen auffordert, sich mehr "privat" zu erho-

(11) Ganz heißt der von den Gen. Maier und Kühl zitierte Absatz bei Lenin: "Tatsächlich? J e d e r S t r e i k e n d e soll das Recht haben, sich für ein Parteimitglied zu erklären? Mit dieser These führt Gen. Martow seinen Fehler sofort ad absurdum, weil er den Sozialdemokratismus zum Streikismus herabwürdigt und so die Trugschlüsse der Akimow wiederholt. Wir sollten uns nur freuen, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, jeden Streik zu leiten, denn es ist die direkte und unbedingte Pflicht der Sozialdemokratie, den Klassenkampf des Proletariats in allen Erscheinungsformen zu leiten, der Streik aber ist eine der tiefstgehenden und mächtigsten Erscheinungsformen dieses Kampfes. Doch wir würen Nachtrabpolitiker, wollten wir die Gleichsetzung einer solchen ursprünglichen, ipso facto nicht mehr als trade-unionistischen Form des Kampfes mit dem allunmfassenden und bewußten sozialdemokratischen Kampf zulassen. Wir würden eine bewußte Lüge opportunistisch legalisieren, wenn wir jedem Streikenden das Recht einräumten, 'sich für ein Parteimitglied zu erklären', denn eine solche 'Erklärung' wäre in sehr vielen Fällen eine Unwahrheit. Wir würden uns von Manilowschen Träumereien einlullen lassen, wollten wir uns und anderen weismachen, daß bei der maßlosen Zersplitterung, Unterdrückung und Abstumpfung, die unter dem Kapitalismus unweigerlich auf sehr breiten Schichten der "ungelernten", unqualifizierten Arbeiter lasten wird, jeder Streikende ein Sozialdemokrat und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sein kann. Gerade am Beispiel des Streikenden sieht man besonders klar den Unterschied zwischen dem revolutionären Bestreben, jeden Streik sozialdemokratisch zu leiten, und der opportunistischen Phrase, die jeden Streikenden zum Parteimitglied erklärt. Wir sind die Partei der Klasse, insofern wir tatsächlich fast die gesamte oder sogar die gesamte Klasse des Proletariats sozialdemokratisch leiten, aber daraus können nur Leute vom Schlage Akimows den Schluß ziehen, daß wir in Worten Partei und Klasse gleichsetzen müssen."

(12) Lenin spricht davon, daß die Partei "die g e s a m t e Klasse des Proletariats" l e i t e t, was wörtlich u n d p o l i t i s c h das Gegenteil von dem Satz aus den "Thesen. . ." sagt.

len. Und als einzelne können sie keine bessere Massenpolitik machen. Der entscheidende Widerspruch auf diesem Sektor, den das Zirkelwesen an vielen Stellen unserer Arbeit hervorgebracht hat, ist nicht der zwischen **"Organisation und Individuum"**, wie es vielen Genossen auf der Basis des Zirkelwesens erschienen sein mag. Der entscheidende Widerspruch, den das Zirkelwesen in dieser Hinsicht hervorgebracht hat, ist der zwischen **Organisation und Klassenkampf**. Stellt man "Organisation und Individuum" gegenüber, so stellt man nur zwei Nabelschauen gegenüber. Das bringt die Organisation nicht weiter, und hebt **auf die Dauer** auch nicht die "Frustration" der Genossen auf. Da kommen wir auf die Dauer nur weiter, indem wir alle gemeinsam die Organisation zum Instrument im Klassenkampf machen und die politische Linie zu einer Sache, mit der wir in der Tagesarbeit etwas anfangen können. Das bedeutet auch, daß die Genossen sich gegenseitig zu Klassenkämpfern erziehen und nicht, daß wir – nachdem die Zirkelorganisationen sich vielfach von der Wirklichkeit des Klassenkampfes abgeschirmt haben – uns jetzt auch noch (und wieder stärker) einen privaten Bereich abschirmen. Es gibt keinen Austritt aus der Wirklichkeit des Klassenkampfes, auch nicht, wenn man kommunistisch organisiert ist.

Das wird auch nicht durch pseudopolitische Argumentationen legitimiert, wir müßten die "soziale Isolation" überwinden. Überwinden müssen wir allenfalls eine **politische** Isolation und das können wir nur, indem wir die Organisation tatsächlich zum Instrument im Klassenkampf machen, indem wir die Partei aufbauen und das Zirkelwesen mit all seiner Eigenbrötelei hinter uns lassen.

Das bedeutet auch, daß wir nicht ständig daran rumknacken, wie denn nun die persönlichen zu politischen Verbindungen werden können, und dann sagen: "Wir bräuchten eine Zeitung, um den "lesenden Arbeiter" "politisch" an uns heranzuführen. Wir wenden uns vielmehr mit unserer Zeitung an die Massen und **damit** an den "lesenden Arbeiter". Denn, wenn dem noch nicht klar ist, daß seine Fragen Probleme der Massen sind, dann müssen wir ihm das klarmachen. Wir haben nicht die Aufgabe, den "lesenden Arbeiter" weiter von seinen Kollegen und uns in unserer Agitation und Propaganda weiter von den Massen abzulösen, sondern das Gegenteil ist der Fall: "Die Probleme der Partei sind Probleme der Massen, die die Massen betreffen **und deswegen müssen wir sie bei den Massen suchen und finden** (hervorgehoben v.Verf.), sie gemeinsam mit ihnen absprechen und lösen, weil eben die breiten Massen es sind, die die Welt, die Gesellschaft schaffen, bauen und umgestalten." (Enver Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des ZA der PAA, S.211)

Und das bedeutet auch, daß die Grundeinheiten nicht handwerkelnde Zirkel sein dürfen, die auf Direktiven von oben oder die Spontanität der Massen **warten**. Sie sollen weder ab und an mal ein paar abstrakte Propagandasprüche über den Sozialismus loslassen, noch sich einfach auf die spontane Bewegung der Massen ausrichten. Die Grundeinheiten sollen **selbständige** Zellen sein, die sich nicht mit "eigenen" Problemen rumschlagen, sondern unter den Massen und ihren Tageskämpfen vorwärtsbringen und mit dem Endziel klar vor Augen, und ohne das zu vertuschen,**die Massen führen.** Das kann ihnen in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation immer besser gelingen, wenn sie nicht vom alten Tran ausgehen und bereit sind, das Neue, die Bewegung unter den Massen schon im Keim zu erkennen.

"Alle Arbeits- und Organisierungsformen müssen dazu dienen, **die Grundorganisationen und die Kommunisten in Bewegung zu setzen** (hervorgehoben d.Verf.), ihre Initiative anzuregen, die individuelle und kollektive Verantwortung zu festigen. Das müssen insbesondere die führenden Kader und Organe der Partei verstehen. Dafür ist es aber notwendig, daß die Grundorganisationen selbst kämpfen. Sie müssen mehr Geschicklichkeit und Mut an den Tag legen, für die Probleme, die sie bekümmern, nicht fertige Lösungen von oben erwarten, nicht in mechanischer Weise handeln, ohne den Charakter der Direktive und die Bedingungen des Betriebes, der Genossenschaft oder der Institution, in der sie tätig sind, zu berücksichtigen. Die schöpferische Meinung und die Initiative sind nicht zum Lärmen da, sie müssen in enger Verbindung mit den aktuellen und konkreten Aufgaben zum Ausbruch kommen und ihrer Lösung dienen." (Enver Hoxha, Bericht über die Tätigkeit des ZA der PAA, S.205)

Die Massenlinie muß das oberste Prinzip unserer Arbeit sein, wir müssen allen Tendenzen zur Bürokratisierung und zum "Burgrittertum" (Wang Hung-wen auf dem X.Parteitag der KPCh, August 1973) in unseren eigenen Reihen schon heute entgegentreten, wenn wir nicht eine neue Kaderschmiede für von den Massen nichts haltenden Revisionisten, sondern eine revolutionäre Kommunistische Partei aufbauen wollen, die die Massen der westdeutschen Arbeiterklasse und des Volkes zur sozialistischen Revolution führen kann.

Br.

ILLUSTRIERTE GESCHICHTE DES BÜRGERKRIEGS IN RUSSLAND

1917 - 21

484 Seiten. Ladenpreis DM 10.-



Erstmals erschienen 1929 im Neuen Deutschen Verlag Willi Münzenberg, Berlin

Dargestellt wird die Geschichte des "Kriegskommunismus": die Periode also, in der die russischen Arbeiter- und Bauernmassen die siegreiche Revolution gegen die einheimischen weißen Generäle sowie gegen die militärischen Interventionen nahezu der gesamten internationalen Bourgeoisie verteidigen mußten.

Bestellung an: Verlag Jürgen Sendler
69Heidelberg 1
Lutherstr.44a

Kritik am Bericht des 'Ständigen Ausschusses' über die Gründungskonferenz des KBW

In der KVZ Nr.1 wurde der Bericht über die Gründungskonferenz des KBW veröffentlicht, für den der Ständige Ausschuß des Zentralkomitees verantwortlich zeichnet.
Wir sind der Auffassung, daß dieser Bericht **zwei politische Fehler** enthält. Sie betreffen sowohl Verlauf wie auch Auseinandersetzung auf der Gründungskonferenz und sind geeignet, politisch Verwirrung zu stiften. Es geht einmal um die Einschätzung der **Auseinandersetzung** um die Hauptresolution; es geht zum anderen um die Einschätzung der **Grundlagen** der Auseinandersetzung um die Hauptresolution selber.
1. In dem Bericht in der KVZ heißt es: "Die Auseinandersetzung um die Resolution zur allgemeinen Lage und zu den Aufgaben der Kommunisten war nicht in der gleichen sorgfältigen Weise durch die Diskussion zwischen den Kommuniqueorganisationen vorbereitet wie die Auseinandersetzung um Programm, Statut und um die Resolution zur Arbeit in den Gewerkschaften." Weiter wird gesagt, daß die Diskussion in den Organisationen vorbereitet worden war anhand eines Resolutionsentwurfes von H.D., der dann auf der Gründungskonferenz nicht mehr eingebracht worden war, der neue Entwurf "den Delegierten erst mit Beginn der Konferenz zugeleitet worden" war. Aus diesem Grund und wegen der Länge des Entwurfs habe die Bremer Delegation den Auftrag auf Vertagung gestellt.
Diese Darstellung **muß** den Eindruck hervorrufen, als ob die Auseinandersetzung und Entscheidung über die gegenüberstehenden Resolutionsentwürfe nicht gewissenhaft geführt und sorgfältig entschieden worden sei, daß die Mehrheit, die die Resolution von H.D. erhalten hat, keine überzeugte und feste Mehrheit ist.**Diese Darstellung ist falsch.** Richtig ist, daß die Festlegung der Einschätzung der Klassenkampfsituation, des Kräfteverhältnisses der Klassen zueinander und dessen Entwicklungstendenz sowie der Aufgaben der Kommunisten bereits im Jahr 1972 aufgenommen wurde. Sie wurde aufgenommen über die Auseinandersetzung um die Aktualität der faschistischen Gefahr in der Bundesrepublik (etwa im NRF 3/72), sie wurde geführt über die Haltung der Kommunisten zu den Bundestagswahlen und über die Einschätzung des Ergebnisses der Bundestagswahlen. So haben z. B. der BKA-Freibung (im Klassenkampf Nr.27 sowie in der LG-Stellungnahme vom 8.2.) wie auch die damalige KG (NRF) Mannheim/Heidelberg in der AZ ausgehend vom Aufschwung der Arbeiterbewegung und der Linksentwicklung im Volk die Aufgaben der Kommunisten bestimmt. Zusammengefaßt haben wir gesagt (und dies ist auch der Kern der Hauptresolution): "Nur wenn die Kommunisten diese ideologische Schwäche der Bourgeoisie berücksichtigen und ihrerseits die ideologische Offensive verstärken, werden sie den Aufschwung der Arbeiterbewegung und der Volkskämpfe in einen bewußten Angriff auf die politischen Machtpositionen der Bourgeoisie verwandeln und diesen Angriff organisieren können. Dies ist die **Hauptaufgabe** der Kommunisten, die sich aus der Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation ergibt. Als nächste Aufgabe stellt sich daher für uns, den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zu beschleunigen und zielstrebig die Bedingungen für die Neugründung der Kommunistischen Partei zu schaffen, um alle wirklichen Marxisten-Leninisten als handlungsfähige Avantgarde der Arbeiterklasse zusammenzuschließen."
Selbst wenn wir unterstellen, daß diese Einschätzung und die entsprechende Festlegung der Aufgaben der Kommunisten zu diesem Zeitpunkt nicht in **allen** Organisationen des Bremer Kommuniques diskutiert worden ist, so ist es doch so, daß **beide** Resolutionsentwürfe von H.D. sich **nicht** unterschieden haben in der Einschätzung der Klassenkampfsituation und der Festlegung der politischen Aufgaben. Der Rückzug der ersten Resolution war begründet durch ihre unsystematische Struktur und ihren unübersichtlichen Aufbau, dadurch, daß sie für eine taktische Resolution, die die Aufgaben der Kommunisten in nächster Zeit festlegt, zu allgemein ist, dadurch, daß eine Konkretion und Präzisierung der entwickelten Auffassungen möglich ist. Deshalb wurde der Gründungskonferenz ein neuer Resolutionsentwurf vorgelegt, der die Grundlage für die jetzige Hauptresolution des KBW bildete.
Weil es also möglich war, die Auseinandersetzung über die Hauptresolution des KBW zu führen und verantwortlich zu entscheiden, hat die Delegiertenkonferenz mit großer Mehrheit gegen den Antrag der Bremer Delegation gestimmt und sich für die Fortsetzung der Gründungskonferenz entschieden. Die Position der Bremer Delegation wurde zurecht als subjektivistische kritisiert. Das Argument der "Länge" des Entwurfs war ebenfalls nach Auffassung der Delegiertenmehrheit kein Argument für die Vertagung, weil man von den Delegierten erwarten konnte und mußte, sich auf der Grundlage der Diskussion in den Organisationen des Bremer Kommunique wie auch in der sorgfältigen Wahl der Delegierten auf den Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenversammlungen rasch einarbeiten, diskutieren und entscheiden zu können.
Weiterhin wird richtig im Bericht festgestellt, daß in der Debatte um die Hauptresolution die entscheidende politi-

sche Auseinandersetzung der Konferenz stattfand. Falsch ist es aber, das Verhalten der späteren Minderheit, nämlich nur formale Angriffe auf den Resolutionsentwurf von H.D. zu führen, als "Nachteil" zu qualifizieren. Sicher wäre es besser gewesen, wenn **offen** um die zugrundeliegenden Positionen der Meinungskampf geführt worden wäre, aber entscheidend für das Verhalten der späteren Minderheit war, daß sie ideologisch-politisch in der Defensive war, nichts Überzeugendes zur Verteidigung ihrer Position vortragen konnte. Der Inhalt des Auftretens der späteren Minderheit war ihre ideologisch-politische Schwäche, das kann aber nicht als "Nachteil" bezeichnet werden.
Wir meinen, daß die Darstellung in dem Bericht nicht nur dem **tatsächlichen** Verlauf der Gründungskonferenz widerspricht, sondern so auch der Eindruck entstehen muß, als ob gerade in der Hauptresolution des KBW **keine** völlige **Klarheit** auf der Gründungskonferenz bestanden hätte und die Entscheidung für die jetzige Hauptresolution keine klare und eindeutige Entscheidung war. Was wirklich geschehen ist, ist nichts anderes, als daß es eine Mehrheit und eine Minderheit gegeben hat, daß die Mehrheit die proletarische Linie durchgesetzt hat und das ZK auf dieser Linie die Organisation anleitet, wobei zu seinen wichtigsten Aufgaben gehört, die **ganze** Organisation auf den beschlossenen Positionen zu vereinheitlichen.

2. Wir stimmen mit der Kritik an den "Leitsätzen" im Bericht des Ständigen Ausschusses überein. Wir meinen aber, daß es nicht richtig ist zu sagen, daß die Auseinandersetzung sich auf der "Grundlage einer gleichen Einschätzung der Klassenkampfsituation als einer Situation des Aufschwungs der Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger relativer Schwäche der Kommunisten entwickelte".
Wir sind der Auffasung, daß nicht nur im richtigen Herangehen an die Hauptresolution, nicht nur in der Bestimmung der Kräfteverhältnisse und Folgerungen Differenzen bestanden, sondern ebenfalls in der Einschätzung des **Aufschwungs** selber. Wie anders sonst sollte es zu erklären sein, daß **unterschiedliche** Konsequenzen für die Arbeit der Kommunisten in der gegenwärtigen Situation des Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der Entfaltung der Volkskämpfe gezogen werden? Wie können sonst Differenzen in den Folgerungen auftreten? Wie kann es sonst geschehen, daß die Minderheit ein Zentralorgan will, das den "**einzelnen** Arbeitern, die sich uns heute zuwenden, Material zum Lernen bietet, auf ihre Fragen antworten will", das also für Lesehungrige gedacht ist, daß die Mehrheit ein Zentralorgan durchgesetzt hat, das Massencharakter hat und der Zusammenfassung der Kämpfe zum politisch geführten Klassenkampf dient.
Am deutlichsten ist die Differenz in der Einschätzung des Aufschwungs selber in der Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahlen zu erkennen. W.Maier und E.Kühl schreiben in den "Thesen" (Wahrheit): "**Kennzeichnend** für die politische Entwicklung in der westdeutschen Arbeiterbewegung ist der Umstand, daß der sozialdemokratische **Einfluß** auf die Arbeiterklasse sich einerseits ausgeweitet hat bis zu einer vorher nie gekannten, nahezu vollständigen **Verfügung** über die proletarischen Wählerstimmen . . ." Unserer Erfahrung und unserer Einschätzung nach kann keine Rede davon sein, daß der sozialdemokratische Einfluß sich ausgeweitet hat. Unsere Einschätzung ist folgende: "Nach unserer Ansicht spiegelt dieses Wahlergebnis die Linksentwicklung im Volk wider. Warum? Die Stimmen für die SPD/FDP-Koalition sind wesentlich Stimmen gegen die CDU/CSU. Soweit sie positiv gemeint sind, sind sie Stimmen für W.Brandt, mit dem viele Menschen ihre Hoffnungen auf Frieden, Demokratie und Fortschritt verbinden, und Stimmen für das 'kleinere Übel'. Tatsächlich sind diese Stimmen also ein Bekenntnis zu richtigen, aber begrenzt verstandenen Zielen, die mit illusionären Mitteln (Stimmabgabe für Brandt) durchgesetzt werden sollen, oder für ein Übel, das als Übel schon erkannt ist. Das heißt, die Wähler der SPD/FDP-Koalition und vor allem die SPD-Wähler können durch die jetzige Regierung in ihrer Masse **nicht fest und dauerhaft** an die Politik der Bourgeoisie gebunden werden."
Ähnliches gilt für die Einschätzung der Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterklasse, für die Entfaltung der wirtschaftlichen Kämpfe. Auch hier gehen die Genossen M. und K. eher von einer langsamen Kampfentwicklung, von einer zögernden Entwicklung aus. Wie sonst kämen sie dazu, die Konzentration der Massenarbeit der Kommunisten, die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, "**natürlicherweise** auf die Tarifrunden" (festzulegen), "wenn breitere Schichten in Bewegung sind"? Wie sonst ist zu erklären, daß die selbständigen Streiks fast gar nicht beachtet, geringgeschätzt werden?
Für diese Differenz in der Einschätzung des Aufschwunges selber gilt allerdings, daß sie auf der Gründungskonferenz nicht genügend herausgearbeitet worden ist. Wir meinen, daß in der weiteren Auseinandersetzung, die für das theoretische Organ angekündigt worden ist, gerade diese Differenzen sorgfältig untersucht und herausgearbeitet werden müssen. Der reale Gang der Kämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse bestätigt die Richtigkeit der Hauptresolution; deshalb ist es notwendig, in der gesamten Organisation wie auch in der kommunistischen Bewegung für deren Durchsetzung zu kämpfen.

Ortsleitung Freiburg



Einführung in die Nationalökonomie

Ladenpreis DM 5.-
Bestellung an: Verlag Jürgen Sendler
69 Heidelberg
Lutherstr.44a

Die Arbeiterklasse und der Kampf um demokratische Forderungen

ERLÄUTERUNGEN ZUM PROGRAMM DES KBW

Das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland ist gegliedert in einen allgemeinen und in einen besonderen, auf Westdeutschland bezogenen Teil. Dabei hat der allgemeine Teil die Aufgabe, das Ziel des proletarischen Befreiungskampfes herauszuarbeiten, wie es sich aus dem Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft ergibt, und am erreichten Reifegrad des Weltkapitalismus die Aktualität der proletarischen Revolution zu demonstrieren. Dagegen sind die Forderungen des praktischen Teils vom Grad der Durchsetzung des Kapitalverhältnisses speziell in der westdeutschen Gesellschaft bestimmt, von den daraus sich ergebenden Klassenverhältnissen und dem Charakter der politischen Einrichtungen.

1. Demokratische Forderungen der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Revolution

Mit dieser Gliederung lehnt sich unser Programm ausdrücklich an die klassischen Programme der deutschen wie der russischen Sozialdemokratie an. Beide, das Erfurter Programm von 1891 und das Programm der SDAPR von 1903 bezogen sich nun aber auf Länder, in denen "die Herausbildung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und des bürgerlich-demokratischen Staates" (Lenin) noch nicht abgeschlossen war (so in Deutschland) oder noch in den Anfängen steckte wie in Rußland. Entsprechend zielten die politischen Forderungen dieser Programme darauf ab, die bürgerliche Republik mit souveräner Nationalversammlung, allgemeinem Wahlrecht und demokratischen Freiheiten zu erkämpfen. Das war notwendig, solange die Bourgeoisie sich noch keineswegs als einzige politisch herrschende Klasse durchgesetzt hatte und die Befreiung der Bauern aus feudalen Fesseln noch nicht abgeschlossen war. In einer solchen Lage mußte die Arbeiterklasse die notwendig entstehenden demokratischen Bestrebungen, insbesondere im Kleinbürgertum, aber auch diejenigen unter der Bourgeoisie selbst unterstützen. Und das geschah, indem die Arbeiterklasse unter der Fahne der Republik den Kampf für die Volkssouveränität zunächst gegen die alten feudal-absolutistischen Gewalten führte. Die Arbeiterklasse kämpfte dabei noch nicht unmittelbar für die rein proletarische politische Macht und für den Sozialismus, sondern für die parlamentarische Republik als einem politischen Boden, auf dem sich der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit besser entfalten und der Kampf um den Sturz der bürgerlichen Ordnung breiter organisiert werden konnte. An dem Liebknecht'schen Entwurf zum Erfurter Programm kritisiert Engels denn auch nicht, daß dort die ausdrückliche Erwähnung der proletarischen Diktatur fehle. Vielmehr bemängelt er, daß das Programm die klare Forderung nach der (bürgerlichen) Republik vermissen lasse, weil es nicht einmal die "Konzentration der politischen Macht in den Händen der Volksvertretung" verlange (MEW Bd.22, S.235).

Indem sich so der praktische Teil der sozialdemokratischen Programme darauf beschränkte – wie Engels schrieb – "die rückständigen politischen Zustände" zu bekämpfen, "freien Bewegungsraum zu erobern, massenhaft Reste des Feudalismus und Absolutismus zu beseitigen, kurz, die Arbeit zu besorgen, die die deutschen bürgerlichen Parteien zu tun zu feig gewesen sind und noch sind" (MEW Bd.22, S.240), war dieser praktische Teil des Programms Minimalprogramm. Und Minimalprogramm war er auch hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Forderungen, die Arbeiterschutzrechte vom bürgerlichen Staat verlangten und darauf verzichteten, Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse zu fordern. Hier gingen die alten sozialdemokratischen Programme von der klaren Erkenntnis aus, daß – solange die Arbeiterklasse nicht die Staatsmacht in Händen hat – es Unsinn ist, vom bürgerlichen Staat die Einführung des Sozialismus zu fordern.

2. Die Programmforderungen der KPD

Wenn wir heute die Aufgliederung des Programms in einen allgemeinen und in einen praktischen Teil wiederaufnehmen, müssen wir klarstellen, in welchem Sinne das geschieht. Denn wenn die Bourgeoisie – wie unser Programm feststellt – in Westdeutschland die einzig herrschende Klasse ist und unter Verhältnissen einer parlamentarischen Republik die Macht ausübt, so ist es offenbar ein Widersinn, wollten Kommunisten fordern, die parlamentarische Republik sollte überhaupt erst hergestellt werden. Als um die Jahreswende 1918/19 die KPD gegründet wurde und sich ein neues Programm gab, tat sie das denn auch unter ausdrücklicher Abkehr vom Erfurter Programm. Rosa Luxemburg erklärte damals in ihrer Programmrede: Das neue Programm "befindet sich in direktem Gegensatz zu dem Standpunkt, auf dem das Erfurter Programm steht, in bewußtem Gegensatz zu der Trennung der unmittelbaren, sogenannten Minimalforderungen für den politischen und wirtschaftlichen Kampf von dem sozialistischen Endziel als Maximalprogramm ... Für uns gibt es jetzt kein Minimal- und kein Maximalprogramm; eines und dasselbe ist der Sozialismus; das ist das Minimum, das wir heute durchzusetzen haben" (Protokoll des Gründungsparteitages, S.181, EVA-Ausgabe). Rosa Luxemburg meinte damit nicht nur, daß die Revolution nach Erkämpfung der bürgerlichen Republik nun als nächstes Etappenziel nur noch den Sozialismus kenne. Vielmehr ging sie – mitten während der deutschen Revolution – davon aus, daß es die "unmittelbare", die Tagesaufgabe des Proletariats sei, "den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen" (a.a.O., S.179).
Entsprechend stellen die Gründer der KPD neben solchen Forderungen, die unmittelbar Losungen des Aufstandes sind, wie "Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen" und "Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung", nur Forderungen

auf, die von der Existenz proletarischer Machtorgane und dann des proletarischen Staates schon ausgingen (z. B. Alle Macht den Räten, Enteignungen usw.). Rosa Luxemburg beruft sich dabei auf das "Kommunistische Manifest", in dem Marx ebenfalls diejenigen Maßregeln anführt, die nach "dem ersten Schritt der Arbeiterrevolution", der "Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" in Anwendung kommen sollen (MEW Bd.4, S.481).

Solange die Revolution auf den Straßen marschierte, konnte man davon ausgehen, daß es genüge, die Losung des Aufstandes anzugeben und "die Durchführung der sozialistischen Endziele . . . als die unmittelbare Aufgabe der proletarischen Revolution" aufzustellen (Rosa Luxemburg, Protokoll des Gründungsparteitages, S.172). Als aber die Revolution in Deutschland entgegen den Erwartungen der KPD zu stocken begann und die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit bei der Erkämpfung der bürgerlich-demokratischen Republik stehenblieb, wurde offenbar, daß die KPD neben der Losung des Aufstandes, der Räterepublik und des Sozialismus im Grunde kein Programm besaß für die Entfaltung des Kampfes auch innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Die Auseinandersetzungen, die zur Trennung von der KAPD geführt haben, die zunächst unsichere Reaktion der Partei beim Kapp-Putsch, als die Zentrale zögerte, den Kampf gegen die Militärdiktatur und zur Rettung der Republik zu propagieren, die falschen Aufstandslosungen im März 1921 in Mitteldeutschland – all das machte den Mangel eines solchen Programms empfindlich spürbar.

Behoben werden sollte dieser Mangel durch ein sogenanntes "Übergangsprogramm", das insbesondere von August Thalheimer entwickelt und vertreten wurde. Kern dieses Übergangsprogrammes waren die Forderung nach einer Arbeiterregierung und nach Sachwerterfassung bzw. Produktionskontrolle. Diese Forderungen waren von Thalheimer gedacht für eine "objektiv revolutionäre Lage", in der "im Rahmen der bürgerlichen Republik und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung . . . keines der grundlegenden Probleme des heutigen Deutschlands zu lösen" sei. Eine Lage aber, die trotz Inflationschaos und Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft die Arbeiterklasse nicht auf der Höhe ihrer revolutionären Aufgaben sah, weil sie vor dem direkten Kampf um die Macht noch zurückwich. In dieser Lage propagiert Thalheimer die Losung der Arbeiterregierung, um den Arbeitermassen diesen Schritt zu erleichtern. Formell eine parlamentarische Koalition der Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD sollte die Arbeiterregierung materiell über den bürgerlichen Parlamentarismus schon hinausführen, insofern sie in einer proletarischen Massenbewegung wurzeln und zugleich dieser Bewegung die Möglichkeit zur Überwindung parlamentarischer Illusionen anhand eigener praktischer Erfahrungen eröffnen sollte. Ebenso war die Forderung nach Produktionskontrolle und Sachwerterfassung gedacht: Formell seien beide mit der kapitalistischen Produktionsweise vereinbar, materiell versetzen sie "dem privatkapitalistischen Verfügungsrecht einen mächtigen Stoß" (Thalheimer, Über die prinzipielle Begründung unserer Taktik, Internationale Jg. 1922, S.569f.).

In diesen Überlegungen zum Übergangsprogramm wird zum ersten Mal in der kommunistischen Bewegung die Frage behandelt, wie das praktische Kampfprogramm einer Partei aussehen muß, die unter bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen, in einem Land mit voll ausgebildeter kapitalistischer Produktionsweise arbeitet – und zwar in einer nicht unmittelbar revolutionären Situation. Ein Minimalprogramm Erfurter Prägung, das auf die Errichtung der parlamentarischen Republik abzielt, ist augenscheinlich sinnlos, wenn diese bürgerliche Republik schon existiert und die bürgerliche Revolution im wesentlichen abgeschlossen ist. Andererseits waren Anfang der 20er Jahre aber auch die Ansätze der proletarischen Demokratie mit dem Rückgang und der schließlichen Zerschlagung der Rätebewegung in Deutschland wieder verlorengegangen. Die Losungen des Aufstandes waren damit (vorläufig) gegenstandslos. Wo man sie aufrechterhielt, lief die Politik zwangsläufig auf Putschismus hinaus. Thalheimers Überlegungen gingen nun davon aus, solche Forderungen aufzustellen, die politisch an der Grenze zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie und ökonomisch an der Grenze zwischen Kapitalismus und Sozialismus liegen sollten. An solchen ihnen schon verständlichen Forderungen sollten die Arbeitermassen für den Kampf gewonnen werden, der schließlich kraft seiner inneren Logik über diese Losungen hinaustreiben und in der proletarischen Revolution münden müsse. "Übergangsforderungen" waren die aufgestellten Maßnahmen also gerade dahingehend, daß erhofft wurde, die Massen würden schnell über sie hinweggehen, sie hinter sich lassen. Es waren taktische Losungen, gedacht als Krückstöcke für die erlahmende Revolution. Die vorwärtsschreitende Revolution würde sie wieder beiseitewerfen – so gingen die Überlegungen.

Nun ist es durchaus vorstellbar, daß der Klassenkampf seinen Weg über genau diese in den Thalheimerschen Übergangsforderungen dargelegten Stationen nimmt. Dennoch ist es falsch, derartige taktische Erwägungen und Möglichkeiten programmatisch zu fixieren. Darauf hat damals schon Hermann Duncker hingewiesen. Er erklärt, solche Übergangserscheinungen wie etwa die Phase der Doppelherrschaft in Rußland oder auch eine parlamentarische Arbeiterregierung unter Beteiligung der Kommunistischen Partei seien sehr wohl möglich und wenn der Ruf nach einer Arbeiterregierung "aus der Masse jener noch politisch unklaren und reformistisch verseuchten Proletarierschichten resp. ihrer Parteigruppierung selbst" komme, so würden die Kommunisten sich dem nicht "aus doktrinärer Verbohrtheit" widersetzen. Etwas anderes sei es aber, zu einem solchen Kompromiß genötigt zu sein oder ihn programmatisch zu fordern: "Kompromisse ist man genötigt zu machen, aber man fordert sie nicht grundsätzlich" (H.Duncker, Zur Programmfrage, Internationale Jg.1922, S.292f.). Eine derartige Orientierung programmatischer Festlegungen an taktischen Erwägungen, die sich auf den Bewußtseinsstand der Arbeitermassen beziehen, muß notwendig in die Irre führen. Programmforderungen werden dann nicht mehr aufgestellt unter dem Gesichtspunkt der objektiv anstehenden Aufgaben in der gegebenen Etappe, sondern basieren auf Einschätzungen der Klassenkampfsituation, die zu programmatischen Festlegungen überspitzt werden. Die kommunistische Partei, die derartige taktische Erwägungen zur Grundlage ihrer Programmforderungen macht, begibt sich in ein unehrliches Verhältnis gegenüber der Klasse. Sie legt den Arbeitern eine bestimmte Forderung nahe, meint dabei aber etwas ganz anderes. Das hat zur Folge, daß die Partei, ist die Forderung wirklich erreicht, gegen etwas kämpfen muß, was sie eben noch propagiert hat.

Die Programmdebatte in der KPD ist im Grunde während der ganzen zwanziger Jahre nicht über die fruchtlose Alternative hinweggekommen, daß die Linken gegenüber allen Teil- und Übergangsforderungen auf der unmittelbaren Propagierung der proletarischen Diktatur bestanden, im Grunde die Aufstandslosung für die einzige nicht-opportunistische hielten und die Losung der "Arbeiterregierung" nur als Synonym für die Losung "Proletarische Diktatur" gelten lassen wollten. Währenddessen waren die Rechten ständig

bestrebt, ihren taktischen Vorschlägen wie man den Kampf um die Arbeitermassen in der gegebenen Situation zu führen habe, den Stempel des Programmatischen zu verleihen. (1) So wird etwa im Thalheimerschen Programmentwurf von 1922 die Forderung der Arbeiterregierung als "das geeignete Mittel" angeführt, "um eine neue Etappe der Loslösung der proletarischen Massen von der Bourgeoisie und einen neuen, höheren Ausgangspunkt für ihre Bewegung in der Richtung der proletarischen Diktatur zu erreichen" (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, 2.Halbbd., S.180). Die Losung der Arbeiterregierung aber auf diese Weise ins Programm aufzunehmen, das bedeutet, die Forderung einer parlamentarischen Regierungskoalition mit der SPD zu einer grundsätzlichen Sache zu erheben. Das ist ohne Frage Rechtsopportunismus, Konstruktion einer notwendigen parlamentarischen Zwischenetappe auf dem Weg zur proletarischen Rätemacht. H.Duncker hat völlig Recht, wenn er befürchtet, hinter einer derart "fest umrissenen Speisekarte von Reformzielen" müsse schließlich das Endziel ganz verschwinden (a.a.O., S.292).

Und es ist kein Zufall, wenn heute DKP-Autoren, die darauf angesetzt sind, den revisionistischen Vorstellungen über "antimonopolistische Demokratie" eine ehrenvolle Ahnenreihe zu verschaffen, bei den auch von der Komintern aufgestellten taktischen Forderungen der Arbeiterregierung und der Produktionskontrolle ansetzen, um ihrer "demokratischen Erneuerung" samt Mitbestimmung damit eine rote Zipfelmütze zu verschaffen (vgl. Willi Gerns, Robert Steigerwald, Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, Frankfurt/M. 1973, S.30f.). Was jedoch die Rechten von damals von den heutigen Revisionisten wesentlich unterscheidet, das ist die Tatsache, daß die Genossen um Thalheimer nie einen Zweifel darüber ließen, daß die Arbeiterklasse die proletarische Diktatur anstreben und den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen muß. Während das "Schöpferische" der DKP bekanntlich darin besteht, daß sie von der "antimonopolistischen Demokratie" zu einem Sozialismus "überleiten" will, bei dem die proletarische Diktatur prinzipiell ausgespart bleibt und von Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates nirgends die Rede ist. Dieser Unterschied zwischen den damaligen Rechten und der heutigen DKP macht die Trennung aus zwischen einer falschen Linie in der kommunistischen Bewegung und bürgerlichem Reformismus.

3. Warum ist die proletarische Revolution eine Volksrevolution und was bedeutet das für den Kampf der Arbeiterklasse um Demokratie?

Wie ist nun im Programm das Dilemma zu lösen, entweder sich auf die Propagierung der proletarischen Diktatur zu beschränken und damit das nächste Etappenziel seinem Klasseninhalt nach zwar eindeutig, aber völlig abstrakt hervortreten zu lassen oder Forderungen aufzunehmen, die sich nur taktischen Spekulationen über den möglichen Verlauf der Klassenkämpfe verdanken? Die Lösung dieses Dilemmas ist schon in der ersten marxistischen Programmschrift angedeutet, im Kommunistischen Manifest.

Es heißt dort bekanntlich, "daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse" ist, wobei jedoch unmittelbar ergänzt wird, daß dieser erste Schritt zugleich bedeute, "die Erkämpfung der Demokratie" (MEW Bd.4, S.481). Diesen Zusammenhang zwischen proletarischer Diktatur ("Erhebung zur herrschenden Klasse") und Demokratie, zwischen Klasseninhalt und politischer Form proletarischer Herrschaft, haben sich Rechte wie Linke in der Weimarer KPD nicht genügend deutlich gemacht. Den Linken, welche die proletarische Diktatur auch außerhalb der revolutionären Situation unter der Aufstandslosung "Entwaffnung der Bourgeoisie! Bewaffnung des Proletariats!" propagierten und den Rechten, welche für die Arbeiterregierung als Übergangsforderung eintraten, war im Grunde ein Fehler gemeinsam: Sie gingen beide nur davon aus, daß die bürgerliche Gesellschaft Bourgeoisie und Proletariat als die beiden Extremklassen einander gegenüberstellt und die proletarische Revolution der Zusammenprall beider Klassen beim Kampf um die Macht ist. Ihre politischen Forderungen sind deshalb alle unmittelbar von den Arbeiterinteressen her konstruiert, haben einen arbeitertümelnden Charakter. Lenin hatte sich gegen diesen Fehler mit den Worten gewandt: "Nur die Ökonomisten traurigen Angedenkens glaubten, daß die 'Losungen einer Arbeiterpartei' nur für die Arbeiter ausgegeben werden. Nein, diese Losungen werden für die ganze werktätige Bevölkerung, für das ganze Volk ausgegeben. Im demokratischen Teil unseres Programmes ... wenden wir uns speziell an das ganze Volk und deshalb sprechen wir in diesem Teil des Programms vom 'Volk'". (Über eine Karikatur auf den Marxismus, Bd.23, S.58) Dieser Gedanke Lenins wurde von Rechten wie von Linken in der Weimarer KPD nicht ernstgenommen. Was bei beiden nicht ausreichend Beachtung findet, das ist die Tatsache, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht nur in Bourgeosie und Proletariat klassenmäßig gespalten ist, sondern auch gegenüberstellt das **Volk** als die Masse aller Ausgebeuteten und Entrechteten und den **Staat** als einen besonderen Gewaltapparat vermittels dessen die Bourgeoisie ihre politische Herrschaft ausübt.

Jede politische Revolution ist ein Geltendmachen des Volkswillen gegen den Staat. Davon ist auch die proletarische Revolution, insofern die Arbeiterklasse zu ihrer sozialen Befreiung der politischen Macht bedarf, nicht ausgenommen. Das Geltendmachen des Volkswillen **gegenüber** dem Staat in der Revolution ist aber nur möglich, wenn man zugleich **für** einen Staat eintritt, in dem der Wille des Volkes herrscht. **Der Kampf für die Eroberung der politischen Macht ist darum überhaupt nur unter demokratischen Losungen organisierbar!** Gerade die proletarische Revolution kommt nicht umhin, diesen Kampf um breiteste Entfaltung der Demokratie gegen den bürgerlichen Staat zu führen. Und sie hat auch das uneingeschränkteste Interesse daran. Denn im Gegensatz zu allen bisherigen – vorbürgerlichen und bürgerlichen – Revolutionen, die darauf hinausliefen, eine bestimmte Klassenherrschaft durch eine andere zu ersetzen und die nach einem Wort von Engels alles "Minoritätsrevolutionen" waren (MEW Bd. 22, S.513), im Gegensatz dazu ist "die sozialistische Revolution ... die erste, die im Interesse der Mehrheit und durch eine große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Sieg gelangen kann" (Programm der KPD von 1918).

Wir Kommunisten müssen uns daher alle Vorstellungen aus dem Kopf schlagen, wonach unser Verhältnis zur Demokratie im Grunde ein rein taktisches sei; ein Mittel, das man benützen, das man aber auch durch beliebige andere ersetzen könne. Jede solche Vorstellung ist falsch und verhilft

(1) Eine Ausnahme macht dabei ein 1925 in der "Internationale" abgedruckter, nur mit einem Kürzel gezeichneter Aufsatz: "Über unsere Stellung zur Militärfrage und die gegenwärtige Bedeutung 'republikanischer' Fragen" – K.S.. Dieser Aufsatz ist – soweit ich es überblicke – in der Debatte der nächsten Jahre nicht aufgegriffen worden.

der Arbeiterklasse nicht zum Siege. Im Gegenteil: Alle anderen Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln ein solches rein taktisches Verhältnis zur Demokratie und müssen es entwickeln, während die Arbeiterklasse keinerlei Privilegien zu verlieren hat und darum einzige konsequent demokratische Klasse sein kann. Wir Kommunisten dürfen deshalb in unserem Programm nicht einfach die Herrschaft der Arbeiterklasse proklamieren. Vielmehr proklamieren wir die Herrschaft der Arbeiterklasse, **indem** wir die uneingeschränkte Demokratie für die Volksmassen verlangen. Würden wir uns darauf beschränken, die proletarische Diktatur nur ihrem Klasseninhalt nach zum Ziel zu erheben oder eine Arbeiterregierung programmatisch zu fordern, so würden wir die Arbeiterklasse immer nur auf sich selbst zurückwerfen und sie eben nicht darauf vorbereitet,Führerin aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in der Volksrevolution zu sein.

Warum kann es nun der Arbeiterklasse gelingen, unter demokratischen Forderungen das Volk gegen den bürgerlichen Staat zu sammeln und zu organisieren? An welchen Interessen kann die Arbeiterklasse dabei anknüpfen? Um das zu verstehen, müssen wir uns vergegenwärtigen, worin das Wesen des bürgerlichen Staate, sein bedeutsamster Unterschied gegenüber allen anderen politischen Formen in der Menschheitsgeschichte besteht. Der bürgerliche Staat, oder wie Marx sagt: der Staat "im eigentlichen Sinne" ist Produkt der bürgerlichen Gesellschaft. In ihr stehen sich die Menschen als Privatleute gegenüber und erst im Tauschakt der Warenbesitzer setzt sich die Gesellschaftlichkeit ihrer Privatarbeiten durch als ein Verhältnis zwischen Sachen. Eine solche Gesellschaft privater Produzenten kann ihre gemeinschaftlichen Aufgaben als gemeinschaftliche nicht erfüllen; zumal mit dem Aufkommen des Widerspruches zwischen Bourgeoisie und Proletariat die wesentlichste "gemeinschaftliche" Aufgabe für die Aufrechterhaltung dieser Gesellschaft in der Unterdrückung des Proletariats besteht. Die bürgerliche Gesellschaft ist daher gezwungen, "die gemeinsamen Funktionen, deren sie nicht entraten kann" von Leuten erfüllen zu lassen, "die einen neuen Zweig in der Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft" darstellen (Engels an Conrad Schmidt, 27.10.1890, MEW Bd.37, S.490). Diese Funktionsträger der Gesellschaft verselbständigen sich der Gesellschaft gegenüber zu einem eigenen Apparat, zum Staat "im eigentliche Sinne". Formell sind diesem Staat, der das Gewaltmonopol beansprucht, alle Menschen des gegebenen Territoriums unterworfen. Ob Kapitalist, ob Arbeiter, Ausbeuter und Ausgebeuteter: Beide bekommen, wenn sie zu schnell fahren, vom Polizisten einen Strafzettel.

Aber so wütend ein großer Fabrikherr auch darüber werden mag, wenn ihn ein kleiner Polizist anhält: Ihm käme niemals die Idee, die Auflösung bzw. die Zerschlagung dieses Staates zu fordern. Denn dieser Apparat ist es, der den Privateigentümern das Ihre notfalls auch mit Gewalt garantiert, indem er die Ausgebeuteten im Zaume hält.

Zwar kannte auch schon die frühere Gesellschaft politische Macht und gewaltsame Unterdrückung. In ihr fielen jedoch ökonomische Ausbeutung und politische Herrschaft noch in der Person des Feudalherren zusammen, denn dem Leibeigenen mußte "die Mehrarbeit für den nominellen Grundeigentümer . . . durch außerökonomischen Zwang abgepreßt werden" (Kapital III, MEW 25, S.799). Der Feudalherr, dem die Bauern fronden mußten, war zugleich Gerichtsherr, Waffenträger und Verwalter der Abgaben und Dienste für den übergeordneten Lehnsherrn. Der Staat als ein besonderes Organ der Gesellschaft, das der Gesellschaft gegenübersteht, entwickelt sich erst mit dem Kapitalismus zur vollen Größe als ein zentralisierter Apparat. In Europa ist seine erste Erscheinungsform die absolute Monarchie. Und so sehr auch seine Formen mit den bürgerlichen Revolutionen wechseln – zur konstitutionellen Monarchie, zur Republik in ihren verschiedensten Gestalten – die "zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen – stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit" (Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW Bd.17, S.336) bleiben bestehen. Mehr noch: "Alle (bürgerlichen) Revolutionen vervollkommneten . . . nur diese Staatsmaschinerie, statt diesen ertötenden Alp abzuwerfen" (a.a.O.,S. 539), weil sie gezwungen waren, die bürgerliche Herrschaft gegen das nachdrängende Proletariat zu verteidigen. Für die Volksmassen aber bedeutet diese "Vervollkommnung" der Staatsmaschinerie durch die bürgerlichen Revolutionen ständig steigende Steuerlasten und bürokratische Bevormundung aller ihrer Lebensäußerungen.

Diese fertige Maschinerie des bürgerlichen Staates nun kann die Arbeiterklasse nicht einfach in Besitz nehmen und für ihre Zwecke in Bewegung setzen. Am Beispiel der Pariser Kommune hat Marx deutlich gemacht, daß die proletarische Revolution sich nicht "gegen diese oder jene legitimistische, konstitutionelle, republikanische oder kaiserliche Form der Staatsmacht richtet", sondern "gegen den **Staat** selbst, gegen diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft", daß sie eine "Wiederbelebung" ist "des eigenen gesellschaftlichen Lebens des Volkes" (MEW Bd.17,S.541). Sie kann überhaupt nur erfolgreich sein, wenn sie den "Staat im eigentlichen Sinne" zerschlägt und an dessen Stelle diejenige "politische Form setzt, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen kann" (MEW Bd.17, S.342). Als Revolution gegen die Staatsmaschinerie aber ist die proletarische Revolution Volksrevolution, Befreiung der Gesellschaft vom Staatsparasiten, dessen Lebensquelle die Steuer ist und dessen Produkt eine "neben den wirklichen Klassen der Gesellschaft" stehende "künstliche Kaste" ist, für welche die Erhaltung des bürgerlichen Staates "zur Messer- und Gabelfrage wird" (MEW Bd.8, S.202). Wodurch ist nun die politische Form der sozialen Emanzipation des Proletariats gekennzeichnet? Wodurch wird sie zum "Hebel . . ., um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht" (MEW Bd.17, S.342)?

4. Proletarische Demokratie – die Brücke zwischen Kapitalismus und Sozialismus

Lassen wir dazu Lenin sprechen, der Marxens Auffassung über die Pariser Kommune erläutert:

"Die zerschlagene Staatsmaschinerie wurde also von der Kommune scheinbar 'nur' durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen. In Wirklichkeit bedeutet dieses 'nur', daß im riesigen Ausmaß die einen Institutionen durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt wurden. Hier ist gerade einer der Fälle des 'Umschlagens von Quantität in Qualität' wahrzunehmen. Die mit dieser denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat (= einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist. Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und

ihren Widerstand niederzuhalten ... Aber das unterdrückende Organ ist hier schon die Mehrheit und nicht, wie bisher immer ... die Minderheit der Bevölkerung. Wenn aber die Mehrheit des Volkes selbst ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine 'besondere Repressionsgewalt' **schon nicht mehr nötig!** In diesem Sinne **beginnt** der Staat **abzusterben**." (Lenin, Staat und Revolution, Bd.25, S.432) Und weiter: "Die uneingeschränkte Wählbarkeit und die *jederzeitige* Absetzbarkeit aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen 'Arbeiterlohn', diese einfachen und 'selbstverständlichen' demokratischen Maßnahmen, bei denen sich die Interessen der Arbeiter völlig mit denen der Mehrheit der Bauern decken, dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt. Diese Maßnahmen betreffen die staatliche, rein politische Umgestaltung der Gesellschaft, aber sie bekommen vollen Sinn und Bedeutung selbstverständlich erst im Zusammenhang mit der in Verwirklichung begriffenen 'Expropriation der Expropriateure', d.h. mit dem Übergang des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum" (a.a.O.,S. 432 + 434).

Die Beseitigung des alten Staatsapparates und seine Ersetzung durch die organisierten Volksmassen selbst, das ist es, was den Kern der Rätemacht bildet und wofür keine andere Staatsform Ersatz bieten kann:

"'Die Macht den Sowjets', das bedeutet radikale Umgestaltung des ganzen alten Staatsapparates, dieses Bürokratenapparates, der alles Demokratische hemmt, das bedeutet, diesen Apparat zu beseitigen und durch einen neuen, einen Apparat des Volkes zu ersetzen. d. h. durch den wahrhaft demokratischen Apparat der Sowjets, d. h. der organisierten und bewaffneten Mehrheit des Volkes, der Arbeiter, Soldaten und Bauern, das bedeutet, der Mehrheit des Volkes Initiative und Selbständigkeit zu gewähren, nicht nur bei der Wahl von Deputierten, sondern auch bei der Verwaltung des Staates, bei der Durchführung der Reformen und Umgestaltungen." (Lenin, Bd.25, S.380).

Die **Ausweitung** der Demokratie ist es also, die an Stelle der zerschlagenen Staatsmaschinerie tritt und in der sich die proletarische Diktatur realisiert.

D. h. eine **politische Form** wird noch existieren, weil es noch Herrschaft von Menschen über Menschen gibt. Nur ist diese Form so beschaffen, daß in ihr die politische Aktivität der breiten Massen zur Geltung kommen und die politische und ökonomische Macht der Wenigen beiseitefegen kann. Solange die kommunistische Gesellschaft noch nicht existiert, solange also in der Produktion und Verteilung der Güter. der "enge bürgerliche Rechtshorizont" noch fortwirkt, solange existiert auch der Staat. Solange bedarf es politischer Formen, innerhalb derer die Menschen ihren Willen artikulieren und **gegen** einen anderen Willen zur Geltung bringen können. Auch die proletarische Demokratie ist noch dadurch gekennzeichnet, daß sie "ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat (ist), d. h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere" (Lenin, Bd.25, S.469).

Im Gegensatz zur Bourgeoisie aber, die als ausbeutende Minderheit ihre politische Herrschaft nur vermittelst eines besonderen Gewaltapparates ausüben kann, kann sich das Proletariat nur als herrschende Klasse organisieren, wenn es die Werktätigen umfassend ins aktive politische Leben hineinzieht. Die politische Form, in der das geschehen kann, muß "durch und durch ausdehnungsfähig" (MEW Bd.17, S.342) sein. Sie muß darauf angelegt sein, allen politischen Bestrebungen der werktätigen Massen freien Raum zu ihrer Entfaltung und den organisatorischen Rahmen für die Wirksamkeit ihrer Aktivitäten zu gewährleisten. Wenn so die sozialen Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ungehindert und wirkungsvolf politisch zur Geltung kommen und sich durchsetzen können, kann es nicht ausbleiben, daß das Interesse an sozialer Emanzipation sich durchsetzt: "Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehen neben seiner gesellschaftlichen Knechtschaft" (MEW Bd.17, S.342). Die Form aber, in der die werktätigen Massen sich organisieren und ihre politische Herrschaft ausüben können, diese Form ist die Räterepublik.

Die Räterepublik ist die höchste bisher entwickelte Form der proletarischen Demokratie. Sie steht nicht nur im Gegensatz zum bürgerlichen Staats**apparat**, sondern auch im Gegensatz zu allen politischen **Formen**, welche die Bourgeoisie auf Grundlage der Existenz dieses Staatsapparates hervorgebracht hat, auch zur fortgeschrittensten dieser Formen, der parlamentarischen Republik. Die parlamentarische Republik hat mit der Räterepublik gemeinsam, daß sich beide darauf berufen, nur der Volkswille solle herrschen. Aber während diese Losung in der Räterepublik zur lebendigen Wirklichkeit wird, ist sie in der parlamentarischen Republik ein Betrug. Die bürgerliche Republik lebt von der Fiktion, das Volk selbst kontrolliere über seine gewählten Vertreter in den Parlamenten die Staatsmaschinerie, ja mehr noch: es bestimme darüber sogar die Richtung von deren Tätigkeit. Abgesehen aber von der Hilflosigkeit, in die ein bloß beratendes und Gesetze erlassendes Parlament gegenüber der riesigen Maschinerie geraten muß, die diese Gesetze auslegt und durchführt, sind die Parlamente zusätzlich noch gegenüber dem Volkswillen abgesichert durch das Repräsentationsprinzip: Die Abgeordneten sind nicht ihren Wählern, sondern ihrem Gewissen verantwortlich und das ist bekanntlich ein weiches und käufliches Element. Wir lehnen parlamentarische Körperschaften ab, nicht weil wir uns gegen den Grundsatz der Volkssouveränität stellen, sondern weil wir ihn im Parlament nicht verwirklicht sehen.

5. Die demokratischen Forderungen des Programms

Die wichtigsten politischen Forderungen unseres Programms liegen auf der Linie, die Volkssouveränität umfassend zur Geltung zu bringen. Das gilt zunächst für die Forderung nach Rechenschaftspflicht der Volksvertreter gegenüber ihren Wählern, ihrer Bezahlung nach Facharbeiterlohn. Unter den gegebenen Verhältnissen einer bürgerlich-parlamentarischen Republik wird von dieser Forderung aus vor allem die **Entlarvung** der bürgerlichen politischen Institutionen betrieben werden müssen. Bei sich entwickelnden politischen Massenbewegungen wird aber an genau diesem Punkt der praktisch erfahrbare Widerspruch mit dem bürgerlichen Vertretungssystem aufbrechen und von uns organisiert werden müssen. Nicht umsonst reagieren alle bürgerlichen Parteien an genau diesem Punkt heute schon äußerst empfindlich, wie man an der derzeit stattfindenden Debatte über das imperative Mandat verfolgen kann. In einer fortgeschrittenen Phase der Zuspitzung der Klassenkämpfe. "wenn die Revolution bereits begonnen hat und der unmittelbare Kampf um die Macht auf der Tagesordnung steht" (Leitsätze über die Bedingungen, unter welchen Arbeitersowjets geschaffen werden dürfen, II.Kongreß der KI, S.742), wird diese Programmforderung zum positiven Grundsatz , der in den Räten, den Organen des revolutionären Volkes, verwirklicht wird.

Ebenso steht es mit der Forderung nach Wahl der Richter und Bezahlung aller Hoheitsbeamten nach Facharbeiterlohn. Auch hier ist diese Forderung zunächst die Linie, von der aus die Kritik des bürgerlichen Justizwesens geleistet wird. Dem falschen Schein seiner Unabhängigkeit in bürgerlichen Verhältnisssen stellen wir entgegen die Forderung nach der Abhängigkeit auch der Richter vom Willen der Massen. Damit wird zugleich der Schlag geführt gegen alle Vorstellungen von Gewaltenteilung und klargestellt, daß wir die eine und unteilbare Gewalt des Volkes befürworten. Vorstellbar ist, daß in bestimmten Zusammenhängen dann sogar Massenkampagnen gegen bestimmte Urteile oder Gerichtshöfe, die besonders einschneidende Bestimmungen getroffen haben, geführt werden, was u. a. auch den Zweck haben kann, die Rechtsillusionen in den Köpfen breiter Teile der arbeitenden Massen umso wirksamer zu zerstören. Daß schließlich der proletarische Staat sein Justizwesen nach genau diesen Grundsätzen organisieren wird, liegt auch hier auf der Hand.

Oder die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung. Die westdeutsche Linke hat eine unselige Tradition, den Militarismus auf einer pazifistischen Linie zu bekämpfen, also zu fordern: "Weg mit der Bundeswehr!" und "Weg mit der Wehrpflicht!". Mit kommunistischer Politik hat das nichts zu tun. Wir sind dafür, daß die arbeitenden Massen Waffen in die Hand bekommen und das Waffenhandwerk möglichst breit erlernen. An der Wehrpflicht – die ganz ohne Frage eine demokratische Errungenschaft gegenüber den Söldnerheeren des Absolutismus ist – kritisieren wir gerade, daß sie **nicht** umfassend durchgeführt wird bis hin zum Milizwesen, wo jedermann Waffenträger ist. Und wir kritisieren weiter, daß der Wehrkörper (im Milizwesen die bewaffnete Gesellschaft) nicht demokratisch organisiert ist, sondern über das berufsmäßige Offiziers- und Unteroffizierskorps in einen Apparat des bürgerlichen Staates verwandelt wird. – Wenn unsere Helden aus der "links"radikalen Ecke, die immer wieder ihren Ruf ertönen lassen "Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her!" das immer noch nicht begriffen haben, so zeigt das, daß sie ernsthaft über die Revolution nicht nachgedacht haben. Wohin sollen die Massen wohl greifen um Gewehre? In die fünf bis sechs Waffengeschäfte am Ort? Oder vielleicht in den Keller, um die Axt zu holen? Revolutionäre, die keine militärpolitischen Forderungen in Hinblick auf die bürgerlichen Massenheere entwickeln, sondern gerade das als illusorisch ablehnen, haben Kindereien im Sinn, aber nicht die Eroberung der Staatsmacht. Sie gehen an dem Widerspruch vorbei, daß die Bourgeoisie, um ihre imperialistische Politik betreiben zu können, gezwungen ist, die arbeitenden Massen für sich kämpfen zu lassen und ihnen deshalb Waffen geben muß. Bis auf die kubanische Revolution sind alle siegreichen proletarischen Revolutionen seit der Pariser Kommune während oder nach Kriegen zwischen Staaten erfolgt. Das muß nicht so sein, belegt aber die ungeheure Bedeutung der Frage, ob das Volk bewaffnet ist oder nicht. Und wenn wir weiter die Forderung aufstellen, das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst zu beseitigen, die "Treuepflicht" der Beamten abzuschaffen, also das Streikrecht zu erkämpfen, dann finden das auch wieder viele "links"radikale Genossen nicht revolutionär genug. Es handelt sich bei ihnen tatsächlich um Leute, die die Augen nicht aufmachen. Denn kaum verschärfen sich die Klassenkämpfe in unserer Gesellschaft, da tritt sofort zutage, daß die "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" nicht nur eine Floskel im Grundgesetz sind, sondern sofort ein heftiger Kampf um den öffentlichen Dienst beginnt. Der Innenminister Genscher plant, das Riesenheer der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ebenso zu entrechten, wie jetzt die Beamten schon entrechtet sind. Die Ministerpräsidenten der Länder und der Bundeskanzler fassen Beschlüsse zur Reinigung des öffentlichen Dienstes von "Radikalen". Und auf der anderen Seite tritt der Widerstand zutage: Im Streik der Fluglotsen, im Kampf gegen die Berufsverbote und eben gerade in den Streiks der kommunalen Arbeiter in einigen Städten, die eine breite Streikwelle auszulösen drohten und nur durch schnelle Erhöhung der Weihnachtsgelder von der Bundesregierung vorläufig abgefangen werden konnte. Die Sicherung der Staatsfunktionen und das heißt vor allem: die Aufrechterhaltung der Disziplin und Unterordnung des Staatsapparates unter bürgerliches Kommando, das ist der Nervenpunkt für den bürgerlichen Staat überhaupt, und erreichen kann er das nur durch wachsende Entrechtung der Beschäftigten in diesem Apparat.

6. Wie muß die Arbeiterklasse den Kampf für die demokratischen Freiheiten führen?

Aber wir haben in dem demokratischen Teil unseres Programms nicht nur die auf unbeschränkte Entfaltung der Volkssouveränität hinzielenden Forderungen aufgenommen, wie Abwählbarkeit der Volksvertreter, Wahl der Beamten und Offiziere, allgemeine Volksbewaffnung usw. Wir haben ebenfalls die Verteidigung und unumschränkte Gültigkeit der demokratischen Freiheitsrechte gegenüber dem bürgerlichen Staat zu unserer Sache gemacht. Auch hiermit meinen wir es völlig ernst. Allerdings wird die Bedeutung dieser Rechte unterschiedlich sein, je nachdem, welche Klasse die Macht im Staate inne hat. Heute legen wir besonderes Gewicht darauf, durch den Kampf für diese Rechte ein möglichst großes Feld für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe von unmittelbaren Eingriffen des bürgerlichen Staates freizuhalten. Und gleichzeitig werden wir nicht müde, die tausendfachen Beschränkungen anzuprangern, denen die Volksmassen bei der Wahrnehmung dieser Rechte unterliegen.

Die wichtigste Beschränkung resultiert dabei aus der unmittelbaren Lebenslage der arbeitenden Massen: "Die modernen Lohnsklaven bleiben infolge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Elend bedrückt, daß ihnen 'nicht nach Demokratie', 'nicht nach Politik' der Sinn steht, so daß bei dem gewöhnlichen, friedlichem Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen ist" (Lenin, Bd.25, S.474). Darüberhinaus sorgen die Mechanismen der bürgerlichen Demokratie für tausend weitere Bedingungen. Die rein kapitalistische Organisation der Presse erlaubt es der Bourgeoisie die geschicktesten Journalisten der Nation für sich schreiben zu lassen. Sie verfügt über Radio und Fernsehen, über die Gebäude, innerhalb derer Versammlungen durchgeführt werden können. Wahl- und Vereinsgesetz machen es den Ausgebeuteten und Unterdrückten möglichst schwer, sich zusammenzuschließen. "Die Beschränkungen, Ausnahmen, Ausschließungen und Behinderungen für die Armen erscheinen gering, besonders demjenigen, der selbst nie Not gekannt hat und mit dem Leben der unterdrückten Klassen in ihrer Masse nicht in Berührung gekommen ist (und das trifft für neun Zehntel, wenn nicht gar für neunundneunzig Hundertstel der bürgerlichen Publizisten und Politiker zu) – aber zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen, daß die arme Bevölkerung von der Politik, von der aktiven Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen, verdrängt wird" (Lenin, Bd.25,

S.474f.).
Mit Eroberung der Macht durch das unter Führung der Arbeiterklasse in den Räten vereinigte Volk werden aber die demokratischen Rechte nicht hinfällig. Die gesamte Aufmerksamkeit und Aktivität des neuen Staates wird nun aber nicht auf die formelle Gewährung solcher Rechte gerichtet sein, sondern auf die **materielle** Unterstützung breitester Volksmassen bei ihrem Gebrauch. Die Druckereien, die Zeitungsverlage, die Rundfunk- und Fernsehstationen, die Saalbauten und die geräumigen Villen – all das wird den Händen der Reichen entrissen und von der Rätemacht angeeignet werden. Das ist ein gewaltsamer Akt der Expropriation, der im Vollzug der Machteroberung durch das Proletariat geschieht und unmittelbar mit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates gekoppelt ist.
Nachdem sie sich so die materiellen Grundlagen zur Ausübung ihrer Rechte erobert haben, werden die Werktätigen ihre Presse-, ihre Rede-, ihre Versammlungs- und Organisationsfreiheit nützen können, um sich über den weiteren Gang der Dinge auseinanderzusetzen, sich hinsichtlich ihrer großen Aufgaben zu verständigen, ihre Feinde zu entlarven usw.
Wenn wir im bürgerlichen Staat allgemeine und gleiche Rechte für jedermann fordern, so wird der proletarische Staat, indem er die Ausbeuter enteignet und den bürgerlichen Staat zerschlägt, zunächst die wirkliche Grundlage für die Allgemeinheit und Gleichheit der Rechte herstellen. Das ist das Grundsätzliche. Daß er sich dabei z. B. aufgrund nationaler Besonderheiten der Revolution gezwungen sehen kann, den Ausbeutern die Rechte für eine bestimmte Zeit zu entziehen, ist eine andere Frage. So hat Lenin immer wieder betont, "daß die Entziehung des Wahlrechts für die Ausbeuter eine **rein russische** Frage und nicht eine Frage der Diktatur des Proletariats überhaupt ist" (Bd.28, S.254). Eine Frage der Diktatur des Proletariats überhaupt ist es, daß die Ausbeuter von der Mehrheit der Bevölkerung unterdrückt werden. Ob das geschieht, indem sie außerhalb des allgemeinen Rechts gestellt werden oder mit den Mitteln des Rechts selbst, das hängt davon ab, wie sie selbst sich gegenüber den Gesetzen und Anordnungen des proletarischen Staates verhalten.
Es liegt dabei auf der Hand, daß für die Phase der Machtergreifung selbst alle diese Überlegungen hinfällig sind. Es existieren dann sozusagen zwei Staaten in einem Land – der Staat der Arbeiterklasse und jener der Bourgeoisie. Und zwischen beiden herrscht Krieg. Wo aber die Waffen sprechen, da kann von Bürgerrechten keine Rede sein. In dieser Phase des unmittelbaren Machtkampfes wird für die umfassende Demokratie gekämpft werden nicht in erster Linie unter den Losungen der Demokratie selbst, sondern unter den Losungen des Aufstandes: "Alle Macht den Räten!", "Entwaffnung der Bourgeoisie" usw. Es schlägt dann der demokratische Kampf um in unmittelbare Maßnahmen zur Eroberung der politischen Macht.

7. Imperialistischer Ökonomismus oder demokratischer Kampf?

Wir können festhalten: Die bürgerliche Republik organisiert in ihren demokratischen Institutionen das politische Leben der Bourgeoisie und von Spitzenfunktionären aus der Arbeiterbewegung, welche ihren Teil dazu beitragen, die Massen an diesen Staat zu binden. Den Kern des bürgerlichen Staates, das in allen Formen Unwandelbare, aber bildet die Staatsmaschinerie, die besondere Gewalt, der Gesellschaft gegenüber. Der proletarische Staat dagegen organisiert in seinen Einrichtungen die breite Masse des arbeitenden Volkes und läßt alle staatlichen Funktionen ausführen bzw. kontrollieren von gewählten Vertretern der Werktätigen selbst. Sein Klassencharakter liegt weder begründet in dem Charakter der von ihm getroffenen Maßnahmen – diese sind vielmehr Ausdruck seines Klassencharakters –, noch in der Tatsache, daß Vertreter der kommunistischen Partei die Regierung bilden, sondern ausschließlich darin, daß in ihm die werktätigen Massen unter Führung des Proletariats ihre Geschicke unmittelbar selbst in die Hand nehmen und der Staat die ausdehnungsfähigsten politischen Formen stellt, innerhalb derer die Massen sich politisch bewegen und ihre Herrschaft ausüben können.
Die Machtergreifung des Proletariats vollzieht sich demnach durch Ausweitung der Demokratie bis "an jene denkwürdige Grenze, wo eine konsequente Demokratie sich auf der einen Seite in Sozialismus **verwandelt** und auf der anderen Seite den Sozialismus **erfordert**" (Lenin, Bd.25, S.465) Sie vollzieht sich gewaltsam, insofern sie gezwungen ist, den Legalitätsrahmen des bürgerlichen Staates zu sprengen (was bei jedem selbständigen Streik schon geschieht), die bürgerliche Staatsmaschinerie zu zerschlagen und ihre Räteorgane gegenüber den parlamentarischen Organen der Bourgeoisie durchzusetzen.
Solange das Proletariat zum revolutionären Sturz der bürgerlichen Staatsmacht noch nicht die Kraft hat, solange seine Bewegung noch nicht zu dem Punkt fortgeschritten ist, daß es im Massenkampf Räteorgane neben und gegen die politischen Vertretungsorgane der Bourgeoisie aufbaut, solange ist es gezwungen, sich innerhalb des bürgerlichen Staates zu organisieren und sich dabei aller Möglichkeiten und Rechte zu bedienen, die für seinen revolutionären Zusammenschluß von Nutzen sind. In solchen nichtrevolutionären Situationen gilt Lenins Satz: "Die marxistische Lösung der Frage der Demokratie besteht darin, daß das seinen Klassenkampf führende Proletariat **alle** demokratischen Einrichtungen und Bestrebungen gegen die Bourgeoisie **ausnutzt**, um den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, den Sturz der Bourgeoisie, vorzubereiten" (Lenin, Bd.23, S.15). Die Vorbereitung des Proletariats auf den Sturz der Bourgeoisie innerhalb des bürgerlichen Staates bedarf ebenso der Organisierung wie es sich organisieren muß zur Ausübung seiner errungenen Macht. Während die Arbeiterklasse aber nach der Machtergreifung sich breit **innerhalb** des Staates und mit Hilfe seiner Organe als herrschende Klasse zusammenschließen kann, muß sie vor der Revolution, im bürgerlichen Staat, sich **gegen** diesen Staat organisieren. Diese Organisierung geschieht ausschließlich ‚indem sich die Fortgeschrittensten der Klasse, diejenigen, die trotz aller Hindernisse aktiv am politischen Leben schon teilnehmen, zur Partei zusammenschließen, Massenorganisationen aufbauen und in den schon vorhandenen Massenorganisationen gegen den Einfluß des Opportunismus kämpfen. "Über die Ausnützung des bürgerlichen Demokratismus zur sozialistischen und konsequent demokratischen Organisation des Proletariats gegen die Bourgeoisie und gegen den Opportunismus – einen anderen Weg gibt es nicht. Ein anderer 'Ausweg' ist **kein** Ausweg. Einen anderen Ausweg kennt der Marxismus nicht, wie ihn auch das wirkliche Leben nicht kennt" (Lenin, Bd. 23, S.17). Diese Organisierung des Proletariats gegen Bourgeoisie und gegen Opportunismus umfaßt immer nur verhältnismäßig kleine Teile der gesamten Klasse. Die riesige Mehrheit der Arbeiterklasse tritt erst in Zeiten revolutionärer Erschütterung offen auf.
Nun erklären einige Genossen, die Aufstellung eines solchen demokratischen Programms unter den Bedingungen des Im-

perialismus sei illusionär. Den Kampf um Demokratie könne man bestenfalls so führen, daß man entgegen der "natürlichen" Tendenz des Imperialismus zur Reaktion, Schutzrechte der Arbeiterklasse verteidige. Da es wirkliche Demokratie erst im Sozialismus geben könne, dürfe man nicht durch Aufstellung weitreichender demokratischer Forderungen bei den Arbeitermassen die falsche Vorstellung wecken, das sei alles im Kapitalismus schon möglich. Es ist dies eine Argumentation, die Lenin schon gegeißelt hat:

"Der Imperialismus hat gesiegt – **deshalb** braucht man über die Fragen der politischen Demokratie nicht nachzudenken, sagen die heutigen 'imperialistischen Ökonomisten' " (Bd.23, S.19). Lenin vergleicht diese Argumentation mit jener der Ökonomisten, weil auch diese nicht begriffen hatten, daß die proletarische Revolution zuerst ein politischer Akt ist und das Programm des Proletariats in Hinblick auf die Staatsmacht in nichts anderem besteht, als in der umfassenden Demokratie. In der Propagierung der umfassendsten Demokratie ,darin und in nichts anderem besteht die Kriegserklärung der Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat. Wer das nicht begriffen hat, den nennt Lenin einen "Ökonomisten". Und wer sein Nicht-Begreifen damit begründet, daß der Kapitalismus zum Imperialismus herangewachsen sei, den nennt er einen "imperialistischen Ökonomisten". Diese Bezeichnung ist ohne weiteres anwendbar auf die Gruppe Rote Fahne (KPD), die bekanntlich den Kampf der Arbeiterklasse für Demokratie auf die bloße Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten ("Schutzrechte") herunterbringen will und ihn vom Kampf um den Sozialismus trennt. Wie häufig, so verbindet sich auch hier haarsträubendes linkes Sektierertum in allen Fragen der Tageskämpfe mit krudestem Rechtsopportunismus in der Frage der Eroberung der politischen Macht.

Lenin stellt solchen Auffassungen entgegen: "Das Proletariat kann nicht anders siegen als durch die Demokratie, d. h. indem es die Demokratie vollständig verwirklicht, indem es mit jedem Schritt seiner Bewegung die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung verbindet. Es ist Unsinn, die sozialistische Revolution und den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus, einer der Fragen der Demokratie, in unserem Fall der nationalen Frage **entgegenzustellen**. Wir müssen umgekehrt den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus mit dem revolutionären Programm und mit der revolutionären Taktik in bezug auf **alle** demokratischen Forderungen **verbinden**: die Forderung der Republik, der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk, der gleichen Rechte für Frauen, der Selbstbestimmung der Nationen usw. Solange der Kapitalismus fortbesteht, sind alle diese Forderungen nur ausnahmsweise und zudem nicht vollständig, nur verstümmelt zu verwirklichen. Indem wir uns auf die schon verwirklichte Demokratie stützen, indem wir die Unvollständigkeit derselben unter dem Imperialismus entlarven, fordern wir die Niederwerfung des Kapitalismus, die Expropriation der Bourgeoisie als eine notwendige Basis für die Abschaffung des Massenelends sowie für die **volle** und **allseitige** Durchführung **aller** demokratischen Umgestaltungen. Einige dieser Maßnahmen werden vor der Niederwerfung der Bourgeoisie begonnen werden, andere im **Gange** dieser Niederwerfung, wieder andere nach derselben. Die sozialistische Revolution ist keineswegs eine einzige Schlacht, sondern im Gegenteil eine Epoche, bestehend aus einer ganzen Reihe von Schlachten um **alle** Fragen der ökonomischen und politischen Umgestaltung, die nur durch die Expropriation der Bourgeoisie vollendet werden können. Eben im Namen dieses Endziels müssen wir **einer jeden** unserer demokratischen Forderungen eine konsequent revolutionäre Formulierung geben. Es ist denkbar, daß die Arbeiter eines gegebenen Landes die Bourgeoisie niederwerfen werden, **bevor** sie auch nur eine einzige demokratische Umgestaltung vollständig verwirklichen. Aber es ist ganz undenkbar, daß das Proletariat als eine geschichtliche Klasse die Bourgeoisie besiegen könnte, wenn es dazu nicht vorbereitet wird durch die Erziehung im Geiste des konsequentesten und revolutionär entschiedendsten Demokratismus." (Lenin, Bd.21, S.415f.) Diesem "revolutionär entschiedendsten Demokratismus", bezogen auf die in Westdeutschland herrschenden Verhältnisse, hat sich der KBW in seinem Programm verpflichtet.

W.Maier

NEUES ROTES FORUM

Nach Gründung des KBW hat das NEUE ROTE FORUM sein Erscheinen eingestellt. Es können jedoch noch folgende , bereits erschienene Hefte , über den Verlag Jürgen Sendler, 69 Heidelberg Lutherstr. 44a, bestellt werden:

NRF Sondernummer
- Kampf zweier Linien in der KP China -
Ladenpreis DM 2,50

NRF Sondernummer
- Das Programm der westdeutschen Kommunisten -
Ladenpreis DM 2.-

NRF Sondernummer
-Artikel zur Frage des Parteiaufbaus aus dem NRF 1970 -72
Ladenpreis DM 2.-

NRF 1-2/73
- Auseinandersetzung um das Programm der westdeutschen Kommunisten -
Ladenpreis: 4.-DM

NRF 3/73
- Zur Arbeit in den Gewerkschaften
- Thesen zur Politik der Aktionseinheit
- Imperialismus und Weltmarktbewegung
-Geltung des Wertgesetzes im Sozialismus u.a.
Ladenpreis: DM 2,50

Vorbemerkung zu den Artikeln über die Westberlin-Frage

In den beiden folgenden Artikeln wird eine Auseinandersetzung fortgeführt, die auf der Gründungskonferenz des KBW ihren Anfang genommen hatte, ohne dort entschieden worden zu sein. Es geht dabei um die Frage, ob das Programm des KBW auch für Westberlin Gültigkeit haben und ob ein und dieselbe Organisation in Westdeutschland und Westberlin den Stab im Klassenkampf des Proletariats bilden kann. Die Göttinger Genossen gehen davon aus, daß das nicht der Fall sein kann, angesichts der Tatsache, daß Westberlin unter alliierter Hoheit steht, westalliierte Truppen die bürgerliche Diktatur in Westberlin garantieren und vor allem, weil ansonsten die expansionistischen Bestrebungen der westdeutschen Bourgeoisie, die aus Westberlin einen Teil der Bundesrepublik zu machen wünscht, von uns unterstützt würden. Die Berliner Genossen legen demgegenüber dar, daß es die westdeutsche Bourgeoisie sei, die in Westberlin ökonomisch und zunehmend auch politisch herrsche. Konsequenz aus der Göttinger Position ist es, für Westberlin die Lösung einer neutralen "Freien Stadt" anzustreben. Konsequenz der von den Westberliner Genossen bezogenen Position ist es, von den vorhandenen Verhältnissen auszugehen, die durch die faktische Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie in Westberlin gekennzeichnet sind.

Die Redaktion ist zu der Auffassung gelangt, daß eine Politik, die darauf abzielt, Westberlin den Status einer Freien Stadt zu verleihen, nicht mit den Interessen der Revolution in West- und Mitteleuropa vereinbar ist. Sie liefe darauf hinaus, die imperialistischen Supermächte USA und UdSSR zu Garantiemächten dieses Status zu erheben und würde damit neue Interventionsrechte schaffen. Solche Interventionsrechte bestehen zweifellos auch heute, aber es ist nicht im Interesse der Revolution, sie zu verewigen.

Wovon ist also auszugehen? Aufgrund der engen Verbindungen zwischen Westdeutschland und Westberlin, die Westberlin faktisch zu einer Art Bundesland machen, wird sich das Klassenbewußtsein und der Klassenkampf des Proletariats in Westdeutschland und Westberlin weitgehend parallel entwickeln. Es ist z. B. undenkbar, daß Westdeutschland von einer Massenstreikbewegung erfaßt wird, innerhalb derer politische Losungen sich immer mehr durchsetzen, die übergeht zu Straßendemonstrationen, Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht aufnimmt und gleichzeitig in Westberlin alles seinen ruhigen Gang nimmt. Undenkbar ist es auch, daß die sich in revolutionären Phasen zuspitzende Krise der Bourgeoisie nicht auch Westberlin erfassen wird. Wenn das aber so ist, so muß auch der Stab für diesen einheitlichen Kampf der Arbeiter in Westdeutschland und Westberlin ein und derselbe sein.

Daß dabei die Revolution in Westberlin vor sehr viel größeren Schwierigkeiten als in Westdeutschland stehen wird, ist unbestritten. Die isolierte Lage, die massiertere Anwesenheit alliierter Truppen machen es der Revolution sehr viel schwerer sich durchzusetzen bzw. nach einem ersten erfolgreichen Ansturm, sich zu halten. Das ändert aber nichts daran, daß auch in Westberlin dieser Kampf geführt werden muß. Ja mehr noch: Für den Fall, daß im Verlauf der proletarischen Revolution fremde Mächte in Westberlin intervenieren und die bürgerliche Herrschaft dort wiederherzustellen suchen, wird das westdeutsche Proletariat auch militärisch Westberlin als einen Teil seines eigenen Territoriums verteidigen.

Was bedeutet das für praktische Forderungen hinsichtlich Westberlin? Zweierlei. Zum einen, daß erreicht werden muß, die imperialistischen Garantiemächte aus Westberlin zu verdrängen. Zum anderen, daß verhindert werden muß. daß Westberlin der westdeutschen Bourgeoisie als vorgeschobener Stützpunkt gegen Osteuropa dienen kann. Unsere Forderungen müssen deshalb hinauslaufen einmal auf den Abzug der alliierten Truppen aus Westberlin, zum anderen müssen sie sich dagegen richten, daß Bundeswehr in Westberlin stationiert wird und stattdessen die allgemeine Volksbewaffnung propagieren.

Das westdeutsche und westberliner Proletariat muß also gleichzeitig gegen die Westalliierten und gegen die westdeutsche Bourgeoisie kämpfen. Und dieser Umstand tritt in Westberlin noch deutlicher zutage als auf dem Territorium der Bundesrepublik. Daß die Widersprüche zwischen diesen beiden Gegnern gegenwärtig zunehmen, ist dabei eine gute Sache und kann vom Proletariat genutzt werden. Nutzen kann die Arbeiterklasse diese Widersprüche freilich nicht, wenn sie sich zum Sprecher einer der beiden rivalisierenden Parteien macht: Entweder zum Befürworter der amerikanischen Truppenpräsenz, um damit die westdeutsche Bourgeoisie zu schwächen, oder zum Bundesgenossen der westdeutschen Bourgeoisie beim Versuch zur Ausweitung ihrer Herrschaftspläne. Indem sie gegen beide antritt, die Bedingung der Herrschaft bzw. des Einflusses beider rivalisierender Parteien bekämpft, entwickelt sie auch in dieser Frage ihre selbständige Klassenpolitik.

W.M.

Westberlin – Eine Politik der freien Stadt?

Die Differenzen auf der Gründungskonferenz

Auf der Gründungskonferenz war die Frage strittig, und blieb ungeklärt, ob das westberliner Proletariat gemeinsam mit dem westdeutschen den Weg zur Revolution geht. Die Göttinger Delegierten legten eine Resolution vor, in der die Gültigkeit des Programms für Westberlin ausgeschlossen wurde:

Es wäre prinzipiell falsch, in Westdeutschland Schritte, Aufgaben und Etappen für Westberlin festzulegen. Eine 'Vertiefung' dieses prinzipiellen Fehlers wäre es, unter einer allgemein-antiimperialistischen Losung in Westdeutschland Aufgaben für die proletarische Revolution in Westberlin zu formulieren, die sich, analog den Kampfaufgaben der westdeutschen Revolution gegenüber der eigenen westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie, in Westberlin gegen die westlichen imperialistischen Mächte richten. Würde doch durch ein solches Vorgehen die Möglichkeit eröffnet, daß bei einem Aufbrechen der Konkurrenz zwischen dem westdeutschen Imperialismus und den westlichen imperialistischen Mächten an der Berlin-Frage dieser Widerspruch, den das Proletariat als einen nebensächlichen Widerspruch behandeln muß, in den Rang eines hauptsächlichen Widerspruchs rückt und wäre doch dadurch die Möglichkeit eröffnet, daß dem westdeutschen Proletariat gemeinsame Interessen mit der westdeutschen Bourgeoisie vorgespiegelt werden.
In Westdeutschland stellt sich prinzipiell die Aufgabe ... jedem Versuch des westdeutschen Imperialismus, sich Westberlin einzuverleiben oder seinen politischen Einfluß in Westberlin auszuweiten, entgegenzutreten." (1)

Obwohl die Genossen es ablehnen, sich in Westdeutschland Gedanken über den Weg der proletarischen Revolution in Westberlin zu machen, legen sie genau "Schritte, Aufgaben und Etappen" für Westberlin fest, indem sie sagen, welche Politik nicht durchgeführt werden darf.
Wenn in Westberlin das Programm nicht gilt und dennoch der politische Einfluß der westdeutschen Bourgeoisie bekämpft werden soll, wenn der Hauptfeind aber auch die westlichen Imperialisten sind, dann kommt dabei letztlich eine Politik der Freien Stadt heraus, die ihren Hauptfeind in der westdeutschen Bourgeoisie sieht.
Ob das westberliner Proletariat diese Politik betreiben soll oder nicht, das ist die Frage, um die es sich handelt. Diese Frage kann nur danach entschieden werden, ob das Wesen der tatsächlichen Machtverhältnisse in Westberlin die Macht der westlichen Imperialisten oder die Macht der westdeutschen Bourgeoisie ist.

Das Wesen der Aufteilung der Macht zwischen imperialistischen Westmächten und BRD-Imperialismus ist ihr Konkurrenzkampf

Die Göttinger Genossen gehen davon aus, daß die westdeutschen Imperialisten in Westberlin die Staatsmacht, soweit die westdeutsche Bourgeoisie über sie verfügt, nur "delegiert" haben, während sie sich die oberste Macht weiterhin vorbehalten. Die Genossen folgen damit vorbehaltslos dem juristischen Schein der wirklichen Verhältnisse und untersuchen sie nicht als deren Ausdruck. Sie übersehen, daß die westdeutsche Bourgeoisie keine Kompradorenbourgeoisie, sondern eine imperialistische Bourgeoisie ist, die den Kampf um die Weltherrschaft wieder aufgenommen hat.
Die westdeutsche Bourgeoisie ist keine Klasse, die man beauftragen kann, die politische Macht in Westberlin auszuüben, vielmehr ist das Bündnis, das die westlichen Imperialisten mit der westdeutschen Bourgeoisie eingegangen haben, nichts weiter als eine Form des Konkurrenzkampfes in Westberlin, eines Kampfes um die politische Macht.

Das Bündnis mit der westdeutschen Bourgeoisie, das die westlichen Imperialisten unter der Führung der USA eingegangen sind, hatte von Seiten der Alliierten den Sinn, daß die westdeutsche Bourgeoisie und deren Parteien das Geschäft der Bindung weiter Teile des Volkes an den Kapitalismus übernehmen. Unter einer Militärverwaltung oder einem wie auch immer gearteten Kolonialregime wäre es schwerlich gelungen, Westdeutschland zur Basis der "roll back-Strategie" zu machen. Dasselbe gilt im Prinzip auch für Westberlin. Die tägliche Verwaltung wurde von deutschen Behörden geführt, in denen sich auf Basis der ökonomischen Verhältnisse die Vertreter der westdeutschen Monopolbourgeoisie durchsetzten, keineswegs einfache Beauftragte der USA. Das geht schon aus dem Versuch hervor, die Stadt mittels der Berliner Verfassung von 1950 in die BRD einzugliedern und zum verfassungsmäßigen Bestandteil der BRD zu erklären.
Grundlage des Bündnisses war, daß ebenso wie in Westdeutschland die Betriebe wieder der alten deutschen Monopolbourgeoisie übergeben wurden (2).
Entsprechend war auch der erste Akt der Spaltung Berlins die Eingliederung der Westsektoren in das Währungssystem der BRD, die ökonomische Angliederung an Westdeutschland.

Die Versuche, Westberlin auch politisch der BRD einzugliedern und Berlin als Bundesland im Grundgesetz (1949) und in der Berliner Verfassung 1950 zu definieren, wurden von den Westmächten zunächst zu Fall gebracht. Die Verfassungsartikel wurden suspendiert.

So sehr aber der US-Imperialismus – als die führende alliierte Macht – und England und Frankreich daran interessiert sein mußten, die politische Verfügungsgewalt über den Einsatz Westberlins als Kampfmittel, "billigster Atombombe der Welt", "Pfahl im Fleisch der DDR", und militärischem Brückenkopf zu behalten, so wenig wollten sie die Kosten der ökonomischen Angliederung an die BRD, die durch die

---

(1) Entwurf einer Resolution für die Gründungskonferenz, vorgelegt vom KB Göttingen, "Der Kampf gegen die Versuche des westdeutschen Imperialismus, sich Westberlin einzuverleiben, gehört zu den Aufgaben der westdeutschen Kommunisten."

(2) vgl. u.a. G.Keiderling/P.Stulz, Berlin 1945–1968, Berlin (DDR) 1970

Isolierung vom ökonomischen Hinterland entstanden, tragen (3). Dies überließen sie der BRD und die leitete daraus weitergehende Forderungen ab.
So wurde mit dem sogenannten 3.Überleitungsgesetz Westberlin in die Steuer- und Finanzverwaltung der BRD eingegliedert und gleichzeitig gewährleistet, daß Bundesgesetze auch in Westberlin in Kraft treten. "Bundesrecht, das für den ... Geltungsbereich des Grundgesetzes ... verkündet wird und dessen Geltung im Gebiet des Landes Berlin ausdrücklich bestimmt ist, wird im Land Berlin binnen eines Monats nach seiner Verkündigung im Bundesgesetzblatt oder im Bundesanzeiger gemäß Art. 87 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Kraft gesetzt." (4)
Dieses Bundesgesetz wurde vom westberliner Abgeordnetenhaus 1952 verabschiedet. Die drei Besatzungsmächte gaben ihre Zustimmung.

Die Erklärung über Berlin vom 5.5.1955

Nachdem die BRD soweit erstarkt war, daß sie 1954 mit dem sogenannten Deutschlandvertrag auch formell die Souveränität erlangt hatte und die Remilitarisierung eingeleitet war, übergaben die drei Besatzungsmächte 1955 der in den westberliner Behörden vertretenen westdeutschen Bourgeoisie "alle ... Rechte, Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten" mit der schon 1950 gemachten Einschränkung, daß Westberlin formell kein Land der BRD ist. Die Westmächte behielten sich aber vor, praktisch die volle Macht auszuüben, wenn die Sicherheit der Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie von innen oder außen, oder die Verbindung nach Westberlin bedroht ist, wie sie sich ausdrückten, "solche Maßnahmen zu ergreifen, die ... notwendig sind". Dasselbe gilt für die Fragen des Status von Berlin, die ja unmittelbar die Beziehungen zur DDR und zur UdSSR und die Sicherung Westberlins betreffen.
Für den normalen Gang der Dinge behielten sich die Besatzungsmächte vor, "Machtbefugnisse auszuüben" auf den Gebieten "a) Sicherheit, Interessen und Immunität der alliierten Streitkräfte"; "b) Abrüstung und Entmilitarisierung"; "c) Beziehungen zu ausländischen Behörden. Die alliierte Kommandatur wird jedoch den Berliner Behörden gestatten, die Vertretung ... im Ausland durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten."; "d) Deckung der Besatzungskosten"; "e) Befehlsbefugnis über die Polizei".
Die Einbeziehung Westberlins in das Rechts- und Verwaltungsgefüge als auch in die internationalen Verträge der BRD wurde erneut bestätigt (5).
Die Erklärung über Berlin gibt der westdeutschen Bourgeoisie natürlich keinen juristischen Schutz ihrer Souveränität über Westberlin. Die Interpretation der Erklärung liegt in den Händen der Besatzungsmächte und schon die ständigen Rechte der Besatzer, insbesondere ihre Immunität und die Befehlsbefugnis über die Polizei, sind einschneidende juristische Beschränkungen der Souveränität.

Aber angesichts des wiedererstarkten imperialistischen Staates, über den die westdeutsche Bourgeoisie in Westeuropa verfügt, kann die Erklärung über Berlin nicht einfach den formellen Möglichkeiten nach, die sie den westlichen Imperialisten offenläßt, interpretiert werden.

Der Sinn der Erklärung ist es – folgt man ihren eigenen Ausführungen – "den Berliner Behörden (d. h. der westdeutschen Bourgeoisie, d.Verf.) die größtmögliche Freiheit zu gewähren, die mit der besonderen Lage Berlins vereinbar ist" (6).
Die Rechte der Besatzungsmächte beziehen sich alle auf die Garantie der "Sicherheit" Westberlins, die die westdeutsche Bourgeoisie nicht gewährleisten kann, angesichts der Macht und der Rechtsansprüche der Sowjetunion. Soweit die Besatzungsmächte gezwungen sind, sich an diesen "Geist" der Erklärung zu halten, sind sie nicht Herrscher in Westberlin, sondern tatsächlich das, wozu der Westberliner Senat sie deklarierte, "Schutzmächte" der westdeutschen Bourgeoisie.

Weiter wird in der Erklärung auf die in den Abkommen der Anti-Hitlerkoalition besonders genannten Rechte und Pflichten zur Einmischung in die Wirtschaft verzichtet: Rückerstattung, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, ausländische Interessen in Berlin, Ansprüche gegen Berlin und seine Bewohner werden genauso wie gegenüber der BRD geregelt, soweit nicht in Kraft befindliches alliiertes Recht berührt wird (7).

Nach der Erklärung von 1955 wurden im Ersten und Zweiten Berliner Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts 1958 186 Gesetze, Anordnungen, Befehle der alliierten Kommandatur (8)und später weitere 48 Bestimmungen auf Antrag des Senats (9) aufgehoben. Weiteres Besatzungsrecht ist durch praktiziertes deutsches Recht oftmals überholt, eine Sammlung noch geltenden alliierten Rechts existiert allerdings nicht und – soweit sie existiert, ist sie geheim (10).
Die Eingriffe der Alliierten – auch die vertraulichen Bestimmungen, soweit sie durch von deutschem Recht abweichendes Verhalten der Behörden und Gerichte bekannt geworden – beschränken sich seitdem auf Fragen, die die Besatzungseinrichtungen und ihre Angehörigen selbst betreffen, Fragen des Status (Entmilitarisierung, keine formelle Eingliederung als verfassungsmäßiger Bestandteil der BRD) und die internationalen Beziehungen, insbesondere zur Sowjetunion, soweit die genannten Fragen berührt werden.

---

(3) vgl. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Westberlin, Berlin (DDR) 1968; gibt auch einen Überblick über die wichtigsten ökonomischen Daten.

(4) Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (3.Überleitungsgesetz) vom 4.1.52 (BGBl I S.1/GVBl. S.393) § 13

(5) Erklärung über Berlin vom 5.5.55 (GVBl. S.335)

(6) ebenda

(7) ebenda

(8) Erstes und Zweites Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 11.9. und 5.12.1958 (VGBl. S.866 und S.1288)

(9) BK/O (55) 17 vom 6.10.55 (GVBl. S.932), BK/O (57) 5 vom 27.2.57 (GVBl. S.280), BK/O (57) 8 vom 30.4.57 (GVBl. S.442)

(10) Landespressedienst (Westberlin) 13.3.73, Anfrage Nr.1167 des Abgeordneten Achim Rheinländer (SPD); aus der Antwort des Senats: "Die Arbeiten an der weiteren Bereinigung besatzungsrechtlicher Vorschriften sind dann jedoch im Jahre 1961 mit Rücksicht auf die zunächst durchzuführende Bereinigung des deutschen Rechts eingestellt worden.
Eine bereinigte Sammlung der alliierten Rechtsvorschriften wäre auch nur von bedingtem Wert. Die Bereinigung könnte sich nur auf die von den drei Westalliierten erlassenen Rechtsvorschriften und lediglich auf die **nicht vertraulichen Bestimmungen** erstrecken. Im übrigen würden ihr nur die formellen Rechtsvorschriften, wie z.B. Gesetze, Befehle und Anordnungen unterliegen, nicht dagegen die zahlreichen Schreiben der Alliierten Kommandantur (BK/Ls); auch diese enthalten mitunter rechtsverbindliche Aussagen oder Auslegungen."

Auf dieser Grundlage kann die westdeutsche Bourgeoisie die Ausbeutungsverhältnisse faktisch zentral von Bonn aus regeln, wenn auch Westberlin nicht formell in die BRD eingegliedert wird. Materiell betrifft diese Einschränkung nur die Militärgesetzgebung und verwandte Fragen. So unterliegen die Rüstungsindustrien gewissen alliierten Bestimmungen. Bonner Gesetze und die auf ihrer Grundlage erlassenen Verordnungen werden in Berlin unterschiedslos übernommen.

Die drei Besatzungsmächte haben sich mit Ausnahme des Monopols ihrer Fluggesellschaften, das nunmehr auch durchbrochen werden soll (11), keine ökonomischen Positionen sichern können. Vielmehr bezieht die BRD Westberlin in ihre internationalen Verträge ein und hat es insbesondere in die Römischen Verträge von 1957 einbezogen. Westberlin ist auf diese Weise der Teil der Europäischen Gemeinschaft, die sich immer tiefer in einen Handelskrieg mit der Hauptbesatzungsmacht USA verwickelt.

All dies hat die USA weder verhindern können, noch ernsthaft angesichts der Kräfteverhältnisse in der Welt verhindern wollen. Keine der drei Besatzungsmächte hat sich in Westberlin in den 28 Jahren seit Kriegsende eine soziale Basis schaffen können. Alles worauf sie sich stützen sind 11 000 Soldaten und die Unfähigkeit der BRD, die militärische Sicherung und Nutzung Westberlins angesichts der internationalen Lage selbst zu übernehmen.

Zur Staatsmacht im einzelnen

Aus dem oben Angeführten ist schon klar geworden, daß Westberlin zwar formell kein verfassungsmäßiger Bestandteil der BRD ist, faktisch aber in die BRD integriert ist, durch gesetzliche Verpflichtung wirtschaftlich, finanziell, rechtlich und administrativ zur BRD gehört.

Von den staatstragenden Unterdrückungsinstrumenten Bürokratie, Justiz und militärische Organe ist die **Bürokratie** fest in der Hand der westdeutschen Bourgeoisie. Sie wird von der westdeutschen Bourgeoisie rekrutiert und unterscheidet sich von der westdeutschen Bürokratie höchstens dadurch, daß sie überdurchschnittlich zahlreich ist. Das Maß der bundesstaatlichen Zentralisierung unterscheidet sich hier von keinem Bundesland. Auch greifen die Alliierten hier nicht ein.

Bei der **Justiz** sind von der Gerichtsbarkeit die Angehörigen der Alliierten im Wesentlichen ausgenommen. Straftaten gegen die Alliierten unterliegen ebenfalls den Besatzungsgerichten (12). Ansonsten ist die Justiz fest in den Händen der westdeutschen Bourgeoisie. Ihr ist es sogar gelungen, die Jurisdiktion auf Bundesebene zu zentralisieren. Die Zuständigkeit der Bundesgerichtshöfe für Westberlin konnte gegenüber den Besatzungsmächten durchgesetzt werden (13). Weitgehend eingeschränkt bleibt dagegen die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere sind Verfassungsbeschwerden gegen Verwaltungsakte der Berliner Behörden nicht zulässig, während Klagen gegen Bundesbehörden, die in Westberlin tätig werden, offenbar zulässig sind (14). Eine genaue Bestimmung ist nicht möglich, weil die Besatzungsmächte lediglich Unzulässigkeiten feststellen aber keine positive Richtlinie geben.

Militär haben in Westberlin nur die Besatzungsmächte stationiert. Die Stadt ist von der Wehrgesetzgebung der BRD ausgenommen (15).

Auf der Genfer Außenministerkonferenz 1959 boten die Besatzungsmächte der SU an, die Besatzungstruppen in Westberlin auf die damalige Gesamtstärke von 11 000 und auf die Ausrüstung mit herkömmlichen Waffen zu beschränken (16). Daran haben sie sich mit der Ausnahme einiger kurzfristiger Truppenverschiebungen nach dem Mauerbau 1961 gehalten. Obwohl kein offizielles Abkommen zustande kam, existiert hier offensichtlich ein stillschweigendes Übereinkommen mit der Sowjetunion. Weiterhin wurden die Truppen der USA 1961 dem US–Hauptquartier in Heidelberg und damit der NATO unterstellt. Dies sichert der BRD einen gewissen Einfluß über den Militärpakt auf diese Truppen.

Währenddessen hatten die Westberliner Behörden schon in den 50er Jahren eine unverhältnismäßig starke Polizei aufgebaut. Während 1932 auf die 4,2 Millionen Einwohner Groß-Berlins 20 400 Polizisten kamen (17), gibt es heute für die 2,2 Millionen Einwohner Westberlins ebenfalls rund 20 000 Polizisten. Seit 1961 kommen zu dieser Zahl durch die Einrichtung der Freiwilligen Polizeireserve 4 148 Mann (Effektivstärke 1971) (18).

Bis 1970 hatte die Polizei für den Waffengebrauch keine bzw. seit 1968 lediglich eine alliierte Rechtsgrundlage. Mit dem Gesetz zur Anwendung des unmittelbaren Zwanges (UZwG) wurde auch dieser Mangel behoben und die Polizei zur Bürgerkriegsarmee aufgerüstet. Neben Gewehren und Maschinenpistolen erhielt die Polizei Maschinengewehre und Handgranaten (19).
Über diese Polizei haben die Besatzungsmächte durch die Erklärung über Berlin aus dem Jahr 1955 sich die Befehlbefugnis vorbehalten. Die besteht aber nicht darin, daß die Polizei direkt dem Kommando der Besatzer unterstellt ist.

---

(11) BRD und DDR wollen zu "gegebener Zeit" ein Luftverkehrsabkommen schließen (Protokollvermerk zum Verkehrsvertrag, in: Verträge, Abkommen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Press- und Informationsamt der Bundesregierung, Februar 1973, S.120); von seiner letzten Amerikareise brachte Brandt die Zusage Nixons mit, Bestrebungen, Landerechte für die Lufthansa in Westberlin zu erlangen, zu unterstützen.

(12) Erklärung über Berlin vom 5.Mai 1955, III a; näher geregelt in Gesetz Nr.7 vom 17.3.50 (VOBl. I S.89), Änderungsgesetz Nr.17 vom 27.8.51 (GVBl. S.639), Auslegungsgesetz Nr.21 vom 20.2.52 (GVBl. S.148), Durchführungsbestimmung Nr.1 zum Gesetz Nr.7 vom 19.5.1950 (VOBl. I S.182), Durchführungsbestimmung Nr.2 zum Gesetz Nr.7 vom 8.2.62 (GVBl. S.276), Durchführungsbestimmung Nr.3 zum Gesetz Nr.7 vom 30.9.63 (ABl. AKB 1963 S.1158).

(13) vgl. K.Hesse, Grundzüge des Staatsrechts in der Bundesrepublik Deutschland, Karlsruhe 1970

(14) ebenda

(15) ungeachtet dessen wird bei Deserteuren Amtshilfe geleistet (Schreiben der Alliierten Kommandantur vom 8.8.69, BK/L ((69) 29), vgl. NEUE JURISTISCHE WOCHENSCHRIFT, 23.Jhg., 16.7.70, Heft 29 S.1257ff.

(16) Berlin 1945–1968, a.a.O., S.427

(17) ebenda S.395

(18) Süddeutsche Zeitung Nr.283, 26.11.71

(19) UZwG Bln vom 22.6.70 (GVBL. S.921) § 2

Die Befehlsbefugnis beschränkt sich im wesentlichen auf die Informationspflicht, das Recht, Ernennungen zu höheren Rängen als dem Polizeioberkommissar aufzuheben und das Recht, das Kommando der Polizei jederzeit zu übernehmen. Ansonsten untersteht die Polizei dem Senat (20).

Aufgrund der weitgehenden Übereinstimmung des westdeutschen Imperialismus mit den Besatzungsmächten ist es nie zu nennenswerten Eingriffen gekommen, so daß sich der Senat in 25 Jahren seit der Spaltung Berlins durch die tagtägliche Verwaltung der Polizei auf dieses Machtmittel einen entscheidenden Einfluß gesichert hat. Im übrigen nimmt die Westberliner Polizei an der Zusammenarbeit der sowohl auf Länderebene organisierten Polizei untereinander als auch mit dem Bundeskriminalamt in gleicher Weise wie andere Länderpolizeien teil.

Die im Rahmen der Neuen Ostpolitik geschlossenen Abkommen

Das Viermächteabkommen über Berlin bezieht sich direkt auf die wirklichen – ausdrücklich nicht auf die fiktiven juristischen – Machtverhältnisse und hält diese mit wenigen kosmetischen Korrekturen fest:
"Die vier Regierungen stimmen darin überein, daß ungeachtet der Unterschiede in den Rechtsauffassungen die Lage, die sich in diesem Gebiet entwickelt hat und wie sie in diesem Abkommen sowie in den anderen in diesem Abkommen genannten Vereinbarungen definiert ist, nicht einseitig verändert wird." (21)

Die Machtpositionen des westdeutschen Imperialismus in Westberlin werden bestätigt und ihr weiterer Ausbau gebilligt. Das Abkommen legt fest, *"daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrecht erhalten und entwickelt werden"* wenn auch *"diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden."* (22) Damit ist die BRD lediglich verpflichtet, die alte juristische Fassade zu wahren.

Verzichten muß die BRD lediglich auf Sitzungen des Bundestags, des Bundesrats und der Bundesversammlung in Westberlin. Sie darf weiter in Westberlin keine *"Akte unmittelbarer Staatsgewalt"* über Westberlin ausüben (23).

Die konsularische Vertretung Westberlins, die Vertretung Westberlins in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen durch die BRD und die Einbeziehung Westberlins in ihre Verträge wurde bestätigt (24).

Der Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD bestätigt dann noch einmal die Gültigkeit des Vier-Mächte-Abkommens (25). Weitergehend wird die Vertretung Westberlins in der DDR durch die BRD bezugnehmend auf das Vier-Mächte-Abkommen vereinbart (26).
Der Grundlagenvertrag ist das letzte Glied der internationalen Abkommen, die Westberlin der BRD überantwortet haben. *"Dieser Vertrag besiegelt endgültig die Viermächtebeschlüsse über Westberlin. Westberlin verliert dadurch den Status einer selbständigen politischen und ökonomischen Einheit, wie es nach dem zweiten Weltkrieg beschlossen wurde. So kommt Westberlin unter die Kontrolle der Bonner Revanchisten, die das Recht erhielten, diese Stadt im Ausland, ja sogar in der UNO zu vertreten."* (27)

Westberlin und die Entwicklung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten (28)

Westberlin ist keine selbständige politische Einheit, deren Annektierung durch die BRD zu verhindern wäre. Westberlin ist in den Händen der westdeutschen Bourgeoisie. Soweit Machtbefugnisse in den Händen der Besatzungsmächte sind, wurden sie das letzte Vierteljahrhundert gerade zur Sicherung der westdeutschen Bourgeoisie eingesetzt: *"... es (liegt) durchaus noch im Interesse des westdeutschen Imperialismus (...), die Garnisonen und die politische 'Verantwortlichkeit' der westlichen imperialistischen Mächte in und für Westberlin zu haben, bildet dies doch vorläufig eine eiserne Garantie dafür, daß Westberlin im Einflußbereich des westdeutschen Imperialismus verbleibt."* (29)

Aus den noch bestehenden Besatzungsrechten und der Anwesenheit von Truppen der westlichen Imperialisten schlußfolgern die Göttinger Genossen nun aber, daß Westberlin dem Wesen der Sache nach nicht in die BRD eingegliedert worden ist, und daß das Westberliner Proletariat einen besonderen oder doch getrennten Weg der Revolution zu gehen hat. Die Macht der westdeutschen Bourgeoisie sei lediglich scheinhafter Ausdruck der zeitweilig gleichen Interessenlage des westlichen und des westdeutschen Imperialismus in Westberlin. Bei einer Zuspitzung der heute schon aufbrechenden Widersprüche zwischen ihnen würde dieser Schein wie eine Seifenblase zerplatzen (30).

Da die Klassenverhältnisse innerhalb Westberlins dafür keine Grundlage hergeben, kann diese These nur aus den internationalen Kräfteverhältnissen abgeleitet werden. Gibt die Entwicklung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten eine Grundlage für die These der Göttinger Genossen?

---

(20) BK/O (58) 3 vom 14.3.58 (GVBl. S.304)

(21) Viermächte Abkommen; Verträge, Abkommen, Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Februar 1971, S.332

(22) ebenda S.333

(23) Brief der drei Botschafter an den Bundeskanzler, ebenda S.348

(24) Viermächte Abkommen, Anlage IV, ebenda S.340f.

(25) vgl. Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Art.9, in: Verträge, Abkommen und Vereinbarungen ... S.20

(26) Erklärung beider Seiten in Bezug auf Berlin (West), ebenda S.41

(27) Radio Tirana, 23.6.73, zit. nach ROTE STIMME Nr.12/73 vom 19.7.73, S.20

(28) vgl. Wilfried Maier, Breschnew in Washington, KOMMUNISTISCHE VOLKSZEITUNG Nr.1, Juli 73

(29) Entwurf einer Resolution ... a.a.O.

(30) Tagesspiegel 24.12.72

Schon nach 1945, als die deutsche Bourgeoisie entmachtet war, hatten die westlichen Imperialisten nicht auf ein Bündnis mit dieser Klasse verzichten können. Heute ist die BRD zur drittstärksten imperialistischen Macht geworden. Umgekehrt ist die Macht der USA in der Welt gesunken.
Zwar nehmen die Widersprüche der BRD wie der ganzen Europäischen Gemeinschaft zu den USA zu, aber eben deshalb kann der BRD-Imperialismus sich bei einer weiteren Zuspitzung auf England und Frankreich stützen, die 2/3 der insgesamt 11 000 Besatzungssoldaten in Westberlin stellen. Im umgekehrten Fall, der Zuspitzung der Widersprüche mit der westeuropäischen Staatengemeinschaft, kann der westdeutsche Imperialismus seine Koalition mit den USA weiter festigen.

Selbst die grundlegendste Änderung in den internationalen Widersprüchen, die Umwandlung der ehemals sozialistischen Sowjetunion in einen sozialimperialistischen Staat, die Ergänzung des Kampfes zwischen UdSSR und USA durch die Zusammenarbeit, schlägt nicht zum Nachteil des westdeutschen Imperialismus aus. Vielmehr ist die BRD dadurch in eine "Schlüsselposition" in Europa gekommen. Die Ostverträge einschließlich des Viermächteabkommens sind ja gerade Ausdruck dieses neuen Kräfteverhältnisses. Angesichts der Widersprüche zwischen den vier Mächten und der Möglichkeit der BRD, mit jeder in gewissem Umfang zu koalieren, und der veränderten Kräfteverhältnisse, ist unabhängig davon zwischen welchen Mächten im einzelnen der Kampf sich zuspitzt, die Position der BRD in Westberlin als so gesichert anzusehen, daß die Machtverhältnisse nicht auf "friedlichem" Wege zuungunsten der BRD verändert werden können: Die westlichen Imperialisten werden unfähig sein, die Macht, die sie nach der Ansicht der Göttinger Genossen nur delegiert haben, im gewissermaßen innerstaatlichen Verfahren zurückzufordern.

Der Weg der Revolution in Westberlin

Es gibt keine politische Selbständigkeit Westberlins gegenüber der BRD. Sie kann also auch nicht verteidigt werden. Da auch die Klassenverhältnisse in Westberlin keine anderen sind als in Westdeutschland, geht auch das Westberliner Proletariat denselben Weg.

Genossen der
Initiative zur Kommunistischen Gruppe
Westberlin

Können wir die Westberliner Kommunisten im KBW organisieren?

Auf der Gründungskonferenz des KBW blieb die Westberlin-Frage ungelöst. Das Programm stellt zwar eindeutig fest: "Die BRD und Westberlin stehen im westlichen imperialistischen Lager ... Insbesondere treten die Kommunisten den Versuchen der westdeutschen Bourgeoisie entgegen, Westberlin zu einem Brückenkopf ihrer Aggressionsbestrebungen auszubauen." Ungeklärt blieb jedoch die Frage, ob in Westdeutschland und Westberlin eine einheitliche kommunistische Organisation arbeiten soll, oder ob es notwendig ist, in Westberlin eine eigenständige Organisation aufzubauen.
Die Kommunistische Volkszeitung Nr.1 schreibt über den Streitpunkt, den Kern der Auseinandersetzung nicht ganz korrekt wiedergebend: "Während der westberliner Gastdelegierte und Mitglieder der Bremer Delegation sowie ein Teil der Gastdelegierten die Auffassung vertraten, daß die Aufgaben der Kommunisten in Westberlin die gleichen sind wie die Aufgaben der Kommunisten in Westdeutschland, waren die Göttinger und andere Delegierte der Auffassung, daß sich für die Kommunisten in Westberlin besondere Aufgaben stellen, die sich aus dem verschiedenen Charakter der Revolution in Westdeutschland und Westberlin ergeben."

Es ist demgegenüber zu betonen, daß es nicht um die Frage "besonderer Aufgaben" oder den "verschiedenen Charakter der Revolution" gegangen ist. Ohne Zweifel stellen sich den Kommunisten in Westdeutschland und Westberlin dieselben Aufgaben: Sturz der Bourgeoisherrschaft, und der Charakter der Revolution ist in beiden Fällen sozialistisch. Vielmehr ging und geht es um eine andere Frage.

Die proletarische Revolution ist ihrem Inhalt nach international, jedoch ihrer Form nach national. Der Grund dafür liegt darin, daß, wie im Kapitalismus überhaupt, auch im Imperialismus die Bourgeoisien national organisiert sind, woran auch übernationale Monopole und imperialistische Bündnisse nichts ändern. Deshalb stellt sich der Arbeiterklasse in imperialistischen Ländern auch nicht einfach die

Aufgabe, den Imperialismus schlechthin sondern vor allem und in erster Linie die eigene imperialistische Bourgeoisie zu bekämpfen. Der Klassenkampf wird auch in Zukunft, ungeachtet nationenübergreifender Kämpfe, im Aufeinanderprallen national organisierter Klassen bestehen.

Auf der Gründungskonferenz ist aus diesem Gedankengang von einigen Delegierten aber nun gerade gefolgert worden, daß deshalb die Kampfbedingungen in Westdeutschland und Westberlin die gleichen seien: beide Male stehe die Arbeiterklasse der westdeutschen Bourgeoisie gegenüber. Dies ist jedoch nur in dem Sinne richtig, daß in Westdeutschland und Westberlin hauptsächlich das westdeutsche **Kapital** der Gegner im ökonomischen Klassenkampf ist. Das kann aber nicht die ausschlaggebende Bedingung für die Frage der Organisierung des Klassenkampfes sein, käme man dann doch zu der unsinnigen Konsequenz, die Arbeiterklasse, wo immer sie sich auf der Welt westdeutschem Kapital gegenübersieht, in einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen. Im **politischen** Klassenkampf ist die ausschlaggebende Frage die nach der **Staatsmacht.**

Ohne Zweifel steht der Arbeiterklasse in Westdeutschland der westdeutsche Staat als Instrument der westdeutschen Bourgeoisie gegenüber. Daran ändert auch die Überreste des Besatzungsstatuts nichts (die sogenannten "alliierten Vorbehaltsrechte": das Recht der westlichen imperialistischen Mächte, bei Gefährdung der Sicherheit ihrer Einrichtungen und Truppen alle ihnen geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen) – sind diese doch heute kaum mehr als der juristische Abklatsch der Tatsache, daß sich, wie die Geschichte lehrt, bei Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen die Bourgeoisien gegenseitig zu Hilfe eilen.

Anders in Westberlin. Hier ist es keineswegs klar, daß der Staatsapparat das Instrument der westdeutschen und westberliner Bourgeoisie ist, mit dem sie nach Gutdünken schalten und walten kann. Wieder sind einige mögliche Mißverständnisse abzuwehren: Es geht hier nicht um irgendwelche Beobachtungen am juristischen Wolkenhimmel. Auf der Ebene des Staats- und Völkerrechts ist die aufgeworfene Frage überhaupt nicht zu lösen, bilden doch juristische Festlegungen nichts als den ideologischen Ausdruck ganz bestimmter gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Deshalb ist weder der Hinweis auf die (übrigens nicht unbeschränkte – siehe Notstands- und Wehrgesetzgebung) Übernahme westdeutscher Gesetze in Westberlin klärend, noch, umgekehrt, der Hinweis auf die von niemand bestrittene Ausübung der Hoheitsrechte über Westberlin durch die Siegermächte des 2.,Weltkrieges und den auch im Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 2.9.1971 niedergelegten Grundsatz, daß Westberlin kein konstitutiver Bestandteil der BRD ist und von dieser nicht regiert wird (Mayers Jahreslexikon 1971/72, S.17f.). Das Vier-Mächte-Abkommen hat im Bezug auf unsere Frage keine neue Situation geschaffen, so sehr es mit der Anerkennung der "Bindungen" Westberlins an die Bundesrepublik und der Bestimmung, daß Westberlin in internationalen Verhandlungen von der BRD-Regierung vertreten werden kann, ein schmählicher Schacher auf Kosten der DDR war und so sehr die Tatsache, daß die westlichen imperialistischen Mächte im Bunde mit dem westdeutschen Imperialismus mit der UdSSR dieses Abkommen abschließen konnten, Ausdruck des zugunsten vor allem des BRD-Imperialismus gewandelten Kräfteverhältnisses ist.

Nicht im Wolkenreich juristischer Nebelbildung ist die Frage zu lösen, sondern nur durch die Klärung, wer in Westberlin über die bewaffneten Streitkräfte, über die Polizei und über den übrigen Staatsapparat verfügt und in der Lage ist, diese Verfügung auch praktisch durchzusetzen. Die Probe auf den Pudding ist das Essen, und die Probe auf die Verfügungsgewalt über den Staatsapparat ist der Konfliktfall. Daß die meisten Maßnahmen der westberliner Staatsbürokratie zur Zeit dem gemeinsamen Willen der westlichen imperialistischen Mächte und der westdeutschen Bourgeoisie entsprechen, ist auf die zur Zeit noch weitgehend im Vordergrund stehende Interessengleichheit dieser imperialistischen Kräfte gegenüber der UdSSR zurückzuführen. Deshalb konnte in den vergangenen Jahren auch die Ausübung der staatlichen Gewalt weitgehend an den Westberliner Senat delegiert werden. Das berührt aber überhaupt nicht die Tatsache, daß der westberliner Staatsapparat keinen einzigen Schritt ohne Zustimmung der westalliierten Militärbehörden machen kann und diese jeden Schritt, jedes Gesetz usw. durch einfachen Kommandanturbefehl aufheben können. Nur ein Beleg von vielen: die Neue Zürcher Zeitung meldet am 1.7.73: "Über den Bau einer Pipeline, die Erdölprodukte aus der DDR nach Westberlin befördern soll, fand in dieser Woche eine erste Aussprache zwischen dem Senat und den Vertretern der drei westlichen Schutzmächte statt. Eine endgültige Zustimmung zu diesem Projekt wurde von den Alliierten noch nicht gegeben . . .".

Aus der Tatsache der zur Zeit noch übereinstimmenden Interessen kann jedoch nicht gefolgert werden, daß in Westberlin grundsätzlich die gleichen Kampfbedingungen herrschen wie in Westdeutschland. W.Maier hat in der Kommunistischen Volkszeitung Nr.1 hinlänglich beleuchtet, daß sich im Verhältnis der imperialistischen Mächte zueinander Verschiebungen ergeben, daß die Kooperation der westlichen imperialistischen Mächte und des BRD-Imperialismus eine Fülle von Widersprüchen enthält, die sich verschärfen. In dem Maße, in dem sich diese Widersprüche verschärfen, werden in Westberlin Widersprüche auftreten, die sich grundlegend von den Widersprüchen in Westdeutschland unterscheiden. Es wäre nun völlig müßig, denkbare Konfliktfälle auszuklügeln. Als grundlegende Tatsache für unsere Frage ist ausschließlich die ins Feld zu führen, daß im Konfliktfall die westlichen imperialistischen Mächte und nicht der BRD-Imperialismus in Westberlin ihren Willen durchsetzen können, und daß deshalb die Kampfbedingungen in Westberlin andere als in Westdeutschland sind.

Es geht nicht, wie auf der Gründungskonferenz von einem Genossen behauptet, darum, für Westberlin irgendwelche "Etappenmodelle" zu konstruieren. Welche Stellungnahme die westberliner Kommunisten vertreten sollen, können wir heute nicht und nicht in Westdeutschland klären und lösen. Kriterium der Stellungnahme kann nur sein, gleichgültig, wie die weltpolitische Konstellation aussieht und welches die konkreten Widersprüche dann sind: wird durch diese Stellungnahme der Entfaltung der Klassenkämpfe Raum geschaffen oder nicht, wird durch diese Stellungnahme der Arbeiterklasse in Westberlin eine Interessenidentität mit einer oder einer Gruppe imperialistischer Bourgeoisien vorgegaukelt oder wird der Arbeiterklasse in Westberlin ihr grundlegend von allen diesen unterschiedene Interesse klargemacht? Wie auch immer diese Stellungnahme dann ausfällt – nichts garantiert uns, daß sie in Westdeutschland und Westberlin gleich ausfällt.

Aber nicht nur im Blick auf mögliche Konfliktfälle in der Zukunft ist eine eigenständige Organisierung der westberliner Kommunisten notwendig. Auch die heute schon auf der Tagesordnung stehenden Aufgaben im politischen Kampf erzwingen eine eigenständige Organisierung der westberliner Kommunisten. So hat in der Vergangenheit in Westberlin der Kampf gegen die Übernahme bestimmter

westdeutscher Gesetze eine wesentliche Rolle gespielt und wird dies auch in Zukunft tun. Am Beispiel der Wehrgesetzgebung wird deutlich, daß dieser Kampf in Westdeutschland und Westberlin unter verschiedenen Bedingungen stattfindet. Die prinzipielle Stellungnahme dazu ist im Programm festgelegt und gibt eine klare Anweisung, wie wir uns bei Versuchen zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und zum Aufbau eines Söldnerheeres zu verhalten haben: wir sind gegen jede Aushöhlung der allgemeinen Wehrpflicht (ohne, wie H.L. in der KVZ Nr.1 auf S.12, zu behaupten, die Armeen, die auf der allgemeinen Wehrpflicht aufbauten, seien "Volksheere" – aber das nur beiläufig). Ganz anders muß die Stellungnahme in Westberlin aussehen. Dort muß es Aufgabe der Genossen sein, jeden Versuch des westdeutschen Imperialismus, die allgemeine Wehrpflicht auf Westberlin auszudehnen, schärfstens zu bekämpfen. Und der Gegner ist hierbei erst in zweiter Linie die westdeutsche Bourgeoisie. Der Gegner, der im politischen Kampf gezwungen werden muß, die Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf Westberlin zu unterbinden, sind die drei westlichen Stadtkommandanten.

Schließlich ein letzter Punkt. Wir geraten bei einer einheitlichen Organisierung in Westdeutschland und Westberlin in unlösbare Widersprüche, was unsere Forderungen im Bezug auf einen Friedensvertrag betreffen. Im Programm steht: "Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und Aufhebung aller Überreste des Besatzungsstatuts, volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt, die Westberlin-Frage regelt und die vollen Souveränitätsrechte beider Staaten garantiert." Wie müssen unsere Forderungen in Bezug auf Westberlin aussehen? Selbstverständlich so, daß wir jeden Versuch der westdeutschen Bourgeoisie, die Verfügung über Westberlin zu erhalten, bekämpfen müssen, denn der westdeutsche Imperialismus schielt auf Westberlin als dem entscheidenden Hebel für seine Expansionstendenzen gegenüber der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten. Garantie der vollen Souveränitätsrechte kann unter den heute herrschenden Bedingungen für Westberlin gar nichts anderes heißen, als die Forderung nach dem Status einer Freien Stadt, denn von einer Wahrung der vollen Souveränitätsrechte der DDR kann solange keine Rede sein, wie eine Gruppe imperialistischer Mächte oder der BRD-Imperialismus das Recht hat, 70 km vor der Grenze Polens, tief im Hinterland der DDR, einen riesigen Truppenaufmarschplatz zu unterhalten, auf dem sie frei schalten und walten können. Und wenn dies unser Kampfziel ist, wäre es falsch und prinzipienlos, in Westdeutschland und Westberlin eine einheitliche Organisation zu gründen.

ERGEBNISSE der GRÜNDUNGSKONFERENZ des KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND

INHALT

Gründungserklärung

Programm des KBW

Statut des KBW

Die Entwicklung des Klassenkampfes und die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten

Leitsätze zur Arbeit in den Gewerkschaften

Preis: DM 2,–

Zu beziehen über
Verlag KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF, 68 Mannheim, Sandhofer Straße 29, Ruf: 0621/379221

Schwarz - Rot - Goldene Kommunisten?

PROGRAMM UND POLITIK DES ARBEITERBUNDES FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER KPD

Die westdeutsche kommunistische Bewegung befindet sich immer noch in der Lage, viele Fragen diskutieren zu müssen, die keineswegs im Brennpunkt der aktuell stattfindenden proletarischen Klassenkämpfe stehen. Sie hat die Phase noch nicht abgeschlossen, in der sie das ABC des Marxismus erlernen und über die Grundbedingungen des Kampfes der westdeutschen Arbeiterklasse sich programmatisch Klarheit verschaffen muß. Wo man aber das ABC erlernt, da werden naturgemäß viele Fehler gemacht, und zahlreiche Veröffentlichungen in der kommunistischen Bewegung verdienen bei solcher Lage der Dinge nicht wegen ihres besonders wichtigen, klärenden oder auch nur interessanten Inhalts breitere Aufmerksamkeit, sondern weil darin eine der bekannteren kommunistischen Organisationen besonders schwere und für die Entwicklung der Bewegung schädliche Böcke geschossen hat. Genau dies ist der Fall mit dem Programmentwurf des "Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD", zu dem sich die Arbeiterbasisgruppen München und 3 Sympathisantengruppen im Mai dieses Jahres zusammengeschlossen haben.

Dieses Programm ist nach Meinung seiner Verfasser "aus den Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung und dem Studium der herrschenden Verhältnisse (ge)schöpft". Es beansprucht Antwort zu geben "in den entscheidenden Grundfragen des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus" (S.4). Da die Kritik der Arbeiterbasisgruppen am Entwurf der Programmkommission der damaligen Bremer Kommunique-Zirkel vor allem darauf abzielte, daß deren Entwurf keinerlei Antwort auf die besonderen Fragen der **westdeutschen** Arbeiterbewegung gebe, mußte man gespannt sein, welche der vielbeschworenen Besonderheiten des westdeutschen Imperialismus im eigenen Programmentwurf denn nun dargelegt werden würden.

1. Muß die westdeutsche Arbeiterklasse den nationalen Befreiungskampf führen?

Die hervorstechendste These, die der Programmentwurf des Arbeiterbundes in dieser Hinsicht enthält, das ist zweifellos die Behauptung, das westdeutsche Proletariat müsse nicht nur den Kampf um seine soziale Befreiung führen, sondern darüberhinaus auch "den schweren Weg des Kampfes für die nationale Befreiung" aufnehmen (S.27). Der Arbeiterbund beklagt die "knechtische Unterdrückung, die schmachvolle Demütigung ... des ganzen deutschen Volkes" und tritt dafür ein, "die Spaltung seiner Nation für immer zu beseitigen" (S.26f.). Er stellt deshalb die Losung auf: "Für ein freies, einiges und sozialistisches Deutschland." Wir sind der Auffassung, daß das ein schwerer Fehler ist und politisch in die gefährlichsten chauvinistischen Abirrungen führen kann.

Die nationale Frage hat für den Kampf der Arbeiterklasse um die soziale Befreiung immer wieder eine wesentliche Rolle gespielt, und sie tut es auch heute noch. Welcher Art aber diese Rolle ist, ob sich an der Frage der Nation revolutionäre Bewegungen entzünden können oder ob sie nur noch als ideologische Hülse für reaktionäre Bewegungen zu dienen vermag, welche Stellung dementsprechend die Arbeiterklasse zur Frage der Nation einnehmen muß, darüber entscheiden die historischen Umstände und die Gegebenheiten des jeweiligen Landes. Prinzipiell können wir nur festhalten, daß die Arbeiterklasse zwar die Existenz verschiedener Nationen als eine historische Gegebenheit anerkennt, von sich aus aber der Frage der Nation keine eigenständige Bedeutung beimißt.

Die grundsätzliche Position der Arbeiterklasse ist "die Einheit und Unteilbarkeit des Klassenkampfes" (Stalin, Bd.2, S.267) über die Ländergrenzen hinweg und wo immer nationale Interessen mit denen des internationalen proletarischen Klassenkampfes in Widerspruch geraten, gilt der Grundsatz: "Die Pflichten der (Kommunisten), die die Interessen des Proletariats verfech(ten), und die Rechte der Nation, die aus verschiedenen Klassen zusammengesetzt ist, sind zwei verschiedene Dinge" (Stalin, a.a.O.,S.284). Weil das grundsätzliche politische Interesse des Proletariats darin besteht, den Klassenwiderspruch im Innern einer jeden kapitalistischen Gesellschaft möglichst scharf hervortreten zu lassen, unternimmt sie alles in ihrer Macht stehende, um die Widersprüche zwischen den Nationen möglichst abzustumpfen.

1.1 Marx und Engels zur nationalen Frage

Marx und Engels gingen davon aus, daß der Kapitalismus selbst eine Tendenz zur Abstumpfung der nationalen Widersprüche habe: "Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, mit dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen" (Kommunistisches Manifest, MEW Bd.4, S.479). Die Politik der Arbeiterklasse muß darauf bedacht sein, diese Entwicklung zu befördern und die Widersprüche zwischen den Nationen so weit wie möglich zu re

duzieren, auch und gerade dann, wenn sie noch um die Herrschaft kämpft. Denn je stärker nationale Widersprüche das Denken und Handeln der Menschen bestimmen, um so weniger haben die Klassenwidersprüche im Innern der Nationen Gelegenheit zur Entfaltung zu kommen.

Wie ist mit dieser grundsätzlichen Stellung zur nationalen Frage nun die Tatsache vereinbar, daß Marx und Engels die Existenz von Nationalstaaten in Westeuropa nicht nur für richtig hielten, sondern die Arbeiterklasse sogar ausdrücklich aufforderten, etwa den Kampf der deutschen Bourgeoisie um einen einheitlichen Nationalstaat zu unterstützen? – Weil der einheitliche und zentralisierte Nationalstaat mit seinem großen zusammenhängenden Markt der angemessene staatliche Rahmen für eine möglichst schnelle Durchsetzung des Kapitalismus war, während die überkommene feudale Zersplitterung die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise massiv behinderte. Die Durchsetzung des Kapitalismus gegen vorkapitalistische Produktionsweisen lag aber für Marx und Engels in der Phase des aufkommenden Kapitalismus auf der Linie des historischen Fortschritts. Der einheitliche nationale Markt, das war der ökonomische Fortschritt, der Fortschritt in den Produktionsverhältnissen; der Nationalstaat der ihm entsprechende politische Überbau. Marx und Engels traten für die Existenz und die Bildung von Nationalstaaten in Westeuropa ein, weil diese politische Hebel waren, um den Fortschritt in den Produktionsverhältnissen zu befördern.

Am Kampf für den einheitlichen Nationalstaat waren in Westeuropa alle Klassen beteiligt, die ein Interesse an der Beseitigung des Feudalismus und der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise hatten: Neben der Bourgeoisie die Bauernschaft, das städtische Kleinbürgertum einschließlich der Intelligenz und die entstehende Arbeiterklasse. Die politische Führung in den von diesen Klassen getragenen nationalrevolutionären Bewegungen hatte die Bourgeoisie inne. Weil diese Bewegungen fortschrittlich waren, empfahlen Marx und Engels der Arbeiterklasse, sie zu unterstützen – trotz der bürgerlichen Führung –, gleichzeitig aber die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung unbedingt zu wahren, um sofort wenn die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse geworden war, den Kampf für ihren Sturz eröffnen zu können. D. h. Marx und Engels waren strikt darauf bedacht, die Klasseninteressen des Proletariats nicht in den vermeintlich "nationalen Interessen" untergehen zu lassen.

1.2 Die Stellung der Bolschewiki zur nationalen Frage im zaristischen Rußland

Unter einem anderen Gesichtspunkt stellte sich die nationale Frage für die osteuropäischen Sozialdemokraten, namentlich für die Bolschewiki zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das zaristische Rußland war ein Vielvölkerstaat, innerhalb dessen rabiate nationale Unterdrückung ausgeübt wurde. Während die Großrussen das Staatsvolk bildeten, sahen sich die Angehörigen anderer Nationalitäten ihres Rechts auf Gebrauch der eigenen Sprache, Schutz der religiösen, kulturellen usw. Besonderheiten beraubt. Die Bourgeoisie in den weniger entwickelten Gebieten des Zarenreiches sah sich der massiven Konkurrenz der großrussischen Unternehmer und Kaufleute ausgesetzt. Auf der Grundlage dieser nationalen Unterdrückung entwickelten sich im zaristischen Rußland nationale Bewegungen, die immer wieder den Klassenkampf überlagerten und die Einheitlichkeit des Proletariats der verschiedenen Nationen zu zerstören drohten. Die russischen Sozialdemokraten konnten nun aber nicht wie es Marx und Engels z. B. hinsichtlich Deutschlands taten, die Arbeiter Polens, der Ukraine, Georgiens usw. auffordern, diese nationalen Bewegungen einfach zu unterstützen unter der positiven Losung der Schaffung eines polnischen, ukrainischen, georgischen usw. Nationalstaates. Denn diese Nationalstaaten hätten zwar die Konkurrenzbedingungen der jeweiligen einheimischen Bourgeoisien gegenüber der russischen verbessert, konnten aber nicht mehr als Hebel angesehen werden, um die Entwicklung des Kapitalismus und damit die Entfaltung der Produktivkräfte überhaupt zu beschleunigen. Im Gegenteil, die Verwandlung vieler der noch weitgehend agrarisch wirtschaftenden Nationalitäten des Zarenreiches in selbständige Nationalstaaten mußte geradezu als Hemmnis der von außen einströmenden kapitalistischen Entwicklung wirken. Die russischen Sozialdemokraten stellten deshalb nicht die Forderung auf, Nationalstaaten zu schaffen, sondern proklamierten in ihrem Programm, das **Recht** einer jeden Nation auf Selbstbestimmung – bis hin zum Recht auf Lostrennung aus dem einheitlichen Staatsverband. Insbesondere Lenin wies dabei immer wieder darauf hin, daß die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung der Nationen und der Lostrennung aus dem einheitlichen Staatenverband nicht bedeuten müsse, daß die Arbeiter der unterdrückten Nation auch positiv für die Lostrennung und die Bildung eines eigenen, souveränen Staates eintreten müßten. Die rückhaltlose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nation durch die Arbeiterklasse aber sei unabdingbar, weil hier wie in jeder anderen Frage nur das uneingeschränkte Eintreten für den politischen Demokratismus die Arbeiterklasse ihren Zielen näherbringen könne. Wenn die unterdrückten Nationen die Gewißheit haben können, von einer zur Macht gelangten Arbeiterklasse der unterdrückten Nation in der Freiheit ihrer Entscheidungen nicht eingeschränkt zu werden, erst dann kann sich die Arbeiterklasse der unterdrückten Nation der chauvinistischen Hetze ihrer Bourgeoisie wirkungsvoll entgegensetzen und die Selbständigkeit der proletarischen Politik in der nationalrevolutionären Bewegung wahren. Die unterdrückten Völker vermögen dann leichter zu erkennen, daß ihre bedrängte Lage nicht den nationalen Eigentümlichkeiten der Großrussen entspringt, sondern der Tatsache, daß die Bourgeoisie dort herrschende Klasse ist. Die Arbeiterklasse der unterdrückten Nation aber ist überhaupt erst durch den Bruch mit der Unterdrückungspolitik ihrer Bourgeoisie in der Lage, den Kampf um die eigene Befreiung entschieden in Angriff zu nehmen.

1.3 Die nationale Frage unter den Bedingungen des Imperialismus

Mit dem Aufkommen des Imperialismus wurde die Lage, die bis dahin für einzelne Länder kennzeichnend war, zu einem beherrschenden Moment in der Welt: die Unterscheidung in unterdrückende und unterdrückte Nationen wurde zum Hauptmerkmal der internationalen Beziehungen. Stalin spricht davon, daß die nationale Frage mit dem Aufkommen des Imperialismus den Rahmen einzelner Nationalitätenstaaten überschreitet und "mit der allgemeinen Frage der Kolonien . . . verschmilzt" (Leninismus, Heft 6, S.31), sich "aus einer inneren staatlichen Frage in eine Weltfrage verwandelte" (S.125). Klassenmäßiger Träger der nationalen Bewegungen werden in dieser Phase immer mehr die Bauern. Stalin bezeichnet deshalb "die nationale Frage . . . dem Wesen der Sache nach als eine Bauernfrage" und erklärt, "daß die Bauernschaft die Hauptarmee der nationalen Bewegung darstellt, daß ohne Bauernarmee eine mächtige nationale Bewegung nicht besteht und nicht bestehen kann"

(a.a.O.). Und warum werden die Bauern immer mehr zum Träger der nationalrevolutionären Bewegungen? Weil sich in den Kolonien und Halbkolonien eine eigenständige Bourgeoisie nicht oder nur sehr kümmerlich entwickeln kann, die von außen einströmenden Waren der entwickelten kapitalistischen Länder aber die stammesmäßig oder feudal organisierten Agrarverhältnisse unterhöhlen und eine Agrarrevolution unabwendbar machen, eine Agrarrevolution, die sich verbindet mit dem Kampf gegen die Ausplünderung der weniger entwickelten Nation durch den imperialistischen Kapitalismus. Eine Umwälzung der Agrarverhältnisse ist unter diesen Bedingungen nur zu erreichen, wenn die Staatsmacht ausgeübt wird von der Arbeiterklasse und den an ihrer Seite kämpfenden armen und mittleren Bauern. Dabei kann es gelingen, das städtische Kleinbürgertum und diejenigen Teile der Bourgeoisie zu gewinnen, die in Konkurrenz zur Bourgeoisie der imperialistischen Länder eine eigenständige kapitalistische Entwicklung ihres Landes anstreben. Diese Klassen müssen um die politische Macht kämpfen gegen fremde imperialistische Mächte und deren Lakaien im eigenen Land, also gegen diejenigen einheimischen Klassen, die an der Aufrechterhaltung der alten gegenüber dem Imperialismus wehrlos machenden Zuständen interessiert sind und an der Ausplünderung des eigenen Volkes mitprofitieren: die Großgrundbesitzer und die Kompradorenbourgeoisie. Die Umwälzung auf dem Land, verbunden mit dem Kampf um die staatliche Unabhängigkeit geben diesen Bewegungen ihren **nationalrevolutionären** Charakter.
Nationalrevolutionäre Bewegungen aber können natürlich nur aufkommen, wo tatsächlich **nationale** Unterdrückung existiert, also eine Unterdrückung, die bis auf die Feudalklasse mehr oder weniger alle Klassen der Nation betrifft. Eine "nationale" Unterdrückung, in die nicht zumindest Teile der Bourgeoisie des betreffenden Landes einbezogen sind, ist ein Widerspruch in sich. Ist die Bourgeoisie eines Landes völlig frei von Unterdrückung durch eine fremde Bourgeoisie, so ist es der komplette Unsinn, davon zu sprechen, die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen würden aber "national" unterdrückt. Denn worin besteht die nationale Freiheit für die Bourgeoisie? Sie besteht in der "souveränen Herrschaft der Bourgeoisie", in der "Möglichkeit einer 'freien', selbständigen kapitalistischen Entwicklung", in der "Hegemonie über das 'unabhängige' Volk" (Protokoll des VI.Weltkongresses der Komintern, Thesen "Über die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien", 1928; Zitat nach: Leninismus Bd.6, S.103). Die Freiheit der Bourgeoisie besteht darin, sich der ungestörten Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse zu erfreuen. Ist die Bourgeoisie im Genuß dieser Freiheit, so kann es den Werktätigen des betreffenden Landes noch so schlecht gehen: Es ist die eigene Bourgeoisie, die ihnen im Nacken sitzt, von nationaler Unterdrückung kann dann keine Rede sein.
Für die Arbeiterklasse in allen imperialistischen Ländern – also in solchen Ländern, in denen der Kapitalismus in die Phase der Monopolisierung eingetreten ist und die von der Ausplünderung weniger entwickelter Völker zehren – für die Arbeiterklasse dieser Länder gilt, daß sie den Kampf gegen die Unterdrückungs- und Ausplünderungspolitik der eigenen Bourgeoisie führen müssen: Ihnen erwächst nicht mehr die Aufgabe, für die Rechte der eigenen Nation auf selbständige staatliche Existenz zu kämpfen, sondern nur noch die Aufgabe, die eigene Bourgeoisie zu stürzen und sie dort zu bekämpfen, wo sie die Rechte anderer, unterdrückter Nationen verletzt. In der nationalen Frage gibt es für die Arbeiterklasse imperialistischer Länder nur noch die Maxime: "Ein Volk, das andere unterdrückt, kann selbst nicht frei sein!"

1.4 Kann es fortschrittliche nationale Bewegungen im hochentwickelten Kapitalismus geben?

Aber es sind nicht nur die äußeren Verhältnisse der Unterdrückung kleinerer, schwächerer und weniger entwickelter Nationen, die es verhindern, daß für die Arbeiterklasse imperialistischer Länder die Aufgabe des Kampfes um die Rechte der eigenen Nation nicht mehr besteht. Die Klassenverhältnisse im Innern dieser Länder lassen es auch nicht zu, daß sich in ihnen noch einmal **nationalrevolutionäre** Bewegungen entwickeln können. Lenin macht das deutlich an der von Marx übernommenen Unterscheidung zwischen "zwei ... grundverschiedenen Epochen des Kapitalismus. Zunächst ist das die Epoche des Zusammenbruchs des Feudalismus und Absolutismus, die Epoche der Herausbildung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und des bürgerlich-demokratischen Staates, die Epoche, in der die nationalen Bewegungen zum erstenmal zu Massenbewegungen werden und so oder anders **alle** Klassen der Bevölkerung durch die Presse, durch die Teilnahme an den Vertretungskörperschaften usw. in die Politik hineinziehen. Dann aber haben wir es zu tun mit der Epoche der völlig herausgebildeten kapitalistischen Staaten mit einer seit langem eingebürgerten konstitutionellen Ordnung, mit stark entwickeltem Antagonismus von Proletariat und Bourgeoisie – einer Epoche, die man als Vorabend des Zusammenbruchs des Kapitalismus bezeichnen kann. Für die erste Epoche ist typisch, daß die nationalen Bewegungen erwachen und die Bauernschaft die zahlreichste und am schwersten in Bewegung zu bringende Bevölkerungsschicht im Zusammenhang mit dem Kampf für politische Freiheit im allgemeinen und für die Rechte der Nationalität im besonderen in die nationalen Bewegungen hineingezogen wird. Für die zweite Epoche ist typisch, daß bürgerlich-demokratische Massenbewegungen fehlen, während der entwickelte Kapitalismus, der die schon völlig in den Handelsverkehr einbezogenen Nationen einander immer näher bringt und immer mehr verwischt, dem Antagonismus zwischen dem international verfilzten Kapital und der internationalen Arbeiterbewegung in den Vordergrund rückt." (Bd.20, S.403f.)
Angesichts zweier innerimperialistischer Weltkriege, in denen es beide Male den herrschenden bürgerlichen Klassen gelungen ist, Millionenheere unter nationalistischem Gedröhn gegeneinander in die Schlacht zu schicken, angesichts der Abermillionen Tote, die diese Bruderkämpfe die Arbeiter aller Länder gekostet haben, scheint Lenins Darstellung einfach an der Wirklichkeit zu scheitern. Aber Lenin spricht nicht einfach von nationalen Bewegungen, er spricht von nationalen Bewegungen, die den "Kampf für politische Freiheit und für die Rechte der Nationalität im besonderen" führen, d. h. er spricht von **nationalrevolutionären** Bewegungen, die bei voll entfaltetem Kapitalismus nicht mehr aufkommen können. Und damit hat er zweifellos recht. Die Geschichte kennt keine nationale Bewegung in einem hochentwickelten kapitalistischen Land, die noch revolutionären Charakter gehabt hätte. Wo nationale Bewegungen in diesen Ländern zutage traten, trugen sie einen ausschließlich reaktionären Charakter.
Und es ist das auch kein Wunder. Für welches fortschrittliche Ziel sollte in den hochentwickelten, imperialisitschen Ländern noch unter der Fahne der Nation gekämpft werden? Der nationale Markt ist lange schon erkämpft gewesen und die Entwicklung des Kapitalismus hat dahin geführt,

daß dem monopolistischen Kapital der nationale Markt zu eng geworden ist. Wo noch oder wieder eine Schutzzollpolitik nach außen betrieben wird, hat das nicht mehr die Funktion, den Aufbau einer nationalen Industrie überhaupt erst zu ermöglichen, sondern ist zu einer Waffe im innerimperialistischen Konkurrenzkampf geworden. Der Feudalismus ist endgültig besiegt. Die Bauern sind aus den feudalen Fesseln befreit. Auf dem Land hat der Kapitalismus Einzug gehalten. – Wo soll da dem Kampf für die Rechte der Nation noch irgendetwas Fortschrittliches anhaften? Auf welche Kräfte soll er sich stützen können? Eine nationale Bewegung, die nicht in den Kolonialländern gleichzeitig gegen den Feudalismus und gegen fremde Unterdrückung gerichtet ist, muß reaktionär werden. Sie ist ein Betrug an den Volksmassen, weil die Bourgeoisie schon längst zum wirklichen Feind des werktätigen Volkes geworden ist und zwar die eigene Bourgeoisie. Die aber unter der Fahne der Nation bekämpfen zu wollen, ist der helle Unsinn, weil die Bourgeoisie zweifelsfrei selbst ein Bestandteil der Nation ist.

1.5 KPD und nationale Frage

Daß eine **fortschrittliche** "nationale" Bewegung in einem hochkapitalistischen Land nicht mehr zu entfalten ist, das hat die KPD in ihrer Geschichte zweimal erfahren. Einmal 1923 während der französischen Ruhrbesetzung, ein zweites Mal Anfang der fünfziger Jahre als sie damit scheiterte, das deutsche Volk für den Kampf um seine nationale Befreiung aufzurufen.

1923, nach ihrer Niederlage im I.Weltkrieg sah sich die deutsche Bourgeoisie dem massiven Druck ihres siegreichen französischen Konkurrenten ausgesetzt. Angesichts der vorübergehenden militärischen Hilflosigkeit der deutschen Bourgeoisie konnte die französische Bourgeoisie ihre Erpressungspolitik bis zur Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen treiben. Die KPD gab damals die Parole aus: "Schlagt Poincare an der Ruhr und Cuno an der Spree!". Zunächst mußte das nichts anderes heißen als die Aufforderungen an die deutschen Arbeiter, jeweils diejenigen Kapitalisten und ihre Regierungen zu schlagen, die politische Macht über sie ausüben. Daß dabei auch die deutsche Bourgeoisie ein Interesse daran hatte, daß Poincare an der Ruhr eine Niederlage erlitt, verschlug dabei nicht weiter, solange die Reichsregierung in Berlin (Cuno) ebenfalls heftig attackiert wurde.

Damals liefen jedoch die Erwägungen der Zentrale der KPD darauf hinaus, daß der deutsche Kapitalismus durch die Niederlage seinen imperialistischen Charakter für den Moment verloren habe und die deutsche Bourgeoisie in ihrem Widerstand gegen die französische tatsächlich nationale Interessen verteidige und objektiv revolutionäre Entwicklungen befördere. "Die deutsche Bourgeoisie, so konterrevolutionär sie nach innen ist, ist vermöge der Feigheit der kleinbürgerlichen Demokratie (d. h. vor allem der Sozialdemokratie) in die Lage gekommen, **nach außen objektiv** revolutionär aufzutreten", schrieb August Thalheimer im Februar 1923 in der "Internationale" (S.99). Die Taktik der Partei sollte darauf hinauslaufen, nicht das "nationale" Gedröhn der Bourgeoisie als Falschmünzerei zu entlarven, sondern die Unzulänglichkeit der von der Bourgeoisie an der Ruhr geleisteten nationalen Widerstandes zu geisseln. Man hoffte damit, die Bourgeoisie entweder vorwärts treiben zu können zu ernsthaftem Kampf an der Ruhr – was bedeutet hätte, daß sie die Arbeiterklasse bewaffnen müßte – oder aber, sie in aller Klarheit als "antinational" zu entlarven. Also nicht die Entlarvung des Nationalismus als eine bürgerliche Ideologie, die mit Vollendung der bürgerlichen Revolution und der Durchsetzung des Kapitalismus ihre fortschrittliche Bedeutung verliert, war das Ziel, sondern die Entlarvung der Bourgeoisie als schlechte Verfechterin der nationalen Interessen. Man glaubte damit in einer völlig veränderten Geschichtsepoche eine Taktik wieder in Anwendung bringen zu können, wie Marx sie ähnlich in der bürgerlichen Rev olution propagiert hatte, als er der deutschen Arbeiterklasse vorschlug, die Einheit der Nation nicht nur gegen den Feudalismus im Innern, sondern auch durch einen nationalrevolutionären Krieg gegen den Hort der europäischen Reaktion, gegen das zaristische Rußland zu erkämpfen. In diesen Kämpfen – so der Gedanke von Marx – würde sich die Arbeiterklasse nicht nur als entschiedenster Verfechter der Demokratie, sondern auch als entschlossenste Vorkämpferin der berechtigten Interessen der Nation erweisen und darüber zur führenden, schließlich zur herrschenden Klasse der Nation werden zu können. So richtig diese Taktik 1848 im aufkommenden Kapitalismus und in der bürgerlichen Revolution war, so falsch war sie 1923 im besiegten, aber nach wie vor imperialistischen deutschen Reich.

Es gab keine **berechtigten**, historisch fortschrittlichen "nationalen" Interessen der Deutschen mehr, in deren Verfolgung die. Arbeiterklasse sich als führend hätte erweisen können. Sicher, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Frankreich lebten deutsche Minderheiten, gab es sogar fast rein deutsch besiedelte Gebiete und die neugegründeten osteuropäischen Staaten ließen z. T. diese Minderheiten für eine jahundertelange Unterdrückung durch die Deutschen büßen. Die Ergebnisse des 1.Weltkrieges waren keineswegs sehr gerecht gewesen. Im Gegenteil, die siegreichen Räuber preßten den besiegten kräftig die Kehle zu. Eine kommunistische Partei aber, die deswegen auf den Gedanken gekommen wäre, statt der sozialen Revolution einen nationalen Befreiungskampf zu propagieren, wäre zweifellos von allen guten Geistern verlassen gewesen. Sie hätte nicht nur die Interessen der internationalen kommunistischen Bewegung den nationalen Interessen geopfert, sondern darüberhinaus nicht einmal Resonanz im eigenen Volk gefunden. Der Masseneinfluß, den die KPD im Jahr 1923 gewann und der sie bis knapp vor die Machtergreifung führte, resultierte denn auch keineswegs daraus, daß die deutsche Bourgeoisie sich als antinational erwiesen hätte, die KPD aber als Verfechterin der nationalen Interessen. Es war vielmehr Ergebnis der Tatsache, daß Wirtschaftskrise und Inflation für immer breitere Massen offenbar werden ließen, daß ihre Lebensinteressen mit denen der herrschenden bürgerlichen Klasse sich nicht deckten. Die Arbeiterklasse war knapp davor, sich zur herrschenden Klasse der Nation zu erheben, nicht weil sie sich als besonders national erwiesen hätte, sondern weil die Nation unter der Herrschaft der Bourgeoisie nicht mehr leben konnte, sondern ins Chaos zurückfiel.

In der Politik der KPD bis hin zur faschistischen Machtergreifung 1933 hat immer wieder der Gedanke eine Rolle gespielt, es müßte der Kampf um die nationale Befreiung des deutschen Volkes geführt werden. Praktische Auswirkungen hatte das allerdings kaum. Denn die KPD hielt daran fest, daß die proletarische Diktatur unabdingbar Voraussetzung der nationalen wie der sozialen Befreiung sei. Die Erklärungen zur nationalen Befreiung blieben deshalb auf der Ebene der Propaganda und bestimmten nicht unmittelbar die Politik. Diese blieb ausgerichtet auf den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und die Eroberung der proletarischen Diktatur. Man versprach die nationale Befrei-

ung als Ergebnis der proletarischen Revolution und hoffte damit die im Kleinbürgertum verbreiteten nationalistischen Stimmungen auffangen und für die proletarische Revolution gewinnen zu können. Ein irgendwie nennenswerter Erfolg konnte damit nicht erzielt werden.

Ein zweites Mal griff die KPD die Parole des nationalen Befreiungskampfes auf zu Beginn der fünfziger Jahre, insbesondere in dem 1952 vorgelegten "Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands". KPD und SED gingen damals davon aus, daß die "anglo-amerikanischen Besatzungsmächte systematisch eine Politik der Spaltung und Kolonialisierung" durchführten und in der Bundesrepublik einen "kolonialen Satellitenstaat errichtet" hätten. (Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED, III. Parteitag der SED 1950, Dokumente der SED, S.83) Sie stellte sich dementsprechend die Aufgabe, "den Zusammenschluß der Bevölkerung Westdeutschlands zum Befreiungskampf um die nationale Wiedervereinigung Deutschlands" (Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, November 1952. Dokumente der KPD 1945–56, S.348). Dieser Zusammenschluß sollte hergestellt werden gegen die imperialistischen Besatzungsmächte und "alle Militaristen, Faschisten und sonstigen Feinde des deutschen Volkes" (Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. Entschließung des Parteitages der KPD von 1951. Dokumente der KPD 1945-56, S.259), die sich um das Adenauer-Regime sammelten: Dieses Adenauer-Regime wurde beschrieben als "ein willfähriges Instrument der Besatzungsmächte", als eine "Marionettenregierung". Als klassenmäßige Träger dieses Regimes wurden die "deutschen Monopolherren und Großgrundbesitzer", die "reaktionären Politiker und Militaristen" genannt (Fisch, Walter/Rische, Fritz: Zum Programm der Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Dokumente aus dem Prozeß gegen die KPD, S.7f.), "die heute im Auftrage des anglo-amerikanischen Finanzkapitals das deutsche Volks ausbeuten und unterdrücken." (Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED, III. Parteitag 1950, a.a.O. S.84).

Gegen diese Großgrundbesitzer und Kompradorenbourgeoisie könne, so lautete die These, das gesamte deutsche Volk um das Ziel der nationalen Wiedervereinigung geeint werden. Nicht nur die Arbeiterklasse – Hauptkraft der patriotischen Volksbewegung –, sondern auch die Bauernschaft, der Schutzzölle gegen den Konkurrenzdruck aus dem Ausland versprochen werden (Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD, 1951, a.a.O.,S.272); die Intelligenz, der die Bewahrung des "deutschen Kulturerbes" in Aussicht gestellt wird und vor allem "immer breitere Schichten der westdeutschen Bourgeoisie", die sich "nicht an die ausländischen Monopole verkauft" haben. Um diesen "Teil der Bourgeoisie in den nationalen Kampf" einzubeziehen, "verteidigt die Kommunistische Partei solche Forderungen wie die freie Entwicklung des innerdeutschen Handels und des Außenhandels, das Verbot der Zwangsexporte und den Schutz des inneren Marktes vor der ausländischen Konkurrenz, das Recht auf uneingeschränkte Produktion von Friedensgütern, die Einstellung der Demontagen aus Konkurrenzgründen." (Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD, 1951, a.a.O. S.274). Den Kampf will die KPD für die Zeit des nationalen Befreiungskampfes nur "gegen den Teil der westdeutschen Bourgeoisie" führen, "der mit den amerikanisch-englischen Kriegsbrandstiftern ein Bündnis eingegangen" ist (a.a.O. S.274). Dabei geht sie soweit, diesen Teil mit dem Hinweis gewinnen zu wollen, daß "Deutschland nur dann wieder gesunden und eine unabhängige Großmacht werden" kann, wenn es den von der KPD vorgeschlagenen Weg der nationalen Wiedervereinigung geht. (a.a.O. S.259)

Wie wir heute wissen, ist diesem nationalen Aufruf der KPD kein Erfolg beschieden gewesen. Die Vorhersage, daß ein gespaltenes Deutschland ökonomisch nicht lebensfähig sei, von Krise zu Krise torkle und die westdeutsche Arbeiterklasse einer dauernden zweifachen Ausbeutung aussetze, diese Vorhersage hat sich eindeutig als falsch erwiesen. In der ganzen Geschichte des deutschen Kapitalismus gibt es keine eindrucksvollere Aufschwungphase als die fünfziger und beginnenden sechziger Jahre in Westdeutschland. Der sich ausweitende Weltmarkt und die gegenüber der Vorkriegszeit ungeheure Intensivierung des internationalen Austausches ließen die westdeutsche Bourgeoisie den Verlust beträchtlicher Teile des inneren deutschen Marktes schnell überwinden. Eine irgendwie nennenswerte Bourgeois-Fraktion, die auf eine Wiedervereinigungspolitik gesetzt hätte, welche einen Kompromiß mit der in der DDR herrschenden Arbeiterklasse voraussetzte, eine solche Fraktion hat sich nicht entwickelt. Die aus der Westintegration sich ergebenden Möglichkeiten waren darüberhinaus reichlich genug, um auch die traditionellen Interessenten an einem durch hohe Schutzzölle abgesicherten inneren Markt für die Westpolitik gewinnen zu können: die Bauern und die städtische Kleinbourgeoisie. Die Mittelstandsmaßnahmen der Bundesregierung schufen genügend Polster, um eine allzu rasche Proletarisierung dieser Schichten aufzufangen, während die langandauernde Konjunktur gleichzeitig dafür sorgte, daß diejenigen, die ins Proletariat hinabgedrückt wurden, Arbeit und Brot fanden.

Die Folgen der Spaltung waren also gerade nicht ökonomische Desintegration und Chaos, sondern trotz der Spaltung erlebte der westdeutsche Kapitalismus eine Blüteperiode. Je klarer diese Entwicklung sich abzeichnete, umso ungehörter verhallten die nationalen Appelle der KPD. 1953 sank ihr Stimmenanteil bei den Wahlen unter 5 Prozent. Für eine fortschrittliche nationale Bewegung gab es unter den sozialen Verhältnissen Westdeutschlands offensichtlich keinen sozialen Boden mehr.

Was sich unter den gegebenen Verhältnissen noch an Bewegungen zugunsten der Wiedervereinigung entwickeln konnte, war eine leichte Beute für die aggressive Rückeroberungspolitik der deutschen Bourgeoisie gegenüber der DDR. Da mit der Frage der nationalen Einheit die Möglichkeit zur Entwicklung der materiellen Produktion nicht länger verknüpft war, konnten nationale Bewegungen in Westdeutschland nur noch leben aus der reaktionären Erinnerung an den Glanz des alten Reiches und aus dem privaten Wunsch der Menschen, ihre verwandtschaftlichen und Freundesbeziehungen ungestört pflegen zu können. Soweit dabei Erinnerungen und Gefühle eine Rolle spielten, bezogen sie sich auf die Großzeiten des imperialistischen Deutschland und betrafen vor allem das Kleinbürgertum, das an die glorreichen Zeiten zurückdachte, wo es angetan mit der Offiziersuniform den Herren Europas gespielt hatte. Und soweit sich Interessen geltend machen, haben sie nur privaten Charakter oder entspringen – wie in den "Zonenrandgebieten"- regionalen Sonderproblemen. Und so berechtigt viele dieser privaten Reise-, Besuchs- und Wiedersehenswünsche sind, als politische Faktoren müssen sie auf die Dauer kraftlos bleiben, da sie auf keine Grundlage umfassender materieller Interessen sich stützen können. Kommunistische Politik, die

sich auf nationale Gefühle stützen wollte, hätte von vornherein bestenfalls auf Sand gebaut, im schlimmsten Fall aber sogar der Bourgeoisie die Aufrechterhaltung einer nationalen Ideologie erleichtert, die ihr zum Anknüpfungspunkt für ihre imperialistische Aggressionspolitik dienen kann.

Wenn man so zu dem Schluß kommen muß, daß die Taktik der KPD zu Beginn der fünfziger Jahre falsch war und zurückging auf eine falsche Einschätzung der Lage, die von der Annahme ausging, Westdeutschland würde das Elend eines kolonialen Landes erleiden, so muß man der KPD doch zugutehalten, daß eine solche Einschätzung zumindest vorgelegt wurde. Die KPD behauptete ein bestimmtes materielles Interesse, das Grundlage des nationalen Befreiungskampfes sein sollte.

1.6 "Nationaler Befreiungskampf" gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie?

Der Programmentwurf des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD behauptet nichts dergleichen mehr. Er redet von der Notwendigkeit des nationalen Befreiungskampfes und seine ganze Begründung ist der "tiefe Wunsch des ganzen deutschen Volkes . . . , seine knechtische Unterdrückung, die schmachvolle Demütigung und die Spaltung seiner Nation für immer zu beseitigen". Die ganze Basis des vom Arbeiterbund in Aussicht gestellten nationalen Befreiungskampfes ist also nichts anderes als ein Kleinbürgergeseiche über nationale Schmach. Und während dieses Geseiche im Kleinbürgertum selbst glücklicherweise immer mehr an Anklang verliert, reden sich die Autoren des Programmentwurfs daran in Verzückung – bis zur "Einheit der deutschen Nation brüderlich umschlungen von den Werktätigen aus Ost- und Westdeutschland" (S.28). Für das Vaterland, das teure, sind die Hurra-Patrioten vom Arbeiterbund dermaßen entflammt, daß sie der Sozialdemokratie nicht nur Spaltung der Arbeiterbewegung, Verrat am Befreiungskampf des Proletariats vorwerfen, sondern auch den "sozialen und nationalen heimtückischen Verrat am Vaterland" (S.21). Das "sozial verratene Vaterland" – der Herr bewahre uns vor diesen "Erneuerern" des Marxismus!

Die Verwirrung bei den Programmautoren des Arbeiterbundes geht so weit, daß sie zwar vom notwendigen nationalen Befreiungskampf gegen die "knechtische Unterdrückung des ganzen deutschen Volkes" reden, es aber versäumen zu sagen, **gegen wen** der **nationale** Befreiungskampf denn eigentlich geführt werden soll, **wer** die deutsche Nation national unterdrückt. Für Westdeutschland erfahren wir nur, daß "die westdeutsche Arbeiterklasse im Bündnis mit den breiten Volksmassen den Kampf führen (muß) für die Befreiung des Volkes in Westdeutschland und Westberlin von der Herrschaft des deutschen Imperialismus, des Hauptfeindes des ganzen deutschen Volkes, und seinen ausländischen Komplizen, insbesondere dem US-Imperialismus", und daß sie zu diesem Zweck "die Arbeiter- und Bauernmacht in Westdeutschland und Westberlin errichten muß." (S.27) Hauptfeind ist also der "deutsche Imperialismus" – oder klassenmäßig gesprochen: die deutsche Bourgeoisie, die ihn trägt. Diese hat zwar ausländische Komplizen, aber offensichtlich ist sie es, die sowohl die soziale als auch die nationale Unterdrückung ausübt. Der Arbeiterbund führt damit eine im Marxismus-Leninismus bislang unbekannte Neuigkeit ein: die **nationale** Unterdrückung, ausgeübt durch die **eigene imperialistische** Bourgeoisie! Da die Bourgeoisie selbst Bestandteil der Nation ist, liegt hier offenbar ein Fall von Selbstkasteiung der herrschenden Klasse vor, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat.
Der Arbeiterbund kommt auf die Idee, von nationaler Unterdrückung zu sprechen und zum nationalen Befreiungskampf zu blasen, weil die deutsche Nation gespalten ist. Statt aber diese Frage klassenmäßig zu untersuchen und sich zu fragen, für welche Klassen diese Spaltung denn Unterdrückung bedeutet, geht er an die Frage wie ein beliebiger bürgerlicher Nationalist heran. Für die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie bedeutet die Existenz eines zweiten deutschen Staates auf dem Territorium des ehemaligen deutschen Reiches eine Beschneidung ihrer Ausbeutungszone, aber keine "nationale Unterdrückung". Sie beutet im Wesentlichen souverän die westdeutsche Arbeiterklasse aus und beteiligt sich darüberhinaus immer offensiver an der Ausbeutung anderer Völker. Aber auch die Masse der Werktätigen in Westdeutschland unterliegt unterliegt keiner Unterdrückung, die ihnen als Deutschen eigentümlich wäre. Niemand bestreitet ihnen den Gebrauch ihrer Sprache, die Pflege ihrer kulturellen, religiösen usw. Überlieferungen. Sie haben sogar deutsche Herren und brauchen sich nicht als fremder Leute Knechte zu fühlen. Daß dabei gleichzeitig die Grenzen des westdeutschen Staates nicht mit dem Siedlungsgebiet der deutschen Nation zusammenfallen, das könnte vielleicht für diejenigen Deutschen, die außerhalb dieses Staates wohnen, nationale Unterdrückung bedeuten, aber sicher nicht für die Bürger eines zweifelsfrei deutschen Staates, der BRD. Und was die Bewohner der DDR angeht, so ist auch nicht zu bestreiten, daß sie in einem deutschen Staat leben, der sie nicht **national** unterdrückt, wenngleich die Abhängigkeit dieses Staates vom russischen Sozialimperialismus zweifellos größer ist als die der Bundesrepublik von den USA. Aber selbst wenn man sagen könnte: Die Bewohner der DDR werden national unterdrückt durch die Russen, so wird die westdeutsche Arbeiterklasse gewiß nicht zum Befreiungskampf gegen die Russen blasen, solange sie selbst noch unter imperialistischer Herrschaft steht. Täte sie es doch, so erniedrigte sie sich zum Helfershelfer der westdeutschen Imperialisten bei der Erweiterung ihrer Ausbeutungszone.

Ob aber die Arbeiterklasse in Westdeutschland nach ihrem Sieg die Werktätigen in der DDR unter nationalen Losungen zum Sturz der Fremdherrschaft aufrufen wird, das ist heute nicht zu sagen und hängt vom Verlauf der Revolution in beiden deutschen Staaten ab, von der Entwicklung des Sozialimperialismus, von der Rolle, welche die DDR künftig spielen wird und von zahlreichen Faktoren in der internationalen Politik. Ja, es ist noch nicht einmal sicher, ob nach einem Sieg der Arbeiter in der Bundesrepublik und in der DDR die Wiederherstellung des einheitlichen Nationalstaates im Interesse der Fortentwicklung der Revolution in Europa und in der Welt liegt. Denkbar wäre es durchaus, daß beide Arbeiterstaaten als selbständige Republiken in eine Union der europäischen Räterepubliken eingehen. Daß wir auf diese Fragen heute keine Antwort wissen, sondern sagen, daß wir sie erst nach dem Sieg der Revolution auf die Tagesordnung stellen werden, schadet weiter nichts. Wir wissen, daß die westdeutsche Arbeiterklasse die westdeutsche Bourgeoisie stürzen muß und wir wissen weiterhin, daß sie das nicht aus nationalen Motiven tun wird und daß sie unter nationalen Losungen auch keine Bundesgenossen gewinnen kann, daß die nationale Frage in einem Land wie Westdeutschland keinen revolutionären Faktor darstellt. Warum also dann über die Geschicke der Nation spekulieren?

Gegenwärtig ist die Losung der Wiedervereinigung der Nation Kampflosung eines Teils der westdeutschen Bourgeoisie – zur ideologischen Fesselung von Teilen des eigenen Volkes und um die schwächere Konkurrentin in der DDR, die dortige neue Bourgeoisie, zu bedrängen. Wer bei dieser Lage der Dinge heute in Westdeutschland hergeht und – statt den Nationalismus als einen bürgerlichen Ramsch zu entlarven – erklärt, die allernationalsten und allerpatriotischsten Menschen von der Welt, das seien die Kommunisten, der spielt der Bourgeoisie in die Hände. Der macht die nationale Einheit zum Zweck und die soziale Befreiung – das oberste Ziel des Proletariats – zum Mittel, um diesen Zweck zu erreichen. Der schmeißt sich den reaktionären Teilen des Kleinbürgertums an die Brust und versucht sie zu bestechen: "Die deutsche Einheit wollt ihr? Nun gut, das läßt sich machen, aber den Sozialismus, den müßt ihr dabei in Kauf nehmen!" Eine solche Politik muß mit Notwendigkeit scheitern.

Muß die westdeutsche Arbeiterklasse die antifeudale Revolution auf dem Lande durchführen?

Was die Klassenverhältnisse in Westdeutschland für den Charakter der zu erwartenden und zu organisierenden Revolution bedeuten, das ist den Programmatikern des Arbeiterbundes insgesamt ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Nicht nur bei der Behandlung der nationalen, sondern auch bei der Behandlung der Bauernfrage wird das offenbar. In jenem Teil, wo ausgeführt wird, was die Arbeiterklasse nach Eroberung der Staatsmacht machen wird, heißt es dazu: "Zur Macht gelangt, wird sie die Herrschaft der Großgrundbesitzer brechen, wird den Grund und Boden enteignen und den landarmen Bauern unentgeltlich übergeben, wird sie den Landarbeitern den gleichen Schutz und die gleichen Arbeitsbedingungen wie der städtischen Arbeiterschaft sichern und den werktätigen Bauern die umfassende Anwendung der technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften ermöglichen." (S.13)

Unsere Münchner Erforscher der Besonderheiten des westdeutschen Imperialismus haben damit einen zweiten kräftigen Bock geschossen. Sie beschränken sich nicht darauf, der Arbeiterklasse zu empfehlen, sich an die Spitze einer nationalrevolutionären Bewegung zu setzen, die nicht existiert und in einem Land wie der Bundesrepublik nach Auffassung der marxistischen Klassiker auch nicht existieren kann. Sie empfehlen der Arbeiterklasse darüberhinaus, sich an die Spitze einer antifeudalen Revolution auf dem Lande zu setzen, für die das Gleiche gilt. Auf nichts anderes als auf die Proklamierung der antifeudalen Agrarrevolution läuft nämlich die Programmforderung "Enteignung des Großgrundbesitzes und Verteilung des Landes an die Bauern" hinaus. Die Arbeiterklasse hat diese Forderung der bürgerlichen Revolution überall da aufgegriffen, wo die Bauernschaft noch in den Fesseln vorkapitalistischer Agrarverhältnisse steckte. Es gelang ihr damit in Ländern wie dem zaristischen Rußland, in China, Korea und Vietnam den Kampf der Bauernschaft gegen die Feudalherren mit dem Kampf der Arbeiterklasse um die soziale Revolution zu verbinden. Die Eroberung der Staatsmacht durch das Bündnis vor allem dieser beiden Klassen und unter Führung der Arbeiterklasse, das war die politische Form dieser Revolutionen. Ihr sozialer Inhalt bestand zunächst in der sozialistischen Umwälzung in der Stadt und der bürgerlichen Revolution – der Herstellung nämlich von Privateigentum ohne feudale Fesseln – auf dem Land. Dieses Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft war und ist richtig und möglich, wenn die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf dem Land ein Fortschritt ist. Es kann **mit diesem Inhalt** nicht mehr geschlossen werden, wenn auf dem Land schon längst kapitalistische Verhältnisse bestehen und die auf eigenem Boden wirtschaftenden Bauern nicht durch die Fesseln alter Fronverhältnisse, sondern durch den Gang der kapitalistischen Entwicklung selbst entweder ruiniert werden oder sich zu kapitalistischen Großbauern entwickeln. Die Forderung nach Verteilung des Landes aus Großgrundbesitz an die landarmen Bauern ist dann nicht nur illusorisch, sondern zugleich reaktionär. In ihren Leitsätzen über die Agrarfrage legte die Komintern fest: "Für die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder erkennt die Kommunistische Internationale es für richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb vorwiegend beizubehalten und ihn nach der Art der Sowjetwirtschaften in Rußland zu führen." (III.Kongreß, Protokoll S.775)

Wie konsequent der Programmentwurf des Arbeiterbundes an der Vorstellung einer bürgerlichen Umwälzung auf dem Lande festhält, das geht weiter hervor aus der Bemerkung, die Landarbeiter sollten **nach** Eroberung der Staatsmacht Arbeitsschutzrechte genießen wie ihre Kollegen in der Stadt. Hier wird also nicht davon ausgegangen, daß die Landarbeiter durch Enteignung der Betriebe selbst zu Herren der Lage werden und die Leitung der sozialistischen Betriebe übernehmen, sondern es wird ausgegangen von der Fortexistenz des Lohnarbeitsverhältnisses und der kapitalistischen Ausbeutung, **innerhalb** derer die Schutzrechte für die Arbeiter verbessert werden sollen. Um es klassenmäßig auszudrücken: Das Programm des Arbeiterbundes schlägt sich bei der Entscheidung zwischen Landproletariat und Groß- und Mittelbauern, die fremde Arbeitskraft ausbeuten, grundsätzlich auf die Seite der wohlhabenden Bauernschaft und hat für die Landarbeiter nur Almosen übrig.

In dieses Dilemma gerät zwangsläufig, wer innerhalb des gegenwärtigen Entwicklungsstadiums der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Entwicklung auf dem Lande noch ein Bauernprogramm aufstellt, dessen sozialer Inhalt bürgerlich ist. Auch auf dem Land kann die Revolution in Westdeutschland ihrem Inhalt nach nur sozialistisch sein, d.h. sie muß neben der Sozialisierung der Großbetriebe die Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der heute noch privatwirtschaftlichen Bauern umfassen.

Ein solches unmittelbar sozialistisches Programm wird unter der westdeutschen Bauernschaft im Verlauf der Revolution und nach der Eroberung der politischen Macht relativ rasch Anerkennung finden. Der soziale Boden dafür ist längst bereitet: Zwar ist die Anzahl der Landarbeiter gering und nimmt sogar weiter ab. Aber immer mehr setzt sich die Verwandlung des größten Teils der Bauern in einen neuen Typus von Heimarbeitern durch, von Leuten, die zwar auf eigenen Land z.T. auch mit eigenen Maschinen arbeiten, die aber durch feste Kontrakte mit Lebensmittelkonzernen gebunden sind.

Ein Bauer, der von der Fleischfabrik den Stall, das Futter und die Tiere zu festen Preisen hingestellt bekommt und zu festem Preis die gemästeten Tiere wieder an den Konzern abgeben muß, unterscheidet sich nicht mehr wesentlich vom Lohnarbeiter. Ihn dadurch gewinnen zu wollen, daß man ihm die Rückkehr zur Existenz des selbständigen Kleineigentümers verspricht – wie es das Programm des Arbeiterbundes vorschlägt – ist reaktionär, ist keine Politik vom Standpunkt der Arbeiterklasse, sondern eine Politik

vom Standpunkt des Kleinbürgertums, das sich dem historischen Fortschritt entgegenstellt.

3. Muß die westdeutsche Arbeiterklasse sich heute auf den antifaschistischen Kampf konzentrieren?

Der Arbeiterbund will aber die westdeutsche Arbeiterklasse nicht nur in den nationalen Befreiungskampf Ein solches unmittelbar sozialistisches Programm wird unter der westdeutschen Bauernschaft im Verlauf der Revolution und führen und an die Spitze einer antifeudalen Revolution auf dem Lande marschieren lassen. Er besteht gleichzeitig darauf, daß sie sich hier und heute auf den Abwehrkampf gegen die drohende faschistische Gefahr in der Gestalt des Franz Josef Strauß konzentrieren müsse. Denn: "Immer deutlicher wird die Bereitschaft immer weiterer Teile des Monopolkapitals, mit Hilfe von Strauß seiner CSU und der reaktionären CDU und den anderen reaktionären und faschistischen Hilfsverbänden, die offene Gewaltherrschaft zu errichten." (S.24) Wenn man das behauptet, muß man den Nachweis dafür anhand der aktuellen Klassenkampfsituation führen. Der Programmentwurf versucht stattdessen, die Aktualität der faschistischen Gefahr aus den Charaktereigenschaften der deutschen Kapitalistenklasse zu beweisen. "Feigheit und maßlose Raubgier" hält er für deren kennzeichnende Merkmale. Der Unsinn des Verfahrens liegt gleich auf der Hand. Denn was soll die Charakterisierung der deutschen Bourgeoisie als "feige" heute bedeuten? Als Marx und Engels diese Kennzeichnung verwandten, hatte sie Sinn und Verstand. Sie bezog sich auf das Auftreten der deutschen Bourgeoisie in der bürgerlichen Revolution gegen die alte feudale Ordnung. "Die deutsche Bourgeoisie," so schrieb Marx 1848, "hatte sich so träg, feig und langsam . . . entwickelt, daß im Augenblicke, wo sie gefahrdrohend dem Feudalismus gegenüberstand, sie selbst sich gefahrdrohend gegenüber das Proletariat erblickte. . ." Dieser Bourgeoisie attestierte Marx, sie sei "ohne Glauben an sich selbst, ohne Glauben an das Volk, knurrend gegen oben, zitternd gegen unten, egoisitisch nach beiden Seiten und sich ihres Egoismus bewußt, revolutionär gegen die Konservativen, konservativ gegen die Revolutionäre, ihren eigenen Stichworten mißtrauend, Phrasen statt Ideen, eingeschüchtert vom Weltsturm und den Weltsturm exploitierend. . ." (MEW Bd.6, S.108f.). Welche Bedeutung aber heute die Charakterisierung der deutschen Bourgeoisie als "feige" haben soll, ist unerfindlich: Sie ist herrschende Klasse! Keine preußischen Junker halten sie mehr unter der Säbelklinge! – Ist etwa gemeint, die deutsche Bourgeoisie sei "feige" gegenüber dem Proletariat? Welch Wunder, daß sie dann nicht schon längst davongelaufen ist und sich verkrochen hat! – Oder ist gemeint, sie sei "feigeMM gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten? Wie vereinbart sich damit ihre "maßlose Raubgier", ihre "Kriegslüsternheit" und was dem Arbeiterbund sonst noch an schmückenden Beiwörtern einfällt! – Es handelt sich bei der Charakterisierung der deutschen Bourgeoisie als "feige" einfach um die schematische Übernahme einer gegenstandslos gewordenen Beschreibung.

So geht das dann munter fort. Zunächst mit einer knapp gefaßten Aufzählung der Untaten der deutschen Monopolbourgeoisie, mit dem Hinweis auf ihr schließliches Scheitern in zwei Weltkriegen und der daraus gezogenen Schlußfolgerung, daß sie sich dafür gewiß zu rächen gedenke. "Die deutsche Monopolbourgeoisie kennt deshalb nur ein Lebensziel: ihre alten Widersacher zu vernichten und sich an ihre Stelle zu setzen." (S.23) Und schließlich als Beleg dafür, daß alles auch eintrete wie vorhergesagt: Verstärkte Vorbereitung auf einen Raubkrieg, Vernichtung demokratischer Rechte und schließlich – als schrecklichster der Schrecken – Franz Josef Strauß.

Dieser ganze Abschnitt ist eine einzige Beleidigung der westdeutschen Arbeiterklasse – ihrer Intelligenz, ihres Bedürfnisses, die tatsächliche Politik der westdeutschen Bourgeoisie den Ursachen und Auswirkungen nach zu begreifen, um sie besser bekämpfen zu können. Stattdessen bekommt sie vorgeseicht über die Charaktereigenschaften und "Lebensziele" der deutschen Bourgeoisie, als ob es die Rachsucht sei, die diese treibe.

Die politischen Schlußfolgerungen aus diesem Ersatz für eine Untersuchung der Klassenkampfsituation sind falsch. Für die Aktionseinheit der Arbeiter wird zur "einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung" erhoben, daß sich "die Aktionseinheit gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet". (S.25)

4. Liberalismus und Grundsätzlichkeit

Jüngst hat nun der Arbeiterbund zum Programm des KBW Stellung genommen (Kommunistische Arbeiterzeitung, September 1973). Er erhebt dagegen den Vorwurf, es sei ein Dokument des Liberalismus und Trotzkismus. Das ist starker Tobak. Von Leuten, die ernstgenommen werden wollen, müßte man erwarten, daß sie derart schwerwiegende Behauptungen zumindest zu beweisen versuchen. Aber die ganze Begründung für den aus der Luft gegriffenen Vorwurf beschränkt sich auf die Unterstellung, was im Programm geschrieben stehe, sei bei der bekannten Bösartigkeit der Verfasser gewiß ganz anders gemeint. Oder in den Worten des "Arbeiterbundes": ". . . vorgetäuschte Beherzigung einiger allgemeiner Wahrheiten des Marxismus-Leninismus in Worten, was aber nur dem Zweck dient, über die vollständige Verleugnung dieser Wahrheiten besser hinweg zu täuschen." Ein solches Vorgehen ist entweder verantwortungslose Gaunerei oder es entspringt den fixen Ideen politischer Spinner. Ernsthafte Menschen würden, wenn sie den Verdacht fassen, daß "es einmal mehr liberalen und trotzkistischen Kräften" gelungen sei, "den immer mächtigeren Wunsch revolutionärer Kräfte nach Überwindung des Zirkelwesens . . . für ihre trüben Zwecke zu mißbrauchen", sich zunächst daran machen, den Trotzkismus in der Sache zu schlagen. Sie würden nachweisen, was an bestimmten Auffassungen falsch ist, um dann zu zeigen, woher sie kommen und welchen Zwecken sie dienen. Keine Spur von einem solchen Vorgehen bei den Arbeiterbund-Autoren. Sie benutzen den Trotzkismus-Vorwurf als Verdunklungsmittel, um im Stile eines Kommuniques den eigenen Mitgliedern und Sympathisanten eine Sprachregelung vorzuschreiben.

Im übrigen trägt die Stellungnahme die bekannten falschen Auffassungen der im Dunklen der Anonymität sich verbergenden Arbeiterbund-Autoren zum antifaschistischen Kampf und zur nationalen Frage erneut vor. Bemerkenswert ist sie deshalb, weil sich in ihr das völlige Unverständnis des Arbeiterbundes für die politischen Aufgaben der Arbeiterklasse deutlich offenbart. Die demokratischen Forderungen unseres Programms werden kritisiert, weil damit "die Wahrheit über die Epoche, in der wir leben" vollständig auf den Kopf gestellt werde.

Der Arbeiterbund empfiehlt der Arbeiterklasse stattdessen, "den Angriffen des Monopolkapitals und seines Staates auf unsere Lebensbedingungen und demokratischen Rechte, der Gefahr des Faschismus und des Krieges die Einheitsfront der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter entgegenzustellen." Die Frage, auf welcher Linie das jeweils geschehen soll, auf welcher Linie z.B. die Arbeiterklasse "gegen den wiedererstarkten deutschen Militarismus" antreten soll, lassen die Arbeiterbund-Autoren offen. Sie müßten sich dann nämlich entscheiden, ob sie unter der Losung "Nie, nie woll'n wir Waffen tragen; nie, nie woll'n wir wieder Krieg!" mit den Revisionisten pazifistische Springprozessionen veranstalten wollen, oder ob sie unter der Losung "Allgemeine Volksbewaffnung" die Zersetzung und Zerschlagung des bürgerlichen Gewaltapparates und die militärische Ausbildung des Proletariats organisieren wollen. Ob sie weiter unter der Losung "Arbeitereinheitsfront gegen Faschismus und Krieg" Klimmzüge machen wollen, um schließlich mit der SPD und der DKP im Volksfrontkabinett zu sitzen, oder ob sie den wachsenden Unmut der Massen gegen parlamenta ische Vertretungskörperschaften unter der Losung "Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter" organisieren wollen, um sie schließlich in den politischen Organen der arbeitenden Massen, den Räten, zu verwirklichen.

Die Arbeiterbund-Autoren halten es in allen diesen Fällen für das Klügste, keine klare Antwort zu geben und sich darauf zu beschränken, ihre grundsätzliche Gegenerschaft gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg immer erneut zu Protokoll zu geben. Damit geben sie sich den Anstrich von grundsatztreuen Menschen, von Menschen, die aufgebracht sind über Liberalismus und Trotzkismus, und behalten doch gleichzeitig den Spielraum, in allen praktischen Fragen der revisionistischen vor der revolutionären Lösung den Vorzug zu geben.

–W.Maier–

Notizen zum Papier der "KPD/ML Ortsgruppe Bremen, Mai 1973 Stellungnahme zum Programmentwurf der Kommuniquegruppen"

Zur KPD/ML-Veranstaltung Bremen 18.8.73

"Mit Idealismus und Metaphysik kommt man in der Welt am leichtesten durch; denn man kann dann soviel Unsinn zusammenschwatzen wie man nur will, ohne sich auf die objektive Realität stützen zu müssen und ohne der Prüfung durch diese unterworfen zu sein. Materialismus und Dialektik erfordern hingegen Anstrengungen, da muß man sich auf die objektive Realität stützten und die Prüfung durch diese bestehen; unternimmt man keine Anstrengungen, dann wird man in Idealismus und Metaphysik abgleiten."

Mao Tse-tung (Worte, S.249)

I. Im Teil A des Programmentwurfs (NRF 1–2/73, S.10–18; im folgenden: PE) vermissen die Verfasser Klarheit "über die allgemeine Weltlage, die allgemeinen Fronten des Klassenkampfes und über die Konkretisierung auf die BRD" (S.2). Um diese Einschätzungen ist die Programmkommission allerdings auch nicht bemüht gewesen. Sie sind Grundlage und Bestandteil der Taktik der Kommunisten (siehe "Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland", S.31–48), nicht ihres Programms. Für das Programm der Kommunisten ist es notwendig, daß der "gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung und der proletarischen Weltrevolution festgehalten wird" (Erläuterungen zum Programmentwurf, NRF 1–2/73, S.4). Dies deswegen, um die geschichtliche Notwendigkeit des Programms und die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, die in es mit eingehen, verständlich zu machen. So sind auch Marx und Engels im einleitenden Abschnitt des Manifests vorgegangen.

Der einleitende Teil des Programmentwurfs betont **zuerst das Vorwärtskommen** der proletarischen Weltrevolution, um dann die Gefahr von Rückschlägen zu entwickeln. Unsere Kritiker behaupten dagegen über den Programmentwurf: "Sie schreiben statt zunächst von den Siegen der Arbeiterbewegung vom Sieg des Revisionismus" (S.2). Das ist erlogen.

Von "Schwarzmalerei und Pessimismus" (ebenda) kann keine Rede sein, es sei denn, man leugnet, daß es in der Tat schwere Rückschläge für die Arbeiterbewegung gegeben hat: den Sieg des Revisionismus in der KPdSU und anderen Kommunistischen Parteien; in Deutschland den Sieg des Faschismus, die Spaltung Deutschlands, das Verbot der KPD usw. Das scheint allerdings der Fall zu sein, wird doch

gegen ein Ergebnis dieser Niederlagen, gegen "In Deutschland aber ist der Kommunismus verschüttet und entstellt" (Programmentwurf, Teil A) eingewandt: "Kein Wort davon, daß die Massen spontan zum Sozialismus drängen, kein Wort vom revolutionären Elan der Massen, der sich in allen Aktionen der Massen zeigt." (S.3) Wenn dem so wäre, wäre es in der Tat nicht notwendig, "die Grundanschauungen der Kommunisten aufs Neue festzulegen" (Programmentwurf, Teil A), denn die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Ausbeuterherrschaft wäre schon die Grundanschauung "in allen Aktionen der Massen". Das ist nicht nur Idealismus, weil es sich auf keine materialistische Einschätzung der Klassenkampfsituation stützen kann. Mit dieser Aussage huldigen die Verfasser zusätzlich dem Spontaneismus und leugnen damit die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei, die die Aufgabe der Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus (d.h. des kommunistischen Programms) und spontaner Arbeiterbewegung hat. Drängen die Massen "spontan" mit "revolutionärem Elan" zum Sozialismus, ist die Kommunistische Partei so gut wie überflüssig. Parteifeindlichkeit im Gewande der Kommunistischen Partei, das ist das Wesen dieser Kritik.
In einem Punkt ist die Kritik der Verfasser am Teil A des Programmentwurfs berechtigt: Es wird versäumt, zu beschreiben, daß das Proletariat aus den Rückschlägen, insbesondere dem Sieg des modernen Revisionismus in der SU usw., die richtigen Lehren nicht nur gezogen sondern auch schon in die Tat umgesetzt hat. Dieser weitverbreiteten Kritik wird im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland dadurch Rechnung getragen, daß die chinesische Kulturrevolution als Beleg für die Möglichkeit des Sieges über den Revisionismus angeführt wird.

Hier soll nicht weiter auf die dann folgende Wiederholung der Gründungslegende der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) eingegangen werden. Unsere Vorstellungen zum Parteiaufbau sind wiederholt dargestellt worden. Eine materialreiche Darstellung und Kritik der KPD/ML-Gründung und -Geschichte findet sich in "Klassenkampf und Programm" Nr. 3/73 (insbesondere in der "Stellungnahme der Ortsgruppe Essen der RF-Organisation").

Im folgenden lassen sich die Verfasser auf eine Kritik der programmatischen Festlegungen des Programmentwurfs (Teil B und C) ein und beweisen dadurch ungewollt, wie notwendig es war, "die Grundanschauungen der Kommunisten aufs Neue festzulegen" (Programmentwurf, Teil A). Hätten sie sich doch darauf beschränkt, die Gründung, Politik usw. ihrer "Partei" in höchsten Tönen anzupreisen, anstatt sich in das Gestrüpp der wissenschaftlichen Diskussion über die Grundlagen kommunistischer Politik zu begeben! Ihnen wäre so manche Blamage erspart geblieben. Und das, obwohl es notwendig geworden ist (um diese Kritik lesbar, d.h. in Grenzen zu halten), die Aufdeckung der Fehler auf die Kritikpunkte am Programmentwurf zu beschränken, ohne auf die verschiedenen falschen Aussagen darüber hinaus einzugehen.

II. Zum Teil B des Programmentwurfs

Als erstes wird kritisiert, daß "der Kapitalismus und in dessen Entwicklungsgang der Imperialismus (Pkt 2 und 7) rein ökonomisch dargestellt" (S.3) werden, daß hier "kaum ein Wort" (ebenda) über den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat falle. Eine solche Kritik ist purer Idealismus. Der Klassenkampf existiert nicht unabhängig von den ökonomischen Verhältnissen, sondern wird durch diese hervorgetrieben. Deshalb geht im Programmentwurf die Analyse der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise der Darstellung des proletarischen Klassenkampfes voran.
Es folgt: "Kein Wort darüber, daß sich die Politik der Imperialisten wesentlich (!) durch Reaktion auf der ganzen Linie auszeichnet, kein Versuch, diese allgemeinen Feststellungen auf die konkrete Situation in der BRD zu beziehen!" (S.3) Die Verfasser scheinen den Programmentwurf kaum gelesen zu haben, sonst wüßten sie, daß im Pkt 11, der den Imperialismus behandelt, steht: "Die Bourgeoisie – revolutionäre Klasse gegenüber dem Feudalismus – wird durch und durch reaktionär. . . . ist die Bourgeoisie zum rücksichtslosen Unterdrücker jeder freiheitlichen und demokratischen Bestrebung im Volk geworden." Sonst wüßten sie, daß der ganze Teil C des Programmentwurfs die allgemeinen Festlegungen auf die Situation in der BRD bezieht, allerdings nicht auf die konkrete Situation, das ist nicht die Aufgabe des Programms, sondern der Taktik.

"In keinem Absatz wird geklärt, warum das Proletariat die revolutionäre Klasse ist." (S.3) Es würde zu weit führen, hier alle Stellen des Programmentwurfs zu zitieren, die nachweisen, daß das Proletariat aufgrund der Gesetze der kapitalistischen Entwicklung erstens die am meisten ausgebeutete und unterdrückte Klasse ist und zweitens die fortgeschrittenste Produktionsweise repräsentiert. Daß das Proletariat diejenige Klasse ist, die sich von vornherein im Antagonismus zur Bourgeoisie befindet, sich also nur befreien kann durch die Umwälzung der Produktionsverhältnisse, wird durch die Bestimmung des Proletariats als Klasse, die "ihr eigenes Produkt als Kapital produziert" (Pkt 3) dargestellt. Damit ist das Wesen des Proletariats als revolutionärer Klasse eindeutig zusammengefaßt.

Im Punkt 3 kritisiert man die Formulierung "Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes", was eine der Folgen der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion im Kapitalismus ist. Diese Formulierung wird als "völlig losgelöste Betrachtung vom Klassenkampf" und mit "neutrale Beobachterposition" bezeichnet. Dem wird ein Lenin-Zitat über die kolonialen Extraprofite der Imperialisten entgegengehalten. Hier zeigt sich, daß die Verfasser die Entwicklung des Kapitalismus nicht kennen. Lange bevor er zum Imperialismus wurde, hat der Kapitalismus den Weltmarkt hergestellt, ". . . und der Welthandel ist die notwendige Bedingung der maschinellen Großindustrie." (Marx in: Marx/Engels, Briefe über "Das Kapital", Dietz 1954, S.36) Die kritisierte Formulierung des Programmentwurfs ist übrigens von demselben "neutralen" Beobachter Karl Marx übernommen: "Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, . . . die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts, und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes." (Das Kapital, Bd I, S.790)

Jetzt kommt einer der Höhepunkte der Kritik: "Weiter geht es mit solchem Unsinn wie: die Mittel zur Entwicklung der Produktion 'verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen . . .'. Es sind die Kapitalisten, die ausbeuten und unterdrücken, und nicht die Produktivkräfte! Die Entwicklung

der Produktivkräfte kommt dem Proletariat im Imperialismus deshalb nicht zugute, weil die Kapitalisten Erneuerungen nur insoweit einführen, als sie noch genügend Profit abwerfen. Deshalb hemmen die Kapitalisten die Produktivkräfte! Aber da das nicht allein ihrem Willen untergeordnet ist, sondern eine gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit, entwickeln sich die Produktivkräfte trotzdem (schneller – P.) weiter, als den Ausbeutern lieb ist und so greifen sie zu Maßnahmen wir Patentstillegungen und Kriegen." (S.4) Man könnte meinen, daß es sich auch hier "nur" um einen Lesefehler handelt, heißt es doch in Pkt 3 des Programmentwurfs: "Für das Proletariat bedeuten **innerhalb des kapitalistischen Systems** (Hervorhebung von mir) alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Beherrschungs- und Exploitationsmittel. Sie verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen . . ." Dieser "Unsinn" stammt übrigens fast wörtlich von Karl Marx (Kapital I, S.674). Doch was wird dagegen eingewandt: Weil die Kapitalisten die Produktivkräfte hemmen, **deshalb** kämen diese dem Proletariat nicht zugute! Zm Glück haben sich die Produktivkräfte ja trotzdem weiterentwickelt. Was kann aus dieser Argumentation nur folgen? – 'Es geht dem Proletariat so gut wie nie zuvor'. Und: 'Es lebe die Rationalisierung'. Die Verfasser haben das Wesen der Einführung neuer Produktionsmethoden im Kapitalismus, die zwangsläufig zu Massenarbeitslosigkeit und absoluter Verelendung des Proletariats führen, nicht begriffen und werden so (ungewollt) zu ganz gewöhnlichen Apologeten der Bourgeoisie. Dagegen gilt es, daran festzuhalten, daß sich für das Proletariat nur die Alternative 'Sozialismus oder Barbarei' stellt. Schon im Kommunistischen Manifest haben Marx und Engels das begründet: "Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab." Zu demselben "Lesefehler" wie im vorigen Punkt wird bei der Kritik des Pkt 4 des Programmentwurfs gegriffen. Dort steht nicht, "daß die Produktivkräfte die Löhne drücken", wie auf S.4 behauptet wird, sondern: "Gleichzeitig führt die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit zu einer relativen Verringerung des Bedarfs **der Kapitalisten** (Hervorhebung von mir) an lebendiger Arbeitskraft." usw.

Dann machen die Verfasser leider einen Sprung und landen bei Pkt 9. Sie behaupten: "So tritt bei diesen Leuten der Widerstand des Proletariats nur in Massenstreiks zutage (Pkt 9)." Ohne Sprung wäre die Behauptung schwerer gefallen, werden doch im Punkt 6 des Programmentwurfs die Grundlagen des proletarischen Klassenkampfes beschrieben. Pkt 9 behandelt nur dessen Verschärfung unter den Bedingungen des Imperialismus.

Auf S.4 wird der folgende Satz des Programmentwurfs (pkt 10) kritisiert: "Die Verschärfung der Ausbeutung im Innern der imperialistischen Länder gibt dem monopolistischen Kapital die Mittel in die Hand zur Unterjochung kleinerer, schwächerer und weniger entwickelter Nationen . . ." Dagegen wird eingewandt: "Das stellt sich so in der Phantasie dieser Herren dar! In Wirklichkeit ist es genau anders herum: Die Imperialisten brauchen gerade um die Ausbeutung im eigenen Land aufrechtzuerhalten die Extraprofite, die sie aus der Bevölkerung der kleinen, schwachen, abhängigen Nationen pressen, um damit Teile der eigenen Arbeiterklasse zu bestechen und so die Arbeiterklasse zu spalten." Die Bestechung der Arbeiteraristokratie mittels kolonialer Extraprofite wird dann durch ein Lenin-Zitat belegt. Es geht nicht darum, diesen Zusammenhang zu bestreiten. Die Frage steht aber, ob es wirklich "genau andersherum " ist, wobei erst einmal festzustellen ist, daß in dieser Formulierung eine äußerst undialektische Betrachtungsweise zum Ausdruck kommt. Wäre es genau andersherum, d. h. würde der Imperialismus sich **nur** auf Kosten der unterdrückten Völker bereichern, dann gibt es keine materielle Grundlage für den verstärkten Klassenkampf des Proletariats unter den Bedingungen des Imperialismus, dann fehlt auch jede reale Grundlage für das Bündnis zwischen der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Metropolen und den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker. Eine solche Kritik läuft auf eine Beschönigung des Kapitalismus hinaus, kann man sie doch nur so verstehen, daß sich die Lage der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen erstens für einen kleineren Teil (die Arbeiteraristorkatie) bessert und zweitens für den größeren Teil nicht verschlechtert, denn wenn man die Verwendung einheimisch ausgepreßter Profite zur imperialistischen Expansion leugnet (bei gleichzeitigem Sinken von profitablen Kapitalanlagemöglichkeiten im Inland), dann leugnet man zumindest, daß diese Profite zunehmen, dann leugnet man also die verschärfte Ausbeutung der **Masse** des Proletariats in den imperialistischen Metropolen. Der Programmentwurf stellt demgegenüber die Sache korrekt dar. Er leitet die Möglichkeit der Aussaugung der kleineren, schwächeren, weniger entwickelten Nationen völlig richtig aus der enorm gesteigerten Ausbeutung des Proletariats durch den monopolistischen Kapitalismus ab. So und nicht anders hat sich der Imperialismus auch historisch herausgebildet. Was ist der ökonomische Haupthebel zur Unterjochung anderer Länder durch den Imperialismus? Der Kapitalexport. Er hat gegenüber dem Warenexport erst durch die Herausbildung des monopolistischen Kapitalismus entscheidende Bedeutung erlangt. Woher stammt aber dieses "überschüssige" Kapital in der Übergangsphase vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus? Aus dem Warenexport in die Kolonien? In der Warenzirkulation wird bekanntlich kein Mehrwert erzeugt, sondern im Schnitt nur der Wert der Waren realisiert. Auch wenn man davon ausgehen muß, daß die Monopolstellung den Kapitalisten der Kolonialmächte die Erzielung von Extraprofiten durch Prellerei der Kolonien ermöglichte, verliert diese Profitquelle gerade zum Ausgang des 19. Jahrhunderts relativ an Bedeutung durch das Auftreten mehrerer Länder auf dem Weltmarkt, die die Monopolstellung Englands auf dem Weltmarkt verschwinden lassen. Die ungeheure Anhäufung von Kapital, die die Voraussetzung für den Kapitalexport und daraus folgend für die Masse der kolonialen Extraprofite darstellt, ist fast ausschließlich vom Proletariat der entwickelten kapitalistischen Länder produziert worden, das im Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Kapitale bis hin zur Monopolbildung einer ständig wachsenden Ausbeutung unterworfen wurde.

Nach dieser scheinbar nur einseitigen, metaphysischen Betrachtungsweise, die in ihrer Konsequenz aber wieder nur zur Leugnung der Möglichkeit und Notwendigkeit der proletarischen Revolution führen kann, folgt dann ein Höhepunkt auf den anderen.

". . . so ist dann im Punkt 11 schon die Rede von der 'kapitalistischen Hülle', die mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Arbeit immer unverträglicher wird. Liebe Leute, ist der Kapitalismus ein Mantel, den man nach Belieben abstreifen oder nach D"K"P-Manier abwählen kann oder ist er das **Wesen** dieser Gesellschaft? " (S.5) Hier feiert die Metaphysik wieder einen großen Triumph. Wer bislang – der marxistischen Dialektik getreu – meinte, daß es einen unversöhnlichen Widerspruch zwischen Produktivkräften

und Produktionsverhältnissen gibt, worin die Produktivkräfte immer heftiger auf die sie beschränkenden Produktionsverhältnisse stoßen, dem wird entgegengehalten, daß der Kapitalismus das Wesen der Sache sei und er wohl zur DKP gehöre! Und das nur, weil der es wagt, die Sache in ihrer **Bewegung** zu sehen und nicht in ihrem Stillstand, weil er es wagt, die Notwendigkeit des Sozialismus zu zeigen: "Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert." (Marx, Kapital I, S.791) Ein wirklich abschreckendes Beispiel der "D'K'P-Manier", des marxschen Revisionismus, der marxschen Revision der KPD/ML-Theorie!

"Zunächst stellen wir die Frage: 'Die soziale Revolution macht alles, wer aber macht die soziale Revolution'? " Darauf Pkt 13 des Programmentwurfs: "All dies macht aus der Epoche des Imperialismus die Ära der sozialen Revolution des Proletariats." Und Pkt 17: "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein."

Es ist unrichtig, daß "nichts über das Verhältnis Partei–Volksmassen und Marxismus-Leninismus ausgesagt wird" (S.5). Das Wesen dieses Verhältnisses ist der Inhalt von Pkt 18 des Programmentwurfs.

Als nächstes wird kritisiert, daß der Programmentwurf die Errichtung der proletarischen Diktatur als unerläßliche Vorbedingung der sozialen Revolution bezeichnet. "Bei allem Wohlwollen, aber das ist der eindeutige Beweis dafür, daß die Herren von einem Kernstück des Marxismus-Leninismus, der gewaltsamen sozialistischen Revolution, keine Ahnung haben. Damit wird klar, warum sie die ganze zeit so mißverständlich von 'sozialer Revolution' schreiben. Das, was hier als Vorbedingung beschrieben wird, **ist** in der Tat schon die sozialistische Revolution. Doch die scheinen die Herren nicht zu wollen. Sonst würden sie sie erstens propagieren . . ." (S.5; Fortsetzung des Zitats folgt beim nächsten Kritikpunkt). Zunächst sei einmal darauf hingewiesen, daß die russischen Kommunisten die Sache sowohl in ihrem Programm vor wie auch nach der Oktoberrevolution genauso dargestellt haben, wie der Programmentwurf. Sowohl 1903 wie 1919 heißt es dort: "Unerläßliche Voraussetzung dieser sozialen Revolution ist die Diktatur des Proletariats . . ." (zitiert nach "Unser Programm", Hamburg 1973, S.27 und 33). In beiden Programmen ist der Begriff 'sozialistische Revolution' nicht verwandt worden – "die scheinen die Herren nicht zu wollen!" Entgegen den Vorstellungen der Verfasser ist der Begriff 'sozialistische Revolution' nicht identisch mit 'Errichtung der proletarischen Diktatur'. Der Begriff der sozialistischen Revolution umfaßt die Maßnahmen der proletarischen Diktatur zur Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse: "Vom 'Absterben' und noch plastischer vom 'Einschlafen' spricht Engels in bezug auf **die Epoche n a c h der 'Besitzergreifung der Produktionsmittel durch den Staat im Namen der ganzen Gesellschaft', d.h. n a c h der sozialistischen Revolution.**" (Lenin, Staat und Revolution, Peking 1969, S.21, Hervorhebung von mir). Der Begriff der sozialen Revolution ist demgegenüber umfassender, er bezeichnet die Maßnahmen der Diktatur des Proletariats in der gesamten Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

". . . und zweitens nicht solche Illusionen verbreiten wie 'Solange die Bourgeoisie im Staatsapparat über bewaffnete Formationen verfügt . . ." Im Programmentwurf heißt es weiter (Pkt 15): ". . . wird das Proletariat die politische Form seiner sozialen Emanzipation nur gewaltsam erkämpfen können." Das wird folgendermaßen kritisiert: "Frage: 'Wird es im Kapitalismus einen Augenblick, eine Situation geben, in der die Bourgeoisie **nicht** über bewaffnete Formationen verfügt und so ein friedlicher Übergang möglich ist? ' Das ist Revisionismus reinsten Wassers." (S.5) Solche Situationen waren zwar im vormonopolistischen Kapitalismus möglich, im Imperialismus sind sie es zweifellos nicht. Das wird in der Charakterisierung des Staatsapparates in Pkt 12 des Programmentwurfs klar bestimmt: "Gleichzeitig gewinnt der staatliche Unterdrückungs- und Militärapparat Vorrang vor allen anderen Seiten der Staatstätigkeit." Die kritisierte Stelle hat die Aufgabe, zu begründen, warum die proletarische Revolution zur revolutionären Gewalt greifen muß. Damit wird allen Lügen der Bourgeois-Ideologen entgegengetreten, die behaupten, wir würden die Gewalt zum Selbstzweck erheben und zugleich allen derartigen Tendenzen in unseren eigenen Reihen der Boden entzogen. "Die Arbeiterklasse würde es natürlich vorziehen, die Macht **friedlich** zu übernehmen (. . .), wollte das Proletariat aber auf die revolutionäre Machtergreifung **verzichten**, so wäre das sowohl vom theoretischen wie auch vom praktisch-politischen Standpunkt aus eine **Torheit** und würde lediglich eine schändliche Konzession an die Bourgeoisie und alle besitzenden Klassen bedeuten. Es ist sehr wahrscheinlich – sogar im höchsten Grade wahrscheinlich –, daß die Bourgeoisie dem Proletariat keine friedlichen Konzessionen macht, sondern im entscheidenden Augenblick ihre Privilegien mit Gewalt verteidigen wird." (Lenin, Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie (1899), zitiert aus: Lenin über die Partei, Peking 1960, S.19/20). Eine logische Kritik dieses Punktes des Programmentwurfs, die von solchen Kritikern allerdings nicht zu erwarten war, hätte herausarbeiten müssen, daß sich die Bourgeoisie nicht nur mit bewaffneten Formationen im Staatsapparat schützt, sondern auch mit solchen außerhalb desselben: Freikorps, bewaffneten faschistische Horden, Privatarmeen, Werkschutz usw. Deshalb heißt es im Programm des KBW jetzt (S.18): "Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen."

Ausführlich wird dann versucht, den Pkt 19 des Programmentwurfs, der die Rolle des Reformismus und Revisionismus in der Arbeiterbewegung behandelt, zu kritisieren. Zur Differenz zwischen Kommunisten und Revisionisten wird ausgesagt: "Nun reduzieren die Programmatiker die Differenz auf 'Ablehnung der proletarischen Diktatur . . .' Die wesentliche Frage, die uns von den modernen Revisionisten unterscheidet, ist die Frage der Gewalt!" (S.6) Was sich hier so ungeheuer revolutionär anhört, läuft auf eine Beschönigung des Revisionismus hinaus. Wird doch behauptet, daß unsere Hauptdifferenz die Frage ist, ob die Revolution gewaltsam sein muß oder nicht, und nicht die Frage, ob das westdeutsche Proletariat seine Diktatur errichten und den gesamten Kapitalismus zerschlagen muß oder nicht. Das ist die Hauptdifferenz und jeder, der die Frage der Gewalt dazu machen will, kann nur den Eindruck erwecken, daß er die Revisionisten für Marxisten hält, die nur vor der revolutionären Gewalt zur Errichtung der auch von ihnen gewollten Diktatur des Proletariats zurückschrecken, denn: "Ein Marxist ist . . . , wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der **Diktatur des Proletariats erstreckt** ". (Lenin, Staat und Revolution, S.41)

Der Punkt wird weiter kritisiert: "Bei ihnen stellen sich die modernen Revisionisten erst 'In jeder politischen und revolutionären Krise . . . an die Seite der Bourgeoisie' (Pkt 19). Das läßt den fatalen Schluß zu: die modernen Revisionisten sind derzeit unsere Freunde." (S.6) Dort, wo die drei Punkte im Zitat des Programmentwurfs stehen, steht im Programmentwurf das Wort "offen". Diese kleine Weglassung, und schon ist ein neuer Vorwurf geboren! Leider können sich die Verfasser nicht mehr an den zwei Seiten zuvor von ihnen selbst zitierten Lenin erinnern, der dort schreibt: "Im Bürgerkrieg zwischen Bourgeoisise und Proletariat stellen sie (die verbürgerlichten Arbeiter – P.) sich in nicht geringer Zahl auf die Seite der Bourgeoisie, . . ." (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S.13). Die Reformisten und Revisionisten stehen natürlich nicht immer **offen** auf der Seite der Bourgeoisie. Wenn sie ihren Klassenverrat nicht ständig mit der "Idee der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung" (Pkt 19) zur erfolgreichen Durchsetzung der Arbeiterinteressen tarnen würden, wenn sie nicht als die wahren Arbeitervertreter und Volksfreunde aufträten, welcher Arbeiter würde ihnen dann noch folgen? Nicht einmal "in jeder Krise" (Programmentwurf) treten sie **offen** auf die Seite der Bourgeoisie. Im Programm des KBW ist deshalb nur noch von "in jeder revolutionären Krise" (S.20) die Rede.

In Pkt 19 des Programmentwurfs wird weiterhin festgestellt, daß unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats der Revisionismus zum entscheidenden Hebel der Bourgeoisie wird, die proletarische Diktatur zu beseitigen und den Kapitalismus zu restaurieren. Daraus zu folgern, daß wir die Revisionisten erst unter der Diktatur des Proletariats für Feinde halten würden, ist absurd. Ist doch der Programmentwurf **insgesamt**, in allen seinen Aussagen, eine Kriegserklärung nicht nur an die Bourgeoisie, sondern gerade auch an den Revisionismus! Steht doch direkt vor der beschriebenen und derart bekloppt kritisierten Formulierung im Programmentwurf: "Das Proletariat kann die politische Macht nur erobern, wenn es Reformismus und Revisionismus in den eigenen Reihen bekämpft und überwindet." (Pkt 19)

III. Zur Verbindung von demokratischem Kampf mit dem Kampf um die proletarische Revolution im Teil C des Programmentwurfs

Der Teil C behandelt den westdeutschen Imperialismus, die Aufgabe der proletarischen Revolution als nächstem Etappenziel und die strategischen Forderungen, die an dieses Ziel heranführen. Ohne zu zögern überspringen die Verfasser die Punkte 1 bis 6, um bei Pkt 7 voll ins Fettnäpfchen zu treten. Es zeigt sich hier, daß sie weder die Programmdebatte verfolgt, noch die dem Programmentwurf vorangestellten "Erläuterungen zum Programmentwurf" gelesen haben.

Der zentrale Vorwurf ist der, daß die demokratischen Forderungen des Programmentwurfs revisionistisch seien.

"Zunächst müssen wir feststellen, daß hier das Etappenmodell der D"K"P übernommen wurde, also zunächst demokratischen Kampf und dann, irgendwann, den sozialistischen Kampf führen. So steht da: '. . . dabei führen sie den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen gegen den imperialistischen Staat so, daß er auf jenen Punkt zustrebt, an dem er umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung dieses Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.' Wenn so die Kämpfe der Massen angeführt werden, ist es allerdings auch der sicherste Garant, daß es nicht zur Revolution kommen wird." (S.8) Dem hält Lenin entgegen: "Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß der Kampf um Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken, oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten." (Lenin Werke, Bd 22, S.145)

Die Verfasser führen gegen den Programmentwurf ein Lenin-Zitat ins Feld, das über den bürgerlichen Staatsapparat aussagt, daß er zur Durchführung von Maßnahmen gegen das "heilige Privateigentum" absolut unfähig ist. Das reicht nicht aus. Es besteht auch die "politische Unvereinbarkeit der grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie mit dem bürgerlichen Staatsapparat" (Erläuterungen zum Programmentwurf, S.6), insbesondere unter den Bedingungen des Imperialismus. Für sämtliche demokratischen Forderungen bedeutet das jedoch keineswegs den Verzicht "auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für **alle** diese Forderungen. Das wäre ja nur in die Hand der Bourgeoisie und Reaktion gespielt. Ganz im Gegenteil, man muß alle diese Forderungen nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit parlamentarischem Auftreten und äußerlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den aktiven Kampf hineinziehen, den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreitern und anfachen, das heißt ihn zur sozialistischen Revolution, die die Bourgeoisie expropriiert, führen." (Lenin, Werke Bd 23, S.146/47) Zur Differenz mit den Revisionisten sagt Lenin: "Der Fehler des Kautskyanertums besteht darin, daß es – noch dazu in der gegenwärtigen Situation – Forderungen reformistisch stellt, die nur revolutionär gestellt werden dürfen (. . .). Der Fehler des Kautskyanertums besteht darin, daß es, wenn es **richtige** demokratische Forderungen stellt, rückwärts schaut, auf den friedlichen Kapitalismus orientiert, und nicht vorwärts blickt, nicht Kurs auf die soziale Revolution nimmt (. . .)." (Lenin Werke Bd.23, S.6/7; 1916). Diese Formulierung trifft präzis die Etappenbestimmung der 'antimonopolistischen Demokratie' der DKP. Dagegen jedoch einzuwenden, die Etappenbestimmung der modernen Revisionisten bedeute nichts anderes als "zunächst den demokratischen Kampf und dann, irgendwann, den sozialistischen Kampf führen", führt zur Kapitulation vor dem modernen Revisionismus: "Die marxistische Lösung der Frage der Demokratie besteht darin, daß das seinen Klassenkampf führende Proletariat **alle** demokratischen Einrichtungen und und Bestrebungen **ausnutzt** , um den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, den Sturz der Bourgeoisie vorzubereiten. . . Der Marxismus lehrt: Der 'Kampf gegen den Opportunismus' in der Form, daß man auf die Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen und von der Bourgeoisie zum Zerrbild gemachten demokratischen Einrichtungen in der **gegebenen** kapitalistischen Gesellschaft verzichtet, ist gleichbedeutend mit der **völligen Kapitulation** vor dem Opportunismus!" (Lenin Werke Bd.23, S.15)

Was halten die Verfasser der Bestimmung des demokratischen Kampfes im Programmentwurf entgegen? Mit Recht

stellen sie fest, daß jeder Massenkampf "mit sozialistischer Perspektive" geführt werden muß. Für den Lohnkampf schreiben sie: "Kampf um höhere Löhne, aber untrennbar damit verbunden, der Kampf um die Abschaffung der Lohnsklaverei, um den Sozialismus." (S.8) Diese Aufgabe der Propagierung des Sozialismus, der ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse, stellt sich den Kommunisten zweifellos in jedem Tageskampf. Doch die Propagierung der Abschaffung der Lohnsklaverei in den Tageskämpfen führt zweifellos nicht unmittelbar zum Massenkampf für die Sozialismus, zum Aufstand. Auch die Propagierung der Diktatur des Proletariats als Voraussetzung der ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse führt nicht dazu. Die Massen werden sich nur aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen von der Notwendigkeit der proletarischen Diktatur überzeugen. Und diese Erfahrungen können sie nur machen, wenn sie selbst den entschiedenen politischen Kampf für die uneingeschränkte Demokratie aufnehmen. Uneingeschränkte Demokratie, das ist es, was die Massen und insbesondere die Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer Interessen brauchen. Und je mehr die Massen dieses Banner der revolutionären Demokratie erheben, deßen sie mit dem durch und durch reaktionären bürgerlichen Staatsapparat zusammen, desto mehr nähert sich der Zeitpunkt, an dem dieser Kampf umschlägt in den bewaffneten Aufstand, "umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung dieses Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat." (Programmentwurf, Teil C, Pkt 7) Diese Perspektive in die Massenkämpfe hineinzutragen, sie damit anzuleiten, das ist die Aufgabe der Kommunisten, das ist die korrekte Umsetzung der Leninschen Forderung: "Man muß es verstehen, den Kampf um die Demokratie mit dem Kampf um die sozialistische Revolution zu **vereinigen** , indem man den ersten dem zweiten **unterordnet.** Darin liegt die ganze Schwierigkeit, das ganze Wesen der Sache." (Lenin, Werke Bd.35, S.241);

Die Verfasser der Kritik haben diese Schwierigkeit nicht gelöst, ihre eigene Strategielosigkeit versuchen sie zu tarnen, indem sie feststellen, daß man aus den Tagskämpfen die Notwendigkeit des Sozialismus ableiten muß (was zwar richtig ist, aber nicht ausreicht). Diese Propagandatätigkeit jubeln sie flugs zum "sozialistischen Kampf" hoch. Indem sie den demokratischen Kampf, der das entscheidende Kettenglied bei der Ausrichtung der Tageskämpfe auf das Etappenziel, auf die proletarische Revolution darstellt, als "revisionistisch" denunzieren, statt ihn anzuleiten, sind sie in der Kommunistischen Bewegung eine Strömung "der **völligen Kapitulation** vor dem Opportunismus" (Lenin), vor dem modernen Revisionismus, der die demokratischen Kämpfe der Massen nach rückwärts auf den 'antimonopolistischen' = vormonopolistischen, friedlichen Kapitalismus orientiert, sie an den Rahmen der bürgerlichen Legalität fesselt, sie mit (vor-)parlamentarischem Auftreten und äußerlichen Protesten vom Kampf abhält usw. – Womit bewiesen wäre, daß Rechts- und "Links"opportunismus Kehrseiten ein und derselben Medaille sind, der Medaille der Sabotage der proletarischen Revolution.

Bei der Betrachtung der demokratischen Forderungen meinen die Verfasser: "... demokratische und sozialistische Forderungen wirbeln durcheinander und alle sind als **demokratische** gekennzeichnet." (S.8) Unter 'sozialistischen Forderungen' verstehen sie "Forderungen, die erst im Sozialismus erfüllt sein" (ebenda) werden, z.B. die nach Rechenschaftspflicht, Abwählbarkeit und Bezahlung in Höhe eines Arbeiterlohns der Volksvertreter (vergleiche demgegenüber Lenin "Staat und Revolution", S.97 der chinesischen Ausgabe). Demokratische Forderungen dagegen seien schon im Kapitalismus verwirklichbar. "Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei, auch nicht die demokratischsten Umgestaltungen, sondern nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden, ..." (Lenin Werke Bd.23, S.14). "Im 'absoluten ökonomischen Sinn' (LW 22, S.145) ist also Demokratie mit dem Kapitalismus vereinbar. Im 'relativen politischen Sinn' (Lenin, ebenda) ist die politische Demokratie mit dem Kapitalismus überhaupt und erst recht mit dem Imperialismus unvereinbar und alle grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie können nur unvollständig, verstümmelt und als seltene Ausnahme durchgesetzt werden." (Erläuterungen zum Programmentwurf, S.6) Das kann jedoch aus den oben dargelegten Gründen keinen Verzicht auf gerade diese Forderungen bedeuten. "Die demokratischen Forderungen können auch nicht auseinanderdividiert werden, in Forderungen, die schon unter der Herrschaft der Bourgeoisie erhoben werden können und Forderungen, die erst unter der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden können. Alle demokratischen Forderungen müssen gerade schon unter der Herrschaft der Bourgeoisie erhoben werden, und alle demokratischen Forderungen können erst durch die Diktatur des Proletariats vollständig und in ihrer Gesamtheit verwirklicht werden." (Erläuterungen zum Programmentwurf, S.6)

H.-P. P., Aufbaugruppe Wilhelmshaven

Erscheint im November:

nationale befreiung

3

Inhalt:

- **Geschichte der Arbeiterbewegung Indonesiens**
- **Selbstkritik der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI)**
- **Neues Programm der PKI von 1966**

Bestellungen an:
VERLAG JÜRGEN SENDLER, 69 Heidelberg
Lutherstraße 44 a

Die Politische Massenzeitung

Über den Charakter unseres Zentralorgans ist in letzter Zeit häufig diskutiert worden. Die dabei dargelegten Argumente beweisen, daß vielerorts noch Unklarheiten über diese Frage bestehen. Letztlich spitzen sich alle Fragen darauf zu: Ist es unsere Aufgabe, aus unserem Zentralorgan ein Massenblatt zu machen oder nicht?
Die Antwort auf diese Frage bekommen wir nur, wenn wir nach dem Zweck dieses Blattes fragen.
Das Zentralorgan ist zentraler Agitator, Organisator und Propagandist. Der Schwerpunkt des Zentralorgans liegt in der Massenagitation.
Das Zentralorgan ist die Tribüne des Klassenkampfes, der Hebel zur weiteren Verbreitung des ökonomischen und politischen Protestes, das Zentrum, das immer breitere Reihen der Arbeiterschaft in die kommunistische Bewegung hineinzieht, das Spiegelbild der kommunistischen Organisation.
Nach diesem Grundsatz müssen wir den Inhalt bestimmen und werden feststellen, daß wir ein Massenblatt brauchen.
Die Ursache mancher falschen Vorstellungen lag darin, daß man zu sehr von einigen örtlichen Besonderheiten ausging und dadurch den Blick für das Ganze verlor. Z.B. sagten einige: "Die Zeitung wird ja doch nicht von der Masse der Arbeiter gekauft, sondern nur von einigen Fortschrittlichen, deswegen müssen wir unsere Zeitung so schreiben, daß wenigstens die was davon haben!" Das ist ganz falsch! Wir können die fortschrittlichen Schichten der Werktätigen nur gewinnen, wenn wir uns an die Massen wenden.
Im Zentralorgan müssen alle Elemente der politischen Unzufriedenheit und des Protestes konzentriert werden und in die Bewegung wieder eingehen. Es muß die Leidenschaft des Volkes für politische und ökonomische Enthüllungen wecken. Auch die Erziehung zum organisierten Handeln ist eine wichtige Aufgabe des Zentralorgans.

Das Zentralorgan als zentraler Agitator, Organisator und Propagandist

"Die agitatorische Einwirkung auf die Massen muß in breitester, sowohl ökonomischer als auch politischer Agitation bei allen Anlässen und zu allen Erscheinungsformen jeder Art von Unterdrückung bestehen, in einer Agitation, die wir benützen müssen, um eine immer größere Anzahl von Arbeitern in die Reihen der revolutionären sozialdemokratischen Partei hineinzuziehen, um den politischen Kampf in allen erdenklichen Erscheinungsformen zu begünstigen, um diesen Kampf aus seinen spontanen Formen hinüberzuleiten in die Form des Kampfes einer einheitlichen politischen Partei. Die Agitation muß somit als Mittel zur weiteren Verbreitung des politischen Protestes und höher organisierter Formen des politischen Kampfes dienen. Gegenwärtig ist der Rahmen unserer Agitation zu eng, der Kreis der von ihr berührten Fragen zu begrenzt, und unsere Pflicht ist es, nicht diese Enge zum Gesetz zu erheben, sondern danach zu streben, uns von ihr freizumachen, danach zu streben, unsere agitatorische Tätigkeit zu vertiefen und zu erweitern." (Lenin, Aus Anlaß der Profession de foi, Bd.4, S.288)

So schildert Lenin die Agitation. Unter diesen Gesichtspunkten müssen wir auch die Agitation im Zentralorgan bestimmen. Indem es von allen wichtigen Kämpfen und Ereignissen im In- und Ausland berichtet, anhand von praktischen Beispielen zeigt, welche Mittel angewendet wurden, welche Lehren unbedingt gezogen werden müssen, auf was wir unsere Aufmerksamkeit lenken müssen, leistet es einen wichtigen Beitrag zur Erziehung zum Klassenkampf.
Uns ist ja bekannt, daß ein Teil der bürgerlichen Propaganda darauf abzielt, bestimmte Kämpfe zu verschweigen, herunterzuspielen oder zu verfälschen. Nehmen wir als Beispiel die in jüngster Zeit stark angewachsene Streikbewegung für innerbetriebliche Lohnerhöhungen. Glaubt man der bürgerlichen Berichterstattung, dann handelt es sich um hier und da aufgeflackerte Streiks "aufgeputschter Belegschaften", Prügeleien zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern. Selten hört man Forderungen, noch seltener die Gründe.
Der Umfang der Kämpfe, der Frontverlauf, die Entwicklungen und Schwerpunkte der Kämpfe, die Erfahrungen aus Siegen und Niederlagen wird man lange suchen müssen.
Ein Zentralorgan muß immer den Frontverlauf aufzeichnen. Es muß alle lehrreichen Einzelheiten wiedergeben, es muß Arbeiter anderer nichtbestreikter Zentren anspornen, es ihren kämpfenden Kollegen nachzutun. Die Agitation im Zentralorgan muß mit allen wichtigen Tagesfragen der Arbeiter verbunden sein, sie muß die Arbeiter mehr und mehr befähigen, ihre Forderungen an die Kapitalisten genauer und wirkungsvoller zu formulieren. Auch das Solidaritätsbewußtsein, das die Unternehmer immer wieder zu verschütten suchen, muß geweckt werden.
Wir dürfen in unserem Organ nicht die Fehler wiederholen, den wir in den früheren Zeitungen leider allzuoft gemacht haben. Diese Zeitungen enthielten nur einen Teil aller erscheinungswürdigen Artikel und Berichte, sie waren nur eine enge begrenzte Agitation. Das lag nicht nur an der örtlichen Begrenztheit dieser Blätter, sondern auch an einer falschen Vorstellung von Massenagitation. So kam es, daß manche Zeitungen aus ungefähr 20 halbseitigen Artikeln, bei denen man nicht wußte, ob sie Agitation oder Propaganda waren und einigen wenigen kurzen Artikeln bestanden. Erst durch die Fülle der wiedergegebenen Kämpfe, die Wiederspiegelung und Durchleuchtung der tatsächlichen Lage, kann sich der Leser ein Bild des Geschehens machen.
Meistens strebt die bürgerliche Berichterstattung an, ein ruhiges und friedliches Fabrikleben zu zeichnen. Der Arbeiter der bürgerlichen Propaganda kümmert sich weder um seine Fabrikinteressen noch um politische Fragen. Man setzt andere Prioritäten. Streiken 50 000 Metallarbeiter in Norddeutschland, dann schreien die Letter: "Tollste Flucht des Jahres". Streikunruhen, Auseinandersetzungen und Konflikte werden nur selten und dann in äußerst verstümmelter Form erwähnt. Seltener kommt es vor, daß die bürgerliche Volksverdummung nach der Taktik der Panikmache greift. In diesen Fällen berichten sie über Streiks, aber immer so, daß sie schnell beendet werden sollen, um Schlimmeres zu

vermeiden. Ein gutes Beispiel für diese Taktik waren die jüngsten Streikauseinandersetzungen bei Ford in Köln. Der Schwerpunkt des allgemeinen Interesses wird auf Sport, Prominentenklatsch und Mord und Totschlag gelenkt.
Dadurch will man beim Arbeiter den Eindruck erwecken, der Klassenkampf ist passe, alles ist in bester Ordnung, gefällt mir die Arbeit nicht, träum' ich vom Feierabend, bekomme ich zu wenig Geld, mache ich Überstunden, warum soll man sich auflehnen, der Einzelne kann ja doch nichts erreichen...
Diese verstümmelte, durch und durch verlogene Propaganda muß das Zentralorgan durchbrechen. Es muß sich zu einer Zeitung profilieren, die den offenen oder versteckten Unmut formuliert, in der der Arbeiter seine Stimme erkennt, seine Gedanken wiederfindet. Wie können wir aber die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die gröbsten Mißbräuche und die Vorgänge in der ganzen Welt lenken, wenn viele dieser Mißbräuche und Vorgänge nicht nur in der bürgerlichen Presse, sondern auch in unserer Zeitschrift "verheimlicht" werden? In den Zeitungen stand viel zu wenig über die Organisationen und ihre Arbeit. Warum berichtete man nicht öfters, wie die Organisationen an den Kämpfen teilgenommen haben? Warum brachte man kaum Artikel von Genossen, die schilderten, wie sie zu uns gestoßen sind? Warum berichtete man so wenig von städtischen, militärischen, diplomatischen, kirchlichen und finanziellen Dingen?
Dabei wird das Zentralorgan das Geschehene nicht platt widergeben, sondern jede Tatsache durch die Theorie beleuchten. Solche Artikel müssen den Charakter von Kriegserklärungen haben. Ähnlich ist es beim Berichten über Auslandsangelegenheiten. Von den vielen Dingen, die täglich passieren und in den bürgerlichen Zeitungen entweder gar nicht oder nur entstellt vorkommen, berichteten wir viel zu wenig. Wenn wir einmal etwas brachten, dann waren es gleich Mammut-Artikel. Das soll nicht heißen, daß lange Artikel schlecht sind. Sie müssen aber anteilmäßig in einem richtigen Verhältnis zu den überwiegend kleinen Artikeln stehen. Es ist auch eine Frage der politischen Disziplin. Mammutartikel verstopfen die Zeitung. Dadurch können viele wichtige Dinge nicht erscheinen. Kein Wunder, wenn Korrespondenten böse werden, weil ihre Artikel nicht erschienen sind, weil die Zeitung von einigen "Mammuts" blockiert ist. Jedoch ist es keine zwingende Notwendigkeit, jede kleine Notiz endlos zu dehnen. In den Publikationen befreundeter Organisationen aus aller Welt stehen jedesmal etliche Artikel von wichtigen politischen und wirtschaftlichen Ereignissen. Solche ständigen kurzen Artikel und Notizen müssen jedesmal gebracht werden, weil sie für die internationale Arbeiterklasse von äußerster Wichtigkeit sind.

In seiner Schrift "Womit beginnen" stellt Lenin fest, daß man als **ersten Schritt** die Leidenschaft für ökonomische Enthüllungen wecken muß. Er fährt fort:
"Wir müssen den nächsten Schritt tun: In allen einigermaßen bewußten Volksschichten die Leidenschaft für politische Enthüllungen wecken ... Wir sind jetzt im Stande, und wir sind verpflichtet, eine Tribüne zu schaffen für eine vom ganzen Volk ausgehende Entlarvung der zaristischen Regierung. Eine solche Tribüne soll die sozialdemokratische Zeitung sein." (Bd.5, S.11)
Wir können an dieser Stelle schon Zwischenbilanz ziehen. Die "kleinen" Artikel, die ökonomischen und politischen Enthüllungen, die "Frontberichte", und all die brennenden Fragen des Arbeiterlebens machen den wichtigsten Teil der politischen Zeitung aus.
An dieser Stelle muß die Frage auftauchen: Wenn wir wahllos all die Alltäglichkeiten, kleine und große Mißstände und Auseinandersetzungen in unsere Zeitung stopfen, wird sie dann nicht wirr und bauchlastig? Das ist richtig. Deshalb gehören in das Zentralorgan auch nur die typischen Mißstände und Enthüllungen, die beispielhaft für andere Fabriken oder Schauplätze sein können.
Eine politische Zeitung, die sich an die Massen wendet, sollte nicht aus falsch verstandener Vorsicht ihr fortschrittliches Niveau künstlich senken. Das wäre grundfalsch. Alle Versuche, Niveau und Stil etwa den bürgerlichen Blättern anzugleichen, "weil die Bevölkerung daran gewöhnt ist", sind dumm und pessimistisch. Die Veröffentlichungen der linkssektiererischen Organisationen liefern am laufenden Band herrliche Beispiele von Gemischen aus dummprotziger Plattheit und hochtrabenden unverständlichen theoretischen Ergüssen.
Die Arbeiter haben ein ausgezeichnetes Gespür dafür, ob ein geschilderter Vorfall der Wahrheit entspricht, oder ob ein übereifriger Kommunist eine Sache dahingebogen hat, wo er sie gerne gesehen hätte. Das gilt besonders für Aktionsbeschreibungen und Leserbriefe.
So wie sich das Zentralorgan durch Enthüllungen und "Kriegserklärungen" mit der Bourgeoisie auseinandersetzt, muß es sich auch mit deren Propaganda auseinandersetzen. Wenn die Kommunisten nicht ständig über den neuesten Stand der "Berieselung" durch Funk, Fernsehen und Presse, also der bürgerlichen **Argumentation** informiert sind, werden sie darauf auch nicht wirkungsvoll reagieren können.
Ein gewisser Teil des Zentralorgans muß auch für kulturelle Dinge reserviert sein: Buchbesprechungen, Romanauszüge, Kurzgeschichten, Hinweise auf gute Filme oder Stücke, die man unbedingt gesehen haben muß. Ebenso wichtig sind ständige Auseinandersetzungen mit der dekadenten bürgerlichen Kultur. Die Bourgeoisie konnte ihre Kultur während dem Feudalismus entwickeln. Die Arbeiterklasse konnte ihre Kultur während dem Kapitalismus nicht entwickeln. Sie muß ihre proletarische Moral, ihre Ästhetik, ihre Literatur und Kunst usw. erst im Klassenkampf entwickeln. So hat Franz Mehring einmal sinngemäß die kulturelle Lage des Proletariats definiert.
Auch das Zentralorgan muß zur kulturellen Entwicklung einen gewissen Beitrag leisten. Alle Artikel müssen dahingehend angelegt sein, beim Leser Interesse für Dinge zu wecken, zu denen er bisher keinen Zugang hatte. Wenn es uns nur gelingt, die hervorragendsten Schöpfungen der proletarischen Kultur und Kunst der Arbeiterklasse zugänglich zu machen, haben wir schon eine wichtige Aufgabe erfüllt. Die parteilose Masse lernt sehr schnell anhand von Beispielen. Es kommt darauf an, die Artikel im Zentralorgan so beispielgebend zu formulieren, daß sie tiefe Eindrücke beim Leser hinterlassen. Beim Lesen muß sich automatisch ein Bild des Geschehenen abzeichnen. Wir müssen nochmals auf das Problem der Mammutartikel zurückkommen. Im Bericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale 1923 finden wir dazu:
"Wenn wir eine Lohnforderung stellen, können wir uns darauf verlassen, daß der Agitator als Propagandist anfängt. Er beginnt bei der Schöpfung der Welt und sagt, daß die anderen Verräter sind. Er versteht nicht, das Interesse auf den einen Punkt zu konzentrieren und daran zu zeigen, wer die anderen sind. Man muß bedenken, daß wir immer das ganze System des Kommunismus hineinpressen. Wir haben auf unseren Plakaten immer die ganze Welt beieinander. Jeder Redner bringt alle Theorien, die er einmal begriffen oder nicht begriffen hat, hinein. Wir verstehen noch nicht, eine

richtige Methodik anzuwenden und eine richtige Agitation durchzuführen. Die richtige Konzentration bei der Arbeit ist die wirksamste Agitation."
Auch mit Parolen sollten wir sorgfältig umgehen. Man sollte nicht "auf Teufel komm raus" hinter jeden Artikel eine Parole setzen. Das kann leicht ins Auge gehen und aufgepropft wirken. Will man zum Beispiel in einem Artikel die Notwendigkeit der Organisierung im Kommunistischen Bund Westdeutschland erwähnen, dann sollte man überlegen, ob sich das nicht in den Artikel einflechten läßt. Sonst besteht nämlich die Gefahr, daß richtige Parolen an der richtigen Stelle durch die Fülle der anderen Parolen niedergedrückt werden. Außerdem gibt es viele Artikel, die für sich sprechen, deren Lehren sich schreiend anbieten, denen man nichts hinzuzusetzen braucht.

Eine wichtige Aufgabe fällt der Zeitung bei der Sammlung und Zusammenfassung der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland zu. Sie ist das weitreichendste Mittel der Vereinheitlichung der Arbeiterklasse. Sie führt der Arbeiterschaft ständig die Notwendigkeit des planvollen, organisierten und solidarischen Handelns vor Augen. Aus ihren negativen und positiven Beispielen lernt man wie wichtig es ist, umsichtig und organisiert vorzugehen. Man hat die politische Zeitung oft mit einem Gerüst verglichen, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird. Man kann an ihm die Entwicklung des Hauses absehen, die Bauarbeiter können ihre Arbeit aufteilen und gut überblicken. So muß es auch bei uns werden. An unserem Zentralorgan werden wir Entwicklungen und Resultate ablesen können.
Unmittelbar mit der Agitation ist die Propaganda verbunden. Die Propaganda verbreitet umfassend und systematisch die marxistisch-leninistische Lehre und begründet die Notwendigkeit des Klassenkampfes. Im propagandistischen Teil der Zeitung muß Platz für die Erörterung von Streitfragen vorhanden sein. Er gibt den Arbeitern Gelegenheit, ihre ideologischen Auseinandersetzungen öffentlich auszutragen. Das gilt auch für Auseinandersetzungen mit gegnerischen Organisationen und Strömungen. Die propagandistischen Artikel sind in der Regel ausführlich und umfassend.
Im propagandistischen Teil müssen auch Analysen, Materialien, Hinweise und Mitteilungen veröffentlicht werden. An dieser Stelle taucht bestimmt die Frage der Verhältnismäßigkeit von propagandistischen Artikeln im Zentralorgan und ebensolchen im theoretischen Organ auf. In seinem Entwurf einer Ankündigung der Redaktion definiert Lenin den Unterschied folgendermaßen:
"Die Zeitschrift soll vorwiegend der Propaganda, die Zeitung vorwiegend der Agitation dienen. Aber sowohl in der Zeitung als auch in der Zeitschrift müssen sich alle Seiten der Bewegung widerspiegeln und besonders betonen möchten wir, was die spontane Arbeiterbewegung unmittelbar am nächsten berührt, während dem Organ für die Intellektuellen alles überlassen blieb, was ins Gebiet der Wissenschaft, der Politik, der mit der Parteiorganisation zusammenhängenden Fragen usw. fällt. Im Gegenteil, notwendig ist die Beleuchtung jeder einzelnen Tatsache durch die Theorie, notwendig ist die Propagierung der politischen und parteiorganisatorischen Fragen in den breitesten Massen der Arbeiterklasse . . ." (Bd.4, S.323)
Hier haben wir es noch einmal klar und deutlich. Die Zeitung soll vorwiegend der Agitation dienen. Dennoch ist ein propagandistischer Teil notwendig. Es muß aber betont werden, daß wir in der Vergangenheit oft der Propaganda den Vorrang gaben. Wie oft haben sich schon enttäuschte Arbeiter beklagt, die mit unseren Zeitungen kaum etwas anfangen konnten. Für sie war es unmöglich, die seitenlangen dominierenden Riesenartikel zu verdauen. Weder positive noch negative, sondern gar keine Resonanz war oft nach dem Verkauf von unseren Zeitungen zu verspüren. Das stand im krassen Gegensatz zu unseren Flugblättern, die oft heiße Debatten auslösten und gut empfangen wurden. Beherzten Genossen, die diesen Zustand kritisierten, wurde dann manchmal gesagt: Ob ein Artikel kurz oder lang ist, spielt keine Rolle, auf den Inhalt und die Linie kommt es an! Gegen dieses Argument ließ sich dann natürlich schlecht etwas sagen, wer will schon bestreiten, daß Inhalt und Linie die wichtigsten Bestandteile der Beiträge sind. Aber trotzdem tauchten spätestens dann wieder Zweifel auf, wenn die Genossen beobachten mußten, wie unsere Zeitungen mit Achselzucken und völlig resonanzlos als Frühstücksunterlage umverwertet wurden. Natürlich machten hier die ganz eifrigen, "vorgebildeten" oder mit politischen Problemen wohlvertrauten Arbeiter eine Ausnahme. Aber ein großer Teil derjenigen Leser, denen wir unsere Zeitung zugänglich machen wollen, wird zuerst hauptsächlich die agitatorischen Artikel lesen. Erst durch eine allmähliche Erziehung und Gewöhnung an unsere Politik werden sich die Leser auch die "schwer verdaulichen Brocken" erschließen. Das ist ganz natürlich. Schlimm ist es nur, wenn eine politische Zeitung zum überwiegenden Teil aus schwer verdaulichen Brocken besteht. Lernen müssen wir aus diesen Mißständen, daß eine richtige politische Linie allein nicht ankommt. Wir müssen lernen, der Massenagitation in unserer Zeitung den Vorrang zu geben. Es gab Vorschläge, ein bestimmtes Schema aufzustellen: Etwa "große" Propaganda-Beiträge und sonst viele "kleine" Artikel. Das ist natürlich falsch. Es hängt von den jeweiligen Bedingungen ab, wieviel Propaganda-Beiträge notwendig sind. Die propagandistischen Beiträge müssen so abgefaßt werden, daß sie dazu beitragen, die ideologische Erziehung der Arbeiterklasse weiterzutreiben und daß das Wissen um die gesellschaftlichen Zusammenhängen immer reichhaltiger wird.

Das Korrespondentennetz

Das Fundament des Zentralorgans ist das Korrespondentennetz. Im Gegensatz zu bürgerlichen Blättern, die über einen gewissen Stamm von bezahlten Redakteuren, Reportern und Korrespondenten verfügen, muß sich die politische Massenzeitung auf eine riesige Masse von Arbeiterkorrespondenten stützen. Ohne diesen Korrespondenten-Apparat wird sie niemals eine allumfassende Massenzeitung werden können. Auch wird die Zeitung dann schwach und farblos werden. Lenin bemerkte dazu im "Brief an die Genossen":
". . . Im Gegenteil, das Blatt wird erst dann lebendig und lebensfähig sein, wenn auf 5 führende und ständig mitarbeitende Literaten fünfhundert und fünftausend Mitarbeiter kommen, die keine Literaten sind. Ein Mangel der alten 'Iskra', von dem ich sie immer freizumachen trachtete (und in der neuen 'Iskra' einen ungeheuerlichen Umfang angenommen hat), war die schwache Mitarbeit von Russland aus. Wir veröffentlichten fast immer alles, was uns von Russland eingesandt wurde. Ein wirklich lebendiges Organ muß ein Zehntel der Einsendungen drucken und das übrige als Information und Fingerzeig für die Literaten verwerten. Es ist notwendig, daß möglichst viele Parteiarbeiter mit uns korrespondieren, und zwar im gewöhnlichen, nicht im literarischen Sinn des Wortes . . . Gebt den Arbeitern jede Möglichkeit für unsere Zeitung zu schreiben, entschieden über alles zu schreiben, möglichst viel über ihren Alltag, ihre

Interessen und ihre Arbeit zu schreiben, denn ohne dieses Material wird das sozialdemokratische Organ keinen Pfifferling wert sein, wird es den Namen eines sozialdemokratischen Blattes nicht verdienen ..." (Bd.7,S.535).
Der Kommunistische Bund Westdeutschland muß dieses Korrespondentennetz planmäßig aufbauen. Was nützt es, wenn man sich theoretisch über die Notwendigkeit des Aufbaus einer Massenzeitung klar ist, wenn die Erbauer, die Korrespondenten fehlen. Bei zögernden Genossen, die bisher kaum irgendwelche schriftliche Arbeiten erledigt haben, kommt es auf den ersten Anstoß an. Hat man erst einmal einen Beitrag abgefaßt, hat man seinen Widerhall in der Leserschaft erlebt, so wird man feststellen, daß Korrespondententätigkeit keine Sache von journalistisch abgekochten Schlauköpfen sein muß, sondern daß es darauf ankommt, die Massen in der richtigen Art und Weise anzusprechen. Der Korrespondent wird auch ein viel innigeres Verhältnis zu seiner Zeitung bekommen, weil ihr Gelingen und Mißlingen auch von ihm abhängig ist.

Wir müssen anstreben, daß die Zellen in den Betrieben auch Korrespondentennetze aufbauen. Ein oder mehrere Korrespondenten müssen dafür sorgen, daß aus ihrem verantwortlichen Bereich regelmäßige Korrespondenzen eingereicht werden. Natürlich sollen die verantwortlichen Korrespondenten nicht alles selber schreiben. Es kommt gerade darauf an, relativ Außenstehende zur Mitarbeit an **ihrer** Zeitung anzuregen. Die Korrespondenten sind Ohr und zugleich Sprachrohr am Puls der Massen.
In der Geschichte der Arbeiterbewegung können wir beobachten, daß viele Genossen durch die Korrespondententätigkeit gewonnen wurden. Die Korrespondenten brauchen keinesfalls Mitglieder oder Sympathisanten des Kommunistischen Bundes Westdeutschland sein. In Orten, in denen die Organisation schon relativ weit entwickelt ist, sollte man den Korrespondenten die Gelegenheit geben, ihre gemeinsamen Erfahrungen auszutauschen, ihre Erkenntnisse zu verallgemeinern und Möglichkeiten zur Erschließung neuer Gebiete zu suchen. Auch Leserversammlungen auf Betriebs- und Stadtteilebene können gute politische Erfolge erzielen.
Man kann die Dinge, die ein Korrespondent zusammentragen sollte, grob zusammenfassen:
Betriebsebene: Artikel der Korrespondenten von den einzelnen Abteilungen, besondere Betriebszeitungen, Flugblätter, Gewerkschaftszeitungen, Gewerkschaftsflugblätter, Anschläge und Aushänge der Geschäftsleitung, Unternehmerzeitungen, Kommentare zu allen politischen Vorkommnissen, Berichte zu Aktivitäten gegnerischer Organisationen, Artikel über Kampagnen, Aktionen, Arbeitsniederlegungen, Mißstände usw.
Nachrichten aus der bürgerlichen Presse, von Rundfunk und Fernsehen, Artikel und Berichte über Erfolge und Mißerfolge in der allgemeinen Arbeit, z. B. Berichte von Demonstrationen, einzelne Eindrücke, Bildermaterial, verwertbare Karrikaturen, Ausschnitte aus gegnerischen und befreundeten ausländischen Zeitungen, Kurzgeschichten ("gefundene oder selbstverfaßte"), Gedichte und vieles andere mehr.
Dabei kommt es gar nicht darauf an, ob ausgefeilte Artikel an die Redaktion gesandt werden. Die Redaktion muß ausreichend mit "Rohmaterial" versorgt werden, das sie dann selber verarbeitet.
Es ist natürlich die Pflicht der Redaktion, bei Nichtabdruck von Korrespondenzen, dem Absender kurz die Gründe mitzuteilen. Es darf nicht vorkommen, daß gute Aktivitäten verspielt werden, indem man die Mühe der Arbeiter mit Schweigen (das dann wie Desinteresse aussieht) honoriert. Die Redaktion muß den Korrespondetenapparat ständig anheizen. Oft bekommt ein Redakteur zu hören: "Bei uns ist nichts passiert, wir haben kein lohnenswertes Material für die Redaktion". Gerade in solchen Fällen hängt es vom Geschick der Redakteure ab, ob sie solche Erklärungen hinnehmen oder ob sie "nachstochern". Meistens werden sie dann angenehme Überraschungen erleben.

Die Lokalbeilagen

Als wir am Anfang Kriterien für die Auswahl von erscheinungswürdigen Artikeln für das Zentralorgan suchten, haben wir festgestellt, daß hier nicht entscheidet, ob der Artikel "wichtig" oder "weniger wichtig" ist, sondern, ob er typisch für die vielen anderen örtlichen Begebenheiten oder Kämpfe im gesamten Bundesgebiet ist. So verhält es sich auch bei der Auswahl von Artikeln, die für die Lokalbeilagen bestimmt sind. Dabei müssen wir davon ausgehen, daß der Umfang der Lokalbeilage sehr viel geringer sein muß als das Zentralorgan. Es darf nicht so kommen, daß das Zentralorgan jetzt keine Artikel über lokale Angelegenheiten mehr veröffentlicht, weil wir ja dafür die Lokalbeilagen haben. Die Lokalbeilagen sind keine Spezialzeitschriften für lokale und kommunale Angelegenheiten. Sie sind Agitationsmittel auf einer anderen Ebene. In ihnen muß besonders die Widerspiegelung der örtlichen Kämpfe und das Eingreifen des KBW einen zentralen Raum einnehmen. Die Arbeiter dieses Ortes (oder dieser Region) sollen ein anschauliches Bild davon bekommen, wo und in welcher Form Kämpfe stattfinden. Auf keinen Fall dürfen die örtlichen Redaktionen Abfangstationen wichtiger KVZ-Artikel werden.

Die Aufmachung des Zentralorgans

Haben wir den Charakter und den Inhalt des Zentralorgans durchleuchtet, müssen wir auch eine angemessene äußere Hülle finden.
Hier können wir viel von der Arbeiterbewegung lernen. Das Zeitungsbild früherer Zentralorgane war sauber, übersichtlich, frisch und lebendig. Kurz: Es war den Ansprüchen der Leser weitgehendst angepaßt. Auf der ersten Seite muß man im großen und ganzen den Inhalt der Zeitung überblicken können. Leider haben wir in der Vergangenheit manchmal Zeitungen gemacht, auf deren erster Seite gleich zwei riesige Artikel zu einem langweiligen Photo prangten. Unsere Sachlichkeit wird ja unter den Kommunisten in Westdeutschland gelobt, unsere Linie, bescheiden und ohne Übertreibung aufzutreten. Aber Sachlichkeit darf nicht in Farblosigkeit und agitatorische Abstinenz ausarten. Viele kurze, frische und lebendige Artikel sauber durch die verschiedensten Gestaltungsmittel voneinander getrennt. Sehr viele gute Photos, etliche Karrikaturen und Bilder. Nichts darf primitiv oder übertrieben sein.
Wir kennen ja alle die Organe und Plakate der sogenannten "Parteien". Die unmöglichsten Plattheiten in der Agitation (um speziell davon zu reden) sind dort an der Tagesordnung. 1.Mai-Plakate, die von den Arbeitern spöttisch "Invasion von der Wega" genannt werden, weil die darauf abgebildeten Arbeiter eher Zeichnungen von mutmaßlichen Himalaya-Menschen gleichen, als die Gesichter, denen man täglich begegnet, in den Organen der Sektierer tummeln sich Arbeiter-Gestalten, deren Arme mindestens dreimal so dick wie ihr Kopf gezeichnet sind usw. Manchmal versuchen sie sich auch in der Aufmachung (oft auch im Inhalt) den

Boulevard-Blättern anzugleichen. Wenn die Redaktion die ganz bestimmt in der Organisation "schlummernden" Talente geschickt in die Arbeit einbezieht, wenn sie gute Photographen, Karrikaturisten und Graphiker planvoll an der Arbeit teilnehmen läßt, wird sie einen guten äußeren Stil entwickeln können. Nicht einmal sollten wir auf die Protzküche der Sektierer zurückgreifen. Die Composer-Technik bietet gute Möglichkeiten zur übersichtlichen Textgestaltung. Besonders wichtig zur Auflockerung der Texte sind viele Bilder, Graphiken und Karrikaturen. Auf der Vorder- und Rückseite sollte man so schnell wie es die Umstände erlauben mit dem Rot-Druck beginnen.
Kommunisten, die sagen: "Das ist alles unwichtig, auf den Inhalt kommt es an" gehen völlig an den Realitäten und an der Einstellung der Massen vorbei. Es sei ihnen wirklich einmal empfohlen, tief und gründlich zu untersuchen, welche Rolle das äußere Zeitungsbild für die "Verdauung" des Inhalts spielt. Genossen, das sind Tatsachen und die haben es nun einmal so an sich, daß man sie nicht wegdiskutieren kann.
Die Leitlinie für die richtige Aufmachung muß allerdings bleiben: Einheit von Form und Inhalt, Anknüpfung an die Lesegewohnheiten der Massen. Auf keinen Fall sollten wir ein Übergewicht auf die Form und Aufmachung legen. Wir kennen ja die revisionistischen Publikationen, die sich bis zum Erbrechen an die Massen anbiedern.

Wir brauchen eine Massenzeitung

Wer dem hier geschilderten Charakter, Aufbau und Inhalt unseres Zentralorgans zugestimmt hat, muß sich darüber im klaren sein, daß er damit auch der Gesamtkonzeption zugestimmt hat: Die KOMMUNISTISCHE VOLKSZEITUNG muß eine Massenzeitung werden. Wir können die Fortschrittlichen nur gewinnen, wenn wir uns an die Massen wenden. Es wäre sehr schlecht, wenn wir dieselben Fehler begehen würden, die Wilhelm Pieck in seinem Referat auf der Brüsseler Konferenz der KPD 1935 selbstkritisch feststellte:
"... Die Partei hatte 37 Tageszeitungen, einschließlich der Kopfblätter, aber die Abonenntenzahl ist nie über die Zahl der Parteimitglieder hinausgekommen. Vor allem war das auf die große Schwäche unserer Redaktionen zurückzuführen, die nicht verstanden, die Sprache der Massen zu sprechen, die nicht verstanden, den Kampf der Partei zu organisieren, und die einen großen Teil der Verantwortung für die in der Parteiarbeit zutage getretenen Schwächen tragen, ja geradezu verhinderten, daß unsere Parteipresse zu einer wirklichen Massenpresse und zu einem organisatorischen Faktor für die Partei wurde . . ." (Wilhelm Pieck, Der Neue Weg zum gemeinsamen Kampf zum Sturz der Hitlerdiktatur, Dietz Berlin 1954, S.13)
Es muß uns gelingen, unser Zentralorgan zur Massenzeitung der westdeutschen Arbeiterschaft zu entwickeln.
VORWÄRTS ZUM AUFBAU EINER POLITISCHEN MASSENZEITUNG

H.K., Ortsgruppe Mannheim

ROTE ROBE

Die ROTE ROBE bringt zweimonatlich auf ca. 40 – 50 Seiten Beiträge zur materialistischen Kritik des bürgerlichen Klassenrechts, Analysen zur Entwicklung des staatlichen Unterdrückungsapparates, Berichte zu politischen Prozessen, Beiträge zur Rechtshilfe.

Aus dem Inhalt der letzten Hefte:

Heft 1/73:

– Profitschmutz und Umweltschutz
– Verfassungsschutz als Einstellungsbehörde
– Dokumentation zum Jugendarbeitsschutz

Heft 2/73:

– "Meinungsfreiheit" im Betrieb
– "Einheitliches Dienstrecht" - Weiterer Anschlag auf die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
– Über den Anwaltsstand
– Hamburger Kupfer-Beschlagnahme

Heft 3/73:

– Demonstrationsverbot in Nordrhein-Westfalen – Staatsapparat probt Belagerungszustand
– Angriffe auf die Organisationsfreiheit
– Mehr Befugnisse für den Staatsanwalt geplant
– Referendare in die ÖTV – Für die Einheit des gewerkschaftlichen Kampfs im öffentlichen Dienst

Heft 4/73:

– Ausschlußwelle in den Gewerkschaften Dokumentation und juristische Beurteilung
– Zum Arbeitskampf der Fluglotsen
– Meinungsfreiheit auf der Straße – Beitrag zur Rechtshilfe für die Agitation
– Politische Gefangene in Ceylon
– Zum Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts: Freiheit der Wissenschaft – Herrschaft der Ordinarien

Heft 5/73 (erscheint Ende Oktober):

– Demokratischer Kampf und sozialdemokratischer Legalismus – Zur Auseinandersetzung mit Revisionisten und Reformisten
– Wem nützt die Bodenrechtsreform
– und zahlreiche weitere Beiträge

Die ROTE ROBE kostet DM 2,-- im Einzelverkauf und DM 9,80 im Jahresabonnement (zuzüglich Postzustellungsgebühren). Bereits erschienene Hefte können auf Wunsch nachbestellt werden; lieferbar sind noch die Hefte 1 und 4-6/72 sowie die Hefte des Jahres 1973.

KOSTENLOSES PROBEHEFT ANFORDERN!

ROTE ROBE Verlag, 69 Heidelberg 1, Postfach 1410

ROTE ROBE

UNTERSTÜTZT DEN KOMMUNISTISCHEN BUND WESTDEUTSCHLAND!

Mitte Juni haben Delegierte des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg, des Kommunistischen Bundes Bremen, des Kommunistischen Bundes Göttingen, des Kommunistischen Bundes Osnabrück, des Kommunistischen Bundes Wolfsburg und der Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum) Mannheim-Heidelberg den Kommunistischen Bund Westdeutschland gegründet. Sie haben ein Programm und ein Statut verabschiedet und die taktischen Grundlinien der Arbeit festgelegt.

Die erfolgreiche Arbeit des KBW ist jetzt u. a. davon abhängig, daß es schnell gelingt, Arbeitsmöglichkeiten für die Zentrale zu schaffen. Anmietung von Räumen, Unterhalt für die ständig in der Zentrale arbeitenden Genossen, die Herausgabe eines zunächst 14-täglich erscheinenden Zentralorgans und einer theoretischen Zeitung, der Ausbau von Verbindungen zu den verschiedenen Ortsgruppen in Westdeutschland und zu den befreundeten Organisationen – all dies verlangt Aufwendungen, die der Kommunistische Bund Westdeutschland aus den Mitgliedsbeiträgen der bisherigen Ortsgruppen kaum wird aufbringen können.

Wir fordern deshalb die mit uns befreundeten Organisationen, aber auch einzelne Genossen, die unsere Anschauungen teilen, auf, den KBW namentlich in den Anfangsmonaten seiner Arbeit durch Spenden zu unterstützen.

Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Mannheim, den 16.Juni 1973

Commerzbank Mannheim, Zweigstelle Neckarstadt, Kto-Nr. 3258589/00

Wichtige Korrekturen zu Kommunismus und Klassenkampf, Jahrgang 1, Nr. 1, Oktober 1973.

Bei Fertigstellung von Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1 sind einige schwerwiegende, sinnentstellende Fehler unterlaufen.

Die Korrektur dieser Fehler können wir nicht bis zum Erscheinen der nächsten Nummer aufschieben. Wir verschicken deshalb dieses Korrekturblatt an alle Einzelabonnenten und alle Vertriebsstellen, die wir bitten, das Korrekturblatt in das Heft einzulegen oder den Lesern von Kommunismus und Klassenkampf weiterzugeben.

Korrekturen:

Der schwerwiegendste Fehler besteht darin, daß ein Teil des Artikels von Joscha Schmierer: "Die gegenwärtige Klassenkampfsituation und die Aufgaben der Kommunisten" in den Artikel von Br. und Th.: " 'Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke' – Kampf dem Zirkelwesen!" hineingeraten ist. Die betreffende Passage beginnt auf Seite 25, zweite Spalte, 13. Zeile, mit folgenden Worten: "Der Klassengegensatz in Westdeutschland geht gegenwärtig aus dem ersten Zustand in den zweiten über, . . ." und endet auf Seite 26, zweite Spalte, 45. Zeile, mit folgenden Worten: ". . . ‚bevor sie zum Generalangriff zusammengefaßt werden können.". Diese ganze Passage muß im Anschluß an Seite 16, erste Spalte, 15. Zeile gelesen werden. Sie schließt unmittelbar an das Zitat von Mao Tse-tung an und bildet den Schlußteil des Kapitels "Defensive oder Offensive? ".

Weitere Fehler:
Seite 29, erste Spalte, 7. Zeile von unten: Statt ". . . mehr oder weniger steile Verbesserung des Reallohns. . .", lies: ". . . mehr oder weniger stetige Verbesserung des Reallohns. . ."
Auf Seite 30, erste Spalte, zwischen Zeile 36 und 37 gehört folgender Einschub: "Sie sind nicht dialektisch, denn sie betrachten nicht die Bewegung der Widersprüche in der Gesellschaft, vor allem aber der Klassenwidersprüche."

Neben diesen schwerwiegenden, sinnentstellenden Fehlern finden sich leider auch zahlreiche kleinere Druckfehler. Wir bitten diese Fehler zu entschuldigen. Wir unsererseits werden uns bemühen, in Zukunft solche Fehler zu vermeiden.

Kommunismus und Klassenkampf, Redaktion.
Mannheim, den 24. Oktober 1973

Kommunismus und Klassenkampf

Jahrg. 1, Nr. 1
Oktober '73